



8. August 1927

KARL RENNER · DIE WIENER JUSTIZTRAGÖDIE

EIN jäher vulkanischer Ausbruch beleidigten Rechtsgefühls hat Österreich in den Tagen des 15. und 16. Juli zu tiefst erschüttert. Nicht grundlos, aber ohne besonderes Ziel, gewaltsam wie eine wahrhafte Revolution, voll von den Schrecknissen einer solchen und dennoch ohne ein wirklich mögliches oder auch nur vorgestelltes revolutionäres Ergebnis. Was sich in Wien abgespielt hat, ist eine Tragödie der Justiz. Belehrsam nicht nur für Österreich sondern für Europa, für die ganze Welt, belehrsam für Bourgeoisie und Proletariat.

In Deutschland spricht man schon lange von einer "Vertrauenskrise der Justiz". Die Grundlagen der Strafjustiz, und nicht dieser allein, sind in allen europäischen Staaten erschüttert. Es schwankt nicht nur das Recht selbst: Alle juristischen Fachzeitschriften sind voll von neuerstehenden Problemen, alle forschen, was denn Recht sei, und ob wirklich die schwankende Gesetzgebung des Staates die wahre, einzige und letzte Quelle des Rechts sei. Was noch schlimmer ist: Die Handhabung des gegebenen Gesetzes durch den *Richter* ist zum Problem geworden. Zweifelhaft ist zugleich die Berufenheit des gelehrten Richters wie des Schöffen und Geschworenen geworden, und es häufen sich die Richtersprüche, die wechselnde, aber große Volksteile als Fehlurteile bezeichnen. Nicht nur Klassen-, sondern auch Parteiurteile innerhalb der Klassen werden häufig; bürgerliche Minister lehnen es ab in Ehrensachen von bürgerlichen Richtern Recht zu nehmen. Darüber hinaus: Der zufällige, notwendigerweise enge Gesichtskreis des Menschen, der in großen Zeitfragen, die er nicht überschaut, zu urteilen berufen ist, zeitigt Urteilsprüche, die die Allgemeinheit in Erstauen setzen. Unsere Rechtspflege ist kleinbürgerlich eingerichtet, sie bewältigt die gigantische Zeit nicht mehr. So überall.

Aber was in Österreich die Katastrophe ausgelöst hat, ist weit Schlimmeres. Die staatliche Justizverwaltung hat die Rechtspflege bewußt zu den kleinsten politischen Manövern mißbraucht. Die politische Partei, die am Ruder ist, hat zum Beispiel, obschon sie tausend und abertausend Preistreiber geschont hat, einem bürgerlichen Brotfabrikanten den Prozeß gemacht, nur um sich die Legitimation zu verschaffen hinterher die sozialdemokratische Brotfabrik (die Hammerbrotwerke) vor den Wahlen der selben Preistreiberei zu

überführen und einen Wahlschlager zu haben. Der bürgerliche Brotfabrikant wurde zu einer außerordentlich hohen Strafe verurteilt. Aber um die Nutzenanwendung ist die herrschende Partei gekommen: Bei den Hammerbrotwerken lagen die Dinge anders, und überdies waren sie rechtzeitig nicht mehr im Besitz der Partei. Natürlich durchschaute jedermann das Manöver. Aber weiter: Nun war der Mann zu einer riesenhaften Geldstrafe verurteilt, die Strafsumme mußte nach dem Gesetz der Gemeinde Wien zufallen, die von Sozialdemokraten verwaltet wird. Die neidischen Kleinbürger auf der Ministerbank ließen das Urteil nun nicht vollziehen sondern brachten eilig ein Gesetz ein, nach dem die Geldsummen anderen Zwecken zufließen sollten. Aber das Gesetz gedieh nicht zum Beschluß. 2 Jahre geht der Verurteilte herum, endlich nach den letzten Wahlen wird ihm die Geldstrafe zum großen Teil nachgesehen. Ein anderes: Die Enthüllungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Bankenskandale ergeben eine Reihe strafbarer Handlungen bürgerlicher Politiker oder auch nur bloßer Geschäftsfreunde bürgerlicher Politiker: kein einziger Fall einer Anklage. Dagegen hat der sozialdemokratische Abgeordnete Abram einen Neffen, von dem Denunzianten behaupten, er hätte ein Kreditinstitut um einige tausend Schilling geschädigt: Nur weil der junge Mann den Namen eines sozialdemokratischen Abgeordneten trägt, wird er vor den Wahlen in Strafuntersuchung gezogen, monatelang verhört und nach der Zeit des Wahlkampfes ohne weiteres freigegeben. Das sind nur Beispiele, kleine politische Schabigkeiten im Weg der Rechtspflege. Die republikanische Verfassung hat die Staatsgewalt in die Hand des Wiener Kleinbürgers gelegt, und dieser handhabt die Justiz nicht wie eine gesittete Nation sondern nach dem, was man (wohl zu Unrecht) Balkansitte nennt.

Fälle dieser Art, auch wenn sie sich noch so sehr häufen, lösen keine Revolution aus. Aber sie bereiten ihr den Boden. Sie machen die Rechtspflege verächtlich. Doch Verachtung ist kein sthenischer Affekt, der Arbeitermassen auf die Straße bringt. Man muß verstehen: Die österreichische Arbeiterschaft lebt in unmittelbarer Nachbarschaft Ungarns. Das Horthyregime ist ihr nicht bloß Zeitungselektüre sondern unmittelbares Erlebnis an gestrigen Staatsgenossen, unmittelbare Bedrohung an der Grenze. Die österreichische Arbeiterschaft ist stolz darauf eine Revolution unblutig vollzogen, den Bolschewismus aus sich überwunden und die Demokratie aufgerichtet zu haben. Maß in der Macht, Abkehr von der Diktatur, Bekenntnis zum Rechtsstaat: das betrachtet die österreichische Arbeiterschaft als mühsam erworbene Tugenden, und also wacht sie mit doppeltem Eifer darüber nicht fremder Macht, nicht der Diktatur der anderen, nicht der Rechtlosigkeit sich beugen zu müssen. Zum Selbstschutz hat sie den Republikanischen Schutzbund begründet, eine machtvolle Organisation, die niemals und nirgends mit der Waffe in der Hand aufgetreten ist. Ihr gegenüber haben sich die bürgerlich-bäuerlichen Kreise als Frontkämpfer, als Heimatwehren, als Hakenkreuzler in bewaffneten Organisationen zusammengetan. Es gab mancherlei unblutige Zusammenstöße, manche blutige. Jedesmal wenn es ein Todesopfer gab, fiel der unbewaffnete Arbeiter durch bewaffnete Gegner. Jedesmal wurde der Tötende freigesprochen. Dies zur selben Zeit, da Arbeiter, die bei Streiks mit Worten auf ihre Kameraden einredeten, wegen Erpressung zu hohen Strafen verurteilt wurden. Zugleich aber besingen hakenkreuzlerische Studenten die unerhörtesten Gewalttaten an so-

zialdemokratischen Studenten in der Universität, ohne auch nur in Untersuchung gezogen zu werden. Jedesmal demonstrierte die Arbeiterschaft in gesitteter Weise gegen diese Vorfälle, und in keinem einzigen Fall kam es dabei zu irgendeiner Störung der öffentlichen Ordnung.

Nun kam Schattendorf im Burgenland, an der Grenze Ungarns, wo alles bisher geknechtete Volk glücklich ist Österreich anzugehören, und nur eine schmale Herrenschaft das ungarische Pandurenregime zurücksehnt. Dort verteidigt der Republikanische Schutzbund die deutsche Erde gegen die hochverräterische Propaganda, die seltsamerweise sich zur christlichsozialen Regierungspartei Österreichs bekennt. Und dort wurden ein Arbeiter und ein Arbeiterkind durch Schüsse aus dem Hinterhalt niedergestreckt. Am Tag nachher standen unvermutet in Wien alle Fabriken still, von selbst, ohne irgendeine Weisung, und schon damals hatte die Partei alle Mühe die Menschen wieder zur Arbeit zu bringen. Der Prozeß gegen die Schattendorfer Mörder findet in Wien vor den Geschworenen statt. Der Staatsanwalt gibt sich alle Mühe den Schuldspruch zu erzielen. Aber die Geschworenen sprechen am 14. Juli spät abends die Täter aller Schuld ledig. Ein offenkundiges Fehlurteil: wie vorher die Freisprechung der Mörderin Grovescu. Aber die Partei kann gegen das Schwurgericht nichts anbieten als die Kritik im Einzelfall; sie weiß, daß die Massen tief getroffen sind, aber sie kann eine Demonstration weder anordnen noch auch vermuten.

Am nächsten Morgen treten auch alle Arbeiter ordnungsgemäß in den Fabriken an und bleiben dort bis zur 9. Stunde, sie besprechen den Fall unter einander und ohne jede Verabredung, ohne jemand zu fragen: Betrieb um Betrieb verläßt die Arbeit und eilt auf die Ringstraße. Um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr ist der Parteivorstand im Parlamentsgebäude versammelt, zugleich mit ihm sind die Massen vor den Toren erschienen. Bevor der Republikanische Schutzbund aufgeboten werden kann (das dauert für die nächstgelegenen Formationen immerhin eine Stunde), entstehen Zusammenstöße mit der Sicherheitswache. Auch die Polizeidirektion war gänzlich unvorbereitet, die herbeigerufenen Wachmannschaften waren zu gering, um zu imponieren, und sie waren ohne Instruktion. Aus dieser Situation ergeben sich von selbst Zusammenstöße. Die Wache soll, um nur die Vorgänge auf dem Haupt-schauplatz zu schildern, das Parlament freihalten, die Zugänge säubern, und sie greift zur blanken Waffe. Die Masse setzt sich leidenschaftlich und handgreiflich zur Wehr, es gibt Verwundete. Endlich trifft die erste Schutz-bundformation ein, im Einvernehmen mit der Polizeidirektion übernimmt der Schutzbund die Freimachung des Parlaments, die Wache zieht sich zurück, und diese Aufgabe gelingt dem Schutzbund. Die Gefahr scheint gebannt.

Schräg gegenüber dem Parlament steht der Justizpalast. Dorthin wird die Menge gedrängt, dort sichert ein viel zu schwacher Wachekordon das Gebäude, selbst zerniert von den Massen. Die Wache muß in das Gebäude zurückweichen und feuert aus den Fenstern. Die ersten Toten. Trotzdem dringt die Masse ein. Aus den Fenstern werden Akten auf die Straße geworfen, Kaiserbilder, die noch die Wände einzelner Gerichtskanzleien zieren und jetzt gerade gut genug sind, um die Leidenschaften auf das äußerste zu steigern. Auf der Straße fangen Demonstranten an die Akten-bündel anzuzünden, Rauch steigt auf, zunächst nur vor dem Gebäude, und aus den Fenstern fliegen neue Nährstoffe für die Flammen.

In diesem Augenblick langen weitere Schutzbundabteilungen an, die städtische Feuerwehr fährt vor, sie kann nicht zum Gebäude vordringen. Der Bürgermeister Genosse Seitz besteigt selbst den Löschwagen, spricht zu den Leuten, der Schutzbund setzt seine ganze Kraft ein und beklagt dabei manches eigene Opfer. Unter dem Aufgebot aller moralischen und physischen Autorität des Schutzbunds gelangt die Feuerwehr an das Haus, in dessen Kellergeschoß der Brand von der Straße aus übergegriffen hat. Wieder scheint einen Augenblick die äußerste Gefahr beschworen. Da tritt ein Furchtbares ein: Eine Wacheabteilung, offenbar außer Fühlung mit ihrer Zentrale, unternimmt von einer andern Gasse her eine Reiterattacke, die Massen verlieren die Besinnung, der Schutzbund wird überrannt, die Barrikaden mehren sich, die Feuerwehr muß zurück, das Gebäude wird von größeren Haufen erstürmt, auch aus den oberen Geschossen schlagen die Flammen. Durch 3 Stunden, von 11 bis 2 Uhr, dauerte dieses hier so kurz geschilderte Ringen um die Freilegung des Justizpalasts, vermehrte Schutzbundmannschaften versuchten immer neu der Lage Herr zu werden, brachten manche Opfer. Inzwischen waren an anderen Orten Zusammenstöße in größerer Zahl vorgefallen, eine Wachstube war erstürmt und eingegäschert, und die Redaktion der christlichsozialen Reichspost, die den Freispruch der Geschworenen durch rege Propaganda während des Prozesses vorbereitet und als ein »klares Urteil« verherrlicht hatte, zerstört und ausgebrannt worden, wobei die Demonstranten riefen: »Ein klares Urteil.« Die Sicherheitswache erhielt nun offenbar den Auftrag die Straßen mit der Feuerwaffe zu säubern und kein Leben zu schonen. Von 3 Uhr an begann nun eine wilde Schießerei in allen Straßen Wiens, blind, ohne Ansehen, ob es sich um ruhige Passanten oder Demonstranten handelte, ein Schießen nicht bloß zu Warnungszwecken, sondern ein wohlgezieltes Schießen auf jeden, der nicht den weißen Kragen trug, ein Schießen bis in die letzten Nachtstunden, das am Sonntag sich in den Arbeitervierteln fortsetzte.

Selbstverständlich und von selbst geraten alle Fabriken, Werkstätten und Ämter schon am Freitag zum Stillstand. Parteivorstand und Gewerkschaftskommission sprechen den Generalstreik aus, indem sie ihn zugleich auf 24 Stunden befristen. Diese Maßregel sollte die Arbeiter von dem Straßenkampf weg zu den Mitteln des ökonomischen Kampfs hinüberleiten und dem Protest eine andere Form des Ausdrucks geben. Zugleich aber verkündeten die beiden Körperschaften den zeitlich nicht beschränkten allgemeinen Verkehrsstreik, um der lauerten Reaktion klarzumachen, daß die Räumung der Straße nicht einer Wehrlosmachung der Arbeiterklasse gleichkommt: das selbe, was beim Lüttwitzputsch in Berlin der allgemeine Ausstand beweisen sollte. Der Verkehrsstreik war gleichsam das Nachhelfeucht, das der ganzen Klasse die Rückkehr in ihre normalen Stellungen ermöglichen sollte und ermöglicht hat. Der Montagmorgen zeigt einerseits die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit (mit Ausnahme des Verkehrs), andererseits das Ende der Schießereien, und so wurde der Verkehrsstreik ordnungs- und widerspruchslos in der Nacht von Montag auf Dienstag um 12 Uhr abgebrochen. Irgendeine Vereinbarung mit der Regierung war nicht zu treffen, keinerlei Forderung zu stellen noch auch durchzusetzen.

Der vulkanische Ausbruch des beleidigten Rechtsgefühls war damit beendet. Er kostete insgesamt 4 Todesopfer auf der Seite der Sicherheitswache, an

die 90 Todesopfer der Straße, zumeist Arbeiter, aber auch zufällige Passanten, und viele Hunderte von Verletzten auf beiden Seiten. Eine Katastrophe, die scheinbar überhaupt kein Ergebnis gezeitigt hat, unsagbar tragisch, aber für den oberflächlichen Blick zugleich ungeheuer sinnlos.

Und dennoch ist dem nicht so. Die Katastrophe ist ein schmerzlicher, aber deutlicher Beweis, daß die Arbeiterklasse Wiens nicht stumpf ist, daß die beharrliche Rechtsbeugung von ihr nicht gleichgültig hingenommen wird. Sie ist ein klarer Beweis, daß das Spiel mit der Justiz, das bei überberateten Reaktionären so beliebt geworden ist, in einem gesitteten Volk ein gefährliches, wenn nicht das allergefährlichste Spiel ist. Es gereicht den Österreichern nicht zur Schande, daß sie die Tragödie eines Aufstands gegen ein gerichtliches Fehlurteil erleben mußten, zum mindesten ist die Schande nicht auf der Seite der Aufständischen sondern jener, die die Gerichte zu Bütteln der jeweiligen Gewalt machen wollen. Daß ein solches Schicksal gerade den Justizpalast erreicht hat, darin liegt ein sprechendes Symbol, sprechend für Staatsmänner und für Völker, die Staatsbewußtsein haben.

Aber die Tage des 15. und 16. Juli sind ein harter, unverdienter Schlag für die österreichische Arbeiterklasse und für die österreichische Sozialdemokratie. Ihr ist es, als wäre ihr ein Lorbeer vom Haupt gerissen; der Lorbeer der unblutigen Revolution. Ihr ist es, als wäre ein heiliger Glaube zerstört worden: der Glaube in Frieden aufbauen zu können, ohne den Fluch der Zerstörung. Die österreichische Sozialdemokratie war dazu da »Häuser zu bauen und nicht zu zerstören«: Dieser Satz des deutschen Zentralorgans faßte alles, worauf wir so stolz gewesen sind, zusammen. Wohl ist in ihrer Geschichte die Tragödie des 15. und 16. Juli nur ein Zwischenfall. Aber dieser Zwischenfall ist durch seine Begleitumstände und durch seine Folgen für sie eine harte und ernste Lehre geworden.

Arbeitslosigkeit, hoffnungslose Arbeitslosigkeit, Elend und Verzweiflung haben den Ausbruch unlenkbar, unbändig gemacht. Ein kleines Häuflein Kommunisten, ein kleiner Zusatz anarchistischer Elemente, die immer da sind, nahm der ordnenden Macht des Schutzbunds trotz seinem heldenhaften Verhalten diesmal die Wirkung. Wir haben die alte geschichtliche Lehre nun an unserm eigenen Leib erfahren: wie leicht Volks- und Klassenbewegung zugrunde gerichtet werden können durch Undisziplin, durch Überspannung, durch Radikalismus, der, wie in diesem Fall, tausendmal moralisch berechtigt sein kann, aber in der Praxis doch die Feinde des Volkes stärkt, weil er den Bestand der Gesellschaft selbst unmittelbar bedroht. Es genügt eben für ein Volk und eine Klasse nicht Recht zu haben, es kommt sehr, ja in entscheidender Weise darauf an, in welcher Weise ein Volk sein Recht geltend macht. Wir haben erkannt, daß wir uns noch mehr als bisher gegen die selbstmörderische Taktik des sogenannten Kommunismus abgrenzen und wehren müssen. Wir haben erkannt, daß wir die Massen nicht nur zur größten Begeisterung sondern zugleich auch zur größten Zurückhaltung zu erziehen haben, wenn nicht ein Tag und eine Gruppe das aufs Spiel setzen sollen, was die ganze Klasse in einem Menschenalter errungen hat. Wir haben eben zugleich auch gesehen, daß es gerade Fehler dieser Art sind, auf die ein reaktionäres Gewaltregime lauert. Der Zwischenfall der Justiz hat in allen Ländern Österreichs außer Wien und unserm nahen Industrieviertel die Frontkämpfer in bewaffneten

Formationen auf die Beine gebracht, dort wurden Front gegen Front gestellt, Bahnhöfe besetzt, Städte mit dem Einmarsch bedroht. Das alles auf Grund von Greuelmären, die in nichts hinter den Greuellegenden des Weltkriegs zurückstehen. Die Wache in Wien sogar wurde fanatisiert durch Mitteilungen ihrer Vorgesetzten, daß Kollegen aufgehängt, daß sie mit Messern hingeschlachtet, daß ihre Gedärme ausgebreitet worden seien usw. Wir standen hart vor dem Bürgerkrieg. Und das alles über Nacht, unvermutet, unvorbereitet, aus Anlaß eines Zwischenfalls der Rechtspflege.

Ganz Österreich, das Bürgertum wie die Arbeiterklasse, sah jählings in einen Abgrund. Wien stand gegen die Länder, die Länder gegen Wien, möglicherweise beide in Waffen. Und obschon es Hakenkreuzler auf der einen und Kommunisten auf der andern Seite gibt, die diese Lösung wünschen und herbeiführen wollen, hat doch alle anderen ohne Ausnahme dieser Abgrund erschreckt. Die Erkenntnis, weitverbreitet in allen Reihen, daß ein Bürgerkrieg für das eigene Land weder eine kapitalistische noch eine sozialistische Lösung sondern nur die nackte Zerstörung bringen kann, in der Welt aber nichts hervorrufen kann als Schadenfreude oder Bedauern; diese Erkenntnis, und nicht der Sieg der Schußwaffen über Waffenlose, bewirkte, daß am 4. Tag wieder jeder seinem Geschäft nachging, in allen Nerven zitternd, aber dennoch im Bann eines unabänderlichen Entschlusses.

Welche weiteren Folgen aus dieser Lage sich ergeben: dies darzustellen wäre verfrüht. Aber aus der raschen und vollkommenen Abwicklung dieses Unglücks ergibt sich sonnenklar: Nur ein Volk, das in allen seinen Kreisen politische Einsicht besitzt, ist imstande so tiefe Erschütterungen so rasch zu überwinden. Beide Seiten der selben Sache sind uns Trost: Ein leidenschaftlicher Ausbruch beleidigten Rechtsgefühls ohne allen Nebenzweck und Nebenerfolg gereicht keinem Volk zur Schande. Und eine so furchtbare Katastrophe in 3 Tagen gemeistert zu haben gereicht dem politischen Charakter eines Volkes zur Ehre. Daß aber in diesem Österreich der rechtsstaatliche Gedanke so stark ist, jener Gedanke, der gerade allen deutschen Staatswesen so sehr eignet, beweist die Zugehörigkeit dieses abgerissenen Stücks zum Ganzen der deutschen Nation. Daher können und müssen wir mit aller Entschiedenheit die Argumentation zurückweisen, die aus der Julitragödie einen Grund gegen den Anschluß Deutsch Österreichs an Deutschland ableitet. Die Norddeutschen jeglicher Klasse und jeglichen Bekenntnisses können wir ruhig zu einer »ernsthafte Prüfung unseres Tuns« einladen, wir werden sie als Menschen und als Deutsche wohl bestehen. Und wenn es die Kreuzzeitung bedenklich findet »obendrein die staatsfeindlichen Elemente in unseren eigenen Grenzen zu stärken«, so wollen wir sie einladen festzustellen, mit welchem Todesmut und unter welchen Todesopfern sich der Republikanische Schutzbund unbewaffnet in die Bresche gestellt hat, um das Werk der Zerstörung zu hemmen, mit welchem Aufwand an Kraft und Geist die Sozialdemokratie gearbeitet hat, um das freilich durch den bürgerlichen Mißbrauch der Justiz heraufbeschworene Unheil zu begrenzen und zu bannen. Selbst in den Fehlern, die geschehen sind, liegt mehr Rechtsbejahung und Staatsweisheit als in der oberflächlichen Ausnutzung eines sichtbaren Unglücks zu dem Versuch geheiligte Verpflichtung, und das ist der Anschluß auf *beiden* Seiten, abzuschütteln.



MAX SCHIPPEL · DEUTSCHLANDS KOLONIAL- INTERESSEN UND DER VÖLKERBUND

TROTZ allen harten Geduldsproben hat Deutschlands internationale Stellung mit der Zeit ansehnlich gewonnen. Auch im Hinblick auf die kolonialen und halbkolonialen Außenzonen des heutigen Wirtschaftslebens sind Deutschland allmählich beträchtliche Rechte bereits zugewachsen, und für die Zukunft ist die Bahn wesentlich freier geworden, gleichviel, ob man das weitere Schicksal der bis zum Weltkrieg deutschen Kolonialgebiete rechtlich mehr in der Hand der Siegerstaaten oder des unparteiischen Völkerbunds ruhen sieht. Die bloße formale Rechtsgrundlage war übrigens für diese heutigen Mandatskolonien seit jeher reichlich unklar. Gerade in solchen Zweifelsfällen gaben jedoch die realen Kräfte der allgemeinen politischen Entwicklungen und wirtschaftlichen Interessenverflechtungen um so mehr den Ausschlag, und deshalb eröffnen sich für Deutschland, wenn es durch einen klar erkennbaren, fest eingehaltenen Kurs Freunde zu werben weiß, zurzeit manche hoffnungsvolleren Ausblicke als vorher.

Schon die bloße Aufnahme in den Völkerbund war für unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu den ehemaligen deutschen Schutzgebieten nicht gleichgültig. Die beschämende Periode der Deutscheausweisungen, der Vermögenswegnahmen, der mindern Rechtsstellung ging damit in diesen überseeischen Erdstrichen zu Ende. Denn zwar nicht für alle Staaten, wohl aber für alle Mitglieder des Völkerbunds ist, zum mindesten für den Bereich der sogenannten B-Mandate, also für das frühere Deutsch Kamerun, Deutsch Togo und Deutsch Ostafrika, gegenüber den britischen, französischen und belgischen Mandatsinhabern die Nichtdifferenzierung in »Produktion und Handel« (trade and commerce) nach Artikel 22 der Völkerbundssatzung ausdrücklich zugesichert. In den besonderen einzelnen Mandatssatzungen wird diese "Nationalbehandlung" (die Gleichstellung also nicht nur innerhalb der mitkonkurrierenden Auslandsstaaten wie bei der "Meistbegünstigung" sondern mit dem Mandatarvormachtsstaat und seinen Angehörigen selber!) regelmäßig nochmals genauer und eingehender festgelegt. So lautet in der typischen Regelung des britischen Mandats für Togoland der Artikel 6:

»Der Mandatar soll allen Angehörigen (nationals) der Mitgliedsstaaten des Völkerbunds die gleichen Rechte einräumen wie sie in dem Territorium für seine eigenen Angehörigen (his own nationals) bestehen hinsichtlich der Zuwanderung und des Aufenthalts, des Schutzes von Person und Eigentum, des Erwerbs von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, der Ausübung des Berufs und Betriebs... Weiter soll der Mandatar allen Angehörigen der Mitgliedsstaaten des Völkerbunds, genau wie seinen eigenen Angehörigen, Freiheit der Durchfuhr und der Schifffahrt und vollständige wirtschaftliche, kommerzielle und gewerbliche Gleichbehandlung (complete economic, commercial and industrial equality) einräumen; nur lebenswichtige Betriebe und Leistungen (essential public works and services) kann der Mandatar nach seinem billigen Ermessen organisieren. Konzessionen zur Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen des Territoriums sind von dem Mandatar zu erteilen, ohne daß aus Gründen der Staatsangehörigkeit ein Unterschied gegenüber den

1) Der Ausdruck Nationalbehandlung, der seit langem zum eisernen Bestand der ausländischen, vor allem englischen und amerikanischen handelspolitischen Darstellungen gehört, ist merkwürdigerweise der deutschen handelspolitischen Literatur noch immer wenig geläufig. Daß dies nicht nur auf anderer Sprechweise beruht, beweist die nachgerade zur Regel werdende maßlose Überschätzung der Meistbegünstigung im Verhältnis zur Nationalbehandlung; siehe hierüber Schippel Die Praxis der Handelspolitik, 2. Auflage /Berlin 1922/, besonders die einleitenden Abschnitte.

Angehörigen irgendwelchen Mitgliedsstaats des Völkerbunds gemacht werden darf... Konzessionen, die den Charakter eines allgemeinen Monopols tragen, dürfen nicht erteilt werden. Von dieser Bestimmung unberührt bleibt das Recht des Mandatars Monopole rein fiskalischen Zuschnitts im Interesse des Mandatsgebiets und zur Erschließung möglichst örtlich zweckentsprechender Einnahmequellen zu errichten oder gegebenenfalls in eigener Staatsregie oder durch kontrollierte Beauftragte die Entwicklung natürlicher Hilfsquellen durchzuführen, vorausgesetzt, daß auf diesem Weg kein wirtschaftliches Monopol zum Vorteil des Mandatarstaatswesens oder seiner Staatsangehörigen und keinerlei begünstigende Vorzugsstellung (any preferential advantage) der oben verbürgten wirtschaftlichen, kommerziellen und gewerblichen Gleichbehandlung widerspricht. Die in diesem Artikel niedergelegten Rechte beziehen sich uningeschränkt auf Aktien- und andere Gesellschaften (companies and associations), die im Einklang mit den Rechtsbedingungen irgendwelchen Mitgliedsstaates des Völkerbunds errichtet sind.«²

Die wörtlich oder fast wörtlich gleiche Bestimmung kehrt dann im Artikel 6 des französischen Mandats für Togoland, des britischen und französischen Mandats für Kamerun, im Artikel 7 des belgischen und des britischen Mandats für Ostafrika wieder.

Weiter kann unter Umständen die regelmäßig bei den B-Mandaten wiederholte Bestimmung (Artikel 12 in der Satzung für das britische Togomandat) von Bedeutung werden:

»Sollte sich zwischen dem Mandatar und einem andern Mitgliedsstaat des Völkerbunds über die Auslegung oder Anwendung einer der Mandatsbestimmungen ein Streitfall erheben, der durch gütliche Verhandlung nicht zu schlichten wäre, so erklärt sich der Mandatar einverstanden, daß der Streitfall dem Ständigen Internationalen Gerichtshof, wie ihn Artikel 14 der Völkerbundssatzung vorsieht, unterbreitet wird.«

Einigen der schlimmsten Willkürlichkeiten der alten nationalistischen Kolonialpolitik suchte man so, ähnlich wie seinerzeit im internationalen Kongovertrag, vorzubeugen. Unter den Nachwirkungen des Weltkriegs hat diese vorgesehene, an sich schon einen großen international weltwirtschaftlichen Fortschritt umschließende Nationalbehandlung selbstverständlich für Deutschland eine ganz ausnahmsmäßige Sonderbedeutung erhalten.

Nur vergesse man nicht, daß diese Nationalbehandlung, für Deutschland sowohl wie für die übrigen Länder des Völkerbunds, bei den C-Mandaten wegfällt, also da, wo nach Artikel 22 der Völkerbundssatzung »wegen der geringen Einwohnerzahl, des kleinen Umfangs, der weiten Entfernung von den Zentren der Zivilisation oder wegen der geographischen Angeschlossenheit an das Mandatarland oder wegen anderer Umstände« die in Frage kommenden Gebiete (und das sind die von Deutschland abgetrennten überseeischen: Deutsch Südwestafrika, Neuguinea, Nauru und die Südseeinseln) »am besten als unlösbare Gebietsteile des Mandatarstaats je nach dessen Gesetzen zu verwalten« wären. Hier, bei den aufgeführten wichtigen C-Mandaten, verkürzt sich im großen und ganzen die Vollmacht des Völkerbunds auf den Bereich des Eingeborenen-schutzes und der Missionsfreiheit, ferner auf die Verhinderung der Militarisierung der eingeborenen Bevölkerung und der Anlegung von Befestigungen für den Land- und Seekrieg. Die hierfür in den Völkerbundsgrundbestimmungen allgemein gezeichneten Umriss sind dann eingehender jedesmal in die später entworfenen einzelnen Mandats-satzungen aufgenommen. Bei den C-Mandaten hängt jedoch vor allem die handelspolitische Rechtsstellung des gesamten Auslands, demnach auch

²) Siehe den Wortlaut des britischen Mandats für Togoland in *White Mandates /London 1926/* Seite 178 und folgende; ferner die wichtigsten Mandats-satzungen, gleichfalls im englischen Wortlaut, im Anhang der verdienstlichen Schrift *Schneiders Das völkerrechtliche Mandat /Stuttgart 1926/*.

Deutschlands, von der auch nach der Mandatsseite vollkommen autonom bleibenden Gesetzgebung Australiens, Neuseelands und Japans und im übrigen von den mit diesen Staaten abgeschlossenen oder abzuschließenden Handelsverträgen des altüblichen zweiseitigen Zuschnitts ab, ohne daß die Völkerbundsorganisation dabei eine besondere Rolle spielen könnte. Eine eigenartige Rolle fällt hier vielmehr nur dem britischen Mutterland zu, soweit die britischen Dominien (im vorliegenden Fall also der Australische Bund, Neuseeland und die Südafrikanische Union) bei Handelsverträgen in Gegenwart und Zukunft noch auf die europäische Spitze Rücksicht zu nehmen brauchen. Ganz im Gegensatz zu den künstlich genährten Illusionen unserer europäischen Englandschwärmer ist und bleibt tatsächlich die Präferentialzollpolitik der Dominien, also die nichtoffene Tür, das Kennzeichen dieser britischen Handelspolitik in den nach dem Friedensvertrag und den C-Mandats-Satzungen handelspolitisch freigegebenen Mandatskolonien.



UF die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund soll im herannahenden Herbst als zweiter, die Kolonien betreffender Fortschritt die Heranziehung Deutschlands zur Ständigen Mandatskommission folgen. Über den Wert und die wahrscheinlichen Auswirkungen dieser Neubeteiligung gehen die Stimmen der deutschen öffentlichen Meinung natürlich weit auseinander; an sich gegen die Mittätigkeit in der Kommission erhob sich jedoch kaum ein ernstlicher Widerspruch in Deutschland. Zu leeren Protestdemonstrationen wegen unzulänglichen kolonialpolitischen Entgegenkommens der Siegerstaaten sind unsere kolonialfreundlichen Rechts- und Mittelparteien immer wenig geneigt gewesen, und die Erfahrung mit aller, früher in sozialdemokratischen Kreisen so beliebten Abstinenz- und Protestpolitik hat diese Abneigung nur verstärken können. Wiederum auf der äußersten Linken Deutschlands wurde die kolonialpolitische Internationalisierung, die sich in der Mandatspolitik des Friedensvertrags und Völkerbunds immerhin, freilich für ein sehr eingeschränktes Gebiet und in schwachen Ansätzen, erstmals ankündigt, häufig als eine Art Kompromiß zwischen grundsätzlicher Ablehnung jeder Kolonialbeherrschung und Fortentwicklung des bestehenden Herrschaftszustands empfohlen. So hieß es am 4. Februar 1919 in dem Leitartikel Kolonialfanfaren der Freiheit, des damaligen Zentralorgans der Unabhängigen:

»Es kann nicht die Aufgabe der Arbeiterklasse sein nationalistischen Kolonialbestrebungen Vorspann zu leisten... Die Sozialisten können allerdings ebenso wenig die Verteilungspolitik herrschender Kreise der Entente billigen, die den Krieg zum Vorwand der Vergrößerung ihres Kolonialbesitzes ausnutzen wollen. Gegen beide Extreme, Nationalismus im eigenen Land und Imperialismus der Westmächte, muß die Arbeiterklasse ihr Kolonialprogramm... erneut energisch vertreten, und sie kann dabei auf die Hilfe ihrer Klassengenossen auch in den Ententestaaten hoffen... Unser Programm muß daher lauten: Internationalisierung der Kolonien.«

Die Internationalisierung, wie sie mit dem Mandatssystem verbunden ist, besteht allerdings nicht in internationaler Regierungsführung selber sondern lediglich in gemeinsamer Überwachung der unter bestimmten Vorbedingungen und Formalitäten eingesetzten Mandatarregierungen: bei allen Mandatsgebieten hinsichtlich der Glaubens- und Religionsfreiheit, des Eingeborenen-schutzes, des Verbots des Sklaven-, Waffen-, Spirituosenhandels und der Militarisierung, bei den ost- und westafrikanischen Gebieten auch hinsichtlich der oben besprochenen handelspolitischen Nationalbehandlung. Der Artikel 22 der Völkerbundssatzung mündet hier schließlich in folgende Anordnung:

»Für jedes Mandat soll der Mandatar jährlich dem [Völkerbunds-] Rat einen Bericht über das ihm anvertraute Ländergebiet erstatten... Ein dauernder Ausschuß ist einzusetzen, um die Jahresberichte der Mandatare entgegenzunehmen und nachzuprüfen (to examine) und den Rat über alle Angelegenheiten, die zur Ausübung der Mandate gehören, zu beraten (to advise).«

Es wird kaum irgendein Grund aufzuspüren sein, warum die für das ehemalige Überseedeußland sachverständigste und erfahrenste Großmacht sich dieser Begutachtung und Beratung und dieser möglichen neueröffneten Einflußnahme auf kolonialpolitische Reformen mannigfaltigster Art entziehen sollte. Daß in dem Ausschuß ungeschickter Eifer und gekränktes Selbstgefühl viel Anstoß nach allen Seiten erregen und die Anbahnung besserer internationaler Beziehungen schwer schädigen könnte, spricht gegen den heute vielgehörten Vorschlag unbedingt einen Angehörigen der alten Kolonialverwaltung als deutschen Vertreter in die Mandatskommission zu entsenden. Zur Ausfüllung und Nutzbarmachung des wichtigen Postens werden vielmehr in höchstem Maß politisches und diplomatisches Geschick, internationale Erfahrung und Vertrautheit mit den kolonial- und weltpolitischen Strömungen in den verschiedensten Ländern unbedingt erforderlich sein. Überfluß an solchen geistigen Kräften hat Deutschland zweifellos nicht; aber einen Anlaß deshalb von vornherein nach links "revolutionärer" Gepflogenheit die Flinte ins Korn zu werfen darf dies auf keinen Fall bieten.

MANCHE Kreise in Deutschland haben die ziemlich einfache Frage der Ausschußbeteiligung sofort wieder mit der Rückübertragung der ehemals deutschen Kolonien in Verbindung gebracht. Es liegt den hierbei ausgesprochenen Erwartungen die ganz unhaltbare Vorstellung zugrunde, daß der Völkerbund überhaupt die Stelle sei, die souverän ausschließlich über die Mandatsgebiete zu verfügen habe, und daß ein günstiger Wind in Genf, die Gewinnung eines stärkern Anhangs unter den dort vertretenen mehr neutralen Staaten eine große koloniale Neuordnung zugunsten Deutschlands herbeizuführen vermöge.

Die Dinge liegen wesentlich anders. Wir haben zwar in Deutschland Völkerrechtskenner, die, wie Strupp, für die Mandatsgebiete eine nunmehrige ausschließliche Gebietshoheit des Völkerbunds annehmen, aus der alsdann die rechtliche Möglichkeit der Andersverteilung von Mandaten und Gebieten durch Völkerbundsbeschluß abgeleitet werden könnte. Aber andere deutsche Rechtsdarlegungen, wie die Wolfgang Schneiders, eines Schülers Strupps, laufen bereits auf ein vom Völkerbund mit den alliierten und assoziierten Mächten gemeinsam ausgeübtes "Koimperium" hinaus, das natürlich eine Mitentscheidung, und zwar ganz ausschlaggebender Art, den Siegerstaaten zufallen lassen würde; gegenüber den C-Mandaten (ehemals Deutsch Südwestafrika, Neuguinea, Südseeinseln), die nach dem Friedensvertrag wie nach den Einzelanwendungen in den besonderen Mandatssatzungen die in Frage kommenden Territorien für »integral portions« sei es des Commonwealth of Australia, sei es des Dominion of New Zealand, sei es des Empire of Japan erklärten, geht diese zweite deutsche völkerrechtliche Richtung in der zugestandenen Einschränkung der Völkerbundsbefugnisse eher noch weiter. In England, und zwar in erster Linie infolge des Drucks seitens der schon seit Kriegsbeginn vollkommen annexionistischen Dominien Australien und Südafrika, ist vollends die grundlegende Auffassung fast unbestritten, daß rein gebietlich die Mandatsländer ausschließlich nach wie vor den Sieger-

mächten oder den von ihnen bezeichneten Mandataren gehören, und daß nur betreffs der in Friedensvertrag und Völkerbundsatzung ausdrücklich benannten kolonialpolitischen Regelungen eine Einflußsphäre des Völkerbunds und eine entsprechende Begrenzung der Handlungsfreiheit der Siegerstaaten und Mandatare zugestanden und geschaffen worden sei. Über diese in letzter Linie entscheidende britische Stellungnahme mit bloßen Völkerbundssympathien hinwegkommen zu wollen erscheint im Augenblick ebenso hoffnungslos wie im November 1920 die deutsche Note an den Völkerbund, die gegenüber der vollkommen britisch orientierten Auslegung des Völkerbundsrats bereits alle hier erwähnten Kompetenzfragen aufwarf, ohne daß sich damals auch nur eine Hand für Deutschland rührte; aus dem einfachen Grund, weil sich ohne Not und triftigen Anlaß keine Hand gegen England erheben wollte.

DAMIT kehrt diese Betrachtung zu einer in ihrem Anfang gemachten Bemerkung zurück. Große Interessenfragen im Völkerleben werden selten durch juristische Interpretationen entschieden. Wo vollends, wie im vorliegenden Fall, die juristische Auslegung die verschiedensten Wege einzuschlagen erlaubt, sind es meist die politischen Ziele, die bei den Beteiligten die Richtung des Denkens wie des Wollens bestimmen.

Auch die kolonialen Ziele Deutschlands können deshalb nur durch klare politische Stellungnahme zu den großen Problemen internationaler Gruppierung gefördert und erreicht werden. Wegen seiner eigenen überseeischen Abrundung und Festigung, vor allem wegen seiner eigenen Dominien ist es hier abermals England, das für die gesamteuropäische Entwicklung wenig oder nichts übrig hat. Eine befriedigende Neuordnung der kolonialen Mandate und der überlebten Verteilung der Kolonien wird daher nur von einer kontinentaleuropäischen geschlossenen Zusammenarbeit und einheitlichen Willensbildung zu erwarten sein.

HEINRICH SCHULZ · DAS REICHSSCHULGESETZ UND DIE VERFASSUNGSPARTEIEN

ZWISCHEN den Demokraten und den Sozialdemokraten besteht in einem wichtigen Punkt der Frage des Reichsschulgesetzes ein gewisser Gegensatz. Da alle Freunde einer Entwicklung unseres Schulwesens im Sinn der Pädagogik und der Unabhängigkeit von schulfremden Einflüssen Wert auf einen geschlossenen Abwehrkampf legen müssen, ist es besser über den vorhandenen Gegensatz offen zu sprechen und dadurch Klärung und Verständigung zu schaffen als durch Verschweigen oder Vorbeireden Verstimmungen aufkommen zu lassen.

Das ist um so mehr zu wünschen, als das liberale Bürgertum und die sozialistische Arbeiterschaft vor dem Krieg oft genug und auch nach dem Krieg bis in die jüngste Vergangenheit hinein in manchem kulturpolitischen Strauß einander zur Seite gestanden haben. Der Kampf um die berüchtigte Lex Heinze in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, der dem alten Mommsen das für unsere Partei so ehrenvolle Wort abnötigte, Kunst und Wissenschaft hätten sich unter die Fittiche der Sozialdemokratie geflüchtet, sah diese einheitliche Front einem gemeinsamen politischen Gegner gegenüber zum erstenmal. Die Abwehrbewegung gegen die jüngsten Reichsgesetze, die

angeblich die Jugend vor Schmutz und Schund und bei Lustbarkeiten schützen sollen, sah das intellektuelle Bürgertum und die Arbeiter zum letztenmal in einmütiger Kampffront. Eine solche Zusammenarbeit auf bestimmten politischen Gebieten hätte eigentlich von jeher selbstverständlich sein müssen. Sie war es nicht, weil durch das unglückselige Bismarcksche Sozialistengesetz das politische Leben bei uns so verzerrt wurde, daß in Deutschland schon als selten und außergewöhnlich gelten mußte, was in anderen Ländern die Norm war. Selbst bei einem Zusammengehen, wie es am leichtesten noch bei kulturpolitischen Fragen gelegentlich erfolgte, war dem Bürgertum nicht ganz wohl bei der Sache, es suchte auch möglichst zu vermeiden den anröchigen politischen Partner Unter den Linden zu grüßen. Die gemeinsame kulturpolitische Front des freiheitlichen Bürgertums mit der Sozialdemokratie ergab sich gleichwohl aus der besondern Lagerung der politischen Machtfaktoren im alten Obrigkeitsstaat. Die mit der Orthodoxie verbündete Monarchie bekämpfte rücksichtslos alle freiheitlichen Regungen in Literatur und Kunst und dem übrigen geistigen Leben, die breiten Massen sollten im besondern durch eine unter der Vormundschaft der Kirche stehende Volksschule vor kritischem Denken bewahrt bleiben. Nachdem Bismarcks Kulturkampf gescheitert war, und das Zentrum durch seine ausschlaggebende Stellung im Parlament ständig an Einfluß zunahm, wurde es auch in den Bund der kulturpolitischen Reaktion aufgenommen.

Literarische und politische Kämpfe gegen Orthodoxie und Dogmatismus bringen leicht die Gefahr, daß im Schwung der Bewegung über das Ziel hinausgeschossen wird. Die weniger gezügelten Elemente schlagen gern, statt nur auf das Muckertum und die politische Gschafthuberei kirchlicher Reaktionäre, auch auf die Religion selber und die ehrliche Gläubigkeit los. Das hat schon Lessing erfahren müssen, der in seinem Kampf gegen die Goeze und verwandten Mucker oft genug auch ein scharfes Wort nach links, gegen den Aufklärer seiner Zeit, sprechen mußte. Dieser Gefahr der Übertreibung sind sowohl die bürgerlichen Intellektuellen wie die Arbeiterklasse gelegentlich erlegen. Gerade die Arbeiter fühlten sich in ihrem Aufwärtstreben durch die geistigen Machtfaktoren des alten Staats, besonders durch den Geist der Volksschule stark beeinträchtigt, um so mehr, als sie aus sozialistischer Überzeugung grundsätzlich für die volle Freiheit des Glaubens und des Nichtglaubens eintraten. Da der Glaube nicht gefährdet war, galt ihre Sympathie besonders lebhaft den abweichenden religiösen Anschauungen und der offenen Loslösung vom Kirchentum und schließlich auch von jeder religiösen Überzeugung. Bebel bekannte sich offen zu Atheismus, was bei seinem überragenden Einfluß naturgemäß starke Nachahmung fand, vielfach galt infolgedessen die atheistische Gesinnung als ein selbstverständliches Attribut eines guten Sozialdemokraten. Das war aber keinesfalls Meinung und Wille der Partei. Die Sozialdemokratie hat sich immer grundsätzlich zu dem Satz ihres Programms, der die Religion zur Privatsache erklärt, bekannt. Gerade Bebel hat mehr als einmal, auch besonders auf Parteitag, gegen das Antipfaffentum bestimmter Parteikreise vom Leder gezogen. In ihren führenden Männern war die Sozialdemokratie im wesentlichen der Meinung Lessings: man solle, da »der echte Ring vermutlich ging verloren«, in Religionsfragen jeden seiner eigenen, von Vorurteilen gegen andere freien Liebe naheifern lassen.

Nach dem Krieg änderte sich die kulturpolitische Lage. Die neue Verfassung löste die jahrhundertealte Verbindung zwischen Staat und Kirche und beseitigte damit grundsätzlich, wenn auch noch nicht tatsächlich, die Ausnutzung religiöser Empfindungen für machtpolitische Zwecke. Sie gab allen Bekenntnissen und Nichtbekenntnissen grundsätzlich, wenn auch nicht tatsächlich, die gleiche Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit. Das mußte von selber zu einer starken Selbstbesinnung der Weltanschauungen führen. Die Bekenntnisse und freigeistigen Anschauungen, die früher unterdrückt waren, meldeten ihre Ansprüche an, die früher bevorzugten staatskirchlichen Bekenntnisse wehrten sich dagegen, wobei ihnen das Trägheitsgesetz, das auch für geistige Bewegungen gilt, bei den breiten Massen zu Hilfe kam.

Andrerseits entschloß sich das Zentrum, das klug wie immer sich mit den Gegebenheiten abfand, die neuen Verhältnisse anzuerkennen und gemeinsam mit der Sozialdemokratie zum Schutz der durch die außenpolitische Not gefährdeten Staatssouveränität und des ganzen innern Staatsgefüges auch die letzte und schwerste Verantwortung zu übernehmen. Es gab dabei seine katholische Überzeugung selbstverständlich nicht preis, was auch nicht notwendig war und nicht gefordert wurde, es suchte im Gegenteil, wo nur immer möglich, noch Vorteile für die katholische Kirche herauszuschlagen; aber es stellte doch seine Glaubensangelegenheiten hinter die staatspolitischen Notwendigkeiten zurück. Es hat gar keinen Zweck die Tatsache zu leugnen oder auch nur zu verkleinern, daß das Zentrum 1919 in Weimar an der Seite der Sozialdemokratie das größte und schwerste Gebot der Stunde fest und entschlossen miterfüllt und dadurch mitgeholfen hat die Republik als staatsrechtliche Form und Deutschland selbst als selbständiges Staatswesen zu erhalten. Ich für meinen Teil werde diese staatsmännische und vaterländische Kameradschaft des Zentrums in jener vielleicht schwersten und gefährdetsten Zeit Deutschlands, in der sogar die Demokraten vorübergehend den Mut oder die Nerven oder beides verloren, stets anerkennen. Ich war von jeher für weitestgehende Duldung auf religiösem Gebiet. seit jener Zeit bin ich noch fester als zuvor davon durchdrungen, daß wir die Religion aus den politischen Kämpfen auszuschneiden haben, und daß auf dem Feld der Politik nur nach der politischen Überzeugung, nicht nach den religiösen Herzensgeheimnissen, zu fragen ist. Alles hat zu geschehen, was die Freunde der Republik und ihrer demokratischen Verfassung zusammenführt und eint, damit sie in gemeinsamer Arbeit die Republik schützen und ausbauen, politisch, sozial, kulturell; alles ist zu unterlassen, was die Freunde der Republik auseinandertreiben könnte. Um die Arbeiter handelt es sich dabei vornehmlich, um die Arbeiter aller Berufe und aller Religionsbekenntnisse und Weltanschauungen. Satt müssen sie zuerst sein und frei sich bewegen können. Das können sie nur durch den Zusammenschluß und durch den Schutz oder die Schaffung von Einrichtungen, die ihnen eine soziale Hebung möglich machen. Zu welchem Gott sich dabei der einzelne Arbeiter bekennt, oder ob er an keinen Gott glauben will, das ist seine persönliche Sache und kommt für seine Zuverlässigkeit im politischen oder wirtschaftlichen Kampf nicht in Frage.

Aus diesem Geist heraus wurde 1919 von uns der vielbefehdete Weimarer Schulkompromiß zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie abgeschlossen. Da es keiner der beiden Parteien möglich war die andere zu

ihrem Schulideal zu bekehren, kam man einander entgegen, indem der eine Partner die von ihm bisher scharf bekämpfte Bekenntnisschule zugestand, der andere die ebenso scharf bekämpfte weltliche Schule, beide gemeinsam aber die Simultanschule. Die Eltern selber sollten entscheiden, in welche der 3 Schularten sie ihre Kinder schicken wollten. Man war sich dabei einig, daß das Schulwesen in seiner Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigt werden dürfe, und fügte zu diesem Zweck gleichzeitig einige soziale Verbesserungen des Schulwesens hinzu. Von der Notwendigkeit des Weimarer Schulkompromisses unter den damaligen Zeitverhältnissen im Interesse der jungen Republik bin ich nach wie vor so tief durchdrungen, daß ich trotz aller Kritik bisher noch niemals meine Mitarbeit und Mitverantwortung bereut habe und jeden Tag unter den gleichen Voraussetzungen wieder ebenso handeln würde. Um so tiefer beklage ich die Zentrums politik der letzten Jahre, besonders die jüngste kulturpolitische Entwicklung. Am beklagenswertesten wäre es, wenn das Zentrum die gegenwärtige republikfeindliche Koalitionspolitik (denn in ihrer Wirkung ist sie trotz allen Gegenbeteuerungen faktisch republikfeindlich) schon mit der Absicht eingegangen wäre dadurch seine besonderen Schulwünsche durchzudrücken. Das Zentrum hätte damit praktisch das Gegenteil dessen getan, wozu es sich 1919 in der Not entschlossen hatte. Damals hatte es seine ganz besonderen katholischen Schulwünsche in die zweite Linie gestellt, in die erste aber staatspolitische Erwägungen im Interesse des Gesamtwohls und der jungen Republik. Heute hätte es unter Ausnutzung einer vorübergehenden Konjunktur seine kulturpolitischen Wünsche schnell in den Vordergrund gerückt, selbst um den Preis einer Stärkung aller antirepublikanischen Kräfte im Reich und tiefer Verbitterung bei den früheren Kampfgenossen.

In der Beurteilung des Weimarer Schulkompromisses besteht eine Kluft zwischen Demokraten und Sozialdemokraten, die auch die eigentliche Ursache zu den gegenwärtigen leisen Differenzen ist. Zwar haben die Demokraten 1919 in Weimar dem Kompromiß schließlich auch zugestimmt, nachdem ihnen zuliebe die beiden anderen Verfassungsparteien der Simultanschule allgemein eine formelle Vorzugsstellung und der Simultanschule in bestimmten Ländern und Gebietsteilen besondere Vorrechte eingeräumt hatten. Man war sich aber schon damals in Weimar allseitig darüber klar, daß diese formelle Vorzugsstellung nicht auch zugleich eine tatsächliche bedeutete, sondern daß die Simultanschule gerade so viel Bedeutung und Vorzug haben würde wie sich Erziehungsberechtigte hinter sie stellten. Immerhin habe ich in dem von mir sachlich zu verantwortenden ersten Reichsschulgesetzentwurf vom Jahr 1921 die durch die Verfassung gewünschte Bevorzugung der Simultanschule aus Gründen der Loyalität auch gesetzlich zu sichern versucht. Ebenso gebe ich zu, daß ich in dem von mir unter dem Reichskanzler Wirth auf Grund vertraulicher Beratungen der 3 Verfassungsparteien ausgearbeiteten Entwurf diese Bevorzugung zugunsten einer weitgehenden Gleichberechtigung der 3 Schularten stark eingeschränkt habe. Das ist kein Widerspruch, wenn es auch auf den ersten Blick so scheinen mag. Kein Zweifel, daß eine Beseitigung der Vorzugsstellung der Simultanschule eine Verfassungsänderung bedeutet. Wer die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit aufbringt, darf solche Änderung vornehmen. Daß für eine solche Änderung der republikanischen Verfassung unter maßgeblichem Einfluß republikfeindlicher Parteien die Stimmen der sozial-

demokratischen Reichstagsfraktion nicht zu haben sind, versteht sich so sehr von selbst, daß man darüber gar nicht erst zu reden braucht. Aber ebensowenig wäre ein weiteres Wort nötig, wenn es sich um eine Änderung der betreffenden Verfassungsbestimmung durch die gleichen Parteien handelte, die die Verfassung geschaffen haben und die Abänderung nur im Einverständnis und zum Zweck einer tatsächlichen Verbesserung vornähmen. Für die 3 Verfassungsparteien wäre eine solche Änderung eben keine grundsätzliche Frage sondern nur eine Frage der politischen Taktik.

Damit wären wir auch an dem eigentlichen kritischen Punkt angelangt, an dem Demokraten und Sozialdemokraten zum Teil auseinandergehen. Viele Demokraten sind der Auffassung, mit der Einräumung einer Vorzugsstellung für die Simultanschule hätten die beiden anderen Parteien, die Sozialdemokraten und das Zentrum, auch zugestanden, die Simultanschule sei in Wirklichkeit die beste und darum zu bevorzugende Schulart. Wer die Verfassungsberatungen mitgemacht oder nachgelesen hat und sich auch sonst in der Pädagogik und Schulpolitik ein wenig auskennt, weiß, daß davon gar nicht die Rede sein kann. Die Sozialdemokraten wären vielleicht so weit gegangen der Simultanschule zuzustimmen, trotz den Bedenken, die sie gegen sie haben, wenn es möglich gewesen wäre sie als die einzige Schulart für ganz Deutschland durch die Verfassung 1919 in Weimar zu proklamieren. In diesem Fall wäre der schulorganisatorische und damit auch der pädagogische Gewinn so groß gewesen, daß die Sozialdemokratie ihm zuliebe die Nachteile der Simultanschule in Kauf genommen hätte. Aber gerade diese einzige Voraussetzung, die uns auf unsere eigene Schule zugunsten der weniger guten Simultanschule hätte verzichten lassen können, war in Weimar nicht zu schaffen. Was aber damals, im Jahr nach der Umwälzung, mit einer großen unangreifbaren Mehrheit der Verfassungsparteien, nicht mehr zu erreichen war, ist heute noch viel weniger möglich. Alle wohlmeinenden Schulfreunde, auch in den Reihen der Sozialdemokraten, die aus den dargelegten Gründen der Simultanschule das Wort reden, bewegen sich im luftleeren Reich der bloßen Gedanken und Wünsche und übersehen, wie hart im Raum sich die Sachen stoßen. Stehen aber die 3 Schularten neben einander und ist den Erziehungsberechtigten die Wahl freigegeben, so kann es für die Sozialdemokraten gar keinen Zweifel geben, für welche Schulart sie eintreten. Wohl ist die weltliche Schule noch nicht die Erfüllung der sozialdemokratischen Forderung der Weltlichkeit des gesamten Schul-, Erziehungs- und Forschungswesens, aber sie ist vom Standpunkt der Schularten aus die einzige, die geradeswegs zu ihr führt.

Die Simultanschule ist die Schule der Demokraten von heute, der Liberalen von einst. Sie entspricht in ihrer Struktur und Tendenz ganz dem Wesen des liberalen Bürgertums, das zwar Mängel kritisch erkennt und auch beseitigen will, vor durchgreifenden Maßnahmen aber leicht zurückschrickt und auf halbem Weg stehen bleibt. Der lehrplanmäßige Religionsunterricht in den Schulen ist die Ursache der meisten Schwierigkeiten, unter denen das deutsche Volksschulwesen leidet, er ist die Ursache der tatsächlichen Unterordnung der Schule unter die Kirche bis heute, die Ursache des Einflusses der Geistlichen auf Schule und Lehrer, die Ursache der unaufhörlichen und unerquicklichen parlamentarischen Schulkämpfe von jeher bis heute. Dagegen gibt es nur ein Mittel: Heraus mit dem Religionsunterricht aus der Schule! Gebt der Kirche, was der Kirche ist, also den

Religionsunterricht und die religiöse Erziehung, und laßt die Schule auf ihren eigenen Wegen wandeln; sie wird dabei die hohe kulturgeschichtliche Bedeutung der Religion im Entwicklungsgang der Menschheit nicht übersehen. Vor dieser Konsequenz schreckten die Liberalen einst und schrecken die Demokraten heute zurück. Sie wollen entweder getrennten Religionsunterricht für die verschiedenen Bekenntnisse oder einen denaturierten Religionsunterricht für alle Kinder gemeinsam. Beide Lösungen lassen den Kern der Sache unberührt und ändern auch nichts an der von den Demokraten so bekämpften tatsächlichen Mitherrschaft der Kirche in der Schule. Die Sozialdemokratie hat die Simultanschule grundsätzlich stets abgelehnt, wenn sie sie realpolitisch auch schon vor dem Krieg im Vergleich zur Bekenntnisschule als das "kleinere Übel" angesehen hat. Sie tritt für die weltliche Schule ein: nicht nur, weil es der Kieler Parteitag ausdrücklich so gewünscht hat, sondern weil die weltliche Schule Herzenssache des Arbeiters ist. Das zeigen die überraschenden Zahlen über das sprunghafte Anwachsen der weltlichen Schulen in Deutschland in den letzten Jahren, obwohl sie bisher in jeder Beziehung Wind und Sonne gegen sich hatten. Daß aber für die Simultanschule keine Schwungkraft und keine Volksbewegung zu erzeugen ist, zeigt die Geschichte der Simultanschule vor dem Krieg und bis in die jüngste Vergangenheit hinein. Welche taktische Verblendung würde es für die Sozialdemokratie bedeuten, wenn sie die Arbeitermassen für die blasse und matte Simultanschule statt für die lebendige und zukunftsfrohe weltliche Schule zu begeistern auch nur versuchen wollte.

Über diese Verschiedenheiten der Auffassung müssen sich Demokraten und Sozialdemokraten klar sein. Zu einer Entfremdung oder gar zu einer Beeinträchtigung des gemeinsamen Kampfs gegen reaktionäre Schulpläne dürfen sie nicht führen und werden sie auch nicht führen. Gegen die Bevorzugung der Bekenntnisschule, gegen die Verkirchlichung der deutschen Volksschule stehen Sozialdemokraten und Demokraten zusammen. Wo sie verschiedener Meinung sind, werden sie diese Differenz im gleichgerichteten Streben nach einer guten leistungsfähigen Schule für das deutsche Volk und im Geist der alten Kameradschaft in kulturpolitischen Kämpfen sachlich und freundschaftlich auszutragen haben.

LUDWIG QUESSEL · ANGELSÄCHSISCHES THEATER IN GENÈVE

WIEDER einmal ist, durch die öffentliche Vollsitzung der sogenannten Marineabrüstungskonferenz am 14. Juli, durch Austen Chamberlains Rede im Unterhaus am 26. Juli und schließlich durch den (in unseren Zeitungen als politische Sensation hohen Ranges behandelten) Abbruch jener Konferenz am 4. August, die Aufmerksamkeit der Welt auf die Rüstungen zur See gelenkt worden, die viel deutlicher als die Rüstungen zu Land die weltpolitischen Zusammenhänge und Spannungen beleuchten, die für die Gegenwart maßgebend sind. Kennzeichnend war hierfür der Umstand, daß die Genfer Konferenz von Anfang an eine Dreimächtekonferenz war. Frankreich und Italien hatten ihre Teilnahme abgelehnt, weil sie nicht gesonnen sind ihre Untersee- und Luftrüstung unter angelsächsische Kontrolle zu stellen, so daß neben den beiden angelsächsischen Reichen nur noch Japan in Genf anwesend war.

Das Fernbleiben der kontinentaleuropäischen Mächte von der Genfer Marinekonferenz entspricht den Machtverhältnissen zur See, die durch den Weltkrieg herbeigeführt sind. Ein Vergleich der gegenwärtigen Seerüstungen mit denen der Vorkriegszeit ergibt zunächst die Tatsache, daß Kontinentaleuropa England für den überseeischen Kampf ebenso machtlos gegenübersteht wie Lateinamerika den Vereinigten Staaten. Deutschland, Rußland und Österreich zählen nicht mehr zu den Seemächten. Sie fallen für die Machtverteilung zur See aus. In Kontinentaleuropa mit seinen 442 Millionen Einwohnern und 25 Staaten sind nur noch 2 Mächte zu finden, die England gegenüber nicht als völlig wehrlos zur See bezeichnet werden können: Frankreich und Italien. Englands Stellung zur See in den europäischen Meeren ist insoweit durch den Weltkrieg gewaltig verstärkt worden, als auch ein Zusammengehen sämtlicher europäischer Flotten für London ungefährlich wäre. Wenigstens gilt das für den überseeischen Kampf. Die Seemacht des traditionellen weltpolitischen Gegners Englands in Asien, Rußlands, ist schon 1905 im Russisch-Japanischen Krieg zerstört worden. Die deutsche und die österreichische Flotte wurden in dem großen britischen Koalitionskrieg gegen die Mittelmächte, an dem sich 23 europäische und außereuropäische Mächte beteiligten, vernichtet. Übrig geblieben sind in Europa nur die französische und die italienische Flotte, die beide zusammen gegenüber der englischen an Gefechtsstärke sich äußerlich etwa wie 3 zu 5 verhalten. Diese Machtverteilung, die die Statistik der maritimen Rüstungen zeigt, entspricht jedoch nicht der Wirklichkeit. Man weiß, daß die Großkampfschiffe, über die England, Frankreich und Italien verfügen, sehr ungleichwertig sind. Italien und Frankreich verfügen nur über Schiffe bis zu 25 500 Tonnen mit einer Bestückung von 30 bis 34 Zentimeter, von denen keines nach 1913 gebaut ist, während England zumeist Großkampfschiffe neuester Konstruktion bis 40 000 Tonnen mit einem Kaliber von 30 bis 40 Zentimeter besitzt. Die französischen und italienischen Großkampfschiffe stehen also an Gefechtswert den englischen des gleichen Typs bei weitem nach.

Die Alleinherrschaft der britischen Flotte in den europäischen Meeren ist durch das Washingtoner Abkommen von 1922 stabilisiert worden. Frankreich und Italien hätten mit ihren beschränkten Mitteln für die Seerüstung sich einen Anteil an der europäischen Seeherrschaft nur unter der Voraussetzung verschaffen können, wenn sie das ihnen zu diesem Zweck zur Verfügung stehende Geld zum Bau von Großkampfschiffen und geschützten Kreuzern von immer größerer Tonnage und immer stärkerer Armierung verwendet hätten, wodurch der ältere Teil der britischen Flotte entwertet worden wäre. Diesen Weg wieder zur Seegeltung England gegenüber zu gelangen haben die beiden angelsächsischen Reiche Frankreich und Italien durch ein geschicktes Zusammenspiel auf der Washingtoner Konferenz versperrt. Jenes Washingtoner Abkommen begrenzt die Größe der Großkampfschiffe auf 35 000 Tonnen und erlaubt nur Geschützkaliber von 40 Zentimeter. Ebenso verbietet es geschützte Kreuzer mit über 10 000 Tonnen zu bauen. Erwägt man nun, daß außerdem das Stärkeverhältnis an Großkampfschiffen zwischen England, Frankreich und Italien auf 5 zu 1,75 zu 1,75 in Washington festgelegt wurde, so begreift man die Abneigung in Paris und Rom eine zweite Washingtoner Konferenz über sich ergehen zu lassen. Daher hielten sich Frankreich und Italien von Genf fern und wünschten dieser angelsächsischen Veranstaltung höflich allen denkbaren Erfolg.

Die Konferenz von Washington hat aber nicht nur Englands Alleinherrschaft in den europäischen Meeren sichergestellt sondern auch als ein neues Faktum die Parität englischer und amerikanischer Seegeltung in die Erscheinung treten lassen. Was England allen übrigen Staaten in der Welt verweigert, was es als einen zwingenden casus belli gegenüber jeder andern Nation ansieht, nämlich den Anspruch einer Flottenverständigung auf der Grundlage von 1 zu 1, hat es in Washington den Vereinigten Staaten von Amerika bedingungslos zugestanden. Ohne Bedenken gab England seine jahrhundertealte Stellung als stärkste Seemacht der Welt der Union gegenüber auf, an der es anderen Staaten gegenüber als notwendige und indiskutable Grundlage seiner eigenen Existenz festhält. Ja noch mehr. London war so zufrieden mit der gewaltigen Seerüstung, die sich die Union im und nach dem Krieg geschaffen hatte, daß es glaubte nunmehr auf die japanische Allianz verzichten zu können. Immerhin bleibt zu beachten, daß es heute eine absolute englische Seeherrschaft nur noch in den europäischen Meeren und im Indischen Ozean gibt. Im Atlantischen und im Stillen Ozean tritt an ihre Stelle die angelsächsische Seeherrschaft, zu der die Grundlagen schon im Weltkrieg gelegt wurden, als deutsche Politiker noch glaubten Amerika gegen England ausspielen zu können.

Schon im Jahr 1915 begann in Amerika eine fessellose Agitation für eine gewaltige Aufrüstung zur See. 1916 waren alle amerikanischen Werften mit Staatsaufträgen überreich versorgt. Diesem Umstand war es zu danken, daß Amerika, das im April 1917 über 304 Schiffe verfügte, im November 1918 schon 1720 Schiffe aufweisen konnte. Die Bemannung der amerikanischen Flotte, die, als Wilson Deutschland den Krieg erklärte, rund 83 000 Offiziere und Mannschaften erforderte, umfaßte im November 1918 rund 562 000 Mann. 1919 kam die amerikanische Flotte an die 2. Stelle, in Washington /1922/ war sie der englischen gleich. Heute wissen wir, daß die Riesenflottenvorlage Wilsons von 1916 kein Bluff war sondern ein wohlüberlegter Akt amerikanischer Politik, um die angelsächsische Seeherrschaft auf allen Meeren der Welt zu begründen.

Es ist erstaunlich, daß von der ganzen deutschen Presse das angelsächsische Theater, das in den letzten Wochen in Genf gespielt wurde, als eine ernste Angelegenheit gewertet wurde. Was englische Publizisten in den ersten Kriegsjahren höhnend gegenüber jenen deutschen Politikern zum Ausdruck brachten, die sich einbildeten Amerika gegen England aufbringen zu können: daß nämlich der Zusammenhang der angelsächsischen Welt so eng sei, daß England stets für Amerika und Amerika stets für England rüsten werde, gilt heute mehr denn je. Wo Rivalität zwischen London und Washington vorhanden ist, wird immer ein Ausgleich gefunden werden. Dabei muß Washington natürlich mit Sorgfalt operieren, weil fast die Hälfte der amerikanischen Welt nicht angelsächsischer Herkunft ist, was die angelsächsischen Staatsmänner Amerikas bei öffentlichen Wahlen nie außer acht lassen. Daraus erklärt sich manches, was im Verhältnis Englands zu Amerika vielen so merkwürdig vorkommt. Zum Schluß wird sich immer das Ergebnis zeigen, daß England die panamerikanischen und ostasiatischen Interessen der Union ebenso respektiert wie Amerika die europäischen, indischen und afrikanischen Interessen Englands. So wenig wie über die Parität bei der Seegeltung kann daher über die Rüstungsbeschränkung zur See ernstlicher

Zwist zwischen dem Angelsachsenthum des britischen und des amerikanischen Weltreichs entstehen. Das Angelsachsenthum fühlt sich solidarisch gegenüber der übrigen Welt, in deren Beherrschung und Ausnutzung England und Amerika sich brüderlich teilen wollen. Wo die Dinge anders zu laufen scheinen, wie eben jetzt in Genf, steht man angelsächsischem Theater gegenüber, dazu bestimmt die anderen Völker des Erdballs in holde Täuschung zu versetzen, aus der es dann immer ein sehr bitteres Erwachen gibt.

Eine andere Frage ist freilich, ob wir uns nicht einer neuen Epoche nähern, in der die Weltgeltung nicht mehr durch die Beherrschung der Meere sondern durch die Beherrschung der Luft bestimmt wird. Hier allerdings eröffnet sich, durch französische Pionierleistung und deutsches unablässig systematisches Schaffen, einem sich zusammenschließenden Kontinentaleuropa, an der Seite des wiedererstehenden russischen und des neuerstehenden ostasiatischen Weltreichs, eine neue Zukunft der Eigengestaltung und Freiheit, der auch das vereinigte Angelsachsenthum nichts anhaben kann.

MAX COHEN · VOR 10 JAHREN UND HEUTE

GERADE ein Jahrzehnt ist verflossen, da Deutschland zum zweitenmal innerhalb eines Weltkriegsjahrs eine Verständigung mit Rußland verpaßte und damit die Möglichkeit eines allgemeinen Verständigungsfriedens ausschloß. Wir leben jetzt in einem Gedenkjahr, das uns durch einen Blick auf die Versäumnisse der Vergangenheit den Weg zu neuer Zukunft zeigen kann. Und darum muß man heute die beiden für Deutschland und Europa folgenswersten mit klarem Auge, ohne erneute Selbsttäuschung betrachten.

Das erste Versäumnis geschah in der 2. Hälfte des Jahres 1916, als die Heere der Mittelmächte weite Länderstrecken des Russischen Reichs besetzt hatten. Damals trat an die Stelle Goremykins Stürmer als Ministerpräsident, mit dem ausgesprochenen Zweck einen Frieden zwischen Rußland und Deutschland herbeizuführen; ebenso fiel der Vertrauensmann des englischen Botschafters in Petersburg, Sasonow, für den Stürmer selber das Außenministerium übernahm. Ein ähnlicher Ministerwechsel vollzog sich damals in Japan. Dort mußte das englandfreundliche Kabinett Okuma dem Kabinett Terautschi weichen, dessen Außenminister Motono das Geheimabkommen zwischen Rußland und Japan als japanischer Botschafter in Petersburg abgeschlossen hatte. Der wirtschaftliche Teil dieses Abkommens war von Stürmer bereits im Juli 1916 veröffentlicht worden; auf die grundlegende Bedeutung des russisch-japanischen Bündnisses war in den Sozialistischen Monatsheften schon im Jahr vorher hingewiesen worden.¹ Trotz diesen deutlichen Friedensaussichten erfolgte am 5. November 1916 die deutsche Polenproklamation, die unmittelbar den Sturz Stürmers herbeiführte. In seinen Kriegserinnerungen teilt Matthias Erzberger mit, ein Mitglied des polnischen Adels, das er durch einen Mittelsmann am 6. November über die Polenproklamation befragen ließ, hätte ihm geantwortet: »Haben denn die Herren in Berlin und Wien an einem Tage Kopf und Nerven verloren, daß sie die einzige Friedensmöglichkeit so brutal niederschlagen?«²

1) Siehe Bloch Wo stehen wir jetzt?, Quessel Der russisch-japanische Vertrag, in den Sozialistischen Monatsheften 1915 II Seite 791, 1916 II Seite 797 und folgende.

2) Siehe Erzberger Erlebnisse im Weltkrieg / Stuttgart 1920/ Seite 176.

Wenige Monate später wurde wieder die Möglichkeit den Krieg durch einen guten oder doch erträglichen Frieden zu beenden ungenutzt gelassen. Als nach der russischen Märzrevolution Kerenskij zur Macht gelangt war und seine berühmte Proklamation für den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker in die Welt sandte, war es wiederum Deutschland, das die Lage nicht begriff. Man muß sich die entscheidenden Sätze jener Proklamation der Provisorischen Regierung Rußlands vom 9. April 1917, in der zum erstenmal nach 3 Jahren des blutigsten aller Kriege die Stimme der Menschlichkeit und der Freiheit ertönte, wieder in die Erinnerung zurückrufen, um sich klar zu machen, was damals durch Unverständnis vereitelt wurde. Es bedeutete eine völlige Abkehr von allen gewohnten Zielen und Methoden auswärtiger Politik, wenn die revolutionäre Regierung Rußlands aller Welt verkündete: »Die Regierung hält es für ihr Recht und ihre Pflicht schon jetzt zu erklären, daß das freie Rußland nicht das Ziel hat andere Völker zu beherrschen, ihnen ihr nationales Erbe wegzunehmen und gewaltsam fremdes Gebiet zu besetzen, daß es vielmehr einen dauerhaften Frieden auf Grund des Rechts der Völker ihr Schicksal selbst zu bestimmen herbeiführen will. Das russische Volk erstrebt nicht die Steigerung seiner äußern Macht auf Kosten anderer Völker; es hat nicht das Ziel irgendein Volk zu unterjochen oder zu erniedrigen.« Diese Formulierung Kerenskij's, die auf einen allgemeinen Frieden abzielte, hätte, von Deutschland ergriffen, sofort den Frieden auf dem Kontinent herbeiführen können. Denn gerade die beiden Völker, die in Waffen auf dem Kontinent einander gegenüberstanden: das deutsche und das französische, hätten dann nicht länger den Krieg fortsetzen können. Die Verständigung war ohne weiteres gegeben. Gewiß hätte Deutschland bei einem solchen Frieden Gebietsteile verloren. Denn bei der Anerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechts hätte sich Elsaß-Lothringen vom Reich losgelöst, und das gleiche wäre mit Posen der Fall gewesen. Aber einen polnischen Korridor, der Deutschland in 2 Teile teilt, hätte es dann nicht gegeben, die deutsche Stadt Danzig wäre dem Reich nicht genommen, das Memelland nicht von ihm abgetrennt worden. Und für den Gebietsverlust im Westen und Osten (der keinen Machtverlust bedeutet hätte, da die Macht eines Reichs niemals dadurch vergrößert wird, daß man widerstrebende Bevölkerungsteile gewaltsam festhält) wäre das deutsche Volk reichlich durch den Anschluß Deutsch Österreichs an das Reich entschädigt worden. Denn diesen Anschluß hätte damals, eben auf Grund der selben Verkündigung des Selbstbestimmungsrechts, niemand auf dem Kontinent verhindern können und wahrscheinlich auch nur wollen. Wäre doch der Friede auf dem Kontinent damals für die Kontinentalvölker der Entente auch eine Erlösung gewesen. Und man denke, was es für das ganze Festland bedeutet hätte, wenn dieses letzte, blutigste, zerstörungsreichste Jahr des Weltkriegs, von dem nur die angelsächsischen Mächte Nutzen hatten, und von dem sich die Kontinentalvölker noch heute nicht erholt haben, gar nicht erlebt worden wäre. Wollte man die von der russischen revolutionären Regierung ausgestreckte Hand ergreifen, so mußte man freilich den unseligen Gedanken im Osten Eroberungen zu machen aufgeben. Und gerade hier zeigte sich die Unzulänglichkeit der damaligen politischen Leitung Deutschlands, die sich einbildete durch eine Räumung Belgiens einen Verständigungsfrieden mit England (ausgerechnet mit England,

das ja nach der Bethmann-Kühlmannschen Auffassung, der der Charakter dieses Krieges verschlossen bleiben mußte, der Freund Deutschlands war) erzielen und dafür sich im Osten durch die Abtrennung russischer Randgebiete schadlos halten zu können. Wie wenig die allgemeinen Wendungen und Freundschaftserklärungen für das neue Rußland, mit denen Bethmann Hollweg damals nicht sparte, faktisch der Kerenskijischen Forderung eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen entsprachen, bestätigt ebenfalls Erzberger in seinen Kriegserinnerungen; er teilt nämlich dort mit, daß der Reichskanzler von Bethmann Hollweg ihm damals den Erwerb der Narewlinie als deutsche Mindestforderung bezeichnet hätte. Der Verfasser dieses Artikels wies, als Kühlmann Staatssekretär des Äußern geworden war, Anfang August 1917 in einer Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags in längeren Ausführungen (die sich leider auch gegen die Politik der eigenen Partei wenden mußten) auf die weltpolitischen Zusammenhänge und die sich aus ihnen ergebende zwingende Notwendigkeit hin sich auf den russischen Standpunkt zu stellen, um dadurch zum Frieden und zu einer für Deutschland günstigen Mächtekonstellation (Annäherung an Frankreich und Rußland) zu gelangen. Ohne Erfolg. Die Idee der Verständigung mit England und der Zermürbung Rußlands durch die Unterstützung der Bolschewisten saß zu fest in den Köpfen. Sie wurde auch durchgesetzt: mit dem Resultat, daß freilich zuerst Rußland in Brest Litowsk zu Deutschlands Füßen, dann aber Deutschland in Versailles zu den Füßen der Entente lag.

Wie ganz anders wäre es Deutschland und Europa ergangen, wenn man auf Grund der erwähnten Friedensmöglichkeiten den Krieg rechtzeitig beendet hätte. Deutschland hätte zwar, wie gesagt, eine Bevölkerung, die nicht staatlich zu ihm gehören wollte, verloren, dafür aber die deutschgesinnte Bevölkerung Österreichs gewonnen. Deutschland hätte keine Reparationszahlungen zu leisten, es hätte keinen Ruhrkrieg und keine Inflation erlebt, seine Wirtschaft wäre in der Hauptsache intakt geblieben. Die besetzten Kolonien hätte Großbritannien wahrscheinlich auch dann nicht herausgegeben, die kolonialen Ansprüche Deutschlands aber wären bei einem solchen offenbaren Raub in ganz anderer Weise von der Welt anerkannt worden, und es wäre ein viel sichereres Fundament für die Wiederaufnahme seiner kolonialen Arbeit vorhanden gewesen. Die Verständigung mit Frankreich, das zwar auch damals schon schwere, aber noch nicht jene sinnlosen Verwüstungen erlitten hatte, die auf dem Rückzug der deutschen Armeen im Jahr 1918 entstanden waren, hätte, nachdem Elsaß-Lothringen als Streitobjekt verschwunden war, als eine leicht zu vollziehende Tatsache vor uns gestanden; die industriewirtschaftliche Zusammenarbeit wäre sofort erfolgt, während es jetzt erst nach jahrelanger Spannung zur Zusammenarbeit im Kalisyndikat und durch den Eisenpakt gekommen ist.

Das Unglück dieser 10 Jahre ist 1917 durch die Verblendung der Regierung und der politischen Parteien verschuldet worden, die das Offenkundige nicht sehen wollten, obwohl damals in den Sozialistischen Monatsheften in immer erneuten Darlegungen diese östliche Orientierung als der Weg zu Frieden und Freiheit gezeigt wurde.³

³) Siehe allein in jenem Jahr unter anderem Cohen Vom 4. August bis Stockholm, *Kranold* Deutschland und die Fremdvölker Rußlands, *Quessel* Lloyd George, Kerenskij und der Friede, *Schippel* England und die deutsch-russische Annäherung, in den Sozialistischen Monatsheften 1917 II Seite 816, 824, 868, 1917 III Seite 1255 und folgende.



UF die Schuld an den vor 10 Jahren verpaßten Gelegenheiten mußte hier nicht nur aus Gründen der Jahrzehnterinnerung sondern auch deshalb hingewiesen werden, weil der politische Nebel der damaligen Zeit noch nicht so vollständig von Deutschland gewichen ist, daß man jetzt wirklich allenthalben klar sieht. Gewiß, es steht um die Erkenntnis der Schaffung eines solidarischen Kontinentaleuropas heute viel besser als noch vor wenigen Jahren, und die Einsicht in die Notwendigkeit einer engen deutsch-französischen Kooperation ist auch in Deutschland erfreulicherweise in dauerndem Wachsen begriffen. Leider ist aber die politische Führung auf diesem Gebiet nicht so entschieden und nicht so klar wie sie angesichts des immer noch sehr anglophilen deutschen Geisteszustands sein müßte, und so erleben wir immer wieder, trotz derbsten Lehren, Rückfälle in Vorstellungen, die wirklich überwunden sein sollten. Obwohl wir wissen, daß Frankreich der Reparationsleistungen bedarf, um die Zinsen der für seinen Wiederaufbau gemachten Ausgaben sowie seine eigenen Kriegsschulden zu bezahlen, reden einflußreiche Leute in Deutschland von der Notwendigkeit der Revision des Dawesvertrags in dem Augenblick, da unter Hinweis auf ihn die schnellste Räumung der besetzten Gebiete verlangt wird. Freilich, die Daweslasten sind schwer, und sie werden in den nächsten Jahren noch wesentlich schwerer sein. Es gibt zu ihrer Milderung aber nur 2 Möglichkeiten. Einmal eine Neuregelung der interalliierten Schulden, wobei, wie die französischen Staatsmänner (besonders Poincaré) oft betont haben, Frankreich Deutschland die Summe erlassen würde, die es selbst nicht mehr an die angelsächsischen ehemaligen Kriegsverbündeten zu zahlen brauchte. Der andere Fall: Die im Dawesvertrag vorgesehene Transferierung großer Geldmengen erweist sich für das Gläubigerland als schädlich, so daß dieses selbst eine andere Regelung sucht. Das muß man abwarten, darf man aber nicht verlangen; wir müssen vielmehr die einmal übernommene Verpflichtung von uns aus stets erfüllen und dadurch unser moralisches Recht auf Vertrauen und Befreiung von der Besetzung begründen. In beiden Fällen aber ist unerläßliche Voraussetzung, daß die deutsche Wirtschaft mit der französischen zusammengeht.

Auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf hat die deutsche Delegation sich durch die Engländer leider in eine antifranzösische Stellung hineinmanövrieren lassen und sich dabei mit längst überholten wirtschaftsliberalen Ideen identifiziert. Da diese viel zu sehr auf angelsächsische Bedürfnisse zugeschnitten, nicht aber Kontinentaleuropa wirtschaftsorganisatorisch zu gestalten imstande sind, können sie nimmermehr den Erfordernissen unserer Zeitperiode entsprechen und müssen daher reaktionär und wirtschaftsanarchisch wirken. Im Reichstag hat man diese, von der anglophilen Linken noch entstellte und vergrößerte Genfer Tendenz auch gegen notwendigen Agrarschutz auszunutzen sich bemüht, und man suchte den Reichswirtschaftsminister Curtius gegen den Ernährungsminister Schiele auszuspielen. Der Reichswirtschaftsminister wurde, zu Unrecht, als ein Mann hingestellt, der einseitig wichtige und unentbehrliche Teile der deutschen Zollrüstung ablegen möchte. Dabei hat er doch oft genug die Notwendigkeit einer Zollherabsetzung nur auf Gegenseitigkeit betont. Es geht in der Tat nicht an, daß Deutschland aus allgemeinen, im englischen Interesse liegenden Prinzipien auf genügenden Zollschatz verzichtet, dazu in dem Augen-

blick, da man an der Themse darangeht die Zollmauern noch höher und dichter zu machen. Allzu deutlich tritt im angelsächsischen Lager die Absicht hervor den Wein des Zollschatzes selber zu trinken, den anderen aber das Wasser des Freihandels zu empfehlen. Und manchem Teilnehmer an der Weltwirtschaftskonferenz dürften mittlerweile Zweifel darüber aufgestiegen sein, ob die deutsche Haltung in Genf den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der deutschen Produktion gerecht geworden ist. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat nicht englischen Leitsätzen zu folgen sondern muß in erster Linie die Weiter- und Aufwärtsentwicklung der nationalen Produktion, als weiteres und höchstes Ziel aber die Gestaltung des europäischen Kontinents zu einem einheitlichen Wirtschaftskörper im Auge haben.

Wir befinden uns auch heute, wenn auch unter anderen Voraussetzungen und in anderen Zusammenhängen, in einer entscheidenden Situation wie vor 10 Jahren. Auch jetzt kann durch eine klare konstruktive Politik, die die geistigen und wirtschaftlichen Zusammenhänge europäischer und deutscher Entwicklungsmöglichkeiten erkennt, viel Unheil verhütet, eine bessere Zukunft vorbereitet werden. In dem Augenblick, da das Kriegsgerätegesetz jedermann deutlich zeigt, mit welcher Rigorosität die Briten entschlossen sind die Konkurrenz der deutschen Industrie zurückzudrängen, sollte es eigentlich für keinen Deutschen mehr schwer sein sich für alle Folge an den Weg Berlin-Paris zu halten. Auf ihm liegt Deutschlands und Europas Schicksal. Bald wird es sich erweisen, ob und inwieweit die Staatsmänner des Jahres 1927 denen des Jahres 1917 überlegen sind.

DAVID LUSCHNAT · WEINENDE MASKEN



WEGE, die ich versäumte,
Rufen nach mir,
Zahllose, lautlose.

Himmel bedrückt diese Erde,
Lastet auf mir
Wolkenhaft, sonnenhaft.

Alles bewegt sich zu Ende,
Alles beginnt
Tränenlos, hoffnungslos.

Mein bin ich jede Minute,
Die mir zerrinnt,
Grauensvoll, liebevoll.

Schrecklich mir selber entfremdet
Suche ich mich
Irgendwo, nirgendwo.

Weinende Masken erscheinen,
Spiegeln mein Ich,
Leblose, lautlose.

VICTOR ESCHBACH . UM ELSASS-LOTHRINGEN



UCH wenn der Vertrag von Locarno nicht zustande gekommen wäre, der 9. Februar 1925 wäre für alle Zeiten ein denkwürdiges Datum in der deutschen Geschichte der letzten Generationen geworden. Aus welchen Gründen immer der deutsche Außenminister Stresemann seinerzeit das Memorandum entworfen und überreicht haben mag, braucht an dieser Stelle nicht mehr erörtert zu werden. Daß es auf die Anregung von englischer Seite hin geschah, ist bei der unerschütterten Anglophilie der Wilhelmstraße seit 1918 nicht verwunderlich und wird auch von denen zugegeben, die es sonst für notwendig halten die Abhängigkeit der deutschen Außenpolitik vom Foreign Office zu leugnen. Doch wie dem auch sei, der Schritt des Kabinetts Luther-Stresemann bedeutete auch für die politische Tradition im deutschen Volk ein Novum von unerhörter Kühnheit, einen Bruch mit alten politischen Vorurteilen, wie er noch wenige Wochen zuvor ganz undenkbar gewesen wäre.

Mit der Garantierung der im Versailler Vertrag festgesetzten Westgrenze hat die deutsche Regierung zum erstenmal den freiwilligen Verzicht auf Elsaß-Lothringen ausgesprochen. Wohl war mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags durch Deutschland am 28. Juni 1919 das frühere Reichsland auch in staats- und völkerrechtlicher Hinsicht wieder französisch geworden, wohl war für die Welt, vor allem für die Bevölkerung des Elsaß und Lothringens, die elsass-lothringische Frage de iure gelöst, nachdem sie es bereits seit dem 22. November 1918 de facto war. Für eine friedliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ist es aber von entscheidender Bedeutung, daß jener formaljuristisch erzwungene Verzicht Deutschlands ein freiwilliger werde. Nach 7 Jahren bitterer Erfahrungen hat die deutsche Regierung den großen Schritt vorwärts getan. Eine anfänglich kleine, später, nach dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung, überwältigende Mehrheit im Parlament und ein Hindenburg als Reichspräsident haben ihn gebilligt. Und so ist endlich das geschehen, was ein so unzweifelhaft deutsch empfindender Schriftsteller wie Fritz Roepke schon vor 5 Jahren von Deutschland als Vorbedingung einer Verständigung mit Frankreich und auch als ein Gebot der Ehrlichkeit verlangt hatte, als er schrieb, Deutschland müsse »einsehen, daß es eine politische elsass-lothringische Frage nun nicht mehr gibt, da die Elsässer (anders als 1871) keinen einzigen Protestler ins Parlament gewählt sondern sich den französischen Parteien angeschlossen haben, und ein Volksentscheid damit herbeigeführt ist.«¹

Schwer genug ist allerdings dem deutschen Volk dieser Verzicht geworden. Auch in linksgerichteten Zeitungen wurde er als ein »unerhörtes Opfer« bezeichnet und gegen Frankreich der Vorwurf erhoben, daß dem dort zu wenig Verständnis entgegengebracht werde. Das starke Betonen des »Opfers« ist innenpolitisch und parteipsychologisch gewiß zu begreifen, außenpolitisch aber insofern nicht unbedenklich, als dadurch gerade die Freiwilligkeit, auf die es doch nunmehr ausschließlich ankommt, etwas gemindert scheint. Und so fragte, als jenes Wort in der deutschen Presse fiel, der elsässische Sozialist Grumbach, ob denn die Anhänger des Sicherheitspakts vor dem Angebot Stresemanns wirklich geglaubt hätten, daß Elsaß-Lothringen wieder einmal

1) Siehe Roepke Von Gambetta bis Clemenceau /Stuttgart 1922/ Seite 244.

deutsch werden könne; er könne in dem freiwilligen Verzicht keineswegs ein »unerhörtes Opfer« erblicken sondern nur ein Zeichen gesunden Menschenverstands, der sich endlich in Deutschland auf die leider unbeachtet gebliebene Warnung Bebels aus dem Jahr 1871² zu besinnen beginnt.

Ein anderer Grund aber müßte dem deutschen Volk diesen Verzicht erleichtern: die Erkenntnis der grundfalschen politischen Romantik, mit der Deutschland jahrzehntelang die elsässische Frage behandelt hat. Bis 1918 galt seit Generationen im deutschen Volk das Elsaß als das "Schicksalsland der deutschen Einheit". »Alles, was uns der Einheit näherbringt, bringt uns auch der Hoffnung auf Wiedererlangung von Elsaß und Lothringen näher«, heißt es in einer deutschen Flugschrift aus dem Jahr 1859. Und als dann 1871 Elsaß-Lothringen dem neuen Reich einverleibt wurde, spielte neben der Glacis-theorie die Idee eines Reichslands als Symbol der endlich errungenen Einheit die Hauptrolle. Noch 1918 bezeichnete der Staatssekretär von Kühlmann das Reichsland als »Deutschlands Schild und seiner Einheit Symbol«, und nichts anderes als diese Fiktion war es, die selbst den Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, im Widerspruch zu ihrer nach dem Krieg 1870-1871 durch Bebel und Liebknecht proklamierten Auffassung, zu der Erklärung veranlaßte, daß es für die deutschen Sozialisten eine elsass-lothringische Frage nicht gebe und nicht geben könne.

Und heute? Die Weltgeschichte ist über diese Ideologie zur Tagesordnung übergegangen: Seit 9 Jahren besteht vor den Augen der ganzen Welt ein Deutsches Reich ohne Elsaß-Lothringen, und es ist, wie wir alle hoffen und sehen, in kraftvollem Aufstieg. Die politischen Realitäten haben einen Wahn zerstört. Es war daher das dringende Gebot der Stunde, daß eine deutsche Regierung endlich das erlösende Wort sprach, einen nur noch künstlich konservierten Zankapfel endgültig aus der europäischen Politik beseitigte und so einer neuen deutschen Zukunft in und mit Europa den Weg freimachte.

NUN haben freilich die Befürworter des Sicherheitsangebots sich veranlaßt gesehen dem freiwilligen Verzicht eine Deutung zu geben, die leicht eine Mißdeutung werden konnte. Man glaubte nämlich betonen zu müssen, daß Deutschland lediglich auf eine kriegerische Zurückeroberung der abgetretenen Gebiete, keineswegs aber etwa auf eine friedliche Rückgewinnung des Elsaß verzichten wolle. Eine neue Hoffnung tauchte auf: Sollte es nicht denkbar sein, so suchte man sich einzureden, daß in absehbarer Zeit eine neue Volksabstimmung im Elsaß zustande käme und die Rückkehr zur deutschen Volksgemeinschaft beschlösse? Dieser Gedanke spukt auch in den Köpfen vieler, die den Sicherheitspakt gutheißen. Für die politische Praxis wird dadurch natürlich nicht das geringste geändert. Hat doch die Bevölkerung des Elsaß und Lothringens, als sie sich 1918 für Frankreich entschied, auf das formelle Ple-

2) Geschichtlich und völkerpsychologisch sehr interessant und wert einer unverdienten Vergessenheit entrissen zu werden ist die (bereits in Stössingers Artikel Für den Anschluß Deutsch-Österreichs, in den Sozialistischen Monatsheften 1925 Seite 339, erwähnte) Tatsache, daß schon am 8. Dezember 1870 eine Anzahl böhmischer Landtagsabgeordneter »im Namen der politischen Nation Böhmens« der österreichischen Regierung ein Promemoria überreichte, in dem unter anderem auch gegen die drohende Annexion Elsaß-Lothringens gegen den Willen seiner Bevölkerung Protest erhoben wurde. Das Memorandum mit der Replik des Grafen Beust und der Duplik der böhmischen Abgeordneten bildet ein für den Geist des tschechischen Volkes ungemein charakteristisches Dokument, von dem die deutsche Öffentlichkeit wohl nie etwas erfahren hat, das aber die Beachtung nicht nur des Historikers sondern auch des Politikers von heute verdient.

bisitz nicht zuletzt auch deshalb verzichtet, weil die Forderung gerade von den deutschen Kreisen erhoben wurde, die bis in die letzten Wochen vor dem Zusammenbruch jeden Gedanken an Selbstbestimmung oder auch nur Autonomie verhöhnt und im Keim erstickt hatten.³ Seither haben 2mal Wahlen zur französischen Kammer stattgefunden. Beide stellten auch formell Volksabstimmungen dar, beide haben über die Gesinnung und Stimmung der Elsässer und Lothringer keinen Zweifel gelassen. Nirgends eine Spur von einem Protest gegen den politischen Wechsel, wie er 1871, nach der Annexion durch Deutschland, so leidenschaftlich das Land erschütterte; nirgends ein Bekenntnis zum Deutschtum, eine Bejahung der Zugehörigkeit zum Reich. Das kleine Häuflein Autonomisten verlor sich im Lärm des Tages; nur auf einige Dutzend Stimmen brachte es die sogenannte Unabhängigkeitspartei bei den Kammerwahlen von 1919, trotz den Flugblättern und Offenen Briefen, mit denen ihr Kandidat, der 1925 verstorbene Pfarrer Sigwalt von Runzenheim, so rühmig für die Autonomie eintrat.

Seit den jubeltrunkenen Einzugstagen im November 1918 hat sich nun allerdings im Elsaß und in Lothringen allerhand abgespielt. Die Rückkehr zur mèrepatrie war im Herzen und im Kopf des Volkes unendlich leichter vollzogen als in der harten Realität politischer Praxis. Die Ernüchterung war unausbleiblich; die problem- und konfliktsreiche Zukunft des Landes wurde von Anfang an auch von solchen Elsässern vorausgesehen, die echt und aufrichtig die Begeisterung der Massen in jenen Tagen geteilt haben. So ist die folgenreichere Frage der Trennung von Kirche und Staat und mit ihr zusammenhängend der Kampf um die Schule schon als ernstes politisches Problem empfunden worden, lange bevor der offene Konflikt zum Ausbruch kam. Inzwischen freilich haben sich die Dinge dort ungeheuer kompliziert. Für Außenstehende ist es kaum mehr möglich geworden ein objektives Bild über das Leben und Ringen im Elsaß zu gewinnen, und selbst den mitten im Getümmel Stehenden wird es schwer die Kampfplage jederzeit klar zu überschauen.

Es wäre töricht die schwierige Situation des Landes zu vertuschen und die politische Spannung seiner Bevölkerung zu leugnen. Elsaß-Lothringen kämpft einen schweren Kampf, nämlich den Kampf gegen das zentralistische System; leider bei einer innerlich stark zerklüfteten Front; bildet doch die parteipolitische Zerrissenheit des Landes mit eins der Haupthindernisse für eine politische Verständigungsarbeit zwischen Paris und Straßburg, da bei dem Gegenüberarbeiten der Parteien gerade in elsässischen Dingen die Pariser Regierung ja doch gar nicht wissen kann, wodurch sie den elsässischen Wün-

3) Als unlängst ein großes Berliner Blatt Frankreich aufforderte die Wünsche der elsässischen Autonomisten zu erfüllen, andernfalls das gute Einvernehmen mit Frankreich in Frage gestellt wäre, nannte die sozialistische Straßburger Freie Presse diese Äußerung eine »anmaßende Einmischung«, und der klerikale Elsässer rief auf diese Meldung hin in dicker Schlagzeile ein lautes »Hände weg!« über den Rhein hinüber. Die Einheitsfront, die im Elsaß gegen Paris nicht zu erreichen war, gegen Berlin war sie im Nu hergestellt. Noch bezeichnender war der im Elsaß vom 14. März 1927 veröffentlichte Offene Brief an den Grafen Westarp. Dieser Brief, der von der gesamten deutschen Presse mit verschwindenden Ausnahmen totgeschwiegen wurde, ist eine verachtende Abrechnung des Elsaß mit jedem nationalistischen Deutschland. Die Absage, die der Führer der größten Regierungspartei des heutigen Deutschlands Satz für Satz hier hat hinnehmen müssen, schallte laut und kräftig nach Paris und ist auch in ganz Europa und überall sonst in der Welt nicht überhört worden. Da schon rein parteimäßig die Majorität des elsässischen Volkes hinter diesem Manifest steht, und da die bürgerliche und die sozialistische Linke, die aus parteitaktischen Gründen an dem Brief reichlich Kritik übten, sachlich die politischen Philosopheme Westarps um eiliche Nuancen noch kräftiger zurückweisen, so sieht sich ein nationalistisches Deutschland 8 Jahre nach dem Einzug der Franzosen ins Land einem neuen Elsässerprotest gegenüber, dessen Geschlossenheit schlechterdings nicht überboten werden kann.

schen genügen könne, vielmehr bei jeder Maßnahme, die einer Gruppe gerecht wird, gewärtig sein muß eine andere Gruppe aufzubringen. »Les Alsaciens? Mais ils ne savent eux-mêmes pas ce qu'ils veulent«, äußerte vor wenigen Wochen Poincaré zu einem Journalisten. Nur eins dürfte auch heute noch außer Zweifel stehen: Eine Loslösung des Landes aus dem staatlichen Verband Frankreichs will *keine* der streitenden Gruppen, daran ist also überhaupt nicht zu denken; von einer Rückkehr zu Deutschland ganz zu schweigen. Dies die Grundtatsache für jede Betrachtung der elsässischen Dinge.

Es kann heute nicht meine Aufgabe sein die politischen Kämpfe im Elsaß im einzelnen zu verfolgen. Nur einige Stichworte seien hier gegeben. Da ist die Schulfrage, die Sprachenfrage, die Verwaltungsreform und schließlich das tiefstgreifende und folgenschwerste aller politischen Probleme: die Trennung von Staat und Kirche. Alle diese Fragen harren ihrer Lösung. Dazu kommen die nicht minder ernsten wirtschaftlichen Nöte. Um die Lösung aller dieser verwickelten Aufgaben bemühen sich 4 Hauptparteien im Land, die allerdings von sehr ungleicher Stärke sind, aber alle das politische Schlachtfeld im Elsaß geräuschvoll beleben. Klerikalismus, Radikalismus (bürgerliche Linke), Sozialismus und Bolschewismus (der sich hier wie überall Kommunismus nennt), teilweise nah verwandt, teilweise weltweit verschieden in ihren Zielen, Grundsätzen und Motiven, in ihren taktischen Methoden und polemischen Sitten, stehen bald mit einander bald gegen einander in einem fast unentwirrbaren Wirbel heißer Kämpfe.⁴ Die Verknüpfung der elsässischen Parteien mit dem Parteileben des übrigen Frankreichs hat den Kampfwillen aller Richtungen gesteigert, aber auch dazu beigetragen, daß die elsässischen Fragen in tieferm Sinn zugleich französische Nationalfragen werden, an deren Lösung nicht nur die Elsässer, sondern auch die jeweiligen französischen Partei- und Gesinnungsgenossen ein vitales Interesse haben.



Die enge Verknüpfung des elsässischen Schicksals mit dem Frankreichs wird auch nicht in Frage gestellt durch das sensationelle Vorgehen der elsässischen Kommunisten auf dem am 20. September 1925 von ihnen in Straßburg einberufenen Arbeiter- und Bauerntag. In einem auf dieser Tagung verkündeten Manifest fordern sie (bezeichnenderweise in völliger Übereinstimmung mit der gesamten Kommunistischen Partei Frankreichs) eine Volksabstimmung im Elsaß:

»Die Kommunistische Partei Frankreichs unterstützt rückhaltlos das Selbstbestimmungsrecht der Volksmassen von Elsaß und Lothringen, selbst bis zur vollständigen Lostrennung von Frankreich, wenn sie so entscheiden sollten. Sie verlangt daher eine solche Abstimmung, die allen vom französischen Imperialismus Unterdrückten die Möglichkeit gibt ihren Willen ohne die Beeinflussung des französischen Machtapparats, ohne die Beeinflussung durch die Macht der finanziellen und industriellen Gewalten kundzutun. Deshalb verlangt die Kommunistische Partei Frankreichs, daß der Volksabstimmung, an der Männer und Frauen teilnehmen müssen, voranzugehen hat die Räumung von Elsaß und Lothringen durch die französische Zivil- und Militärbehörde. Und daß sie kontrolliert werden muß durch Ausschüsse von arbeitenden Männern und Frauen aus der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und grundsätzlich nur aus solchen Schichten, die nicht von der Ausbeutung anderer leben.«

⁴) Dazu kommen die mit den Klerikalen marschierenden Demokraten, die im November 1926 von Georg Wolf gegründete Elsässische Fortschrittspartei, eine die Heimatrechte vertretende Abart der sonst zentralistischen Sozialistischradikalen, und eine neue Autonomistenpartei, die sich in den letzten Wochen ankündete. Mit diesen Parteien sind jedoch die kämpfenden Gruppen keineswegs erschöpft. Hinter den Kulissen gibt es noch verschiedenartige Richtungen und Schattierungen, die zum Teil in heftigsten Kämpfen mit einander liegen, so daß jede Partei mit einem Schein von Recht von Zeit zu Zeit immer wieder von einer "Krise" in einer der Gegenparteien zu berichten weiß.

Daß eine solche Forderung öffentlich in Frankreich erhoben werden konnte, beweist, daß der französische "Militarismus" Freiheiten gewähren kann, die anderswo kaum denkbar wären. Sachlich hatte diese Offenbarung der elsässischen und französischen Kommunisten, der in deutschen Zeitungen eine so große Bedeutung beigelegt wurde (mittlerweile ist es allerdings ganz still davon geworden), mit den Bedürfnissen, Nöten und Wünschen des Elsaß nicht das mindeste zu schaffen. Sie entsprang nur dem Streben im Interesse Moskaus, das damals in Frankreich den Hauptfeind sah, der französischen Regierung innenpolitische Schwierigkeiten zu bereiten und sie vor der Welt als "imperialistisch" zu denunzieren. Die ganze Aktion machte aber weder in Frankreich noch sonst irgendwo auch nur den geringsten Eindruck. Am allerwenigsten im Elsaß selbst, weder bei den Arbeitern noch bei den Bauern, da man sich dort über die Herkunft dieses plötzlichen Selbstbestimmungswillens völlig im klaren war. Jetzt, da die Haltung der Moskauer Regierung sich Paris gegenüber grundlegend geändert hat, werden die französisch-elsässischen Bolschewisten mit ihrer Manifestation auch in Moskau wenig Glück haben. Aber es ist ja das Schicksal der sogenannten Kommunistischen Parteien Westeuropas (in Deutschland ist es nicht anders als in Frankreich), daß sie immer hinter den Ereignissen hinderdreihinken, und daß sie Moskauer Forderungen verkünden, wenn man in Moskau selbst schon längst umgelernt hat.

Diese Kundgebung brauchte man also im In- und Ausland nicht allzu wichtig zu nehmen. Wichtiger aber war es, daß der elsässische Sozialismus und die elsässischen Gewerkschaften damals die Gelegenheit ergriffen in Form einer Verwahrung gegen die Bolschewisten ihre eigene Stellung in den elsässischen Angelegenheiten erneut und deutlich aller Welt zu zeigen. In einem längeren Gegenmanifest, das der Gewerkschaftsverband des Elsaß auf seiner Konferenz am 27. September 1925 erließ, heißt es:

»Die Konferenz ... fühlt sich ... verpflichtet vor dem gesamten internationalen Proletariat die historische Wahrheit über die Frage von Elsaß und Lothringen aufzurollen. Sie stellt fest, daß das geforderte Plebiszit, wenn auch nicht durch den Stimmzettel, so aber in der Tat stattgefunden hat. Keine Partei, keine Sekte, keine Organisation hat dies bis zum heutigen Tage bestritten. Durch den unbeschreiblichen Empfang sowohl der französischen Truppen als auch der französischen Kammern im November und Dezember 1918 ist der einmütige Wille der Bevölkerung von Elsaß und Lothringen zu Frankreich zurückzukehren klar und deutlich zum Ausdruck gekommen. Kein Mensch, keine Partei hat diese Tatsache jemals bestritten. Sogar der heutige Führer der bolschewistischen Partei von Frankreich, Herr Marcel Cachin, welcher an diesem Empfange teilnahm, hat auf der Mairie von Strasbourg heiße Tränen vergossen, indem er ausrief: »Vraiment, c'est le plébiscite!« Für alle ehrlichen und aufrechten Menschen war damit ein Stück Geschichte unserer Départements abgeschlossen. Wenn heute nun die unitären [bolschewistischen] Gewerkschaften und die bolschewistische Partei diese Frage wiederaufwerfen, so begehen sie nicht nur eine große Geschichtsfälschung sondern auch ein Verbrechen. Sie begehen es in dem Moment, wo sie gegen den Krieg in Marokko protestieren wollen. Die Aufwerfung einer elsäß-lothringischen Frage ... beschwört eine neue Kriegsgefahr zwischen Deutschland und Frankreich, ja vielleicht einen neuen Weltkrieg herauf ... Sie arbeiten damit zielbewußt Hand in Hand mit den beiderseitigen Chauvinisten gegen jede Völkerverständigung. Eine solche verbrecherische Handlungsweise kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden. Die Konferenz wendet sich um Unterstützung an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, an alle Familienväter und -mütter, die ihre Söhne unter großen Opfern aufgezogen, und die auf Grund einer solch verbrecherischen Politik erneut geopfert werden sollen. Sie brandmarkt mit aller Energie solche verbrecherischen Machenschaften und weist jede Gemeinschaft sowohl mit der Kommunistischen Partei als auch mit den unitären Gewerkschaften mit Entrüstung zurück.«

Grundsätzlich verschieden von den Plänen der elsässischen und französischen Kommunisten sind die Kämpfe des elsässischen Volkes um seine Heimat- und Volksrechte. In den leidenschaftlichen Debatten und heftigen Polemiken über die verschiedenen Assimilationsprobleme wird zwar auch genug und übergenuß von Autonomie⁵ geredet und geschrieben. Aber selbst die bittersten Gegner und rücksichtslosesten Kritiker des Pariser Systems denken nicht daran ihre Heimat von dem Staatsverband Frankreich zu trennen. Im Gegenteil, sie werden nicht müde bei aller Gegnerschaft immer wieder ihre nationale Loyalität zum Ausdruck zu bringen und betonen mit Entschiedenheit, daß die Verteidigung der elsässischen Rechte nur auf dem Boden eines französischen Elsaß Sinn und Berechtigung haben dürfe. Der Colmarer Prozeß Haegi-Helsey und sein sensationeller Ausgang haben dafür eine Fernerstehende geradezu verblüffende Bestätigung geliefert. Trotzdem drohte der Kampf um die Heimatrechte infolge der Intransigenz der französischen Kartellpolitik im Elsaß eine kritische Entwicklung einzuschlagen. Eine Politik des Kulturkampfes wäre auf die Dauer dem Land zur Katastrophe geworden.

MIT der Bildung des neuen Konzentrationskabinetts Poincaré ist der Kampf um die Heimatrechte in ein neues Stadium getreten. Dem Außenstehenden mag es paradox erscheinen, Tatsache aber ist, daß der "starrsinnige Jurist" und "engstirnige Nationalist", wie Poincaré in der Presse der Linken immer wieder titulierte wird, den Forderungen des elsässischen Volkes größeres Verständnis entgegengebracht hat als Herriot. Natürlich kann noch keine Rede davon sein, daß nunmehr alle Hemmungen beseitigt sind und Paris alle Wünsche des Landes erfüllt hat. So schnell vollziehen sich die Dinge in der Politik und erst recht in der Verwaltung nicht. Das Ziel ist noch weit, der Weg noch lang, der Kämpfe sind noch viele. Das Ergebnis der Senatswahlen vom 9. Januar 1927 mit ihrem vollkommenen Sieg der elsässischen Union Nationale hat aber den deutlichen Beweis erbracht, wie richtig Poincaré gesehen hat. Der französische Ministerpräsident, nichts weniger als klerikal, hatte rechtzeitig erkannt, daß eine Politik gegen den katholischen Bevölkerungsteil Elsaß-Lothringens zu schwersten Krisen führen muß. Das hatte die Linke in höchst bedauerlicher Weise verkannt. In der Sozialistischen Partei ist man offenbar jetzt auch dieser Meinung. Die vorsichtig abwägende, von politischem Geist diktierte Formulierung des Laisierungsantrags Peirottes zeigt das ganz deutlich; sie macht es den Klerikalen erheblich schwerer der Sozialistischen Partei Kulturkampfendenzen nachzuweisen.

Und noch ein anderes hat die Entwicklung der Dinge im Elsaß in den letzten Monaten gezeigt: daß nämlich auch die besten Ideen und die verbreitetsten Stimmungen eines Landes außerhalb oder gar gegen die bestehenden Parteien zu keiner praktischen Politik führen können. Die Gründung der Zukunft und des Heimatbunds mag zum gegebenen Moment berechtigt, ja notwendig gewesen sein. Ihre Aufgabe das Volk aufzurütteln hat sie in überreichem Maß erfüllt. Politisch wirksam ist der Kampf jedoch erst geworden, als eine große Partei des Landes sich der Bewegung annahm und in geeigneter Form deren

5) Mit den Vorstellungen, die man meist in Deutschland mit dem Begriff der Autonomie verbindet, hat das, worüber man im Elsaß debattiert, nichts gemein. »Die Reform, die unsere Abgeordneten [mit ihrem Antrag auf Verwaltungsautonomie] vorschlagene, erklärte vor kurzem der Elsässer in seiner Polemik gegen den Temps, »würde das malaise im Elsaß zum Verschwinden bringen und das Elsaß zu einer glücklichen französischen Provinz machen.« »Und das ist«, so fügt das Straßburger Blatt sarkastisch hinzu, »bestimmt nicht das, was die Germanophilen bezweckene.«

Forderungen in Paris vortrug. Am 14. Januar brachte der Abgeordnete Seltz, unterstützt von sämtlichen elsässischen Kollegen der Elsässischen Volkspartei und der Demokraten, in der französischen Kammer einen Resolutionsvorschlag ein in Straßburg eine Schulkommission zu bilden, die beauftragt wird eine schnelle Lösung der Sprachenfrage im Elementarunterricht im Elsaß und in Lothringen herbeizuführen. Noch weiter ging eine am 18. Januar in der Kammer verteilte Resolution der Volkspartei, die also lautet:

»Die Kammer bittet die Regierung 1. ernsthaft die Frage der Schaffung einer Regionalorganisation für ganz Frankreich zu prüfen, einer Organisation, die für alle Fragen regionalen Interesses die Einsetzung einer beschließenden Versammlung und eines Organs der Exekutivgewalt umfaßt; 2. bis zur Verwirklichung dieser allgemeinen Reform und um der besondern Situation der Départements vom Haut-Rhin, vom Bas-Rhin und der Moselle Rechnung zu tragen, unverzüglich einen Gesetzentwurf auszuarbeiten und niederzulegen, der für diese Départements eine regionale Verwaltungsautonomie vorsieht, die einen durch direktes Wahlrecht gewählten Regionalrat und ein autonomes regionales Budget umfaßt.«

Hier wird der Zusammenhang der elsässischen Frage mit der allgemeinen regionalistischen Tendenz klar, die, als Reaktion auf den staatlichen Zentralismus, der in Frankreich seine nationale Mission vollendet und überdauert hat, mehr und mehr das ganze Land durchzieht.⁶ Und hier zeigt sich auch die Lösung, die die Frage Elsaß-Lothringen in Frankreich und im Verein mit den anderen Provinzen Frankreichs finden wird. Selbst der Temps meinte zu jenem Antrag, den er ablehnte, daß eine Regionalisierung der Départements ins Auge gefaßt werden könne; Frankreich werde nur gewinnen, wenn es gewisse elsässische Verwaltungsmethoden auf Altfrankreich ausdehnen wollte. Kurz darauf fanden zwischen Poincaré und den elsässischen Abgeordneten längere Besprechungen über alle Sorgen des Elsaß statt. Endlich fiel auch in jene Tage regster Tätigkeit der elsässischen Volksvertreter wohl nicht ganz zufällig die Abberufung Charlétys, des Leiters der Unterrichtsabteilung Elsaß-Lothringens, der für eine Revision der elsässischen Sprachenpolitik ein Haupthindernis gebildet hatte.

Wichtig ist die Erkenntnis, daß die elsässische Bewegung den aktivsten Teil einer allgemeinen Bewegung bildet, die in ganz Frankreich auf die Stärkung des Eigenlebens der einzelnen Landesteile abzielt. Und von diesem (nur von diesem) Gesichtspunkt aus wird man der elsässischen Frage europäische Bedeutung beimessen. Trägt diese Lösung dazu bei Frankreich zu dezentralisieren, die Vielgestaltigkeit der französischen Kultur in ihren einzelnen Regionen hervortreten zu lassen, so wird auch dadurch der Boden für eine französisch-deutsche Zusammenarbeit bereitet und so der Zusammenschluß des europäischen Kontinents auf geistigem Gebiet erleichtert.

Diese Regionalisierungsbestrebungen werden nun freilich im Kampf der Parteien zu ganz anderen Zwecken ausgenutzt als zur Wahrung kulturellen Besitzes als Grundlage neuen geistigen Schaffens. Weil die elsässischen Sozialisten solche ganz anders gearteten Zwecke in der Heimatbundbewegung sahen, nahmen sie energisch gegen sie Stellung. Daß sie dabei auch die regionalistische Tendenz als solche ablehnten, ist wohl nur daraus zu verstehen, daß sie sie als Deckmantel anderer, mit Heimatgefühl (das sie durchaus teilen) nicht zusammenhängender Strebungen ansahen. Ihre Gründe sind darum von größtem Allgemeininteresse. In dem großen Manifest der elsässischen Sozialdemokratie vom 26. Juni 1926 finden wir diese Sätze:

⁶ Siehe darüber *Hintze Staatseinheit und Regionalismus in Frankreich*, in den *Sozialistischen Monatsheften* 1927 I Seite 364 und folgende.

»Die Vorstände der elsässischen Föderationen der Sozialistischen Partei erklären erneut und mit aller Entschiedenheit, daß es für sie keine Einheitsfront mit denen geben kann, die unter dem Deckmantel der Wahrung elsässischer Sitten und Traditionen eine chinesische Mauer errichten möchten, die die elsäß-lothringischen Provinzen ewig von dem übrigen Frankreich trennen würde. Mit der gleichen Überzeugung voll und ganz im Interesse der Arbeiterschaft zu handeln wenden sich die elsäß-lothringischen Sozialisten heute, ebenso wie sie vor dem Krieg im Rahmen Deutschlands und mit einer republikanischen Verfassung die Selbständigkeit Elsaß-Lothringens forderten, um den den Frieden Europas bedrohenden zentralistischen Bestrebungen Militärpreußens entgegenzuwirken, wenden sie sich heute gegen jede regionalistische, autonomistische oder separatistische Bestrebung, von welcher Seite sie auch kommen, und unter welcher Flagge sie auch segeln möge, die versuchte Elsaß und Lothringen der unteilbaren Einheit des demokratischen und republikanischen Frankreichs zu entreißen ... Weil sie wissen, daß ein selbständiges Elsaß, unter welcher Form sich diese seine Selbständigkeit auch äußern möge, in gewissen nationalistischen und revanchelüsteren Kreisen Deutschlands wieder gefährliche Hoffnungen wecken würde. Weil sie es von sich weisen, daß, durch die Schaffung einer Irredenta, die elsäß-lothringische Frage wieder zu einer internationalen Frage gestaltet würde, und daß der jahrhundertalte, gefährliche Zankapfel Elsaß-Lothringen erneut zwischen zwei Nationen geworfen würde, die dazu geschaffen sind Hand in Hand zu arbeiten, statt sich ewig eines Landstreifens wegen zu bekriegen und Millionen kostbarer Menschenleben zu opfern.«

Das ist die Überzeugung nicht nur der elsässischen Sozialdemokratie sondern der überwältigenden Mehrheit der ganzen Bevölkerung, namentlich der Arbeiter und der Bauern. Auch in einem neutralen Elsaß würden die Kämpfe, wie sie jetzt geführt werden, keineswegs aufhören. Ihr Kern ist ja, das wird in Deutschland meist vollständig übersehen, ein Kampf um die Weltanschauung. Der jahrhundertalte Gegensatz zwischen Staat und Kirche, zwischen Liberalismus und Klerikalismus, zwischen laizistischer und religiöser Lebensanschauung und Lebensführung erlebt eine akute Episode auf elsässischem Boden. Gerade dieser Kampf, der in erster Linie die Geister der Bevölkerung aufgewühlt hat, wäre weder einem neutralen noch einem deutschen Elsaß erspart geblieben. Von den übrigen brennenden Fragen aber ist ein großer Teil das Produkt der Kriegs- und Nachkriegsjahre, die das Völkerleben ganz Europas erschüttern und in einem im Übergangsregime befindlichen Land wie Elsaß-Lothringen nicht spurlos vorübergehen konnten. Die in Deutschland so oft erwähnte Verteidigung "deutschen Volkstums" nimmt sich daher in dem Land selbst wesentlich anders aus als deutsche Augen sie sehen. Wenn der Elsässer Einrichtungen und Gewohnheiten aus der deutschen Periode in sein neues staatliches Leben herübernehmen will, so tut er das ganz und gar nicht, weil sie deutsch sind, sondern weil sie sich als zweckmäßiger bewährt haben. Man braucht sich nur einmal vorzustellen, Baden oder die Pfalz, um nur die nächsten Nachbarn zu nennen, lägen in einem ähnlichen Kampf mit der französischen Herrschaft: wie grundverschieden wäre die seelische und politische Haltung dieser deutschen Volksstämme von der des elsässischen Volkes. Es ist schon so, wie die Zukunft, an die bei ihrer Gründung auf deutscher Seite so manche falsche Hoffnung geknüpft war, seinerzeit schrieb: »Die Geschichte hat uns eben zu dem gemacht, was wir heute sind mit all unseren Vorzügen und auch "Charakterlosigkeiten". Wer das, auch drüben [in Deutschland], nicht versteht, daß wir auf Grund von (nennen wir einmal nur die 3 großen Haupteinschnitte) 1681, 1871, 1918 etwas Besonderes geworden sind, der kann uns leid tun.« Und wenn, so sagt das selbe Blatt an einer andern Stelle, betont werde, die Muttersprache der Elsässer sei Deutsch, so stelle man damit nur ein Fundament fest, »auf dem wir Forderungen aufbauen, die uns die freie Entwicklung im Rahmen Frankreichs ermöglichen.«



O haben auch die harten Kämpfe, die das elsässische Land durchtoben, es keinen Moment gehindert den im Locarnovertrag ausgesprochenen freiwilligen Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen als Befreiung zu empfinden.⁷ Treffend und sicherlich im Sinn und Geist der Mehrheit seiner Landsleute hat Georg Wolt gesprochen, wenn er seinerzeit erklärte, daß erst jetzt, nachdem Deutschland endgültig auf den Besitz Elsaß-Lothringens verzichtet habe, die Atmosphäre gereinigt sei, um dem Elsaß die Erfüllung seiner höchsten Aufgabe und idealsten Bestimmung: die Übernahme der Mittlerrolle zwischen Deutschland und Frankreich, zu ermöglichen. Hielte seinerseits, so führte er aus, Deutschland trotz dem formell unterzeichneten Frieden den innern Anspruch auf Elsaß-Lothringen aufrecht, so wäre es wieder um die Mission des Elsaß Fäden der Verständigung nach Deutschland hinüber zu knüpfen geschehen, schon weil jeder Versuch der Elsässer dann politisch mißdeutet werden könnte und müßte. Jetzt, nach dem offiziellen freiwilligen Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen, könne »im Elsaß selbst eine weitherzige und großzügige Versöhnungspolitik getrieben werden, die nicht argwöhnisch jeden Anklang an deutsche Kultur und deutsche Sprache aus falscher nationalpolitischer Sorge heraus zu unterdrücken sucht, die vielmehr die besonderen Gaben und Anlagen des Elsässers, sein Charisma es in beiden Sprachen zu gleichmäßiger Meisterschaft zu bringen pflegt und ihm in der Organisation des Volksschul- und des höhern Unterrichts bewußt Rechnung trägt«:

»So wird auf der selbstverständlichen Grundlage der Zugehörigkeit zu Frankreich, die der Gang der Geschichte erneut bestätigt hat und Deutschlands Haltung bekräftigt, der eigentümliche Genius des Elsaß sich entfalten können, von dem Painlevé gesprochen hat, und unser Land Frankreich den besondern Dienst leisten können, den es allein ihm leisten kann: ihm Männer zu liefern, die seine Sprache und Kultur in sich aufgenommen haben und zugleich die Sprache des benachbarten Kulturvolkes verstehen und ihm sein oft nicht leicht verständliches Wesen zu deuten vermögen. Die Tragik unserer Geschichte, von der so oft gesprochen wurde, kann dann doch noch ein Segen für uns und andere werden, und ein französisches Elsaß, dem Frankreich seine heimatliche Art bewußt beläßt, ihm eine Zukunft verheißen, für die es sich lohnt sein Bestes einzusetzen.«⁸

Dieses Ziel, das dem vielgeprüften Grenzland die Geschichte gesteckt hat, hat der Elsässer in allen Irrungen und Wirrungen des vergangenen Jahrhunderts niemals aus dem Auge verloren. Heute steht ihm seine Lebensaufgabe dringender und näher als je in der Geschichte. Das hat auch Painlevé wohl erkannt und ausgesprochen, dem hat inzwischen Poincaré praktisch Rechnung getragen, das wird jede französische Regierung anerkennen und anerkennen müssen. Wenn dann, auch nach Jahren, immer noch die ewig Gestrigen im Völkerleben die bekannten Schönheitsfehler im Antlitz des Elsässers finden werden, wird er sich darüber wohl trösten, weil er weiß, daß die gerügten Mängel in Wirklichkeit Vorzüge sind, daß das, was ihm angeblich an echtem Nationalismus abgeht, in eine höhere Lebensform hinübergerettet und sublimiert weiterlebt, weil er, aus alemannischem Stamm und nach seiner Wahl Franzose, schon längst das geworden ist, was zu werden den beiden großen Nachbarnationen anscheinend nur so unsäglich langsam und so mühevoll gelingen will: ein guter Europäer.

7) Siehe auch den ausgezeichneten und in jedem Betracht beherzigenswerten Artikel *Wendels* O Straßburg!, im Vorwärts vom 29. März 1927.

8) Siehe *Wolt* Die Mission des Elsaß, in der République /Straßburg/ vom 7. Juni 1925.

ALEX PALETTA · SIEDELUNGSSTREIT ODER SIEDELUNG?

IN den ersten Jahren nach dem Krieg war die weitgehende finanzielle Unselbständigkeit der Länder für die Siedelungsarbeit, deren praktische und finanzielle Träger sie sind, nicht fühlbar geworden. Das Vorhandensein größerer Kapitalfonds für Zwischenkredite und für Ausstattung mit Folgeeinrichtungen sowie die noch bestehende Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarkts für Rentenbriefe, die Grundlage der Rentenbankdauerkredite, gestatteten zunächst eine weitere Siedelungsfinanzierung in gleicher Form wie vor dem Krieg, unabhängig von der Verschiebung der Steuerzuständigkeit zugunsten des Reichs. Infolge der fortschreitenden Inflation schwanden zwar jene Zwischenkreditfonds und stagnierte der Rentenbriefmarkt, aber von den Ländern ausgewiesene allgemeine Staatsmittel und schließlich die Kredite, die die Siedelungsunternehmen bei selbstgeschaffenen Kreditinstituten auf Roggenbasis aufnahmen, ermöglichten es die Siedelungsarbeit fortzusetzen. Erst als im Augenblick der Stabilisierung die ungeheure Kapitalentblößung Deutschlands zutage trat, war auch die Siedelungsfinanzierung gefährdet. 1924 und 1925 halfen sich nun die Länder zunächst durch Gewährung von Zwischenkrediten an die Siedelungsunternehmungen sowie durch Bereitstellung eines kleinen Teils des Hauszinssteueraufkommens für die ländliche Siedelung. Diese Gelder wurden in der Hauptsache zur Besiedelung des aus der Inflationszeit übernommenen Landvorrats sowie zur Fertigstellung bereits vor der Stabilisierung begonnener Ansiedlungen verwandt. Neuankäufe vorzunehmen verboten die kurze Kapitaldecke der Siedelungsunternehmen sowie die Höhe der Güterpreise. Ende 1925, Anfang 1926, als infolge der starken Zinsbelastung der Landwirtschaft nach dem fehlgeschlagenen Intensivierungsprogramm von 1924-1925 der Pacht- und Gütermarkt seinen tiefsten Stand erreichte, waren wieder günstige Ankaufgelegenheiten gegeben. Die Länder hatten jedoch zu wenig Mittel, um zur Ausnutzung dieser Konjunktur Gelder bereitstellen zu können, während das Reich nach der Ära Luther von Schlieben erhebliche Mittel flüssig hatte. Daher wurden Verhandlungen zwischen Reich und Ländern über die Verwendung von Reichsmitteln für die ländliche Siedelung begonnen. Diese Verhandlungen zogen sich bis Mitte 1926, weitere über die Art der Verwendung der Reichsgelder bis in die ersten Monate 1927 hin. Eine Folge dieser langen Verhandlungsdauer war unter anderem eine wegen Mangels an Mitteln nur geringe Ausnutzung der niedrigen Güterpreise für Bodenankäufe im 1. Halbjahr 1926. Die Belebung und Festigung des Realkreditmarkts und die allmähliche Besserung der Konjunktur seit Mitte 1926 haben wieder ein Anziehen der Güterpreise bewirkt, so daß Ankaufskredite nicht mehr so gut ausgenutzt werden können.

Während der Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländern wurden Preußen und seine Siedelungsverwaltung in der Öffentlichkeit mehrfach angegriffen: so von Arthur Feiler in der Frankfurter Zeitung, von Ernst Meincke im Demokratischen Zeitungsdienst, von Ludwig Riderer im Berliner Börsenkurier, von Hans Ponfick in der Berliner Börsenzeitung und von anderen mehr. Diese Kritik bildete den Ausgangspunkt des denkwürdigen Siedelungsstreits zwischen Preußen und dem Reich.

BUREAUKRATISMUS und Passivität wurden der preußischen Landeskulturverwaltung vorgeworfen. Man bemängelte die Heranziehung ungeeigneter Siedelungsträger und wies auf die zum Teil große Not der in Preußen angesetzten Siedler hin, ja schließlich hieß es, Preußen sabotiere eine beschleunigte und großzügige Siedelung sowie die Sanierung der notleidenden Siedler, indem es aus wichtigen Kompetenz- und Prestigegründen sich gegen die Reichsbeteiligung an der Siedelungsfinanzierung überhaupt oder mindestens gegen die vom Reich geplante *Form* der Beteiligung sperre. Auch die leitenden Männer der preußischen Verwaltung, besonders der Ministerialdirektor Ernst Articus, wurden scharf angegriffen. Die preußische Regierung wies im Siedlungsausschuß und im Plenum des Landtags alle diese Angriffe zurück und ging selber zum Angriff gegen das Reich über. Als jene trotzdem nicht verstummen wollten, legte schließlich der preußische Landwirtschaftsminister Anfang des Jahres dem Landtag eine vom 3. Januar 1927 datierte Denkschrift Tatsachen zur Siedelung in Preußen vor, in der er den Angriffen aus der Öffentlichkeit mit großer Entschiedenheit entgegentrat.

Die Denkschrift geht davon aus, daß Krieg und Bevölkerungszuwachs die Ödlandkultivierung im Interesse der Volksernährung, und daß die dem Umsturz folgende wirtschaftliche Umschichtung der Bevölkerung sowie der Rückstrom der Verdrängten aus dem Ausland, den Kolonien und den abgetretenen Gebieten eine möglichst umfangreiche ländliche Siedelung unbedingt notwendig gemacht hätten. Die Möglichkeiten für beides seien in Preußen mit seinen großen Gütern im Osten, seinen Heiden und Mooren im Westen weitaus am größten und träten demgegenüber im übrigen Deutschland (Güteraufteilung in Mecklenburg, Urbarmachung und Besiedelung in Oldenburg) ganz in den Hintergrund, so daß man Urbarmachung und Siedelung als eine »so gut wie ausschließlich preußische Angelegenheit« bezeichnen müsse. Dementsprechend sei Preußen in allen Angelegenheiten der Siedelungsdurchführung auf seinem Gebiet allein zuständig:

»Die Reichsverfassung weist in Artikel 10 Nummer 4 dem Reiche nur das Recht zu im Wege der Gesetzgebung Grundsätze aufzustellen. Die Entfaltung einer eigenen Siedelungstätigkeit in einem Gliedstaat ist dem Reich nach der Verfassung ebenso verschlossen wie die Ausübung der Kultivierung von Ödland. Die von einzelnen Organen des Reiches angestrebte eigene Tätigkeit auf beiden Gebieten ist mit der Reichsverfassung nicht vereinbar. Preußen ist, seitdem ihm der größte Teil seiner Finanzhoheit, seine Eisenbahnen und andere Einnahmequellen durch die Reichsgesetzgebung entzogen sind, aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage die beiden für die Volksgemeinschaft lebenswichtigen Aufgaben so schnell zu lösen wie es die augenblickliche Lage erfordert. Pflicht des Reiches ist es daher, soweit seine Interessen berührt werden, durch Gewährung der erforderlichen Geldbeträge Preußen in den Stand zu setzen diese Aufgaben nach den vom Reich verfassungsmäßig aufgestellten Grundsätzen zu lösen. Als verfassungswidrig müßte es aber bezeichnet werden, wenn das Reich an die Hergabe der zur Durchführung jener wichtigen Lebensaufgaben erforderlichen Mittel die Bedingung knüpfen wollte nunmehr selbst jene Arbeiten in die Hand zu nehmen. Ein solches Vorgehen würde auch vom praktischen Standpunkte zu großen Unzuträglichkeiten führen, ja wahrscheinlich überhaupt unmöglich sein . . . Die Siedelung steht mit der Landeskultur, die doch wohl preußische Angelegenheit bleibt, in so engem Zusammenhange, daß sie von ihr ohne Schaden nicht getrennt werden kann. Diesen praktischen Gesichtspunkten und dieser Rechtslage entsprechend ist bisher auch verfahren worden: So ist insbesondere das Reichsiedelungsgesetz vom 11. August 1919 als ein Rahmengesetz erlassen worden. Seine Ergänzung und Ausführung blieb den Ländern überlassen. Preußen hat schon am 15. Dezember 1919, also unverzüglich, das preußische Aus-

führungsgesetz erlassen und darin die schon im Reichssiedelungsgesetz vorgeschriebenen Landleieferungsverbände und gemeinnützigen Siedelungsunternehmungen geschaffen. Die ersteren haben die nach dem Reichssiedelungsgesetz gestellten Erwartungen bislang nicht erfüllt . . . Als Grundsatz muß jedenfalls bestehen bleiben, daß die Ankaufspolitik nur von einer Stelle bestimmt werden darf.«

Nach diesen grundsätzlichen Ausführungen erörtert die preußische Denkschrift unter genauer Datenangabe den Verlauf der Verhandlungen mit dem Reich über dessen finanzielle Beteiligung an der Ostsiedlung. Es wird betont, daß die Anregung zu diesen Verhandlungen von Preußen ausgegangen sei. Das Reich habe in ihrem Verlauf immer wieder verlangt an der Siedlungsarbeit ausführend beteiligt zu werden, was Preußen nicht habe zugestehen können. Nach Abschluß dieser Verhandlungen und nach Bewilligung der erforderlichen Mittel durch den Reichstag am 1. Juli 1926 habe sich die Auszahlung des Reichskredits immer wieder verzögert. Erst am 3. September 1926, 8 Monate nach dem Antrag Preußens, wurden von dem Preußenkontingent für Ankaufszwecke von 36 Millionen Mark vorschubweise 4 zur Verfügung gestellt, denen Ende September weitere 8 Millionen folgten; der Rest wurde Anfang Dezember verfügbar. Eine tabellarische Aufstellung über die bis zum Berichtstag aus Reichs- und Preußenmitteln getätigten Landankäufe soll beweisen, daß Preußen im Rahmen des Möglichen die Konjunktur auf dem Gütermarkt bestens ausgenutzt habe.

Weiter beschäftigt sich die Denkschrift mit der Westsiedelung, sie weist auf die mannigfachen Widerstände gegen die Ödland- und Moorkultivierung durch Bodenverbesserungsgenossenschaften, auch *nach* den Erleichterungen durch die Reichsverordnung vom 13. Februar 1924, hin und hebt die Leistung der unter preußischer Leitung stehenden Deutschen Ödlandkulturgesellschaft hervor, die nach Überwindung vieler Hemmnisse endlich in großen Betrieben umfangreiche Kultivierungen durchführe. Die Kultivierungs- und Landgewinnungsarbeiten der Domänenverwaltung werden ebenfalls erwähnt.

Dann wendet sich die Denkschrift der Flüchtlingssiedelung zu. Sie führt aus: »Durch den Verlust der beim Friedensschluß an den Feindbund abgetretenen Landesteile haben zahlreiche früher dort angesiedelte Familien ihre Existenz verloren. Das Reich hat den Krieg geführt, seine Aufgabe dürfte es sein diesen vertriebenen Familien eine neue Existenz zu schaffen. Die vom Reiche diesen Flüchtlingssiedlern zwecks Wiederansiedlung gewährte Entschädigung betrug teils rund 4700 Goldmark (Globalsiedler), teils 2000 Reichsmark, ergänzt durch verzinliche und unverzinliche Darlehen von etwa 6000 Reichsmark (zusammen 8000 Reichsmark). Die Kosten einer ausgebauten Siedlerstelle von normaler Größe (50 Morgen) einschließlich Inventar stellen sich auf mindestens 25 000 bis 30 000 Reichsmark. Da die Siedler nur höchstens 8000 Reichsmark bar zahlen konnten, waren sie mit mindestens 20 000 bis 22 000 Reichsmark verschuldet. Daher ihre Not.«

Zur Bekämpfung dieser Not habe Preußen 1925 und 1926 an die Flüchtlingssiedler Wirtschaftsdarlehen in Höhe von über 8 Millionen Mark gegeben; aus diesen Mitteln seien auch die Entschädigungen der Globalsiedler auf je 8000 Mark erhöht worden. Auch die Hauszinssteuermittel seien in der Hauptsache den Flüchtlingssiedlern zugute gekommen:

»Das Reich hat auf Antrag Preußens im Juli-August 1926 zu weiteren Wirtschaftsdarlehen 7 000 000 Reichsmark bereitgestellt. Das Preußische Landwirtschaftsministerium hat Vorschlagslisten für die Verteilung durch die Provinzialstellen aufstellen lassen. Die Verteilung und Auszahlung der Darlehen ist Ende Oktober 1926 vom Reiche abhängig gemacht von einer örtlichen Nachprüfung der gesamten landwirtschaftlichen Verhältnisse der Flüchtlingssiedler durch Kommissionen, bestehend

aus dem Kulturamtsvorsteher, einem Vertreter der Siedelungsgesellschaft, einem Vertrauensmann der Siedler und einem landwirtschaftlich und betriebswirtschaftlich erfahrenen Sachverständigen. Nachdem die Kommissionen von den preußischen Provinzialstellen gebildet und in Marsch gesetzt waren, entstanden Meinungsverschiedenheiten über die Auswahl der Sachverständigen zwischen Reich und Preußen. Die Kommissionen arbeiten seit Anfang November, haben schon einige 100 Siedelungen und 1500 Stellen nachgeprüft. Das Reich hat vorläufig erklärt die von Preußen zugezogenen Sachverständigen nicht anerkennen zu können. Die vom Reich ausgeworfene Entschädigung sowie der für den selben Zweck hergegebene Kredit ist von Haus aus viel zu niedrig gewesen. Preußen hat zur Sanierung der vom Reich entschädigten Siedler ganz erhebliche eigene Mittel aufgewendet. Die Verteilung der vom Reich für die Zwecke der Sanierung dieser Betriebe bereitgestellten Wirtschaftsdarlehen wird verzögert, weil das Reich entgegen den Bestimmungen der Verfassung auch in diesem Falle an der Ausführung der Besiedlungsarbeit sich beteiligen und die mit der Prüfung der einzelnen Betriebe betrauten Sachverständigen selbst ernennen will.«

Um deutlich zu machen, was Preußen trotzdem geleistet hat, werden Zahlen zur Wiederansiedlung annullierter und liquidierter Ansiedler gegeben.

Die Denkschrift wendet sich danach den Hemmungen der Siedelung seit 1919 zu. Sie weist auf die hier einleitend berührten Schwierigkeiten bei der Geldbeschaffung hin, weiter auf die Verstrickung der Siedelungsunternehmen in Wechsel- und Lombardverpflichtungen, Korrealhaftungen und Beteiligungen als Folge der Finanzierungselbsthilfe in der spätern Inflationszeit (Gründung der Roggenrentenbank und Beteiligung an der Neulandaktiengesellschaft) und auf die dadurch geförderte Beeinflussung jener durch private Organisationen, der die Regierung neuerdings entgegenzuwirken sucht. Auch die Auswirkungen der Agrarkrise von 1924 bis 1926 hätten die Siedelung gehemmt, weil neue Stellen anfänglich naturgemäß weniger widerstandsfähig waren. Endlich werden die in traditioneller Wirtschaftsführung liegenden Hemmnisse in den Heide- und Moorgebieten des Westens erwähnt.

Abschließend werden die Erfordernisse der Siedelung nach Preußens Ansicht aufgezählt. Vor allem wird angesichts der vielen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Siedelung Maßhalten im Ziel und Ausschalten aller utopischen Wünsche verlangt. Die Bereitstellung möglichst großer Geldmittel für sie sei erwünscht, jedoch dürfe mit diesen nicht überstürzt gearbeitet werden. Unverrückbares Ziel müsse die Schaffung lebensfähiger und gegenüber Konjunkturschwankungen widerstandsfähiger Betriebe sein. Die Gelder zum Ankauf von Siedelungsland dürften nicht mittelbar noch der Sanierung der bisherigen Landeigentümer dienen; vielmehr dürften nur Preise gezahlt werden, die unter dem Gesichtspunkt des oben skizzierten Siedelungsziels gerechtfertigt seien. Schließlich erfordere die notwendige Sparsamkeit kostspielige Experimente zu unterlassen, den mit Zeit- und Geldverlusten verbundenen Aufbau einer neuen Organisation zu vermeiden und Preußen nach seinen in 40jähriger Praxis bewährten Methoden arbeiten zu lassen:

»Alle rechtlichen und tatsächlichen Gesichtspunkte sprechen also dafür, daß die Ausführung der Siedelungstätigkeit in Preußen, die in untrennbarem Zusammenhänge mit der gesamten Landeskultur (Melioration, Odlandkultivierung, Umlegung) steht, in den Händen der preußischen Regierung verbleiben muß. Auf diesem überaus schwierigen Gebiet staatlicher Tätigkeit können befriedigende Ergebnisse nur erzielt werden, wenn die durch harte Arbeit von preußischer Seite angebahnten Anfänge von der selben Verwaltung in dem selben Sinne und mit dem selben heißen Bemühen weitergeführt und von allen beteiligten Instanzen auf das nachdrücklichste unterstützt werden.«

PREUSSENS Angriffe gegen das Reich konnte dieses natürlich nicht unerwidert lassen. Der Reichsarbeitsminister als der zuständige Ressortchef hatte seinen Standpunkt gegenüber den preußischen Ausführungen im Landtag und in dessen Siedelungsausschuß zunächst mehrfach im Wohnungs- und Siedelungsausschuß des Reichstags vertreten. Nach Veröffentlichung der preußischen Denkschrift vom 3. Januar 1927 sah er sich trotz seinen Bedenken gegen eine öffentliche Behandlung der Angelegenheit, wodurch »nur ein neuer Beitrag geliefert werden kann zur Frage der Reformbedürftigkeit des Verhältnisses von Reich und Ländern«, gezwungen ebenfalls mit einer Denkschrift an die Öffentlichkeit zu treten. Sie trägt die Bezeichnung Auseinandersetzung zwischen Reich und Preußen in der Frage der Siedelung und datiert vom 17. Februar 1927. In ihrer Gliederung gleicht sie sich der preußischen Denkschrift an, vermeidet aber die Berührung alles Programmatischen; sie will die Ausführungen in der preußischen Denkschrift nur richtigstellen.

Gegenüber der mit den Siedelungsmöglichkeiten begründeten Behauptung Preußens, Siedelung und Kultivierung seien eine »so gut wie ausschließlich preußische Angelegenheit«, wird darauf hingewiesen, daß man bei der Entscheidung über die Richtigkeit dieser Behauptung nicht nur das zu besiedelnde Land in Betracht zu ziehen habe sondern auch die anzusetzenden Siedler. Das Recht auf Ansiedlung in Preußen stehe allen deutschen Staatsbürgern zu, nicht nur den preußischen. Außerdem habe die Siedelung nicht nur für Preußen sondern auch für die anderen Länder, für das gesamte Reich die größte wirtschaftliche, soziale und politische Bedeutung. Dieser Reichsinteressen wegen sei eben in der Reichsverfassung die Grundsatzgesetzgebung für das Siedelungs- und Heimstättenwesen dem Reich zugewiesen:

»Ein neues Moment dagegen liegt in der Tatsache, daß aus dem Interesse des Reichs an der Siedelung im Laufe der Zeit die Forderung erwachsen ist, das Reich müsse sich auch *finanziell* an den Kosten der Siedelung beteiligen. Dieser Ruf wird aus guten Gründen immer lauter und lauter, und immer größer werden die finanziellen Forderungen an das Reich. Im Nachtragshaushalt des Reiches für 1926 wurden 50 Millionen für die Zwecke der landwirtschaftlichen Siedelung in dünnbevölkerten Gebieten zur Verfügung gestellt. Nach dem Willen des Reichstages soll vorläufig die gleiche Summe 5 Jahre lang bereitgestellt werden. Diese Summen übersteigen beträchtlich die bisher von Preußen zur Verfügung gestellten Mittel. Es ist nun der Reichsregierung niemals in den Sinn gekommen aus der Bereitstellung von Mitteln für die landwirtschaftliche Siedelung »die Entfaltung einer eigenen Siedelungstätigkeit in einem Gliedstaat« in die Hand zu nehmen. In allen Stadien der Verhandlungen über die Verwendung der Reichsgelder für Siedelungszwecke ging die Reichsregierung davon aus, daß die ausführenden Organe der Siedelung auch bei der Verwendung der Reichsgelder die in den Ländern bestehenden oder von diesen errichteten Organe und Behörden sein sollten, also die gemeinnützigen und privaten Siedelungsgesellschaften, Siedelungsgenossenschaften und Kulturämter. Strittig war lediglich die Frage, auf welchem Wege gewisse grundsätzliche Belange des Reiches bei der Verteilung und Verwendung der Reichsgelder gesichert werden sollten und könnten. Wenn das Reich die Wahrnehmung dieser *grundsätzlichen* Belange bei der Verwendung der Reichsgelder für Siedelungszwecke etwa durch ein neues Gesetz sichern wollte, könnten dagegen keine verfassungsrechtlichen Bedenken geltend gemacht werden. Ebenso wenig wäre es verfassungswidrig auf dem Wege einer Verständigung zwischen Reich und Preußen die Verwaltung der Reichsgelder so zu ordnen, daß diesen grundsätzlichen Reichsbelangen Genüge geschieht. Der letztere Weg ist jedenfalls einfacher als der Weg der Gesetzgebung und verdient daher den Vorzug. Wenn daher beispielsweise im ersten Stadium der Verhandlungen über einen solchen Weg von seiten des Reichs der Vorschlag gemacht worden ist die sogenannte Ostsiedelung unter Aufrechterhaltung der dem Landwirt-

schaftsministerium unterstellten preußischen Ausführungsorgane einer Person zu unterstellen, die gleichzeitig Reichs- und Staatskommissar für die Ostsiedelung gewesen wäre, und über deren Ernennung sich Reich und Preußen hätten verständigen müssen, so wäre mit einem solchen Vorgehen die Reichsverfassung keineswegs verletzt worden. Bei der Berufung auf die Verfassung seitens Preußens darf doch nicht übersehen werden, daß die Verfassung keinerlei Verpflichtungen für das Reich zu irgendwelchen Geldaufwendungen für Siedelungszwecke enthält. Aus der Tatsache, daß die Finanzquellen zwischen Reich und Ländern anders wie vormem verteilt sind, folgt eine solche rechtliche Verpflichtung keineswegs. Das war beim Erlaß der Reichsverfassung bekannt. Es steht aber jedwem, der, ohne dazu verpflichtet zu sein, einem anderen Gelder zur Verfügung stellt, zu an die Hergabe dieser Gelder auch gewisse Bedingungen für ihre Verwendung zu knüpfen. Dieses Recht wird im vorliegenden Falle auch dem Reiche zugestimmt werden müssen.«

Nach dieser Entgegnung auf die grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Ausführungen Preußens nimmt die Denkschrift zu den Fragen der Ostsiedelung und den diesbezüglichen preußischen Vorwürfen Stellung. Sie betont, daß »mit dem Reichssiedelungsgesetz vom 11. August 1919 die grundsätzlichen Belange des Reiches auf dem Siedelungsgebiet keineswegs erschöpft« seien. Ende 1925 habe sich das Reich vielmehr aus allgemeinen politischen Gründen veranlaßt gesehen sein Augenmerk der Grenzlandsiedelung zuzuwenden. In einer Besprechung vom 15. Dezember 1925 im Reichsarbeitsministerium zwischen Vertretern der zuständigen Reichs- und Länderbehörden, einschließlich der preußischen, sei einmütig betont worden, daß die Förderung der landwirtschaftlichen Siedelung als wichtige Reichsaufgabe anzusehen sei. Gleichzeitig seien hervorragende Vertreter der Siedelungspraxis und eine Reihe von Verbänden der an der Ostsiedelung interessierten Kreise an das Reich herangetreten mit der Forderung sich der Ostsiedelung besonders anzunehmen. Zur Begründung sei auf die allgemeine Bedeutung des Siedelungswesens für das ganze Reich verwiesen worden, und gleichzeitig wären unter Beibringung von Unterlagen erhebliche Einwendungen gegen die bisherige preußische Siedelungsmethode erhoben worden. Daher hätte sich das Reich bei der Hergabe eigener Mittel für die Siedelung »eine Einwirkungsmöglichkeit im Sinne der Reichsbelange und eine wirtschaftlich möglichst ertragreiche Auswertung der aufzuwendenden Mittel ohne Beeinträchtigung der Hoheitsrechte der Länder sichern« müssen.

Der Preußendenkschrift wird der Vorwurf gemacht, sie gebe die Verhandlungen zwischen dem Reich und Preußen über die Bereitstellung und die Verwendung von Reichsgeldern für die Ostsiedelung unvollständig und unrichtig wieder. So sei die Anregung zur Reichsbeteiligung an der Siedelungsfinanzierung nicht erst mit dem preußischen Antrag vom Januar 1926 gegeben worden; die Anregung wäre vielmehr vom Reichsarbeitsministerium gekommen. Der in seiner allgemeinen Fassung immer wiederkehrende Vorwurf, die Reichsregierung hätte zur Siedelungsdurchführung eigene behördliche Reichsorgane schaffen wollen, wird als völlig unberechtigt zurückgewiesen:

»Das hat die Reichsregierung nie geplant. Ihr Vorschlag ging lediglich dahin, daß 1. auf Grund einer Verständigung zwischen Reich und Preußen die Reichsmittel für die Ostsiedelung zum Zwecke der Beratung und Kontrolle über eine Geschäftsstelle geleitet werden sollten, und daß 2. zur Ausschaltung der der Siedelung entgegenstehenden Schwierigkeiten die zuständigen Stellen in Reich und Preußen in der Spitze zu einer Einheit zusammengefaßt werden sollten (Reichs- und Staatskommissar für Ostsiedelung), 3. sollte zur Beratung dieses Kommissars ein Ministerausschuß und ein Referentenausschuß gebildet werden. Die Durchführung der Siedelung sollte auch nach dem 1. Vorschlage des Reiches durch die vorhandenen preußischen Organe erfolgen. Mag man über Inhalt und Wert dieser ersten Vor-

schläge der Reichsregierung verschiedener Meinung sein, jedenfalls hat die Reichsregierung über die Einzelheiten dieser Vorschläge mit sich reden lassen und ist den Bedenken der preußischen Regierung so weit wie nur irgend möglich entgegengekommen. Es war ihr aber unmöglich dem ursprünglichen preußischen Standpunkt beizutreten, der dahin ging, daß das Reich die Siedelungsgelder unmittelbar an Preußen abzuliefern und sich hierbei jeder maßgebenden Mitwirkung bei der Verwendung der Mittel zu enthalten habe.«

Nachdem der Reichstag schließlich zu Zwecken der landwirtschaftlichen Siedelung für die Dauer von 5 Jahren die Bereitstellung langfristiger 3½-prozentiger Zwischenkredite in Höhe von je 50 Millionen Mark beschlossen hätte, die nach bestimmten, von den Reichs- und Länderbehörden sowie einem Reichstagssonderausschuß zu genehmigenden Richtlinien zu begeben und über die Deutsche Rentenbankkreditanstalt ihrer Bestimmung zuzuführen seien, wären von Preußen zunächst die Verhandlungen über diese Richtlinien durch Wiederaufnahme schon überholter Forderungen verzögert und später die vereinbarten Richtlinien nicht eingehalten worden. Verhandlungen über den letzten Punkt seien bis zur Fertigstellung der Reichsdenkschrift ergebnislos verlaufen. Die verspätete Etatisierung der bewilligten Mittel sei erst durch die von Preußen selbst verursachte späte Einwilligung nötig geworden; außerdem wird zahlenmäßig belegt, daß Preußen trotz der auch von ihm angeführten vorschußweisen Bereitstellung von Reichsgeldern für Ankäufe sich mit diesen sehr zurückgehalten und die Reichsmittel Monate lang brach liegen gelassen habe.

Für die Westsiedelung wird nachgewiesen, daß das Reich zur Förderung von Moor- und Ödlandsiedelungen, besonders Einzelsiedelungen, aus den Überschüssen der Reichsgetreidestelle einen größeren Betrag zur Verfügung gestellt habe. Allerdings habe es für die Geldhergabe zur Bedingung gemacht, daß die Siedelungsvorhaben von einem Wirtschaftsunternehmen auf ihre wirtschaftliche Zweckmäßigkeit geprüft würden. Preußen habe diese Bedingung ablehnen zu müssen geglaubt, so daß es im Gegensatz zu anderen Ländern bisher nicht mit diesen Reichsmitteln habe arbeiten können.

»Während die Preußische Regierung bei allen anderen Gelegenheiten stets nachdrücklich betont, daß die Durchführung der Siedelung einschließlich der Finanzierung Sache der Länder sei, behauptet sie hinsichtlich der Flüchtlingssiedler in der Denkschrift vom 3. Januar 1927: »Das Reich hat den Krieg geführt, seine Aufgabe dürfte es sein diesen vertriebenen Familien eine neue Existenz zu schaffen.« Es erübrigt sich wohl auf die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen diese Behauptung hinzuweisen oder in eine Untersuchung darüber einzutreten, ob nicht durch die Schuld preußischer Behörden (nämlich durch die Hinzögerung der Auffassungen über viele Jahre) ein Teil der Flüchtlingssiedler besonders schwer geschädigt ist. Jedenfalls hat das Reich allen Personen, die Kriegsschäden erlitten hatten, nach den gleichen Grundsätzen Entschädigungen zugebilligt. Preußen wußte bei der Ansiedlung dieser Personen, daß ihre Mittel allein zur Durchführung der Ansiedlung nicht ausreichten. Entweder hätte deshalb die Preußische Regierung die Flüchtlingssiedler erst dann ansiedeln dürfen, wenn für diese von anderer Seite weitere Mittel zur Verfügung gestellt wurden, oder es mußte diese Mittel selbst bereitstellen. Als die Wirtschaftslage der Flüchtlingssiedler nach der Ansiedlung infolge der hohen Verschuldung, des unzureichenden Inventars usw. immer trostloser wurde, hat Preußen denn auch Wirtschaftsdarlehen für sie gegeben. Diese waren jedoch zu gering, um eine endgültige Gesundung der Siedlerstellen herbeizuführen.«

Die immer dringender werdende Not der Flüchtlingssiedler habe schließlich im Frühjahr 1926 den Unterausschuß für landwirtschaftliche Siedelungs- und Pachtfragen des 11. Reichstagsausschusses veranlaßt Vertreter der Flüchtlingssiedler anzuhören. Auf Anregung dieses Ausschusses hätte der Reichs-

tag um die Jahresmitte von der Reichsregierung die Schaffung von Fürsorgeeinrichtungen und die Bereitstellung von Geldmitteln gefordert, um die Not der Flüchtlingssiedler zu beheben. In Verfolg dieser Forderung habe das Reich besondere Mittel bewilligt und auf Grund preußischer Angaben 7 Millionen Mark bereitgestellt, die zur Sicherung eines dauernden wirtschaftlichen Fortkommens der Siedler, jedoch nur nach eingehender Prüfung ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, vergeben werden sollten.:

»Eine endgültige Gesundung kann nur dann erreicht werden, wenn die Dauerbelastung für die einzelne Siedlerstelle tragbar ist. Deshalb hat das Reich die Bewilligung der Wirtschaftsdarlehen von einer eingehenden und sachgemäßen Überprüfung abhängig gemacht . . . Um . . . eine unabhängige und rein sachliche Überprüfung nach einheitlichen Gesichtspunkten herbeizuführen, hatte das Reich vorgeschlagen die Wirtschaftsberatungs- und Treuhandgesellschaft für Landwirtschaft mit beschränkter Haftung in Berlin mit dieser Aufgabe zu betrauen. Von einer unmittelbaren Mitwirkung des Reiches war niemals die Rede. Es erscheint deshalb unverständlich, wie dem Reiche wegen des vorerwähnten, auch von dem Reichsausschuß befürworteten Vorschlags der Vorwurf der Verfassungsverletzung gemacht werden konnte.«

Nachdem noch darauf hingewiesen ist, daß sich das vom Reich vorgeschlagene Verfahren in Ländern mit einem ähnlichen Siedelungsverfahren wie Preußen bestens bewährt habe, schließt die Denkschrift:

»Zusammenfassend kann festgestellt werden: Die der Mitwirkung des Reiches bei der Förderung des landwirtschaftlichen Siedelungswesens entgegenstehenden Hemmungen hätten sich bei einem vertrauensvollen Zusammenwirken Preußens mit dem Reiche leicht beheben lassen. Das Reich hat die Versuche einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit Preußen immer wieder erneuert und dabei den preußischen Hoheitsrechten stets die vollste Beachtung geschenkt.«

BEIDE Denkschriften fanden starken Widerhall. In den zuständigen Ausschüssen des Reichstags und des preußischen Landtags wurden sie eingehend behandelt, und jede fand für sich Billigung.¹ Auch die Tages- und die Fachpresse nahmen sich des Denkschriftenkriegs, wie man die Auseinandersetzung bald nannte, an. Durchweg wurde hierbei für das Reich und gegen Preußen Stellung genommen. Selbst die Presse der Deutschnationalen, die im Siedelungsausschuß des preußischen Landtags der preußischen Denkschrift und ihrer Stellung zur Frage der Reichsbeteiligung ohne Einschränkung beigepflichtet hatte, hielt sich in der Verteidigung des preußischen Standpunkts sehr zurück.

Fortgeführt worden ist der Denkschriftenkrieg seitdem nicht. Auch bei den Etatsberatungen in Preußen vermied man es dieses heiße Eisen anzufassen. Unter der scheinbar wieder beruhigten Oberfläche tobt aber der Kampf zwischen Preußen und dem Reich um die Siedelung weiter. Ein Zeichen dafür ist die durch Erlaß des preußischen Landwirtschaftsministers vom 9. April 1927 bekanntgegebene Einrichtung einer Vermittlungsstelle für Siedelungen beim preußischen Landwirtschaftsministerium. Mit Billigung des Reiches war vom 1. Oktober 1926 ab bei der Gesellschaft zur Förderung der Innern Kolonisation, der Zentralstelle aller deutschen gemeinnützigen Siedelungsgesellschaften, unter sachkundiger Leitung eine Siedelungsvermittlungsstelle eingerichtet worden, zu deren Kosten das Reich seit einiger Zeit beisteuert. Die Vermittlungsstelle hat die Aufgabe Siedelungslustige, besonders aus dem Süden und Westen des Reichs, in jeder Weise zu beraten und je nach dem Stellenangebot mit geeigneten Siedelungsträgern in Fühlung zu bringen. Sinn

1) Siehe die Rundschau *Innenkolonisation*, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 I Seite 172.

hat sie jedoch nur, wenn sie wirklich die Zentralausgleichsstelle für Angebot und Nachfrage auf dem Siedelungsmarkt wird, wenn sie tatsächlich jeden Siedler an das gerade für ihn geeignete Unternehmen verweisen kann. Wird diese Vermittlungstätigkeit zersplittert, dann kann sie der Siedelung unter Umständen mehr schaden als nützen. Diese Erkenntnis teilt sicher auch das preußische Landwirtschaftsministerium. Trotzdem hat man eine eigene Vermittlungsstelle eingerichtet und so ein Nebeneinander auch auf diesem Gebiet geschaffen, statt sich auf finanzielle Beteiligung an der bestehenden Vermittlungsstelle zu beschränken, auf diese Weise Einfluß auf sie zu gewinnen und in gemeinsamer Arbeit mit dem Reich und der Zentralstelle der Siedelungsunternehmen allein die Interessen der Siedelung wahrzunehmen.

Allgemein und grundsätzlich muß gesagt werden, daß die hohe wirtschaftliche und politische Bedeutung der Siedelung für das ganze deutsche Volk es notwendig macht jede Maßnahme nur unter dem nüchternen Gesichtspunkt ihrer sachlichen Eignung anzusehen. Prestige Gesichtspunkte einzelner Länder, heißen sie nun Bayern, Lippe oder Preußen, Interessen von Organisationen und Verbänden haben demgegenüber vollständig zurückzutreten. Es besteht keine Parallele zwischen der Auseinandersetzung über die Reichsbeteiligung an der ländlichen Siedelung auf der einen und dem Reichsbahn- oder Biersteuerkonflikt Preußens mit dem Reich auf der andern Seite. Der Kampf Preußens um einen Sitz im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft gefährdet keineswegs deren Betrieb an sich; ebensowenig beeinflußt die Auseinandersetzung über die Biersteuergemeinschaft die Finanzwirtschaft des Reichs und Preußens. Der Streit geht ausschließlich um den politischen Einfluß des größten deutschen Landes auf die Reichsbahn und die Reichsfinanzgebarung. Der Streit um die Siedelung entspringt zwar auch politischen Gründen, geht aber um die Sache selber. Preußen allein kann die Siedelung im nötigen Umfang nicht finanzieren, das Reich muß einspringen und will dafür einen gewissen mittelbaren Einfluß auf die praktische Durchführung der Siedelung haben. Dem kann man durchaus zustimmen, weil eine solche Einflußnahme nur der sachlichen Förderung der Siedelung dienen kann. Denn die Siedelung als mittelbare Reichsangelegenheit verpflichtet auch das Reich als stärksten Teil zu Leistungen, die von den im Vergleich zu ihm schwächeren Ländern nicht erwartet werden können.

Im einzelnen sind die Forderungen des Reichs, wie sie aus der Reichsdenkschrift ersichtlich sind, so maßvoll, daß die Befürchtung Preußens, das Reich wolle eine eigene Siedelungstätigkeit mit einer reichseigenen Organisation im preußischen Staatsgebiet beginnen, unbegründet ist. Es scheint überhaupt, als ob die zuständige preußische Verwaltung die Reichsbestrebungen in einer gewissen Gereiztheit, hervorgerufen durch die Angriffe auf sie im Jahr 1926, als viel weitergehend angesehen hat als sie nach der Reichsdenkschrift waren. Jedenfalls hat die ruhige Zurückhaltung und die durch Tatsachen gestützte Abwehr der recht heftigen preußischen Vorwürfe durch das Reichsarbeitsministerium diesen Eindruck erheblich verstärkt. Rechtlich fundiert sind die Forderungen des Reichs noch wesentlich mehr als es die Reichsdenkschrift in ihren verfassungsrechtlichen Ausführungen erkennen läßt. Einschaltung der Wirtschafts- und Treuhandgesellschaft für Landwirtschaft mit beschränkter Haftung in das Besiedelungsverfahren und Reichsbeteiligung an den Vorarbeiten für die Gewährung der Wirtschaftsdarlehen an not-

leidende Flüchtlingssiedler usw. lassen sich zum Beispiel sehr wohl unter die Bestimmung des Artikels 15 der Reichsverfassung bringen, wonach das Reich die Gesetzesausführung in den Angelegenheiten beaufsichtigt, in denen ihm die Gesetzgebung, hier die Grundsatzgesetzgebung, zusteht.

Nachdrücklich muß gefordert werden, daß in Zukunft auch von Preußen die Frage der Reichsbeteiligung an der ländlichen Siedelung unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung allen Streits um die Siedelung angesehen und beurteilt wird, daß von ihm alle politischen Erwägungen beiseite gestellt und nur die sachlich fördernden in den Vordergrund gerückt werden. Dann wird eine Reichsbeteiligung oder gar die spätere völlige Übernahme der Siedelung durch das Reich, wie sie hier in den Sozialistischen Monatsheften im vorigen Jahr von Otto Karutz in seinen Abhandlungen über Siedelungsrecht, Siedelungsverfahren und Siedelungsergebnisse bereits mehrfach berührt worden ist, auch für Preußen keine Schrecken haben, vielmehr von ihm begrüßt werden, weil beides zu einer großzügigen Siedelung notwendig ist.

ROSA MAYREDER · DAS KIND

DER Schullehrer öffnete die Haustür und blieb auf der Schwelle stehen. Noch immer tobte der Wind; hohe Staubwolken wälzten sich entlang der Straße vor ihm her. Jählings sprangen sie vom Boden auf und wirbelten in rasendem Taumel davon, Gespenstern gleich, die vor einer Beschwörung fliehen, oder auch wie Schemen von Lebensgebilden, denen eine fremde Macht ein flüchtiges Dasein leiht. Kraftlos fielen sie dann zurück in die graue Schichte der Straße, bis ein neuer Windstoß sie wieder aufjagte. Trüb hing der Himmel in bleierner Einförmigkeit über der Landschaft. Seit Wochen hatte es nicht geregnet, Wiesen, Äcker, Strohdächer, alles im Umkreis der weiten Ebene war in das gleiche Grau getaucht. Das Gesicht des Schullehrers war so trüb und grau, als läge auch eine Staubschichte darauf, das Jugendliche der Züge schwand in einem Ausdruck von Pein, der seine Miene zusammenzog, als hätte er eben etwas unerträglich Bitteres verschluckt. Wie gebannt starrte er auf das Treiben des Staubes. Irgendetwas daran schien ihn anzuziehen, er konnte sich daran nicht sattsehen.

Aus der offen gebliebenen Tür läßt sich eine Frauenstimme vernehmen:

»Martin, komm doch herein! Man erstickt ja vor Staub.«

»Laß mich, Mutter«, erwidert der Schullehrer, ohne sich ganz umzuwenden.

»Wenn ich drinnen bin, ersticke ich an was anderm.« Er streckt die Hand aus, um die Tür hinter sich zuzuziehen, aber dann kehrt er sich doch um und geht ins Haus.

Dort, in dem halbdunklen Vorraum, der gerade Platz für einen Kasten und eine Bank hatte, saß die Mutter und strickte gleichmütig. Wenn das Sausen des Windes nachließ, hörte man Töne wie das Gewinsel eines Hundes; von Zeit zu Zeit aber schwellen sie zu einem Geheul an, das sich schauerlich in das des Windes mischte.

»Mutter, ist das immer so?« fragt der Schullehrer und krampft die Hände ineinander.

»Ja, das ist immer so«, versetzt die Mutter, ohne von ihrem Strickzeug aufzuschauen.

»Aber das kann doch nicht sein. So schrecklich kann es doch nicht immer dabei zugehen. Bin ich denn auch so auf die Welt gekommen?«

»Ja, du bist auch so auf die Welt gekommen. Das ist schon einmal nicht anders. Eine Stunde mehr oder weniger macht keinen Unterschied.«

»Und wie lange wird es denn noch dauern?«

»Die Hebamme meint, nicht mehr lange. Aber das Ärgste steht noch bevor.«

»Mein Gott, mein Gott, das halte ich nicht aus. Jetzt dauert es schon seit 4 Uhr früh. Und das Ärgste kommt erst?«

Die Mutter sieht von ihrer Strickerei auf: »Du hältst es nicht aus? Nicht einmal abwarten willst du, wenn du schon gar nichts anderes dabei zu leisten hast? Die Männer sind doch ein wehleidiges Geschlecht!«

Martin antwortet nichts. Eine Weile steht er mit geschlossenen Augen an die Wand gelehnt, ohne sich zu rühren. Dann öffnet er wieder die Haustür. Eine Staubwolke fährt ihm ins Gesicht und treibt ihn zurück. Die Mutter strickt, ohne aufzuschauen. Ungemindert dauern die Jammertöne an. »Mutter«, beginnt Martin zögernd, »wie lange — wenn es mit rechten Dingen zugeht — ich meine, wie lange bleibt ein Kind im Mutterleib, bis es geboren wird?«

Das harte Gesicht der Mutter mildert sich zu einem Lächeln: »Darüber brauchst du dir keine grauen Haare wachsen zu lassen. Wenn es mit rechten Dingen zugeht, wird ein Kind erst nach 9 Monaten geboren. Es kann aber auch ein Siebenmonatkind sein. Du bist freilich nicht einmal 7 Monate verheiratet. Aber wenn das Kind nur in der Ehe geboren ist, das ist die Hauptsache; der Pfarrer bescheinigt die eheliche Geburt, das Übrige geht niemanden was an.«

Schweigen.

Die Mutter strickt weiter, Martin beginnt in dem engen Raum auf- und niederzugehen wie ein Tier im Käfig, das sich um sich selber dreht, um sich in Bewegung zu erhalten.

»Mutter«, sagt er dann und steht vor ihr still, »kommt es nicht vor, daß ein Kind noch früher als mit 7 Monaten geboren wird?«

»Das wohl, aber dann bleibt es nicht am Leben.«

Schweigen.

Der Tag senkt sich gegen den Abend; in dem Vorraum, der nur durch ein Oberlicht über der Haustür beleuchtet ist, beginnt das Licht dumpf zu werden.

Endlich legt die Mutter das Strickzeug weg. »Ich will einmal nachsehen, wie es steht. Du aber geh nicht hinein, Martin, du bist zu fassungslos.« Sie verschwindet in das anstoßende Zimmer.

Martin fällt auf den leeren Sessel hin. Jetzt erst, da er sich unbeobachtet weiß, überwältigt ihn seine Fassungslosigkeit gänzlich.

»Betrogen, betrogen, betrogen«, murmelt er vor sich hin, wie sinnlos. Aber vielleicht — vielleicht kam das Kind wirklich zu früh auf die Welt, und er verdächtigte eine Unschuldige, während sie in Todesqualen rang? Seit dem frühen Morgen, seit die Hebamme erklärt hatte, daß diese Schmerzen, in denen sich seine Frau wand, Geburtswehen seien, zerriß ihn ein fürchter-

licher Zwiespalt, und alles, was ihm bei seiner überstürzten Heirat Gegenstand undeutlicher Verwunderung war, stand wieder peinvoll vor seiner Seele. Und Argwohn wühlte sie auf wie der Wind den Staub der Straße, daß er Gespenster sah, die aus ihr aufflogen, wenn der Zweifel anstürmte, und in sich zusammenfielen, wenn er nachließ.

Warum hatten die Leute ein so sonderbares Lächeln gehabt, wenn sie ihn zu seiner Verlobung mit dem schönsten Mädchen des Ortes beglückwünschten? Für dieses sonderbare Lächeln konnte es natürlich vielerlei Gründe geben. Es konnte Neid sein, daß gerade er, ein eben Hereingeschneider, zu einem solchen Glück gekommen war; es konnte Staunen sein, daß er in der bescheidenen Stellung eines neugebackenen Dorfschullehrers sich getraute ein solches Mädchen zur Frau zu nehmen. Aber es konnte auch das Lächeln derjenigen sein, die um vergangene Dinge wußten, um Dinge, die sich vor seiner Ankunft zugetragen hatten. War es ihm denn nicht selbst erstaunlich, daß er, den die Mädchen nicht sonderlich beachteten, vom ersten Tag seiner Anwesenheit an so viele Beweise aufmunternden Entgegenkommens von Lisbeth empfing? Daß sie, noch ehe er recht wußte, wie ihm geschah, ihm um den Hals fiel und lachend sagte: »Gib mir doch einen Kuß, du lieber Traumichnicht!«? Ja, ein Traumichnicht war er, und schüchterne Männer, das hatte er oft gehört, werden immer auf diese Weise oder so ähnlich erobert. Zudem stand Lisbeth ganz allein in der Welt, seit ihre Mutter gestorben war. Und mit deren Tod hatte auch die Pension aufgehört; wovon sollte Lisbeth da leben, wenn sie sich keinen Mann eroberte? Sie mußte den Nächstbesten nehmen oder in Dienst gehen. Das alles hatte er wohl gewußt, und nie hatte er angenommen, daß es nur überschwengliche Liebe war, die das Mädchen bewog sich ihm an den Hals zu werfen. Er fand alles das rechtschaffen und verständig; denn er war selbst nicht mit überschwenglichen Gefühlen durchs Leben gegangen, überzeugt, daß es ihm nichts anderes bringen werde, als ein so gewöhnlicher Mensch wie er erwarten durfte.

Und jetzt! Wenn dieses Kind lebensfähig zur Welt kam, dann gehörte es also nicht ihm. Dann stammte es aus einem Erlebnis seiner Frau, das ihm verborgen geblieben war. Dann — ja, was sollte dann geschehen?

Ihm schwindelt vor Ratlosigkeit. Und auch vor Bangigkeit. Wie würde er Lisbeth gegenübertreten? Würde sie ihm ein Geständnis ablegen, ihn um Verzeihung bitten? Und er, was würde er sagen? Sie samt dem Kind davonjagen? Sie, die geglaubt hatte, sie könnte ihn betrügen, ohne daß er es merkte? Oder hatte sie darauf gerechnet, daß der Traumichnicht zu keiner Einwendung Mut finden werde?

Wenn nur die Mutter nichts davon gemerkt hatte! Sie war geradlinig und unbedingt bis zur Härte; daß ein Mann nicht wußte, wie er mit seiner Frau dran war, hätte sie nie begriffen. Was Gott im Leben schickte, das mußte hingenommen werden, ohne Auflehnung, ohne Klage, ohne Zweifel, ob es auch das Rechte sei. Sie ins Vertrauen zu ziehen ist unmöglich.

Er stellt sich abermals vor die Haustür und sieht in den Abend hinaus. Der Himmel verdunkelt sich immer schwerer; aus dem Dorf blinken matt die ersten gelben Fenster herüber; das Grauen der Dämmerung verschlingt die Staubwolken.

Martin hält es nicht länger aus. Ohne sich noch einmal umzusehen, eilig, als hätte er etwas Wichtiges zu besorgen, geht er durch das Vorgärtchen und dann die Straße hinunter, die vom Dorf wegführt in die einsame Gegend.

Es ist völlig Nacht, als er zurückkehrt. Der Wind hat nachgelassen, es herrscht Ruhe.

Er schleicht ans Fenster und horcht. Aus dem Zimmer dringt kein Laut, alles ist still, ganz still. Also muß es vorbei sein. Und jetzt würde sich's entscheiden, jetzt wird er erfahren, ob — ob —.

Plötzlich stürzen ihm Tränen aus den Augen; er bohrt seinen Kopf an die Wand und weint, weint. Die ganze verhaltene Seelenqual dieses endlosen Tages macht sich in den Tränen Luft.

Dann tritt er ein, wieder gefaßt, mit ruhigem Gesicht. Im Zimmer brennt eine Kerze auf dem Tisch, das Bett liegt im Dunkel. Beim Ofen sitzt die Mutter, in den Armen ein Bündel. Das ist das Kind.

Wie sie ihn erblickt, steht sie auf und macht einen Schritt auf ihn zu. »Du, nimm«, sagt sie ernst, fast feierlich. »Es ist ein Knabe, ein schönes, starkes, voll ausgetragenes Kind.« Mit diesen Worten legt sie ihm das Bündel in die Arme.

Er sieht ein rötliches Gesichtchen auf dem Kissen; es bewegt sich ganz wenig nach rechts und links mit einem Ausdruck unsäglichen Unbehagens. Und dieser Ausdruck greift ihm ans Herz. »Es sieht aus, als ob ihm schlecht wäre«, flüstert er hilflos. »Wird es am Leben bleiben?«

»Du hast noch kein Neugeborenes gesehen«, sagt die Mutter, immer ungewohnt weich, »es ist gesund und kräftig; ich werde dir helfen es aufzuziehen.«

Da bemerkt er, daß sich dort in dem verdunkelten Bett nichts regt.

»Und Lisbeth?«

»Warum bist du denn so lange ausgeblieben? Sie wollte mit dir reden, aber du warst nirgends zu finden. Und dann verlor sie das Bewußtsein. Nicht einmal das Kind hat sie recht angesehen.«

»Mutter«, schreit er auf. »Mutter, sie ist —«

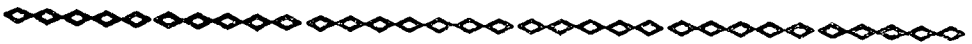
»Du mußt dich mit dem Kind trösten. Es ist ihr Vermächtnis.«

»Und sonst — sonst hat sie mir nichts sagen lassen?«

»Ach lieber Martin, zum Sagenlassen war sie schon viel zu schwach. Sie erlosch, kaum daß das Kind da war.«

Er steht noch immer und hält das Bündel in den Armen, wie seine Mutter es ihm hineingelegt hat. Durch die Kissen, mit denen es zusammengeschnürt ist, fühlt er eine schwache Bewegung, und das kleine rote Gesicht behält den schmerzlichen Ausdruck, als ob es vorausfühlte, was es heißt zu leben. Ohne Mutter, ohne Vater. Aber es mußte leben, mußte heranwachsen zu allem Schweren, das der Mensch zu ertragen hat. Und er, dem dieses kleine Bündel Leben überantwortet war, würde er es für die Schuld seiner Eltern büßen lassen?

Er gibt das Kind der Mutter zurück: »Ja, hilf mir es aufzuziehen, ich bitte dich.«



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Arbeitslosen- Das Arbeitslosenversiche-
versicherung rungsgesetz für Deutsch-
land ist endlich zustande
gekomen. Und zwar geschah dies auf
eine Weise, die ebenso unerwartet wie
bedenklich ist. Nicht der Entwurf, den
die Reichsregierung ausgearbeitet und
dem Reichstag im Dezember 1926 vor-
gelegt, mit dessen Diskussion sich die
Öffentlichkeit viele Monate beschäftigt
hatte, bildete die Grundlage in den
wichtigen Teilen, die die Organisation
der Einrichtung zu regeln hatten, son-
dern ein ganz neuer Entwurf, der weder
dem Reichswirtschaftsrat noch dem
Reichsrat noch der Öffentlichkeit unter-
breitet worden war. Mit Recht hat Ignaz
Jastrow in einem Artikel der Zeitschrift
Der öffentliche Arbeitsnachweis das Un-
gewöhnliche und geradezu Verfassungswidrige dieses Vorgehens hervorgehoben.
Dieser neue Entwurf, der da eingeschoben
wurde, nahm den Gemeinden den Ar-
beitsnachweis, änderte die gesamte Or-
ganisation des Arbeitsnachweiswesens,
soweit sie auf dem Gesetz von 1922 be-
ruhte, von Grund aus. Und das alles
ohne eine Begründung des neuen Ent-
wurfs durch die Regierung, ohne Vor-
beratung in den gesetzlich vorgeschrie-
benen Körperschaften, alles im Dunkel
einer Kommission. Die Regierungsbe-
gründung wird durch eine Denkschrift
über die Wirkungen des Einflusses der
Kommunalbehörden auf den öffentlichen
Arbeitsnachweis ersetzt, deren Verfasser
man nicht kennt; auf jeden Fall haben sie
sich nicht genannt, und es sind nur Ver-
mutungen möglich. Selbstverständlich ist
diese Denkschrift nur in die Hände der
Kommissionsmitglieder und darüber hin-
aus nur weniger Personen gelangt. Die
Öffentlichkeit kennt sie nur aus Aus-
zügen, die ganz tendenziös in die Presse
lanciert wurden. Es ist charakteristisch
für das ganze Vorgehen, daß in der Den-
schrift Beispiele, mit denen die schlechte
Verwaltung des Arbeitsnachweises durch
die Kommunen bewiesen werden sollte,
nur anonym aufgeführt wurden und da-
her überhaupt nicht oder nur sehr schwer
nachgeprüft werden konnten. Einige, bei
denen dies gelang, erwiesen sich als völ-
lig falsch dargestellt; siehe hierzu die
einschlägigen Artikel in der bereits ge-
nannten Zeitschrift Der öffentliche Ar-
beitsnachweis. Man kann gegen ein der-

artiges Verhalten gar nicht scharf genug
Einspruch erheben. Die großen Gefahren,
die mit einem solchen modus procedendi
verknüpft sind, treten recht deutlich
hervor, wenn man sich ihn verallgemein-
nert denkt, die Regierung den bequemem
Weg auch in anderen Fällen betritt, zum
Beispiel beim neuen Schulgesetzentwurf.
Nicht weniger bedenklich aber ist die
Art, wie man die Organisation des Ar-
beitsnachweises geregelt hat. Es scheint
mehr und mehr Gebrauch zu werden aus
der Gemeindeverwaltung die Gebiete
herauszureißen, auf denen bestimmte
Interessenten auf Grund der augenblick-
lichen Machtkonstellation ihre Herr-
schaft besser und schneller aufrichten
zu können glauben, wenn sie sie aus
ihrem Verband lösen. Das bedeutet eine
Zerlegung der Verwaltung in einzelne
eng abgegrenzte Ressorts, die man dann
zentralistisch aufbaut, eine Zersplitte-
rung der örtlich in der Gemeinde zu-
sammengefaßten gesamten Verwaltung,
eine Trennung von Zusammenhängen, die
nicht zufällig geworden sondern aufs
tiefste in dem Zusammenleben der Men-
schen in einer begrenzten Örtlichkeit
begründet sind. Diese Zusammenhänge
sind im Verlauf der Diskussion über den
alten Entwurf, der übrigens den glei-
chen verhängnisvollen Weg eingeschlagen
hatte, so eingehend behandelt worden,
daß sie nicht noch einmal aufgezählt zu
werden brauchen.

Durch die Beratungen in der Kommission
und im Plenum ist an der Organisation
so gut wie nichts geändert worden. Die
Kritik, die in dieser Rundschau (1927 I
Seite 470 und folgende) geübt wurde,
besteht in vollem Umfang auch jetzt
noch zu Recht. Wenn der sozialdemo-
kratische Redner in der 3. Lesung in
dem neuen Gesetzentwurf die Selbstver-
waltung, wenn auch noch eingeschränkt,
verwirklicht sieht, muß er eine ganz
eigenartige Auffassung von Selbstverwal-
tung haben und sich über das Arbeiten
des neu geschaffenen Apparats recht we-
nig im klaren sein. Das ist gerade das
Verhängnisvolle, daß alle Parteien ohne
Unterschied das Wort Selbstverwaltung
so gern im Mund führen und die schön-
sten Reden darüber halten, wenn es aber
darauf ankommt verständige Gesetze zu
machen, die der Selbstverwaltung in der
Gemeinde freien Spielraum geben, im-
mer gerade das Gegenteil ihrer schönen
Reden tun und widerstandslos die Macht
der staatlichen Bureaukratie verstärken.

Realsteuerrecht

Auch die Entwicklung auf dem Gebiet der Finanzverwaltung ist ein Beweis für diese Ausführungen. Diesmal sind es die Unternehmer, die mit den Gemeinden unzufrieden sind und nun auf dem Weg über die Reichsgesetzgebung die Machtstellung, die sie bis zur Revolution auf Grund veralteter Wahlrechte in der Gemeindeverwaltung besaßen, wenigstens auf dem für sie wichtigsten Gebiet, dem der Finanzverwaltung, zurückzugewinnen suchen. Man erinnert sich des Kampfs, den die Unternehmer überall in den Ländern bei der Erneuerung der Gewerbesteuren geführt haben, wie sie in großen Denkschriften die Öffentlichkeit zu beeinflussen suchten, und wie ihre Forderung darauf hinausging die Gewerbesteuer durch ein Reichsrahmengesetz zu regeln und sie in eine Verbindung mit dem Einkommensteuergesetz zu bringen. Diese planmäßige, unermüdllich in der Presse geführte Agitation fand in dem Gesetz zur Übergangsregelung des Finanzausgleichs vom 9. April 1927 ihren Erfolg. In § 4a wird zugesagt, daß die Regierung bis zum 1. Oktober 1927 den Entwurf eines Rahmengesetzes zur Regelung der Realsteuern und des Geldentwertungsausgleichs bei bebauten Grundstücken vorlegen wird. Vor kurzem ist nun der wesentliche Inhalt der von der Regierung ausgearbeiteten Entwürfe veröffentlicht worden. In den Rahmengesetzen für die Grundsteuer und Gewerbesteuer sind bestimmte einheitliche Normen für die Veranlagung und Erhebung dieser Steuern durch die Länder und Gemeinden aufgestellt worden. In der allgemeinen Begründung wird die Senkung der Realsteuern als Ziel hingestellt. Voraussetzung ist die Vereinheitlichung der Steuern und Ausgleich der steuerlichen Belastung in den verschiedenen Ländern, wenn auch nicht in der Höhe, so doch wenigstens in der Form. Wie allerdings eine Senkung der Realsteuern auf diesem Weg erreicht werden kann, ist unklar. Von der Einführung einer einheitlichen Höchstbelastungsgrenze sehen die Entwürfe ab. Man wollte den Ländern und Gemeinden nicht den notwendigen finanziellen Spielraum nehmen. Solange man den Gemeinden nicht angeben kann, woher anders sie die Mittel gewinnen können, die ihnen durch Senkung der Realsteuern entgehen, sind all die Worte über Steuersenkung leeres Geschwätz. Was wird dadurch gewonnen, wenn man nach den Entwürfen die Grundsätze nicht entsprechend der durchschnitt-

lichen Steuerbelastung festsetzt sondern einen Abzug von 20 % bei ihnen macht? Die Länder und Gemeinden müssen dann ein um so höheres Vielfaches des zu niedrig gegriffenen Grundbetrags erheben. Ebenso wenig Erfolg verspricht das andere Mittel. Die bisher in der preußischen Gewerbesteuer vorgeschlagene Anhörung der Handelskammern und Handwerkskammern soll auf die Grundsteuer und Gewerbesteuer allgemein ausgedehnt werden, ebenso sollen auch die zuständigen amtlichen Vertretungen der Landwirtschaft zuvor gutachtlich gehört werden, wenn eine Gemeinde mehr als den Grundbetrag der Steuer erheben will. Und schließlich soll als 3. Maßregel vorgeschrieben werden: ein behördliches Genehmigungsverfahren, das um so stärkere Kautelen vorsieht, je höher der geforderte Steuersatz ist. Man sieht auch hier wieder auf Schritt und Tritt die Entrechtung der Gemeinde, die jeder Autonomie auf dem Gebiet des Steuerwesens beraubt wird. Nach dem Grundstüerrahmengesetz wird ein einheitlicher in Tausendstel des Einheitswerts ausgedrückter Steuersatz (8^{0/100}) für das Reichsgebiet vorgeschrieben, er stellt die Normalbelastung, den sogenannten Hauptsteuerbetrag dar. Der 100. Teil ist die Steuereinheit. Das Vielfache, das Land oder Gemeinde erheben, ist der Umlagesteuersatz. Er muß in einer Gemeinde gleich sein. Es kann also keine Staffellung nach Art, Wert oder Größe des Steuergegenstands stattfinden. Damit ist jede Entwicklung einer kommunalen Grundsteuer ausgeschlossen und wird den Gemeinden ein wichtiges Werkzeug der Bodenpolitik genommen. Nach dem Gewerbesteuerrahmengesetz können alle Grundstücke, die bereits von der Grundsteuer erfaßt wurden, bei der Gewerbesteuer nicht mehr herangezogen werden. Dies ist der eine Grundsatz, der im Anschluß an das neue Gewerbesteuerrecht in Preußen von den Unternehmern durchgesetzt worden ist. Inwieweit die Gemeindebetriebe der Gewerbesteuerpflicht unterliegen sollen, geht aus den Veröffentlichungen nicht ganz klar hervor. Doch scheint auch hier der Entwurf den Forderungen der Unternehmer weit entgegenzukommen. Die 3 herkömmlichen Besteuerungsmerkmale, Gewerbeertrag, Gewerkekaptal und Lohnsumme, sind neben einander aufgenommen worden. Die Steuer soll so bemessen werden, daß von dem Gesamtaufwand etwa 65 % auf Gewerbeertrag, 25 % auf Gewerkekaptal und 10 % auf Lohnsumme entfallen. Bei der

Feststellung des Gewerbeertrags folgt der Entwurf im wesentlichen dem preußischen Gesetz. Schuldzinsen dürfen also nicht abgezogen werden, Miet- und Pachtwerte werden aber nur insoweit hinzugerechnet, als sie die ortsüblichen Miet- und Pachtzinsen überschreiten. Das Gewerbekapital wird nach dem Einheitswert des Reichsbewertungsgesetzes festgesetzt. Es ist ferner eine Staffelung sowohl beim Gewerbeertrag wie beim Gewerbekapital und bei der Lohnsumme vorgesehen, insofern bestimmte Beträge von den Hauptsummen abgezogen werden.

Die Hauszinssteuer soll für allgemeine Finanzzwecke und Zwecke der Wohnungswirtschaft 600 Millionen jährlich sichern. Sie soll durch Reichsgesetz geregelt werden, so daß für Landesgesetze kein Raum mehr bleibt, und in Zukunft sowohl eine Entschuldungs- wie eine Werterhaltungssteuer in sich schließen, das heißt, es sollen sowohl die Werte besteuert werden, die den Hausbesitzern durch den Fortfall der Hypotheken zugefallen sind, als auch der Vorteil, der darin besteht, daß der bebaute Grundbesitz nicht die gleiche Wertermittlung erlitten hat wie zum Beispiel Staatspapiere und ähnliche Wertgegenstände. Dabei übersieht man vollständig, daß der lastenfreie oder wenig belastete Grundbesitz infolge der Mietpolitik des Reichs und der Länder jahrelang überhaupt keinen oder nur ganz geringen Ertrag gebracht hat, daß ferner die Werte der Grundstücke ganz beträchtlich unter dem Friedenswert stehen, so daß nur von einer bedingten Werterhaltung die Rede sein kann. Auf jeden Fall liegt eine besondere Leistungsfähigkeit, auf Grund deren die Sondersteuer erfolgen könnte, nicht vor, wie bei dem belasteten Hausbesitz im Fortfall der Hypothekenschulden.

Es ist schwer aus den vorliegenden Pressemitteilungen ein vollständiges Bild von der geplanten Vereinheitlichung der Realsteuern zu bekommen; daß sie von der allergrößten Bedeutung für die Gemeindefinanzverwaltung ist, zeigen bereits die wenigen Punkte, die hier hervorgehoben wurden.

Kleinrentnerfürsorge

Der Reichstag hatte seinerzeit 25 Millionen Mark für Verteilung unter die Kleinrentner zur Verfügung gestellt, diese aber an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, die in einem Erlaß des Reichsarbeitsministers und des Ministers des Innern vom 29. April 1927 ihre endgültige Fassung gefunden haben. Das We-

sentliche darin ist folgendes: Die Bezirksfürsorgeverbände erhalten Zuschüsse nur unter folgenden Bedingungen, sie müssen neun Zehntel dieses Zuschusses als Zusatzunterstützungen an Kleinrentner verwenden. Ein Zehntel bleibt zu ihrer freien Verfügung. Ansprüche auf Rückerstattung von Fürsorgeleistungen dürfen weder gegen die Kleinrentner oder ihre Angehörigen noch nach ihrem Tod gegen ihre pflichtteilsberechtigten Erben geltend gemacht werden. Nur wenn sich die Vermögenslage so erheblich bessert, daß der Verzicht auf Rückerstattung unbillig wäre, darf man sie fordern. Eine Verpfändung der in § 15 Absatz 1 b bis e der Reichsgrundsätze benannten Vermögensstücke (Hausrat, Familien- und Erbstücke, Gegenstände zur Befriedigung geistiger Bedürfnisse, deren Besitz nicht Luxus ist, kleines Hausgrundstück, das der Hilfsbedürftige ganz oder zum größten Teil mit bedürftigen Angehörigen bewohnt) darf von den Kleinrentnern überhaupt nicht, eine Verpfändung ihres andern Vermögens nur insoweit verlangt werden, als dessen Wert den Betrag von 10 000 Mark übersteigt. Vollendete Pfändungen sind insoweit rückgängig zu machen. Bei der Festsetzung der Fürsorgeleistungen müssen unberücksichtigt bleiben Zuwendungen Dritter bis zum Anderthalbfachen des Unterstützungsrichtsatzes für Kleinrentner, falls sie nicht auf Grund gesetzlicher Unterhaltungspflicht oder auf Grund entgeltlicher Verträge gewährt werden. Ferner Arbeitseinkommen bis zum gleichen Betrag, wobei als Arbeitseinkommen auch das Reineinkommen aus der Untervermietung möblierter Zimmer gilt, schließlich der Wert der Wohnung auf eigenem Grundstück.

Gegen diese mit allen Grundsätzen der Fürsorge und insbesondere den Reichsgrundsätzen von 1924 im Widerspruch stehenden Bedingungen nahm der Deutsche Städtetag im Mai Stellung, und er empfahl seinen Mitgliedstädten dringend die Zuschüsse wegen der gefährlichen Folgen abzulehnen. Nach Ansicht des Städtetags wird die Zahl der Kleinrentner außerordentlich wachsen, wenn in Zukunft grundsätzlich auf Rückerstattung verzichtet wird, und eine Pfändung nur in Ausnahmefällen erfolgen darf. Auch die Bestimmung, daß bestimmte Arten von Einkommen bei der Festsetzung der Unterstützung unberücksichtigt bleiben sollen, muß in der gleichen Richtung wirken. Die Bevorzugung, die den Kleinrentnern hier zugewendet wird, kann aber von den Städten auf die

Dauer den anderen, den Kleinrentnern gleichstehenden Klassen nicht vorenthalten werden. Sozialrentner, die den Kleinrentnern gleichgestellten Personen, die Kriegsinvaliden werden sofort ihre Forderungen anmelden, wie dies frühere Vorgänge zeigten. Daß mit dieser Dotation, deren Dauer keineswegs sicher ist, ein umständliches Abrechnungsverfahren, neue Kontrollen der Gemeinden durch Länder und Reich verbunden sein werden, wird als weiterer Grund für die Ablehnung angeführt. Auch in der Fürsorgeliteratur hat der Beschluß des Reichstags fast durchgängig Ablehnung gefunden. Eine ganze Reihe von Städten folgte auch der Aufforderung des Städtetags und lehnte die Zuschüsse ab. Daß auf diesem Weg den Kleinrentnern nicht geholfen werden kann, dürfte der Reichsregierung nunmehr klar geworden sein.

Kurze Chronik Nach einer Sonderausgabe der Mitteilungen des Deutschen Städtetags, die auf dem Material einer Rundfrage an die 92 Mitgliedstädte mit mehr als 50 000 Einwohnern beruht, waren in 51 Städten *Schulzahnkliniken* vorhanden. In 15 Städten war Zahnbehandlung in anderer Weise sichergestellt, und in 26 Städten war keine vorhanden. Doch fand auch in dieser letzten Gruppe vielfach wenigstens eine Beobachtung der Zähne der Schulkinder statt. Die Intensität der Fürsorge nimmt mit der Größe der Städte ab. In der größten Gruppe (Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern) hatten 75 % der Städte Schulzahnkliniken eingerichtet. Soweit sie nicht vorhanden sind, erfolgte die Zahnbehandlung entweder durch private Zahnärzte bei freier Arztwahl (6 Städte), oder durch Turnusdienst der Zahnärzte (1 Stadt) oder durch Behandlung in Universitätspolikliniken (2 Städte) oder durch die Ortskrankenkasse (1 Stadt) oder schließlich auf Grund eines Vertrags durch bestimmte Privat Zahnärzte. Neben der Volksschule werden auch die Mittelschulen in 22 Städten, die Höheren Schulen in 28 Städten, die Fortbildungsschulen in 6 Städten berücksichtigt. Die Ausgaben sind zum Teil erheblich, die Einnahmen nur sehr geringfügig. Sehr gering ist die Beteiligung der Versicherungsträger an der städtischen Schulzahnpflege. ◊ Die Stadt *Erfurt* gründete in Verbindung mit den Thüringischen Werken, der Provinz Sachsen und der Thüringer Gasgesellschaft die Aktiengesellschaft Großgaswerk Erfurt mit einem Grundkapital von 1 Million Mark,

an der die Stadt mit 60 % beteiligt ist, ferner eine 2. Aktiengesellschaft Gasfernversorgung Erfurt mit einem Grundkapital von 500 000 Mark, die das Fernleitungsnetz und die Gasabgabe übernimmt. Die Produktionsgesellschaft übernimmt das städtische Gaswerk, während Rohrnetz und Gasabgabe in städtischer Regie verbleiben. ◊ Die Stadt *Duisburg* hat in den Jahren 1920 bis 1926 2022 Wohnungen gebaut, für die 7 940 000 Mark bewilligt wurden. Für 1927 sind 400 städtische Wohnungen im Bau, die besonders für kinderreiche Familien bestimmt sind. Auch für diesen Bau leistet die Stadt einen Vorschuß von 6 Millionen Mark. Von Baugenossenschaften sind in den genannten Jahren 2900 Wohnungen, von Privatleuten 1500 erbaut worden. ◊ Die Stadtgemeinde *Königsberg* hat durch ein Gesetz vom 9. Juni 1927 nunmehr die Eingemeindung einer Reihe wichtiger Landgemeinden des Landkreises durchgesetzt. Die Bedingungen der Vereinigung sehen wieder eine Reihe von steuerlichen Vorteilen für die eingemeindeten Gemeinden vor. ◊ Die sozialistisch geleitete Gemeindeverwaltung *Wiens* gewährt jedem neugeborenen Kind eine Fürsorge in Form einer vollständigen Ausstattung von Säuglingswäsche und Mitteln zur Körperpflege.

Literatur Unter dem Titel Konzessionierter oder kommunaler Betrieb von monopolistischen Unternehmungen öffentlichen Charakters? publizierte *Marcus Gitermann* eine umfangreiche Studie /Zürich, Rascher & Cie/. Er will auf Grund einer Vergleichung des konzessionierten mit dem kommunalen Betrieb zweier Unternehmungen der Stadt Zürich sowie der neuesten kommunalwirtschaftlichen Erfahrungen in Deutschland eine eingehende Darstellung der aktuellen Probleme der Gemeindevirtschaft geben. Nach einer kurzen Einleitung, in der er seine Aufgabe und insbesondere die Methode seiner Untersuchungen darlegt, behandelt er den Konzessionsbetrieb und die Kommunalisierung der Gasversorgung, hierauf die der Straßenbahn in der Stadt Zürich; den 3. Teil widmet er der allgemeinen Schlußfolgerung und einer Begründung der modernen Probleme der Kommunalwirtschaft, besonders der Elektrizitätswirtschaft. Da die von Gitermann behandelten Fragen hier noch ausführlicher in bestimmtem Zusammenhang erörtert werden sollen, genüge in dieser Rundschau zunächst die kurze Anzeige des wichtigen Buches.

Gewerkschaftsbewegung / Franz Große

Partei und Gewerkschaft Wenn man auch hätte wünschen können, daß Rudolf Hillerding in seinem Referat über die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik auf dem Kieler Parteitag ausführlicher auf die Tätigkeit der Gewerkschaften im Staat und in der heutigen Wirtschaft eingegangen wäre, so zeigen doch die wenigen Worte, welcher Wandel in der Beurteilung der Gewerkschaften erfolgt ist. Man braucht nur an die langen Debatten auf früheren Parteitag, an die Auseinandersetzungen zwischen Auer, Bebel und Legien zu denken, um die Hilferdingschen Ausführungen ganz in ihrer Bedeutung zu erkennen: »In der Gesellschaft der freien Konkurrenz konnten sie [die Gewerkschaften] nur den unmittelbaren Klassenkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern um den Ertrag der Produktion, um die kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne führen. Jetzt stellen sich die Gewerkschaften immer mehr andere Aufgaben. Jetzt gehen die herrschenden Ideen um die Betriebsdemokratie, um die Wirtschaftsdemokratie. Die Gewerkschaften müssen sich also im Zeitalter des organisierten Kapitalismus immer mehr sozialistische Aufgaben stellen. Das ist nicht nur das Ziel der Freien Gewerkschaften, sondern diese Tendenz dringt auch bei den Christlichen Gewerkschaften durch.« Diese Worte sagen nichts anderes, als daß der Kampf um die Neugestaltung der Gesellschaft nicht nur eine politische Angelegenheit ist sondern gerade auch eine rein wirtschaftliche, und daß dabei den Gewerkschaften als den Vertretern der Arbeiter an der wichtigsten Stelle der Wirtschaft, im Produktionsprozeß selbst, eine ausschlaggebende Bedeutung zukommt. Diese Ansicht ist von jeher in den Sozialistischen Monatsheften vertreten worden, und jetzt dringt sie endlich auch in die offiziellen Parteikreise ein.

Die Gewerkschaften selber sind sich dieser Aufgabe, wie viele Äußerungen der Führer zeigen, in steigendem Maß bewußt. Sie verfallen aber darum nun doch nicht in das entgegengesetzte Extrem dem politischen Kampf eine geringere Bedeutung zuzuweisen. Sehr charakteristisch ist die Ansicht, die in einem Artikel über die politische Bedeutung des Kieler Parteitags in der Gewerkschaftszeitung vom 4. Juni 1927 vertreten wird. Nach einer eingehenden Würdigung des Kampfs um die wirtschaftliche Demokratie, den heute am stärk-

sten die Gewerkschaften ausfechten, heißt es dann weiter: »Wirtschaftsdemokratie entsteht nicht abseits von der politischen Ordnung sondern in ihrem Rahmen, nicht unabhängig vom Staate sondern auf dem Wege über seine Beherrschung, nur mit seiner Hilfe. Die Beherrschung der formalen Ordnung des Staatswesens ist das stärkste Mittel den ökonomisch-sozialen Inhalt des Staates zu formen.« Wir sehen in dieser Haltung der Gewerkschaften, die sowohl auf die verantwortliche Mitarbeit in der heutigen Wirtschaft mit dem Endziel der Übernahme dieser Wirtschaft wie andererseits auf die bewußte Mitarbeit am heutigen Staat und die Eroberung des Staatsapparats im politischen Kampf eingestellt ist, die stärkste Hoffnung für die Zukunft. Wir wünschen nur, daß die Gewerkschaften mehr und mehr zum Aufbau eines klaren wirtschaftlichen Aktionsprogramms kommen, und daß sie ihre Bildungseinrichtungen, die die positive Mitarbeit an der Wirtschaft weiteren Mitglieðerkreisen als Notwendigkeit erkennen lassen, noch stärker als bisher ausbauen.

Von rein gewerkschaftlichen Fragen stand auf dem Parteitag die Beamtenfrage zur Diskussion. Als nach dem Krieg den Beamten das Koalitionsrecht gewährt wurde, bildete sich als die große umfassende Beamtenorganisation neben dem 1910 gegründeten christlichen Gesamtverband deutscher Beamten- und Angestellten der Deutsche Beamtenbund. Die Versuche diesen Verband enger an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den Allgemeinen Freien Angestelltenbund anzugliedern scheiterten an der verschiedenartigen politischen Haltung der einzelnen Mitglieder. So wurde schließlich nach dem Eisenbahnbeamtenstreik im Jahr 1922 aus einer Reihe von Verbänden als eine 3., bewußt freigewerkschaftliche Organisation, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund gegründet. Es ergab sich nun die Situation, daß dieser Bund gewissermaßen als die 3. Säule der Freien Gewerkschaften neben der Arbeiter- und Angestellten-Gruppe existierte, daß aber in den weiteren dem Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Verbänden eine große Anzahl von Sozialdemokraten organisiert blieb. Eine weitere Verschärfung dieser Situation wurde dann herbeigeführt, als im Oktober 1926 der Deutsche Beamtenbund mit dem oben erwähnten Christlichen Verband verschmolz. Auf dem Kieler Parteitag waren nun etwa 25 Anträge gestellt, die eine Aufgabe der bisher vom Vorstand der Sozialdemokra-

tischen Partei Deutschlands eingenommenen Neutralität und die unzweideutige Anerkennung des Allgemeinen Deutschen Beamtensbunds als der Organisation, in der sich alle sozialdemokratischen Beamten zu organisieren hätten, forderten. Eine Reihe von Anträgen ging so weit den Austritt der Sozialdemokraten aus dem Deutschen Beamtensbund zu verlangen. Der größte Teil des Parteitags, unter ihnen auch Siegfried Aufhäuser, lehnte diese Forderung ab und anerkannte das Wirken der Genossen, die im Beamtensbund um die Beamten werben. So wurde denn auch die vom Parteivorstand verfaßte Deklaration, in der der Standpunkt vertreten wird, daß die Beamtengewerkschaftsbewegung eine Ausnahmestellung einnehme, und daß deshalb das Verbleiben der Genossen im Deutschen Beamtensbund nicht zu verurteilen sei, vom Parteitag bestätigt, und nur in einer Resolution Aufhäuser-Steinkopf noch einmal betont, daß den eigentlichen 3. Zweig der Freien Gewerkschaften der Allgemeine Deutsche Beamtensbund darstelle, daß jeder Sozialdemokrat einer Freien Gewerkschaft angehören solle, und daß es Aufgabe der Parteioorganisationen und der Parteipresse sei die freien Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

Mitgliederzahlen Der 1. Teil des 5. Jahrbuchs des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist für jeden, der sich über die Stärke der sozialistischen Gewerkschaften orientieren will, unentbehrlich. Das hier verarbeitete Material reicht bis zum 31. Dezember 1925. Es seien hier die Mitgliederzahlen der Landeszentralen der größeren Länder wiedergegeben. Danach hatte Deutschland am 31. Dezember 1925 4 582 366 Organisierte (der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund 4 182 511, der Allgemeine Freie Angestelltenbund 399 855), Großbritannien 4 365 619, Österreich 807 515, Frankreich 605 250, Belgien 552 094, Schweden 384 617, die Tschechoslowakei 356 385, Dänemark 239 704, Spanien 235 007, Polen 224 423, Holland 189 686, die Schweiz 149 997. Insgesamt umfaßt der Internationale Gewerkschaftsbund in den 24 ihm angeschlossenen Landeszentralen 13 366 387 Mitglieder, gegen 13 133 004 am 31. Dezember 1924. Die Steigerung von 1,8 % verteilt sich nicht gleichmäßig auf alle Länder. Wenn man die einzelnen Länder nach ihrem Steigen respektive Fallen gruppiert, so ergibt sich folgendes interessante Bild:

Land	Prozentuale Abnahme (—) respektive Zunahme (+)	
	1924	1925
<i>Dauerndes Sinken</i>		
Polen	— 20,4	— 23,7
Memelgebiet	— 8,1	— 20,0
Deutschland(Angestellte)	— 15,3	— 13,0
Canada	— 3,8	— 9,1
Belgien	— 4,2	— 3,1
Österreich	— 7,7	— 2,5
Ungarn	— 27,7	— 2,0
<i>Sinken nach Steigen</i>		
Luxemburg	+ 12,7	— 1,7
Schweiz	+ 0,1	— 1,0
<i>Steigen nach Sinken</i>		
Rumänien	— 1,2	+ 0,7
Deutschland (Arbeiter)	— 30,9	+ 5,2
Jugoslawien	— 26,5	+ 6,1
Frankreich	— 26,9	+ 9,3
<i>Dauerndes Steigen</i>		
Großbritannien	+ 0,3	+ 0,5
Dänemark	+ 1,7	+ 1,1
Niederlande	+ 2,3	+ 3,0
Tschechoslowakei	+ 6,0	+ 3,7
Schweden	+ 15,1	+ 7,8
Spanien	+ 1,4	+ 10,0
Lettland	+ 18,4	+ 11,3
Palästina	+ 38,2	+ 27,2

Diese Zahlen sind im allgemeinen nicht ungünstig. Sie zeigen in der 1. Gruppe bei Österreich, Belgien und Ungarn ein starkes Nachlassen des nach dem rapiden Wachstum der Nachkriegsjahre überall beobachteten Mitgliederschwunds. Der Rückgang des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes in Deutschland ist vor allem deshalb so groß, weil für den 31. Dezember 1925 seine Beamtengruppe nicht wie im vorigen Jahr in der Mitgliederzahl enthalten ist. Für das scharfe Absinken in Polen und im Memelgebiet kommen politische Gründe in Frage. Erfreulich ist vor allem das Umschlagen der sinkenden Tendenz in eine steigende beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und in Frankreich.

Interessantes Material bieten auch die Zahlen über die Frauen in der Gewerkschaftsbewegung: Den stärksten Anteil von Frauen besitzt Österreich mit 23,0 % (185 922) der Gesamtmitgliedschaft der Landeszentrale. Dann folgen der Allgemeine Freie Angestelltenbund Deutschlands mit 20,1 % (30 304), die Tschechoslowakei mit 18,4 % (65 654), der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mit 17,7 % (720 825) und Dänemark mit 16,4 % (39 226). Die übrigen Länder bewegen sich im allgemeinen um 10 % herum, so Großbritannien mit 10,6 % (462 446). Im ganzen waren 1925 1 685 669 Frauen organisiert, das sind 14 % der Gesamtmitgliederzahl.

**Internationale
Arbeitskonferenz**

Auf der 10. Internationalen Arbeitskonferenz, die Ende Mai in Genf stattfand, spielte die Arbeitergruppe keine allzu rühmliche Rolle. Als wichtigste diese Gruppe interessierende Frage stand die Abfassung eines Fragebogens über die Koalitionsfreiheit zur Debatte. Die Arbeitergruppe des Verwaltungsrats, veranlaßt durch die in einzelnen Ländern herrschenden Zustände, hatte diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt. Das Internationale Arbeitsamt legte den Entwurf eines Fragebogens vor, der an die einzelnen Regierungen versandt werden und im nächsten Jahr als Grundlage der Verhandlungen der Konferenz dienen sollte. Die 4. Frage auf diesem Bogen lautete: »Ist der Begriff der gewerkschaftlichen Aktionsfreiheit wie folgt zutreffend umschrieben: Freiheit der Gewerkschaften ihren Zielen unter Anwendung aller Mittel zuzustreben, die nicht im Gegensatz stehen zu den im Interesse der öffentlichen Ordnung bestehenden Gesetzen?« Mit Recht hatten die Arbeitervertreter betont, daß diese Frage vom arbeiterfeindlichsten Staat bejaht werden könne. In dem in Ausschußberatungen geschaffenen Entwurf war aber ferner noch die Rede vom Gemeinwohl und von der Gewährleistung der Freiheit sich nicht zu vereinigen. Es wurde dafür aber noch die Frage eingeschaltet, was die Regierung denn unter Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und unter Gemeinwohl verstehe. Die Beantwortung dieser Frage hätte schon den nötigen Kommentar zu der Frage 4 gegeben. Dennoch stimmte die Arbeitergruppe im Plenum gegen den Entwurf und lehnte es jetzt auch ab im nächsten Jahr über den Abschluß eines Übereinkommens auf der Konferenz zu verhandeln. Albert Thomas versuchte die Situation zu retten, indem er eine Rückverweisung an die einzelnen Gruppen herbeiführte, um dort den Vorschlag des Internationalen Arbeitsamts, der bis auf die Frage 4 von der Arbeitergruppe anerkannt wurde, anzunehmen. Aber auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Diese Ereignisse zeigen, wie wenig vorbereitet die Arbeitergruppe zur Konferenz kommt, wie wenig zielklar im Gegensatz zur Unternehmergruppe und wie wenig taktisch sie dort arbeitet. Statt auf die exponierte Stellung des Internationalen Arbeitsamts Rücksicht zu nehmen und das Erreichbare zu erstreben bringt sie durch unfruchtbaren, sinnleeren "Radikalismus" ihren eigenen Vorstoß zum Scheitern.

Schweden

Zum Verständnis der gewerkschaftlichen Bewegung Schwedens ist ein kurzer Hinweis auf die Bodenbeschaffenheit dieses sich weit in die Polarkreise ausdehnenden Landes unerlässlich. Die Beschaffenheit des vielfach mit Urgestein bedeckten Bodens hat dem Ackerbau und der Besiedelung enge Grenzen gesteckt. Noch heute dehnt sich der Wald in Schweden über zirka 52 % der Fläche aus. Das Land ist reich an Holz und Eisen. Namentlich alle Branchen der Holzindustrie sind stark entwickelt. Der Sägewerkearbeiter ist ein sehr wesentlicher Träger der Gewerkschaftsbewegung Schwedens; der Sägearbeiterverband zählte im Jahr 1923 allein 23 000 Mitglieder. Die großen nordländischen Ströme tragen der Holzindustrie den Rohstoff zu. In einzelnen Holzindustrieregionen der nordländischen Küste bilden Arbeiter ein Viertel bis ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Im allgemeinen ist aber in Schweden, sieht man von den 3 großen Städten Stockholm, Gotenburg und Malmö ab, die Industrie auf das flache Land und die kleineren Städte verteilt. Für die industrielle Entwicklung Schwedens werden seine ungeheuren Wasserkräfte, die erst zum kleinen Teil erschlossen sind, ausschlaggebend. Die eigenartigen natürlichen und sozialen Bedingungen der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Schwedens setzt Rudolf Heberle (Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Schweden, in der Sammlung Probleme der Weltwirtschaft, herausgegeben von Bernhard Harms /Jena, Gustav Fischer/) lichtvoll auseinander. Auf sein Buch sei daher nachdrücklich hingewiesen.

In den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts lebten bei den Buchdruckern, Buchbindern, Schuhmachern stärkere soziale Selbsthilfebestrebungen auf. Vor allem aber gewann der Sägearbeiterstreik in Sundsvall im Jahr 1879 eine große soziale Bedeutung. Doch alle die in Schweden ausbrechenden vereinzelt wirtschaftlichen Arbeiterkämpfe erhielten eine wirklich einheitliche Seele erst durch den Sozialismus. August Palm brachte den Sozialismus aus dem Ausland, aus Nordschleswig, im Jahr 1881 nach Schweden. In einer sozialdemokratischen Volksversammlung am 30. Dezember 1881, in der Palm von der politischen Befreiung der Arbeiter sprach, setzte sich ein Ausschuß zur Prüfung des Gewerkschaftsproblems zusammen. In diesem Ausschuß hatte Nyström, ein

liberaler Sozialreformer, noch einen ausschlaggebenden Einfluß. In schnellem Tempo drängte aber die erstarkende sozialistische Bewegung diesen Einfluß zurück, und der Stockholmer Kongreß Ostern 1889, zu dem alle Arbeiterkorporationen, die das sozialdemokratische Programm anerkennen, eingeladen waren, entschied den ausgesprochen sozialistisch-demokratischen Charakter der schwedischen Gewerkschaftsbewegung. Die schwedische sozialdemokratische Parteiorganisation wurde geradezu auf der Grundlage der Gewerkschaften und der lokalen Arbeitervereine aufgebaut. Im Bewußtsein der Arbeiterschaft verschmolz vollständig der Gewerkschaftsgedanke mit der demokratisch-sozialistischen Idee. Ein genauer Kenner beider Arbeiterbewegungen, Ch. Sjöström, sagt daher von dieser Bewegung in den neunziger Jahren: »Sozialismus und Gewerkschaftsbewegung waren damals für die Masse der Arbeiter ungefähr ein und das selbe.« Die älteren Gewerkschaftsverbände Schwedens führten in ihren Statuten ausdrücklich politische Ziele auf. Ein zusammenfassendes Band der Gewerkschaften bestand überdies nicht, und so wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei als eine Art Spitzenorganisation der Gewerkschaften angesehen. Bald jedoch griff eine notwendige Arbeitsteilung zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften durch. Die Gewerkschaften schufen sich 1898 eine Zentralorganisation, die aber keineswegs die enge Verbindung zwischen der Partei und den gewerkschaftlichen Vereinigungen lockerte. Die Landesorganisation machte vielmehr den ihr angeschlossenen Gewerkschaften den kollektiven Anschluß an die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zur Pflicht: ein Beschluß, der jedoch bereits 1900 aufgehoben wurde.

Der Zwangsanschluß stieß nämlich auf Opposition in der Arbeiterschaft selbst. Es gründete sich eine Art Hirsch-Dunckerscher Gewerkschaftsverband, der Svenska Arbetare Förbundet, und eine mehr oder weniger wirtschaftsfriedliche Vereinigung, die Svenska Ordensamfundet Arbetets Riddare. Im allgemeinen löste sich aber nicht der Zusammenhang zwischen Partei und Gewerkschaft auf, so daß nach den Parteikongressen von 1908 und 1914 der Kollektivanschluß der lokalen Gewerkschaften an die sozialdemokratischen Ortsvereine (Arbeiterkommunen) als das Normale angesehen, nichtsozialdemokratischen Minderheiten ein Reservationsrecht eingeräumt wur-

de, das aber um 1912 nur etwa 5 % der Gewerkschaftsmitglieder in Anspruch nahmen. Bei den Streiks von 1902 wirkten die politischen und die gewerkschaftlichen Organisationen einmütig zusammen. 1909 bei dem Massentreik, der 290 000 Arbeiter, das heißt die Hälfte der Lohnarbeiterschaft Schwedens, in einen gewaltigen Kampf um die Macht hineinzog, bildeten die sozialdemokratischen Ortsvereine die eigentlichen Streikausschüsse. Der Geist der schwedischen Gewerkschaften quoll vor allem aus dem demokratischen Sozialismus Hjalmar Brantings, der dem deutschen Revisionismus der Sozialistischen Monatshefte und dem französischen Reformismus Jean Jaurès' sehr nahestand.

Die Gewerkschaften Schwedens bildeten sich vom Berufs- zum Betriebsverband fort; sie gaben sich eine einheitliche und straffe Organisation und erstritten sich weitreichende Tarifverträge. Neben den von dem demokratischen Sozialismus beherrschten Gewerkschaften verschwanden die anarchosyndikalistischen Organisationen lange Zeit vollständig. 1922 wollte der syndikalistische Verband Sveriges Arbetares Centralorganisation über 30 832 Mitglieder verfügen; gegen diese Mitgliederzahlen erheben sich aber die stärksten Zweifel.

Das Jahr 1918 riß auch die Gewerkschaften Schwedens in stürmische wirtschaftliche Bewegungen hinein. Eine Art Rätebewegung entstand, und zahlreiche Streiks wühlten die Arbeiter auf. 1920 waren nach den Mitteilungen der gewerkschaftlichen Landesorganisation mehr als 339 000 organisierte und unorganisierte Arbeiter in Arbeitskonflikte verwickelt. Die sozialistische Bewegung spaltete sich, und diese Spaltung griff auch da und dort in die Gewerkschaftsbewegung hinein. Bereits 1917 regte sich die sogenannte Gewerkschaftsopposition, die sich stark an den Syndikalismus anlehnte. Dann drangen bolschewistische Doktrinen in die gewerkschaftlichen Kreise ein, störten aber kaum die Weiterentwicklung der Gewerkschaftslehre. Die Bedeutung der wirtschaftlichen Macht erschloß sich den Köpfen der gewerkschaftlichen Führer. Die ökonomischen Interessen wurden als grundlegend für die ganze Gesellschaftsentwicklung erkannt. Als Zweck der gewerkschaftlichen Arbeit wurde auf dem Kongreß der Landesorganisation 1922 die Vorbereitung der Sozialisierung bezeichnet: Im Bereich der Möglichkeit liege es ja aus gewerkschaftlichen Industrieverbänden allmählich Produktionsorganisatio-

nen zu bilden. In der schwedischen Arbeiterbewegung wurde die Sozialisierungsfrage lebhaft diskutiert, und zwar nicht nur als Verteilungs- sondern vor allem auch als Produktionsproblem. Die Steigerung der Produktion erschien hervorragenden Führern der Sozialdemokratie wie G. Möller als die wichtigste Seite der Sozialisierungsfrage.

Im Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam erschien neuerdings eine kleine Arbeit Sigfrid Hanssons Die Gewerkschaftsbewegung in Schweden. Sie gibt einen sehr guten Überblick über Bewegung und Wesen der schwedischen Gewerkschaften. Interessant sind die Zahlen über den Organisationsprozentsatz einzelner Berufe. So sind von den Tabakarbeitern 88,8 %, von den Malern 88 %, von den Eisenbahnern 84,5 %, von den Schuh- und Lederarbeitern 80 %, von den Metallarbeitern 78 bis 80 % gewerkschaftlich organisiert. Seit 1921 ist die Mitgliederzahl der Landeszentrale um 50 % gestiegen. Sie umfaßte nach den neuesten Zahlen Ende 1926 414 859 Mitglieder. Das bedeutet allein im Jahr 1926 einen Zuwachs von rund 30 000.

Im allgemeinen ist die bolschewistische und syndikalistische Opposition in der schwedischen Gewerkschaftsbewegung nicht sehr stark. Auf dem Landesorganisationskongreß von 1922 waren von 250 Vertretern 80 oppositionelle, darunter 50 organisierte Kommunisten.

Eigenpublikationen Das Jahrbuch 1926 des Deutschen *Holzarbeiterverbandes* (Berlin, Verlagsanstalt des Holzarbeiterverbandes) ist ein deutlicher Beweis dafür, wie ernst es gerade dieser Verband, aus dem Männer wie Theodor Leipart hervorgingen, mit seiner Verantwortlichkeit gegenüber der Wirtschaft nimmt. Das Jahrbuch beginnt mit einer ausführlichen und klaren Übersicht über das Wirtschaftsjahr 1926. Sowohl die Umwandlungen in der Weltwirtschaft wie das Schicksal der deutschen Wirtschaft und im speziellen die Erscheinungen in der Holzindustrie werden eingehend dargestellt. Als ein wesentlicher Bestandteil des Jahrbuchs ist die vom Vorstandsvorstand veranstaltete Untersuchung über Arbeitszeit und Arbeitsleistung in der Holzindustrie anzusehen. Sie ergibt, daß überall, selbst da, wo eine Verbesserung des Produktionsapparats nicht erfolgt ist, Leistungsteigerungen gegenüber der Vorkriegszeit festzustellen sind, die bei durchgeführter Rationalisierung ein sehr beträchtliches

Maß erreichen. Interessante Einzelheiten geben auch die Zahlen über die Aufblähung des Verwaltungsapparats in den einzelnen Werken: Eine Möbelfabrik in Süddeutschland beschäftigte 1914 120 Arbeiter und 5 Angestellte, 1926 dagegen 43 Arbeiter und 11 Angestellte nebst Chef und dessen Sohn. Der Deutsche Holzarbeiterverband verlor 1926 unter dem Druck der Wirtschaftslage rund 70 000 Mitglieder, er umfaßt heute deren etwa 266 000, Leicht gestiegen, um rund 900 neue Mitglieder, ist dagegen die Lehrlingsabteilung, die jetzt 13 000 Mitglieder zählt; eine erfreuliche Erscheinung, die auch bei anderen Verbänden zu beobachten ist.

Der Jahresbericht 1926 des Verbandes der deutschen *Buchdrucker* läßt einen solchen ausführlichen Wirtschaftsbericht, wie ihn das Holzarbeiterjahrbuch besitzt, vermissen. Nur in einigen großen Zügen werden die wesentlichen Ereignisse im Bericht des Vorstands gestreift. Der Verband, der im Jahr 1926 auf ein 60jähriges Bestehen zurückblicken konnte, umfaßt heute mit seinen 80 000 Mitgliedern 92 % aller Buchdruckergehilfen, gegen 89 % im Vorjahr. Er wies damit 1926 eine Steigerung um 1137 Köpfe auf. Noch stärker ist auch hier das Anwachsen der Lehrlingsabteilung, die von 11 330 Mitgliedern Ende 1925 auf 14 152 Ende 1926 gestiegen ist und damit rund 80 % aller Lehrlinge in ihren Reihen zählen kann. Auch finanziell ist der Verband gestärkt; sein Vermögen stieg von 3,9 auf 4,3 Millionen Mark. Von den Einnahmen des Jahres 1926 sind rund 5 Millionen (65 % aller Einnahmen) für Unterstützungen verschiedenster Art ausgegeben worden. Diese Zahlen zeigen den Wiederaufstieg des alten ruhmreichen Verbands, der immer Stolz und Vortrupp der Gewerkschaftsbewegung war.

Über die Tariflöhne der Beschäftigten in seinem Organisationsbereich hat der Verband der *Gemeinde- und Staatsarbeiter* eine ausführliche Übersicht herausgebracht. Bei der mangelhaften deutschen Lohnstatistik sind diese Lohnstatistiken großer Verbände immer aufs wärmste zu begrüßen. Im allgemeinen zeigt die Übersicht, daß die Löhne bei etwa 50 % der Arbeiterschaft teilweise beträchtlich unter dem Minimum liegen, das zur Beschaffung der Ausgabeposten des Lebenshaltungssindex notwendig wäre.

Fehlen uns schon genauere Untersuchungen über den Lohnstand in der Industrie, so wird dieser Mangel noch fühlbarer in der Landwirtschaft. Hier erschwert die Tatsache, daß in vielen Gegenden

Deutschlands zu dem Barlohn in beträchtlichem Maß der Deputatlohn hinzukommt, und daß über die Bewertung dieses Deputatlohns große Meinungsverschiedenheiten herrschen, eine solche Untersuchung. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß jetzt von gewerkschaftlicher Seite eine sehr sorgfältige Arbeit vorliegt. In der von Kurt Heinig herausgegebenen Sammlung Gewerkschaften und Wirtschaft /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/ veröffentlichte der verdienstreiche Vorsitzende des Deutschen *Landarbeiterversbands* Georg Schmidt eine Untersuchung über den Lohnanteil in der Landwirtschaft. Er scheidet scharf Lohn als Einkommen des Arbeiters und Lohn als Kostenelement im Produktionsprozeß. Hierbei ist der Deputatlohn in beiden Fällen anders zu werten. Will man den Lohnkostenanteil feststellen, so kann nur das angerechnet werden, was der Arbeitgeber direkt leistet. Mit Recht weist Schmidt darauf hin, daß es auch in der Industrie nicht üblich sei Einnahmen, die dem Arbeiter aus einem zur Werkwohnung gehörigen Garten fließen, dem Lohnkonto zuzuschlagen. Für seine Untersuchung verwandte er fast vorwiegend von Unternehmerverbänden aufgestellte Rechnungen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß der Lohnanteil gegenüber der Vorkriegszeit nicht gestiegen sondern leicht gefallen ist. Schmidt führt eine große Anzahl wirklich vergleichbarer Zahlen der Vor- und Nachkriegszeit zum Beweis dessen an. Um so mehr ist es zu bedauern, daß auch aus gänzlich unvergleichbaren Zahlen Durchschnitte berechnet werden, die dieses Resultat deutlicher machen sollen. Es ist wissenschaftlich nicht aufrechtzuerhalten, wenn aus den prozentualen Zahlen des Lohnanteils einer Reihe von Betrieben ein Durchschnitt berechnet und diese an sich schon sehr anfechtbare Zahl mit einem, aus einer ganz andern Reihe gewonnenen Durchschnitt verglichen wird. Man bietet durch solche Methoden nur allzu leicht eine Handhabe die Untersuchung in ihren Ergebnissen, die sonst genügend belegt sind, anzuzweifeln. Gerade in gewerkschaftlichen Untersuchungen sollten immer unanzweifelbare Methoden angewendet werden.

Kurze Chronik In der Vorstandssitzung des *Internationalen Bergarbeiterversbands*, die am 30. Mai in Paris abgehalten wurde, erklärte der bisherige Sekretär Frank Hodges seinen Rücktritt. Hodges war während des

Bergarbeiterstreiks hervorgetreten, wo er sich energisch gegen die radikalen Forderungen der Bergarbeiter einsetzte, und wurde deshalb von diesen heftig angegriffen. Neuerdings hatte er die Stellung eines Mitglieds des englischen Elektrizitätsrats angenommen, was mit seiner Stellung als Sekretär des Internationalen Bergarbeiterverbands für unvereinbar angesehen wurde. ◊ Im Preussischen Landtag beantragte die Fraktion der Deutschen Volkspartei, die Regierung solle Vorsorge treffen, daß den nicht in den 3 gesetzlich anerkannten Spitzengewerkschaften organisierten Arbeiterverbänden die *gleichen Vertretungsmöglichkeiten* geschaffen würden. Der Antrag dürfte abgelehnt werden. ◊ Am 17. Mai vollendete der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes *Theodor Leipart* sein 60. Lebensjahr. Leipart, der wie Carl Legien vom Drechslerhandwerk herkommt, war lange Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbands, 1919 auch eine Zeitlang württembergischer Arbeitsminister und wurde im Jahr 1921 nach dem Tod Legiens zum Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt. Auch publizistisch hat Leipart in hervorragendem Maß für die Gewerkschafts Sache gewirkt. Die Leser der sozialistischen Monatshefte kennen seine klare und sachliche Darstellungsart aus seinen in den früheren Jahrgängen dieser Zeitschrift veröffentlichten Aufsätzen.

Literatur

Die deutsche Literatur über die ausländische Gewerkschaftsbewegung ist nicht allzu umfangreich. Über die amerikanischen Gewerkschaften fehlte bisher jede ausführliche Arbeit. Nur die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, vor allem die der *Industrial Workers of the World*, wurde in dem Buch Hans Böttchers *Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Amerika, Deutschland und England* eingehend dargestellt /Jena, Gustav Fischer/. Diese Arbeit Hans Böttchers, die nach dessen frühem Tod Paul Hermsberg herausgegeben hat, verdient überhaupt als weitaus beste und soziologisch ganz tiefeschürfende Untersuchung über die revolutionären Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung weiteste Beachtung. Jetzt erschien im Verlag Gustav Fischer eine umfangreiche Arbeit *Heinrich Pollaks* Die Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten. Sie hat für die Kenntnis der amerikanischen Gewerkschaften wie im weitern auch für die Kenntnis der amerikanischen Wirtschaft

überhaupt eine ganz außerordentliche Bedeutung. In dem geschichtlichen Abriss, der das Werk einleitet, tritt besonders die große Bedeutung des Krieges für die Entwicklung der amerikanischen Gewerkschaften hervor. Sie haben sich in dieser Zeit geschlossen hinter die Regierung gestellt. Gompers war Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates. Diese Haltung brachte den Gewerkschaften einen bedeutenden Machtzuwachs, den sie auch in der Nachkriegszeit zu halten wußten. Im 2. Abschnitt werden die Organisation der Gewerkschaften, ihre Taktik und speziell amerikanischen Methoden gut dargestellt. Einen breiten Raum nimmt die Behandlung der Rechtsstellung der Gewerkschaften ein. Diese Kapitel geben ein gutes Bild von der Rechtsprechung in den Vereinigten Staaten überhaupt, und im besondern bieten sie eine Fülle von Beispielen für den absoluten Klassencharakter dieser Rechtsprechung. Die Unternehmerorganisationen als die Gegenspieler der Gewerkschaften werden eingehend gewürdigt. Der leider im Verhältnis zu dem übrigen etwas kurze letzte Abschnitt handelt von dem Wesen der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Pollak führt hier die von einem amerikanischen Schriftsteller geprägte, so überaus gut den Geist dieser Bewegung charakterisierende Bezeichnung an: *business unionism*. Er erwähnt auch den ebenso charakteristischen Ausspruch des Bundessekretärs der Arbeit, eines früheren Gewerkschaftsführers: »After all, the american workman is a business man.« Damit ist das Wesen der Gewerkschaften umschrieben. Sie sehen nicht die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Änderung der heutigen Wirtschaftsform, sie glauben im letzten an die Möglichkeit eines sozialen Kapitalismus und wollen hier nur dem Arbeiter eine möglichst hohe Lebenshaltung erkämpfen. Daraus erwächst auch eine Verantwortung gegenüber der Wirtschaft, die aber grundverschieden ist von dem in den deutschen Gewerkschaften mehr und mehr sich zeigenden Verantwortungsbewußtsein; denn dieses findet seine letzte Begründung in dem Willen einmal diese Wirtschaft leitend zu übernehmen, während das amerikanische nur in dem Streben begründet liegt einen möglichst hohen Ertrag aus dieser kapitalistischen Wirtschaft für sich zu gewinnen. Für die Zukunft der Gewerkschaften sieht Pollak als wichtigste Aufgabe die Auseinandersetzung mit den Werkvereinen. Sie kommen dem *Businessgeist* des ame-

rikanischen Arbeiters entgegen und sind wohl vorwiegend aus diesem Grund sehr stark. Jedoch glaubt Pollak, daß die Gewerkschaften diese Auseinandersetzung siegreich bestehen werden. Er sieht aber auch Tendenzen, die zu einer Einigung in dem Sinn führen könnten, daß die Werkvereine die Funktionen der deutschen Betriebsräte, die den Gewerkschaften die anderen Aufgaben, wie etwa Lohnregelungen, übernehmen. Pollak vermeidet es mit europäischen Begriffen allzusehr die ganz anders gearteten Verhältnisse in Amerika begreifen zu wollen. Gerade dadurch wird seine Arbeit so wertvoll. ◊ Viel aufschlußreicher und bedeutungsvoller als sein Titel verspricht, ist das Büchlein *Emil Schmidts Die Arbeitgeberorganisationen in Italien /Zürich, Orell Füssli/ Um ihre»Geschichte, Politik und Stellung im heutigen Staate«* darzustellen, wie es der Untertitel verspricht, war es notwendig ein Gesamtbild der italienischen Wirtschaft und weiter eine eingehende Darstellung der Gewerkschaften zu geben, auf deren sehr rege und sehr aggressive Tätigkeit hin die Arbeitgeberorganisationen erst entstanden und weiter ausgebaut wurden. Am ausführlichsten und für uns am interessantesten ist die Darstellung der Nachkriegszeit, jener Zeit, in der die Gewerkschaften aller Richtungen mehr und mehr erstarkten, im letzten aber doch einen zielklaren Willen vermissen ließen und in äußerlich radikalen Maßnahmen ihre Aufgabe sahen, bis die Welle des Fascismus über sie kam. Die Wirtschaftspolitik des Fascismus wird in ausgezeichneter Weise gewürdigt. Gerade an dieser Untersuchung, die das Wesen der Arbeitgeberverbände aufzeigen will, wird das ganze, in vielen Einzelheiten durchaus positiv zu bewertende System in seiner letzten Problematik deutlich. Die meisten Anregungen erhielt der Fascismus vom Syndikalismus her: Sorels Mitarbeiter und Schüler Sergio Pannunzio gilt heute als der Haupttheoretiker des Fascismus. Die Unternehmerverbände haben nur nach langem Widerstreben ihre liberalen Anschauungen aufgegeben und nur nach Gewährung weitestgehender Konzessionen. Was bis jetzt erreicht ist, ist freilich nur eine Überbrückung, keine endgültige Lösung. Daß die Widersprüche im System gerade von der Darstellung der Arbeitgeberorganisationen her in der Schmidtschen Arbeit sehr deutlich werden, macht diese so wertvoll. Das letzte Wort des Fascismus ist eben noch nach keiner Richtung hin gesprochen.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert**Europaprobleme**

Mit dem Abbau der durch den Weltkrieg geschaffenen europäischen Mobilisierung von Schule und Erziehung, Wissenschaft und Forschung befaßt sich Gertrud Bäumer in einer Broschüre Europäische Kulturpolitik /Berlin, F. A. Herbig/. Mit Recht wird im Anschluß an die vom Genfer Völkerbund geschaffenen Institutionen, die dem Gedanken der internationalen geistigen Zusammenarbeit dienen sollen, auf die Gefahren hingewiesen, die sich für den Friedenszustand ebensowohl wie für den Kriegszustand aus einer dauernden Unterordnung des geistigen Lebens unter die machtpolitischen Ziele einzelner Staaten oder Staatengruppen ergeben könnten. Doch scheint gerade die bisherige Praxis des vom Völkerbund ins Leben gerufenen Pariser Instituts für internationale geistige Zusammenarbeit solche Bedenken, die von der Verfasserin im Hinblick auf dieses Institut erhoben worden sind, nicht zu rechtfertigen. Gerade, wenn das amtliche Deutschland von den Möglichkeiten, die sich der deutschen Pädagogik und Wissenschaft im Rahmen dieses Instituts für kulturelle Befruchtung Deutschlands von außen her und für deutsche Einwirkung auf die übrigen Völkerbundsstaaten und auf die außerhalb des Völkerbunds stehende Menschheit ergeben, energisch Gebrauch macht, läßt sich dem im Völkerbund ebenso wie bei uns noch immer nachwirkenden Prinzip der politischen Vergewaltigung von Erziehung und Wissenschaft viel erfolgreicher entgegenarbeiten als durch eine grundsätzlich an und für sich gerechtfertigte, aber mehr nach außen als nach innen gerichtete und zudem vom politischen Ressentiment getragene Kritik. Es ist natürlich auch richtig, wenn man gegenüber den jetzt so beliebten Carnegie- und Völkerbunds-enquêtes über den Kriegs-, Friedens- und Völkerbundsgeist der Schulbuchliteratur und der einschlägigen amtlichen Erlasse, Lehrplanrichtlinien und dergleichen darauf hinweist, daß sich solche Enquêtes, wenn sie wirklich internationalen Wert haben sollen, nicht einseitig von einem gegen das andere ehemalige Kriegslager richten dürfen. Aber warum veranstaltet denn zum Beispiel das deutsche Reichsministerium des Innern nicht einmal eine Gegen-enquête, die über den internationalen Stand dieser Dinge in wirklich mustergültiger Weise berichtet? Ein solcher, im Kritischen wie im Positiven vorbildlicher Be-

richt dürfte natürlich in der Kritik der Kriegsliteratur Deutschland selbst nicht ausschließen. Andererseits müßten dem, was seit 1918 in Deutschland selbst aus neuem Geist hervorgegangen ist, auch alle positiven Bestrebungen des Auslands an die Seite gestellt werden. Es muß dabei durchaus anerkannt werden, daß die Veröffentlichungen des Reichsministeriums des Innern /Leipzig, Quelle & Meyer/, die Material zum Stand der neueren Unterrichtsreformen in Frankreich, Italien, England und Rußland sowie zur Frage der staatsbürgerlichen Jugend- und Lehrerbildung in Deutschland enthalten, bereits bemerkenswerte Ansätze nach dieser Richtung hin enthalten. Solche Publikationen, nach der oben gekennzeichneten Richtung hin weitergeführt, würden nicht verfehlen weit über Deutschland und den Völkerbund hinaus beispielgebende Wirkung auszuüben. Inzwischen kann nur gefordert und gehofft werden, daß sich die in Deutschland vorhandenen kritischen Fähigkeiten nicht nur nach außen sondern auch nach innen richten möchten, und daß sich die positiv aufbauende Fähigkeit der deutschen Geisteswelt ein weit in die Welt wirkendes Feld sucht. Der ehemalige ungarische Staatssekretär Elemér Hantos ließ bei Ferdinand Enke in Stuttgart eine Schrift Das Kulturproblem in Mitteleuropa erscheinen, in der er sich für die Errichtung eines Mitteleuropainstituts einsetzt, das den Zweck haben soll die wissenschaftlichen Grundlagen für die kulturelle Verständigung und Annäherung der mitteleuropäischen Völker zu schaffen, in Mitteleuropa Klarheit über das Wesen der kulturellen und wirtschaftlichen Lage Mitteleuropas zu verbreiten und Mittel und Wege ausfindig zu machen, die unter Wahrung der vollständigen politischen Unabhängigkeit der einzelnen Staaten den mitteleuropäischen Völkern die Wohltaten des kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenschlusses zuteil werden lassen können. Die Mittel für die Wirksamkeit des Instituts sollen sein: persönliche Fühlungnahme hervorragender Vertreter der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kreise der in Betracht kommenden Staaten, Kooperation mit wissenschaftlichen Anstalten und wirtschaftlichen Körperschaften; gemeinsame Verhandlungen zwischen den Berufs- und Interessengruppen der verschiedenen Staaten, mitteleuropäische Tagungen, Publikationen über Ursachen, Wesen und Folgen der mitteleuropäischen Lage, wissenschaftliche Vorträge und Veranstaltung von

Spezialkursen in Anlehnung an die Hoch- und Fachschulen der verschiedenen Länder, publizistische Arbeiten in der Fach- und Tagespresse, Schaffung eines räumlichen Zentrums mit Bibliothek, Archiv, Geschäftsstelle usw. Der Sitz des Instituts soll vorläufig in Wien sein, doch soll er künftig im Turnus von je 3 Jahren zwischen Belgrad, Berlin, Budapest, Bukarest, Prag, Warschau und Wien wechseln, an welchen Orten auch ständige Nebenstellen eingerichtet werden sollen. Die allgemeine Begründung, die Hantos seiner mitteleuropäischen Kulturidee gibt, und die Methoden, mit deren Hilfe er ihrer Verwirklichung näher zu kommen sucht, schließen die Unterstellung, daß hier gewissermaßen auf Schleichwegen dem vom Weltkrieg her in unruhmlcher Erinnerung stehenden Gedanken eines mitteleuropäischen Staatenbundes unter machtpolitischer, also antieuropäischer Führung des Deutschen Reichs wieder Freunde gewonnen werden sollen, von vornherein aus. Die Art, wie Hantos seine Ziele und seine Wege begründet, ist durchaus europäisch und doch realpolitisch. Und gerade sie ergibt, denkt man die Gedanken zu Ende, ihre Ausdehnung auf den ganzen europäischen Kontinent, so daß sich Mitteleuropa von selbst zu Kontinentaleuropa erweitert. Dem deutschen Volk bleiben jedenfalls auch im Rahmen der Entwicklung, wie sie Hantos vorschwebt, diejenigen Möglichkeiten kultureller Entfaltung und Wirkung, durch die es seine europäische und menschheitliche Bestimmung erfüllen kann, durchaus gewahrt.

Eine in der Reihe der Tatflugschriften /Jena, Eugen Diederichs/ veröffentlichte Broschüre Europa und die völkischen Minderheiten Camillo Morocuttis bringt unter anderm eine wertvolle Übersicht über die augenblicklich in Europa vorhandenen Minderheitsvölker und ihre verhältnismäßige Verteilung auf die gegenwärtig in Europa bestehenden Staaten. Die Grundsätze, die vom Verfasser über das Problem der europäischen Minderheiten und die Möglichkeiten zu seiner Lösung aufgestellt werden, bewegen sich ungefähr in gleicher Richtung wie die Gedankengänge in Coudenhove-Calergis paneuropäischen Schriften und teilen deren Vorzüge und Mängel. Den schwachen Punkt bildet die Verkenning der Zusammenhänge, die zwischen der traditionellen kontinentaleuropäischen Englandpolitik und der durch den Frieden von Versailles unter Englands führender Mitwirkung geschaffenen Lage der kontinentaleuropäischen Minderheits-

völker bestehen. Die Erkenntnis von diesem Zusammenhang aber würde auch den Weg zeigen, wie das kontinentaleuropäische Minderheitsproblem einer dauernden Lösung entgegengeführt werden kann. Gegen die englische Kontinentalpolitik hilft kein Minderheitenkongreß und keine pazifistische Resolution (und zwar auch dann nicht, wenn sie unter Mitwirkung englischer Pazifisten zustande gekommen ist), sondern nur eine auf dem gemeinsamen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interesse der Festlandsstaaten beruhende europäische Kontinentalpolitik.

Frankreich Aus der besondern Kultur- lage, in der sich Europa heute befindet, ergibt sich eine erhöhte Aktualität derjenigen Literatur, in der der Versuch gemacht wird die geistige Eigenart der Länder, von denen das künftige Schicksal Europas wesentlich abhängen wird, klarzustellen und von den dabei gefundenen nationalen und kulturellen Werten aus die Frage zu beantworten, welchen Gehalt, welche Bereicherung, welche kulturellen Impulse der im Werden begriffene europäische Geist von den einzelnen Nationalkulturen aus erfahren kann. Es gilt demnach heute vor allem europäische Nationalkulturen unter europäischem Gesichtspunkt zu betrachten, und da sich aus einer Betrachtungsweise, die nur von einer zufälligen Gegenwarts- lage ausgeht, leicht oberflächliche Resultate ergeben, so versteht es sich von selbst, daß auch die von der Vergangenheit her auf die Gegenwart einwirkenden Überlieferungen in die Betrachtung eingeschlossen werden müssen.

Obwohl sich heute eine positive und kritische Betrachtung der europäischen Nationalkulturen erst in den Anfängen befindet, gibt es doch schon eine Reihe hoffnungsvoller Ansätze dazu. So das ganz ausgezeichnete, an tiefdringenden Darstellungen reiche und wahre Buch Paul Cohen-Portheims *Der Geist Frankreichs und Europa* /Potsdam, Gustav Kiepenheuer/. Der Verfasser geht von der durch geschichtliche Betrachtungen treffend begründeten Voraussetzung aus, daß, wie die Dinge heute in Europa liegen, Frankreich dasjenige Land ist, das der klassischen Ausdrucksmöglichkeit des neuen europäischen Geistes den relativ günstigsten Nährboden bietet, »weil nur hier noch eine europäische Tradition am Leben ist, und weil andererseits durch fremde Einflüsse diese Tradition ihre allzu große Starrheit verloren hat«.

Im einzelnen ist allerdings manches, was er über das geistige französische Leben der Kriegs- und Nachkriegszeit schreibt, anfechtbar. Die französische Erotik zum Beispiel ist heute ganz gewiß nicht aus der guten französischen Literatur verschwunden, wie man nach manchen Wendungen seines Buches annehmen könnte: »In der ganzen neuen Romanliteratur gibt es kaum ein bedeutendes Werk erotischen Inhalts.« Die Liebe oder die Ehe wird auch in dieser Literatur keineswegs schlankweg als ein »einfaches Ding« hingestellt, das etwa, im Gegensatz zur Vorkriegsliteratur, keinen Anlaß zu komplizierten Problemen mehr geben könnte. Man kann sogar sagen, daß sich die für das entscheidende französische Schaffen der Gegenwart so charakteristische Imprägnierung mit gallischen, antiken und katholischen Überlieferungen bei gleichzeitigem kühnen Vorwärtsdrängen zu neuen Formen und Inhalten kaum auf einem andern Gebiet so drastisch bewährt hat wie auf dem der erotischen Literatur. Colettes Mitsou ist nicht im geringsten weniger französisch oder von geringerer allgemeiner Gültigkeit als die klassischen Prototypen liebender Männer und Frauen von Molière bis Anatole France. Sie sind ebenso gallisch, antik, ebenso naiv-sinnlich, voll Geist und Menschlichkeit wie jene. Und doch, wie nahe stehen sie, bei aller Verschiedenheit der nationalkulturellen Einkleidung, in der ihnen zugrunde liegenden Gestaltung etwa Ricarda Huch oder Max Brod. Die religiöse Inbrunst der Liebenden, die an der Unzulänglichkeit des Sinnlichen scheitert, so französisch, so lutherisch, so jüdisch die künstlerische Einkleidung dieser Frage sein mag, die Lösung des Problems ist im Grunde dort wie hier die gleiche: heroische Aktivität, die aus kraftvoller Vitalität, trotzigem Geist und großer Leidenschaft ihre Nahrung zieht. So richtet sich auch aus der erotischen Literatur des neuen Frankreichs das Bild des neuen europäischen Menschen, des neuen europäischen Geistes auf, der künftig und doch uralt, national und doch europäisch, geschlechtlich gespalten und doch menschlich, europäisch und doch maßgebend für die übrige Menschheit ist. Wobei an dem oben gewählten Beispiel der Dichterin Colette als kulturellem Typus außerdem noch dies bemerkenswert ist, daß sie die heute noch so seltene, aber gerade darum im besondern weiblichen Sinn richtunggebende Art einer schöpferischen Aktivität darstellt, die mit Gefühl für das eigentlich

Weibliche denjenigen Abstand vom Männlichen einhält, der von anderen zum Schaden der Leistung selber außer acht gelassen wird. Eine Dichterin wie Colette hat nicht nur der modernen Frau Wesentliches zu sagen, sondern sie weiß auch den Roman des "unverstandenen Mannes" zu schreiben (La fin de Cheri /Paris, Ernest Flammarion); und sie scheint damit den Beweis dafür zu erbringen, daß die literarisch schaffende Frau in dem Maß dazu imstande ist das männliche Liebesleben menschlich zu verstehen und künstlerisch zu gestalten, wie sie selbst Frau ist.

Eine wirklich erschöpfende Darstellung des französischen Geistes darf demnach an der Art, wie das junge, europäisch gerichtete Frankreich sich mit erotischen Grundfragen auseinandersetzen sucht, nicht vorübergehen. Es ist dies um so mehr erforderlich, als das, was den deutschen Lesern so oft als "französische Erotik" hingestellt wird, vielfach ein Zerrbild ist, das nicht eindringlich und gründlich genug berichtet werden kann. Darum sei in diesem Zusammenhang nochmals als Ergänzung zu Cohen-Portheim auf das Kapitel Eros hingewiesen, das sich in Otto Grautoffs Buch Das gegenwärtige Frankreich Halberstadt, H. Meyer/ befindet. Die Bedenken, die Grautoff in jenem Kapitel über die Möglichkeit einer dem französischen Originalwerk adäquaten Übersetzung von Colettes Mitsou ausgesprochen hat, erweisen sich durch die nunmehr vorliegende deutsche Übersetzung dieses wunderschönen Buchs durch Erna Redtenbacher /Wien, Paul Zsolnay/ bis zu einem gewissen Grad als gerechtfertigt. Es liegt dies freilich hier nicht etwa an einer fehlerhaften Übersetzung, vielmehr nur daran, daß die deutsche Sprache manchen Eigentümlichkeiten der französischen Denk- und Sprechweise auch durch gute Übersetzung nicht gerecht werden kann. (Wie dies natürlich auch im umgekehrten Fall möglich ist.)

Ein Buch Noëmi Strickers Les pères et les fils /Paris, La Pensée Française läßt den Leser an der Hand von Briefen, die die Mitglieder einer sowohl nach Frankreich wie nach Deutschland verzweigten altelsässischen Pastorenfamilie in der Zeit zwischen 1870 und 1923 mit einander gewechselt haben, noch einmal elsässisches Schicksal während der letzten Jahrzehnte miterleben. Es ist tief zu bedauern, daß die Verfasserin für ihr Buch, das sie eigentlich für die deutsche Öffentlichkeit geschrieben hatte, um die in Deutschland so nötige Aufklärung

über die Empfindungen des von ihr vertretenen Altelsässertums zu fördern, keinen deutschen Verleger gefunden hat. Es wäre zur Vermeidung künftiger Illusionen und Enttäuschungen doppelt wichtig, daß das Bewußtsein von der Art und Wirkung geschichtlicher Fehler in weite deutsche Kreise dränge und so die unumgänglich erforderliche Grundlage für eine Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen schüfe, bei der die elsässische Frage endgültig nicht mehr einen hemmenden und trennenden sondern einen den Frieden sichernden und die europäische Zusammenarbeit fördernden Faktor darstellen könnte. Das, was in Deutschland zur elsässischen Frage immer wieder betont werden muß, ist die Tatsache, daß sich im Elsaß die seit der Großen Revolution zur französischen Nation bestehenden Beziehungen als stärker erwiesen haben als die sprachlichen und Stammesbeziehungen zu Deutschland. Und zwar wurzelt diese Bindung offenbar keineswegs nur in der intellektuellen Sphäre, die so oft gerade in Deutschland als das Hauptmerkmal westlicher Zivilisation hingestellt wird, sondern durchaus im Bereich des Seelischen. Aus dem Buch Noémi Strickers geht hervor, daß selbst die größten Leistungen der deutschen Energie: Technik, Organisation, Ordnungsliebe, Gründlichkeit, Sachlichkeit, nicht die gleiche werbende und bindende Kraft auf das alteingesessene Elsässertum hatten ausüben können wie sie die französische Kultur tatsächlich ausgeübt hat.

Nun hat sich ja bekanntlich inzwischen gezeigt, daß auch die Wiedereingliederung des Elsaß in das stark zentralisierte französische Staatswesen ihre besonderen Probleme in sich schließt. Aber die Autonomieansprüche, die das Elsaß dabei geltend macht, werden im Elsaß selbst als eine durchaus innenpolitisch-französische Angelegenheit empfunden. Das Elsaß hat aus seinem geschichtlichen Schicksal, seinem Volkstum und seiner geographischen Lage heraus die besondere Aufgabe die deutsch-französischen Gegensätze endgültig aufheben zu helfen. Es kann sie aber nur im Rahmen des französischen Staatsverbands lösen. Über diesen Grundsatz besteht im alten Elsaß nur eine Meinung, mag es sich nun um katholische, protestantische oder freidenkerisch gerichtete, deutsch oder französisch sprechende, konservative oder sozialistische Elsässer handeln. Wenn man übrigens von einer geschichtlichen deutschen, insbesondere preußischen "Schuld" gegen das Elsaß spre-

chen will, so genügt es keineswegs auf die plumpen "Germanisierungs"methoden des neuen Deutschen Reichs gegen dieses Land zurückzugreifen, sondern es ist mindestens erforderlich sich der Grundsätze zu erinnern, von denen sich bereits Friedrich der Große bei seiner Haltung zur elsässischen Frage leiten ließ. Stricker zitiert in ihrem Buch im Anschluß an Betrachtungen über Eindrücke, die sie im Sommer 1922 bei einem Besuch des deutschen Films *Fridericus rex* gehabt hat, mit vollem Recht einige Zeilen aus den Schriften Friedrichs, die man im Zusammenhang mit der deutschen Politik des großen Preußenkönigs nur selten erwähnt findet, und die darum deutschen Lesern zum Schluß gleichfalls wieder einmal in Erinnerung gerufen seien: »La France est un de nos puissants alliés... Nos intérêts présents, surtout depuis l'acquisition de la Silésie, sont de demeurer unis avec la France, de même qu'avec tous les ennemis de la maison d'Autriche. La Silésie et la Lorraine sont deux soeurs dont la Prusse a épousé l'aînée et la France la cadette. Cette alliance les oblige à suivre la même politique. La Prusse ne saurait voir d'un oeil tranquille enlever à la France l'Alsace ou la Lorraine, et les diversions de la Prusse en faveur de la France sont efficaces, parcequ'elles portent à l'instant la guerre au centre des pays héréditaires. La France, par une raison semblable, ne peut souffrir que l'Autriche reprenne la Silésie, parceque cela affaiblirait trop un allié de la France qui lui est utile pour les affaires du Nord et pour celles de l'Empire, et dont les diversions (comme je viens de le dire) sauvent à coup sûr la Lorraine ou l'Alsace en cas d'un danger éminent et imprévu... Par tout ce que je viens de rapporter vous voyez que cette alliance est naturelle, que tous les intérêts des deux couronnes se réunissent, et que, par conséquent, les conjonctures de l'Europe ont formé ces liens.«

Das Elsaß scheint berufen den europäischen Geist zuerst in die Erscheinung treten zu lassen. Denn nur dadurch befreit es sich von dem auf ihm lastenden Schicksal Grenzland zu sein.

Kierkegaard Der Verlag Eugen Diederichs in Jena hat sich, wie mit einer großen Reihe anderer Veröffentlichungen, auch mit der unverkürzten deutschen Ausgabe von Sören Kierkegaards Gesammelten Werken ein großes Verdienst erworben. Dieser Autor, von dem Max Brod einmal gesagt

hat, daß unter den Autoren des verflorenen Jahrhunderts keiner außer ihm auf den Titel eines Ketzers, das heißt eines, der das Christentum ernstlich von innen her angegriffen hat, Anspruch erheben könne, wird heute wieder einmal viel genannt, aber wenig gelesen. Noch seltener findet er die ihm nach Gesinnung und Geist gleichwertige Kritik. Und doch ist die Frage nach dem Wesen des Glaubens kaum irgendwo so entscheidend, so zur Entscheidung, das heißt zur Übereinstimmung oder Ablehnung zwingend formuliert worden wie bei ihm: Sokrates hat mit der Leidenschaft der Unendlichkeit sein Leben so eingerichtet, daß es als annehmbar befunden werde, wenn es eine Unsterblichkeit gibt. Andere haben dagegen 3 Beweise für die Unsterblichkeit, richten aber ihr Leben gar nicht danach ein. »Die sokratische Unwissenheit war so der mit der ganzen Leidenschaft der Innerlichkeit festgehaltene Ausdruck dafür, daß sich die ewige Wahrheit zu einem Existierenden verhält und ihm deshalb, solange er existiert, ein Paradox bleiben muß. Und doch ist vielleicht in der sokratischen Unwissenheit bei Sokrates mehr Wahrheit als in der objektiven Wahrheit des ganzen Systems, die mit den Forderungen der Zeit kokettiert und sich nach Privatdozenten richtet.« Und weiter: »Ehrwürdiger Vater Abraham! Zweiter Vater des Menschengeschlechts! Du, der erste Zeuge jener gewaltigen Leidenschaft, welche den schrecklichen Kampf mit den entfesselten Elementen und den Kräften der Schöpfung verschmäh, um mit Gott zu streiten; du, der du zuerst jene höchste Leidenschaft kanntest, den heiligen, reinen, demütigen Ausdruck für den göttlichen Wahnsinn, der von Heiden bewundert wurde, vergib dem, der zu deinem Preise reden wollte, wenn es nicht auf gebührende Weise geschah. Er redete demütig, wie sein Herz es wollte, er redete kurz, wie es sich geziemte, doch niemals wird er vergessen, daß du 100 Jahre leben mußt, um den Sohn deines Alters wider Erwarten zu erlangen, daß du das Messer zücken mußt, bevor du Isaak behieltest; er wird nie vergessen, daß du in 130 Jahren nicht weiter gelangtest als bis zum Glauben.« In diesen beiden Zitaten ist gleichsam in nuce die ganze großartige Auffassung Kierkegaards vom Glauben und von dem durch den Glauben geheiligten und benadeten Leben enthalten. Kierkegaard wollte durch seine Schriften in 3facher Richtung wirken. Er wollte 1. der Christenheit wieder zum Bewußtsein brin-

gen, was eigentlich Christentum sei, 2. die Christenheit zur Anerkennung der Pflicht zwingen, daß man, wenn man denn einmal Christ sein wolle, mit dem Christentum auch Ernst machen müsse, 3. methodisch in das christliche Leben einführen, es gewissermaßen einüben. Diesem letzten Zweck dienen hauptsächlich die Erbaulichen Reden, die nunmehr gleichfalls bei Diederichs in 4 Bänden erscheinen sollen. Als 1. ist der zuerst im Jahr 1847 veröffentlichte Band *Leben und Walten der Liebe*, in der Übersetzung von Albert Dorner und Christof Schrempf und mit einem Nachwort von Schrempf versehen, herausgekommen. Besonders zeitgemäß an diesen Reden sind die Stücke, in denen Kierkegaard sich gegen die weichlichen Vertreter einer sentimental gefärbten christlichen Liebe wendet, für die der Begriff einer christlichen Strenge vor lauter Liebe und Liebe überhaupt nicht existiert, und durch die »Gottes Liebe leicht zu einer märchenhaften und kindischen Vorstellung, Christus zu einer milden und süßlichen Gestalt wird, die unmöglich den Juden zum Ärgernis und den Griechen hätte zur Torheit werden können«, und nach deren Reden man manchmal den Eindruck bekommt, »als wäre das Christliche kindisch geworden«. Die Seiten, auf denen Kierkegaard am Schluß des der Liebe gewidmeten Bandes von der christlichen, ewigen, streng ausgleichenden Gerechtigkeit innerhalb des Evangeliums der Liebe spricht, gehören zu den seltensten und zugleich notwendigsten Klarstellungen über diesen Punkt und verdienen in mehr als einer Hinsicht die ernsteste Beachtung innerhalb aller geistigen Bestrebungen der Zeit.

Tagungen Unter dem Vorsitz Masaryks fand vom 18. bis zum 20. April zu Prag ein vom Internationalen Erziehungsbureau in Genf einberufener *Erziehungskongreß* statt, der sich besonders mit dem Thema *Der Friede durch die Schule* befaßte. Als einzige Übersetzungssprache wurde dabei Esperanto verwendet. Auf der Hauptversammlung des *Deutschen Lehrervereins*, die am 2. Juni in Düsseldorf tagte, wurde unter anderem ein Begrüßungsschreiben des französischen Lehrerverbands, des Syndicat National des Institutrices et Instituteurs de France et des colonies, verlesen, in dem es unter anderem hieß: »Eure Einladung ist ein neuer Beweis der Entwicklung des Geistes der Völkerversöhnung, die in Eure Verfassung eingeschrieben ist,

und wozu wir französische Lehrer uns seit 1919 vereinsmäßig bekannt haben. Eure Einladung zeigt, daß die Mißverständnisse und die Legenden, diese schrecklichen Wolken, die den Blick der Völker trüben, mehr und mehr schwinden... Hat man Euch gesagt, daß die Lehrer Frankreichs gegen die Anstifter des Blutbads unablässig ankämpfen? Das halten wir für die Aufgabe des Volksschullehrers... Wir können so viel von einander lernen. Dabei handelt es sich nicht um Vermischung des jedem Volk eigentümlichen Geistes, um etwa eine eintönige, charakterlose Menschheitsform künstlich herzustellen. Die kulturellen Verfassungen der Völker schließen einander nicht aus, sie ergänzen sich in harmonischer Weise; das Angesicht der Erde ist geprägt von der Verschiedenheit menschlicher Arbeit, der Verschiedenheit des Geistes, und doch verhüllt das bunte Bild der Kultur nicht die tiefere Einheit der Menschheit... Sind die Fragen der Schule nicht hüben und drüben gleich?... Ihr wollt eine Schule, in der das Kind selbsttätig und frei sei, in der es sich von innen heraus entwickelt, wie sich eine Blume entfaltet. Eure Tätigkeit und die unserige vereinen sich. Jeder Schulfortschritt hat seine Fernwirkung, jeder Rückschritt hat seinen schädlichen Einfluß beim Nachbar. So freuen wir uns darüber, daß wir mit Euch in aller Unabhängigkeit diesen blühenden Internationalen Lehrerbund gründen konnten, dessen rasches Wachstum von seiner Notwendigkeit und Bedeutung zeugt.«

Die *Kommission für geistige Zusammenarbeit* eröffnete am 20. Juli unter dem Vorsitz Hendrik Antoon Lorentz' in Genf ihre 9. Tagung. An ihr nahmen unter anderen für Belgien Jules Destrée, für Deutschland Albert Einstein, für Frankreich Paul Painlevé, für Polen Marie Curie teil; ferner waren das Institut für geistige Zusammenarbeit, das Internationale Arbeitsamt und der Internationale Verband geistiger Arbeiter vertreten.

Kurze Chronik Die von der Internationalen Kommission für geistige Zusammenarbeit gebildete Unterkommission für die Beziehungen zwischen den Universitäten hat ihre Beratungen in Genf abgeschlossen. In der Frage der *internationalen Hochschulstudien* und der Schaffung einer internationalen Hochschule, die in Davos errichtet werden soll, wurde bestimmt zuerst eine Gleichartigkeit des Hochschulstudiums in den einzelnen Ländern anzustreben.

Ferner einigte man sich über einen Konventionsentwurf für die Vorbereitung eines Internationalen Hilfsverbands zur Unterstützung der Völker bei Landeskatastrophen. ◊ Die Deutsche Liga für Menschenrechte hat einen *Schüleraustausch* in die Wege geleitet, durch den deutsche Schüler einige Wochen in französischen Familien mit gleichaltrigen Söhnen zubringen, worauf sie dann gemeinsam mit ihren französischen Kameraden zurückkehren, die dann ihrerseits einige Zeit in den deutschen Familien verleben. Diese Bestrebungen trafen zuerst auf große Widerstände. Doch fanden sich in diesem Jahr schon 80 Familien bereit zu dem Austausch, der in jedem Jahr an Umfang und Bedeutung gewinnen dürfte. ◊ In Florenz wurde ein Internationales Institut für *Auskünfte* kultureller Natur geschaffen, dem die Leiter sämtlicher wissenschaftlichen, literarischen und künstlerischen Anstalten der Stadt Florenz beitreten. ◊ In Tokio wurde ein *Japanisch-Deutsches Kulturinstitut*, eine Schwesterorganisation des vor kurzem in Berlin eingeweihten Instituts zur Förderung der wechselseitigen Kenntnis des geistigen Lebens und der öffentlichen Einrichtungen in Japan und Deutschland, eröffnet. ◊ Im Mai sprach Francis Delaisi in Berlin über die wirtschaftlichen Grundlagen der *kontinental-europäischen Bewegung*. Der europäische Stahltrust, so betonte er unter anderm, habe den Weg friedlicher Verständigung gezeigt, der auch für andere Industrien gangbar sei. ◊ Mehrere wissenschaftliche Institute *Chinas* erließen einen Protest gegen die fremden wissenschaftlichen Expeditionen, die in den letzten Jahren eine Menge alter Reliquien der chinesischen Kultur und Geschichte fortführten.

Literatur Als Organ der *Fédération Universitaire Internationale pour la Société des Nations* erscheint seit dem 1. Januar in Paris die von Daniel Lagache herausgegebene *Revue Universitaire Internationale*. Eine deutsche Ausgabe dieser Revue dient der Deutschen Vereinigung für studentische Völkerbundsarbeit in Berlin als offizielles Organ. Die Bewegung strebt das Zusammenwirken der europäischen Hochschulwelt im Sinn der kulturellen Bestrebungen des Genfer Völkerbunds an. Auch die Pflege der deutsch-französischen Beziehungen bildet einen Hauptpunkt des Programms, dem das französische Zentralorgan im Verein mit den der Föderation angeschlossenen Nationalgruppen dienen will.

Nationale Bewegung / Max Klesse

Deutsches Volkstum und Geburtenrückgang Es ist das große Verdienst Alfred Grotjahns seit Jahrzehnten auf die katastrophale Bedeutung des Geburtenrückgangs für Volkstum und Sozialismus hingewiesen zu haben. Zuletzt in seiner Arbeit Die Hygiene der menschlichen Fortpflanzung /Wien, Urban & Schwarzenberg/: »Die Ausbreitung der Zweikinderregel in allen Schichten der Bevölkerung ist die größte nationale und fortpflanzungshygienische Gefahr, die unserm Volke zurzeit droht.« Und er gibt die Berechnung Fahlbecks wieder, nach der selbst bei der denkbar günstigsten, aber angesichts des großen Frauenüberschusses erst recht unmöglichen Ehehäufigkeit die Bevölkerung bei diesem Zweikindersystem schon nach 77 Jahren auf die Hälfte reduziert sein würde und so immer weiter«. Die Tatsache, daß gerade die Lebensvolleren durch die Anforderungen des sozialen Aufstiegs ehelos oder in einer Spätehe kinderarm bleiben, muß mit der Zeit auch zu einer gefährlichen qualitativen Verschlechterung unseres Volkstums führen, zumal andererseits »durch umfassende sozialhygienische Maßnahmen in Stadt und Land zahlreiche Kranke, Minderwertige und Schwache in das fortpflanzungsfähige Alter und damit zu Heirat und Nachkommenschaft gelangen«. Der zurzeit ganz abnorme Altersaufbau unseres Volkes mit wenig Kindern und wenig Greisen, das heißt den Altersklassen mit der größten Sterblichkeit einerseits und der starken Besetzung der letzten 40 Jahrgänge vor dem Weltkrieg mit geringer Sterblichkeit andererseits, spiegelt uns noch heute einen scheinbaren Geburtenüberschuß vor: trotz dem Zusammenbruch unserer jährlichen Lebendgeburten von rund 2 Millionen 1890 bis 1913 auf 1 1/2 Millionen 1923 bis 1925. Es sterben eben auf Grund des abnormen Altersaufbaus heute über 1/4 Million Menschen weniger als vor dem Krieg. »In 30 Jahren muß«, wie Ernst Freudenberg schon vor etwa 3 Jahren in einem Artikel der Deutschen Medizinischen Wochenschrift ausführte, »wenn die Natalität gering bleibt, die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung in die Altersklassen von 50 bis 80 Jahren eingerückt sein, deren Mortalitätskoeffizient etwa von 20 bis 250 ‰ ansteigt, im Durchschnitt etwa 100 beträgt. Wir werden dann also selbst bei unverändert günstigen Mortalitätsverhältnissen mit einer Gesamtmortalität von nahezu 50 ‰ rechnen müssen.«

Dies alles bedeutet, daß wir in 30 Jahren mit stetig wachsenden Sterbezahlen (2 1/2 bis 3 Millionen) jährlich rechnen müssen, die mit der heutigen Geburtenzahl kaum zur Hälfte gedeckt werden können. Um den Bestand schon bei natürlichem Altersaufbau eines Volkes zu erhalten, muß jedes Elternpaar eine Mindestzahl von 3 Kindern über das 5. Lebensjahr hinaus aufziehen: 1. Forderung Grotjahns. Den Geburtenrückgang zu bekämpfen wird unter diesen Umständen zu einer der größten Aufgaben des Deutschtums. Und gerade auch des deutschen Sozialismus. Nicht bloß, weil Marx und Kautsky gegen Malthus Stellung genommen haben, sondern weil Sozialismus von einer zurückgehenden Bevölkerung und "einigen" Kindern wohl niemals verwirklicht werden kann. Noch oberflächlicher sind Erwägungen, die von der trüben Lage des heutigen Arbeitsmarkts aus die zunehmende Geburtenbeschränkung rechtfertigen: als ob die Säuglinge den Arbeitsmarkt der Gegenwart belasteten. Fallen doch erst von 1930 an rund 2 Millionen Köpfe zuerst als Lehrlinge und von 1934 an als Vollarbeiter auf dem deutschen Arbeitsmarkt infolge des Geburtenausfalls im Weltkrieg aus. Kommt dazu ein fortlaufender Ausfall infolge des Geburtenrückgangs, so muß die schwer assimilierbare und organisierbare, aber notwendige Masseneinwanderung aus dem benachbarten kinderreichen Osten einen starken Druck auf Volkstum und Lebenshaltung der Massen Deutschlands ausüben.

Deutsche Auswanderung »Wenn ein Land, dessen Bevölkerung wie die unsere nicht mehr oder nur scheinbar noch zunimmt, in erheblichem Ausmaße Auswanderer nach überseeischen Ländern abgibt, so beraubt es sich damit zahlreicher überdurchschnittlich rüstiger Personen und handelt ausgesprochen dysgenisch.« So Grotjahn. Diese Seite des Auswanderungsproblems der Nachkriegszeit wird, wie von anderen, so auch von Karl C. Thalheim im 1. Band der Quellen und Studien zur Kunde des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Crimmitschau, Rohland & Berthold leider nicht behandelt. Im übrigen ist Thalheims Buch eine außerordentlich umsichtige und wertvolle Arbeit für Wirtschaftswissenschaft, -theorie und -praxis. Es gibt über alle wesentlichen Fragen wie Umfang, Wege und Ziele, über Herkunftgebiete, Berufsverhältnisse, über die Ursachen und Wirkungen, zum Beispiel die Bedeutung der Facharbeiterauswan-

derung, erschöpfend Auskunft. Mit Recht verurteilt er die nur auf Warnung zielende Tätigkeit der Reichsstelle für das Auswanderungswesen, angesichts einer Auswanderung von rund 300 000 Köpfen allein für die Jahre 1919 bis 1924, anstatt die Volksgenossen in Länder zu lenken, wo sie Aussicht haben ihr Volkstum zu erhalten. Da wir auch in Zukunft noch bis 1934 mit einer jährlich wohl über 50 000 Köpfe zählenden Auswanderung rechnen müssen, wird es Zeit durch Staatsverträge mit den Einwanderungsländern die Ansiedlung möglichst in geschlossenen Blocks zu erreichen, zumal unsere Innenkolonisation die etwa 50- bis 60 000 Siedelungslustigen und ihren Zuwachs von über 10 000 Köpfen jährlich noch keineswegs unterbringt.

Es ist heute schon nahezu sprichwörtlich geworden, daß das Siedelungswerk in Ostelbien an der Unfähigkeit des großen kostspieligen und gegen einander arbeitenden Behördenapparats zu scheitern droht. Daher fragen sich verantwortungsbewußte deutsche Politiker, wo der infolge dieser haarsträubenden Mißstände zur Auswanderung gezwungene deutsche und deutschrussische Siedler sein Volkstum in Übersee erhalten kann. Der demokratische Parteiführer Erich Koch, der kürzlich von einer Studienfahrt aus Canada zurückkehrte, empfiehlt in seinen Berichten in der Vossischen Zeitung dieses aufstrebende, vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean reichende erdteilgroße Land in erster Linie für deutsche Auswanderer. Nach Koch hat der rund $\frac{1}{2}$ Million Köpfe zählende deutsche Bevölkerungsanteil (unter 9 Millionen Gesamtbevölkerung) durchaus die Aussicht seine deutsche Sprache und Kultur in Canada zu erhalten. Das erklärt sich dadurch, daß bereits in der ostcanadischen Provinz Quebec nahezu 3 Millionen Franzosen in geschlossenem Block sitzen, die bekanntlich die höchste Geburftlichkeit unter den weißen Völkern aufweisen, als ein Siedlervolk im Waldland (das Kind als Arbeitshilfe und unter strengster katholischer Kirchengzucht), und auf nordamerikanischem Boden in dem englischsprechenden Meer eine Insel eigenen Volkstums bilden, die sie nach 300jährigem Bestand wohl auch in der Zukunft werden erhalten können. Die Existenz dieser Frankocanadier gibt auch anderen Völkern Canadas die Aussicht bei entsprechender Stärke und geschlossener Siedelungsweise gleichfalls ihre Sprache und Kultur zu erhalten. In dieses Stadium einer bewußten Selbstbehauptung treten die Deutschcanadier

jetzt ein. Sie befinden sich darin noch in der allerersten Phase: ohne deutsches Volks- und Höheres Schulwesen. Ihre Lehrer und Geistlichen müssen sie noch aus dem Europadeutschtum beziehen. Der deutsche Unterricht wird von diesen Kräften in Abend- und Sonntagsschulen gegeben, während in den Staatsschulen (außerhalb Quebecs) zurzeit nur englisch unterrichtet wird. Die alte Hochburg des Deutschtums liegt in dem von Briten besiedelten südlichen Ontario, wo sie in geschlossenen Dörfern und auch kleinen Städten bereits in der 3. Generation, etwa 130 000 Köpfe stark, sitzen (Hessen, Pfälzer, Elsässer). Aus ihnen stammt der jetzige Zollminister Canadas, Euler. Die meisten Deutschen wohnen in den "internationalen Prärie Provinzen" als Farmer, Handwerker und Kaufleute, am dichtesten in der Provinz Sascatchewan (rund 80 000), wo sie unter 51 Parlamentsmitgliedern 6 Deutsche stellen. Als drittstärkstes Bevölkerungselement haben sich die Deutschen neuerdings in starken Verbänden zusammengeschlossen (Katholiken, Lutheraner, Mennoniten und Deutschrussen) und fordern völlige Gleichberechtigung und Pflege der deutschen Sprache neben dem Englischen und Französischen. Ein Symbol ihres Willens zur Selbstbehauptung ist das nach der Melodie des Deutschlandlieds gesungene Lied der Deutschcanadier, dessen letzte Strophe also lautet:

»Deutschcanadier, reich die Hände
Zu der Freundschaft festem Bund,
Daß euch Recht und Freiheit werde,
Überall, zu jeder Stund',
Daß die Zukunft eures Stammes
Ruh' auf felsfestem Grund,
Daß euch noch in späten Tagen
Dank' der Enk'l deutscher Mund.«

Im Zusammenhang mit diesem Streben der Deutschcanadier verdient ein Vorschlag Heinz Kloß' in der Zeitschrift für Geopolitik die Beachtung des südamerikanischen Deutschtums, das neben dem Rußlanddeutschtum in der Diaspora die größte Aussicht auf Selbstbehauptung hat. In den 3 Südstaaten Brasiliens wohnen, zum Teil schon in der 3. bis 4. Generation, rund $\frac{3}{4}$ Millionen Deutsche, davon allein im südlichen Kolonistenstaat Rio Grande do Sul 359 000 Deutsche neben 270 000 Italienern, 117 000 Lusobrasilianern, 71 000 Polen und 49 000 anderen. Dazu kommen endlich mit Einschluß der zahlreich eingewanderten Deutschrussen 150 000 bis 200 000 Deutschargentinier und Deutsche in Paraguay. »Rund 100 000 Jidden, die sämtlich Deutsch verstehen, lassen sich dem deut-

schen Sprachkreis ohne Werbung und Opfer eingliedern, wenn man sie nicht gewaltsam zurückhält.« Das Südamerikadeutschtum, nach Kloß Süderdeutschtum, hat bereits die 2. Stufe im Kampf um die Erhaltung des Volkstums erreicht: Es besitzt ein ausgedehntes Volksschulwesen, eine Reihe von Real- und Oberrealschulen, je 1 katholisches und evangelisches Lehrerseminar und ein Proseminar für evangelische Geistliche. In Brasilien erscheinen 18, in Argentinien 9 Zeitungen in deutscher Sprache. Ihren beschränkten Mitteln entsprechend haben sie in engster Zusammenarbeit mit den religiösen Organisationen ein für europäische Begriffe zwar noch recht bescheidenes, aber bisher leidlich ausreichendes Schulwesen aufgebaut, das nach Beelitz im Jahr 1923 allein in Rio Grande do Sul folgenden Umfang hatte: 310 deutschkatholische Schulen mit 13 463 Schülern, 300 deutsch-evangelische Schulen mit 10 366 Schülern, 65 deutsch-evangelische Schulen mit 1179 Schülern und 112 Schulen für beide Konfessionen mit 3426 Schülern, zusammen 787 Schulen mit 29 234 Schülern. Bestand bisher keine erhebliche Gefahr für diese deutschen Kolonistengemeinden ihr Deutschtum zu verlieren, weil sie ihren Nachbarn technisch und kulturell überlegen waren, so droht dies in Zukunft anders zu werden: aus Mangel an einem hochwertigen Kulturzentrum, wie es eine Hochschule darstellt. Gerade die vorwärtsstrebenden Kolonisten-söhne, die nur in Ausnahmefällen an deutschen Universitäten im Reich, in Österreich, der Schweiz oder der Tschechoslowakei studieren können, müssen die spanischen oder portugiesischen Hochschulen aufsuchen und werden dadurch ebenso entnationalisiert werden, wie wir es bei der Intelligenz der Banater Schwaben in der Vorkriegszeit beobachten. Kloß empfiehlt daher die Errichtung einer süderdeutschen Hochschule in Südbrasilien, dem Zentrum des südamerikanischen Deutschums. Ihren Anfang denkt er sich als eine »landwirtschaftliche Experimentierstätte, die für eine regsame landwirtschaftliche Bevölkerung sehr bald ein gutes Geschäft werden könnte, und die doch zugleich Gelegenheit zu naturwissenschaftlicher Forschung geben würde«. Als Vorbild erwähnt er unsere Kolonialschule in Witzhausen, die allerdings in ihrer hochschulmäßigen Durchbildung des künftigen Überseepioniers zu den besten dertartigen Bildungsstätten der Welt gehört. Auf dieser landwirtschaftlichen Basis

soll sich dann eine Handelshochschulabteilung, später eine Technische und schließlich eine Medizinische angliedern. Erst auf dieser praktischen Grundlage könnte endlich der Ausbau zur vollen Hochschule erfolgen. Kloß denkt daran, daß das süderdeutsche Genossenschaftswesen später die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen wird. »Die Zentralbanken solcher Verbände könnten der Hochschule gegenüber die gleiche Stellung einnehmen wie die Zeißwerke in Jena gegenüber der dortigen Universität.«

Auslandsdeutschtum

Kehren wir nun zum Ausgangspunkt der Betrachtung zurück: zur Beziehung zwischen Volkstum und Geburtenrückgang, so lassen sich auch beim Auslandsdeutschtum ähnliche Unterschiede in der Geburtenlichkeit nachweisen, wie sie im Reich zwischen Großstadt und Land bestehen. Überall, wo das Auslandsdeutschtum in verhältnismäßig jungen Siedelungen sitzt oder gar im Urwald gesiedelt hat, wie in Südbrasilien, oder wo es nur geringer zivilisatorischer Einwirkung unterlag, wie an der Wolga, sind die Kinderzahlen noch auffallend hoch. Wird doch besonders in Waldsiedelungen jeder Zuwachs nicht bloß als Esser sondern auch als künftiger Mitarbeiter begrüßt, wenn man schon in diesem Zusammenhang von dem lebendigen Willen zur Wiedergeburt absehen kann. Ganz anders liegt es in den alten Siedelungen oder Niederlassungen der Deutschen, zum Beispiel im Baltikum oder in Siebenbürgen: Hier herrscht alte Tradition, es handelt sich vielfach um führende oder wohlhabende Schichten; das gilt in gewissem Sinn auch für die Siebenbürgener sächsischen Bauern gegenüber den Rumänen und Ungarn. Es sind zudem vorwiegend Protestanten, die an sich rationalen Erwägungen auch auf dem Gebiet der Geburtenprävention, zugänglicher sind. Als entscheidender Umstand kommt hinzu, daß bei diesen wohlhabenden Kreisen die Rücksicht auf die Erteilung eine geringe Anzahl von Kindern erwünscht sein läßt. Diese unselbige privatwirtschaftliche Verknüpfung des Fortpflanzungstriebes mit dem Familienbesitz oder mit dem »bessern Fortkommen der Kinder« ist wohl die Hauptwurzel für das sich vor unseren Augen vorbereitende Aussterben breiter Volksschichten und schließlich ganzer Völker. So berichtet Herbert Pärn, der Direktor des Statistischen Amtes von Riga, über die natürliche Bevölkerungsentfaltung Lettlands

in Staat und Volkstum: »Der fressende Krebs am Volkstum ist heute die minimale Geburlichkeit.« Bereits im Jahr 1905 wurden nach den Mitteilungen des livländischen Generalsuperintendenten innerhalb der 6 größten deutschen Kirchengemeinden Rigas nur 1026 Geburten, dagegen 1176 Todesfälle gezählt. Im Jahr 1924 war der Anteil auf je 1000 Volksmitglieder in Lettland wie folgt:

Nationalität	Lebend- geburten	Todes- fälle	Diffe- renz
Deutsche	14,9	15,8	— 0,9
Rigadeutsche	10,9	15,1	— 4,2
Letten	20,6	15,3	+ 5,3
Russen	34,6	18,1	+ 16,5
Polen	24,1	15,2	+ 8,9
Juden	19,2	9,6	+ 9,6

Selbst wenn man die Abwanderung aus den tatkräftigsten Jahresklassen der Deutschen nach dem Weltkrieg berücksichtigt, wird man angesichts der Vorkriegszahlen wenigstens für Riga nicht mehr von einem gesunden und blühenden Zweig unseres Volkstums sprechen können. Es war ein "gesättigtes Bürgertum" ohne bäuerlich-proletarische Grundlage. Aber wie sieht es im siebenbürgisch-sächsischen Bauerntum aus? In der siebenbürgischen Zeitschrift Klingsor lesen wir: »Als Beispiel [für die privatwirtschaftlichen Gesichtspunkte in der Frage der Fortpflanzung] sei der Bevölkerungsrückgang in Kleinbitritz angeführt, wie er sich nach den Forschungen Pfarrer Braedts darstellt. Dort besteht eine wunderschöne Festracht, die so kostbar und dauerhaft ist, daß sie von Mutter und Großmutter auf Tochter und Enkelin forterbt. Die Neuausstattung eines heranwachsenden Mädchens bedeutet eine die Bauernwirtschaft empfindlich treffende, bei kleinen Wirtschaften geradezu gefährdende Ausgabe. Eine Familie mit vielen Kindern, deren Grundbesitz geteilt werden müßte, würde die Nachkommen in eine Lage bringen, daß sie den Platz in der Gemeinschaft aus Mangel an Mitteln nicht mehr würdig ausfüllen könnte. In Kleinbitritz herrscht somit das Einkindersystem... Die Forschungen Pfarrer Braedts sind die ersten eindringenden dieser Art. Man wird aber nicht von einem Zufallsergebnis sprechen können, wenn man, ganz abgesehen von den übrigen Nösener Gemeinden in ähnlicher Lage [das heißt ohne Siedlungsreserveland], zum Beispiel sieht, daß im Süden Siebenbürgens, in Neudorf bei Hermannstadt, sehr teure Tracht gleichfalls mit sehr schwachem Bevölkerungszuwachs verbunden ist.«

Die ältesten Wachstumsspitzen des deutschen Volkes im Osten sind also nach diesen Zahlen und Darstellungen einheimischer Gewährsmänner in ihrem Bestand aufs äußerste durch Aussterben gefährdet. Was sich hier bereits an den alten Vorposten deutscher Siedelung im Osten ankündigt, droht dem deutschen Volk mit dem absoluten Rückgang der Bevölkerung in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts auch innerhalb der Reichsgrenzen und besonders in dem unterbevölkerten Ostelbien mit seiner volksfeindlichen Agrarverfassung. Es kann unter diesen Umständen jede Propaganda für Siedelung außerhalb unserer Reichsgrenzen im Osten gar nicht scharf genug zurückgewiesen werden, da jeder Siedler für unsere leeren Ostprovinzen gebraucht wird, während er unter den fremden polnisch-baltischen Völkern nur als "Kulturdünger" dienen würde. Andererseits muß die Ansiedlung aller geeigneten Siedelungslustigen unter erheblicher Steigerung der Mittel auf schnellstem Weg im deutschen Osten erfolgen, wenn wir dessen Entvölkerung durch Abwanderung in Zukunft verhindern wollen. Droht doch schon von 1934 an durch den dann wirksam werdenden Mangel an Industriearbeiternachwuchs aus den Kriegsjahren die Landflucht erneut in größtem Stil zu beginnen, die ohne hinreichende Bauernsiedelung naturgemäß durch polnischen Zuzug zur Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion ersetzt werden müßte. Es ist 5 Minuten vor 12 Uhr und keine Zeit mehr zu versäumen. Von der Lösung dieser Aufgabe hängt, darüber muß man sich klar werden, die Erhaltung der Republik als Staatsform mit ab.

**Deutsche Min-
derheiten** Bedurfte es vor dem Krieg noch eines umständlichen Nachschlagens in Zeitschriften, Reisebeschreibungen oder Monographien, um sich ein einigermaßen zutreffendes Bild über die Lage deutscher Volksgenossen in der Fremde zu machen, so ist es jetzt anders geworden. Eine ganze Reihe von Neuerscheinungen liegt vor. Das Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart hat in den 10 Jahren seines Bestehens in seiner Karten- und Bildabteilung, dem Archiv und der Bibliothek eine Fülle von Material vereinigt. Der Auslandsdeutsche, als Halbmonatsschrift vom Deutschen Auslandsinstitut herausgegeben, unterrichtet laufend über das Auslandsdeutschtum, und die Preußische Staatsbibliothek hat im Jahr 1925 alle von 1910 bis 1923 veröf-

fentlichten Schriften unter dem Titel Das Deutschtum im Ausland auf 168 Seiten zusammengestellt. Der Deutsche traf als Soldat und Kriegsgefangener auf Volksgenossen von den Vogesen bis zum Kaukasus und nach Osisibirien, von Estland bis in die Dobrudscha und Bosnien, und nach dem unglücklichen Ausgang des Weltkriegs, der eine staatliche Neuverteilung des Deutschtums im ganzen mitteleuropäischen Raum zur Folge hatte, wurde es uns klarer und klarer, daß das Auslandsdeutschtum für den Wiederaufbau unseres guten Rufs in der Welt und unseres Anteils an der Weltwirtschaft für uns durchaus unentbehrlich ist, während es selbst im geschlossenen deutschen Volksblock den notwendigen Rückhalt in seinem Kampf um die Minderheitenrechte finden wird.

Außer dem oben besprochenen Buch Thalheims über das deutsche Auswanderungsproblem sei noch eine Reihe weiterer Neuerscheinungen angeführt.

In seiner kleinen Schrift Die Auslandsdeutschen, ihr Schaffen und ihre Verbreitung über die Erde /Berlin, Otto Salle/ gibt Georg von Hassel einen geschichtlichen Überblick über die Beteiligung der Deutschen an der Erschließung, Durchforschung und Besiedelung der verschiedenen Erdteile, und er bringt schließlich eine listenartige Aufstellung darüber bis zum Zeppelinflug nach Amerika. Die Arbeit leidet daran, daß sie auf viel zu knappem Raum einen Riesenstoff enthält, der ungleichwertig behandelt wird. Recht interessant und ausführlich wird der Anteil der Deutschen an der ersten Erschließung Südamerikas geschildert.

Eine der Bedeutung des Gegenstands gut entsprechende Arbeit ist dagegen das bereits in 2. Auflage erscheinende Werk Deutsche im Ausland, herausgegeben von Friedrich Wilhelm Mohr, Ludwig Schoen, Walter von Hauff /Breslau, Ferdinand Hirt/. Von einer ganzen Reihe von Mitarbeitern, die die behandelten Gebiete und Auslandsdeutschen zum Teil aus eigener Anschauung oder als Mitstreiter kennen, werden die wichtigsten Gruppen des Auslandsdeutschtums recht ausführlich unter besonderer Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung behandelt, alles in allem ein guter Anfang, doch immer erst noch ein Anfang, bei aller Anerkennung der Leistung. Die geographischen, soziologischen, wirtschaftlichen und völkerrechtlichen Grundlagen befriedigen meist ebensowenig wie der kulturelle und psychologische Überbau. Infolgedessen entsteht manches schiefe Bild, zum Beispiel über die

"Bauernbefreiung" oder die Volksschulbildung im Baltikum, und damit das Bedürfnis zur Beschönigung, die die deutsche Arbeit gar nicht nötig hat. Als reine Leistung spricht sie viel eindringlicher zu uns, aus Fehlern lernen wir am meisten, und unsere Sünden gegen fremde Volkstümer erklären uns die heftige Reaktion gegen die deutschen Herren von seiten der Wirtsvölker. Der Marxist ist sich wohl bewußt, daß dem Deutschen vom deutschen Herrn die gleichen Härten geschehen sind wie sie in jeder Klassengesellschaft geschehen (ohne Unterschied der Nationalität), bis diese selbst allmählich abgetragen wird. Wenn man von diesen Besonderheiten der "bürgerlich-idealistischen" Darstellung absieht, kann man das Buch nur dringend empfehlen; es ist sehr zu beklagen, daß der deutsche Marxismus sich bisher so wenig um das Auslandsdeutschtum und die wissenschaftliche Vertiefung des Problems gekümmert hat. 2 Ergänzungen muß man übrigens für die nächste Auflage dringend wünschen: Kartenskizzen mit Lage und Ausdehnung der deutschen Siedelungen und Lichtbilder; beides fehlt noch völlig.

Diesen beiden Forderungen sucht bereits das Buch Otto Boelitz' Das Grenz- und Auslandsdeutschtum /München, R. Oldenbourg/ Rechnung zu tragen. Es ist dadurch auch besonders geeignet für den Unterricht und für diesen wohl in erster Linie berechnet (Ergänzungsband für den Geschichtsunterricht für Höhere Schulen). Die geschichtliche Entwicklung wird auch von Boelitz berücksichtigt, aber mit dem gleichen Mangel in geographisch-soziologischer und psychologischer Hinsicht, wie er bei dem vorher besprochenen Buch festzustellen ist. Das mit Skizzen und Aufnahmen versehene, gut gebundene und billige Buch, das über das gesamte Grenz- und Auslandsdeutschtum Auskunft gibt, verdient einen, über die Schule hinausreichenden Absatz, solange nicht eine allen Völkern voll gerecht werdende Darstellung geschaffen ist. Unter den Monographien über deutsche Minderheiten verdient an erster Stelle das Buch Paul Herres Die Südtiroler Frage, Entstehung und Entwicklung eines europäischen Problems der Kriegs- und Nachkriegszeit /München, C. H. Beck/ genannt zu werden. Der kaum zu überbietende Grad von Sachlichkeit und aufrichtigem Verständigungswillen nach all dem Fascistenterror macht das außerordentlich anregend geschriebene Buch zum Vorbild für andere Werke und Autoren über Minderheitsfragen. Der Ver-

fasser gibt an der Hand reichlicher Literaturangaben eine Darstellung des Problems von der Vorkriegszeit über die Kriegsjahre, die demokratischen Nachkriegsjahre bis in die jüngste Vergangenheit der fascistischen Italienisierungsbestrebungen, die die Südtiroler Frage zum Verhandlungsgegenstand unter anderem des Weltverbands der Völkerbundsvereinigungen, des Internationalen Versöhnungsbundes, des Internationalen Kongresses der Katholiken gemacht hat. Die Darstellung gewinnt noch besonders dadurch, daß sie nie die Beziehungen zwischen dem lokalen Gegenstand und dem Gesamtrahmen der europäischen Politik sowie der italienischen im besondern aus dem Auge verliert. Zum Schluß drückt Herre die Hoffnung und den Wunsch aus, daß Mussolini »mindestens den kulturellen Ansprüchen der deutschen Minderheit gerecht« werden möge. Das Sudetendeutsche Jahrbuch 1926, die alljährliche Darstellung des Grenzdeutschums in Böhmen, Mähren und Schlesien, herausgegeben von Otto Kletzl /Augsburg, Johannes Stauda/, liegt im 2. Jahrgang vor und bringt Aufsätze Bürgerlicher über Wirtschaft, Kultur und politische Fragen unserer Volksgenossen in der Tschechoslowakei. Den Schluß nehmen Berichte über die Lage unseres Volkstums in den verschiedenen Teilen des neuen Staates ein. Auch hier findet man wieder die Klagen über die Lage der Deutschen besonders in den Sprachinseln, denen es zum Beispiel in der Slowakei und Karpathorußland, als Folgen der früheren Magyarisierungsbestrebungen, noch heute am nötigsten fehlt, wie Lehrkräften für die Volksschulen und Geldmitteln. Einen besondern Schmuck des Jahrbuchs bilden die ausgezeichneten Reproduktionen von Werken der so früh verstorbenen Egerländer Künstler August Brömse und Walter Ditz.

Staat, Kirche und Nation Ein groß angelegtes Werk, an dem etwa 50 Männer aus dem Deutschen Schutzbund mitgearbeitet haben, erschien unter dem Titel Staat und Volkstum /Berlin, Verlag Deutscher Schutzbund/. Der Herausgeber Karl Christian von Loesch eröffnet es mit einer in die Tiefe gehenden und doch einseitig bleibenden Untersuchung der geopolitischen Grundlagen von »Paneuropavölkern und -staaten«, von der er, wie von dem ganzen Werk, selbst im Vorwort schreibt, »es dürfte die erste Veröffentlichung aus volkdeutschen Kreisen sein, die zur Frage einer europäischen Staatenorga-

nisation im positiven Sinne Stellung nimmt«. Die interessanten Ausführungen über die Voraussetzungen für einen europäischen Staatenbund von dem geopolitisch untermauerten nationalen Ausgangspunkt aus: Anerkennung der Völker als Volkspersönlichkeiten und damit als der natürlichen Grundlagen des neuen Europas, gewinnen an Anschaulichkeit noch durch das technisch geradezu vorbildliche und reichliche Kartenmaterial in Schwarz-Weiß von Arnold Hillen Ziegfeld. Der frühere österreichische Gesandte in Berlin Richard Riedl liefert den Entwurf eines Statuts für einen europäischen Staatenbund, dessen Artikel 1 ganz charakteristisch lautet: »Die vertragschließenden Staaten treten unter Wahrung ihrer Souveränität zu einem dauernden Bunde zusammen, der den Namen Verbündete Staaten von Europa führen soll. Staaten, welche außereuropäische Besitzungen haben, gehören dem Bunde nur mit ihren in Europa liegenden Gebieten an.« An diese gleichsam grundlegenden Einführungen schließt sich in sich selbständig eine Fülle von Arbeiten an, die zumeist auf ideologisch hohem Niveau stehen und vorzugsweise die Probleme des deutschen Volkstums behandeln: Die Anschlußbewegung in Österreich, Minderheitenfragen, Die Bevölkerungsbewegung, Die Siedelung, Beiträge zur Deutschstumskunde und zur Bedeutung der beiden Bekenntnisse bei den Auslandsdeutschen und anderes mehr. Die besondere »volksdeutsche« Betrachtungsweise führt mitunter zu merkwürdigen Entgleisungen. Hans Ponfick zum Beispiel schreibt folgendes: »Der leichtherzige Schlesier gibt nicht allzu schwer Nation und Sprache auf.« Für diese Behauptung beruft er sich noch ausgerechnet auf die Zips, die bereits vor 700 Jahren, und nicht von Schlesiern, besiedelt wurde. Geopolitische, kulturelle, staatliche Voraussetzungen sind entscheidend für Verlust des Volkstums, aber nicht der Stammescharakter, wie Ponficks »knorrige Schwaben« in Südingarn beweisen: nach kaum 200 Jahren Siedelungsdauer. Der Ausschuß für Minderheitenrecht, ursprünglich vom Deutschen Schutzbund und der Deutschen Liga für Völkerrecht berufen, gibt eine neue Schriftenreihe unter dem Titel Quellen und Studien zum Nationalitätenrecht heraus /Breslau, Ferdinand Hirt/, dessen 1. Heft Theodor Grentrop bearbeitet hat: Nationale Minderheiten und katholische Kirche. Der 1. Teil behandelt die Stellung der Kirche zu den nationalen Minderheiten, soweit sie im Kirchenrecht im Lauf der Geschichte

zum Ausdruck gekommen ist; der 2., spezielle Teil schildert die Beziehungen der Kirche zu den Minderheiten in den Ländern Europas, in denen der Katholizismus eine Rolle spielt. Im Anfang vermißt man bei der Erörterung der Beziehungen der lateinischen und griechischen Kirche zu Staat und Volkstum die geschichtliche Grundlegung des fundamentalen Unterschieds der beiden Kirchen, der durch den frühen Zerfall des weströmischen Reiches zu einer relativ staatsfreien Kirche in Rom, dagegen in Byzanz zu einer staatsfrommen Kirche führte. Die Stellung der katholischen Kirche wird vom Ziel ihrer Arbeit bestimmt. Daher »muß die Kirche wollen, daß dem Gläubigen die religiösen Werte in möglichst vertrauter Form . . . geboten werden . . . Was aber klingt vertrauter als der Laut der Muttersprache?« Bezeichnend ist, daß die Frage, ob der griechische Ritus der mit Rom uniierten Ukrainer, den polnischen Wünschen entsprechend, durch den lateinischen ersetzt werden sollte, glatt verneint wird: »Denn der Apostolische Stuhl betrachtet die ukrainische Kirche in dem großen Rahmen der Kirchenpolitik als Korridor, durch den er den Zutritt zur orthodoxen Kirche zu gewinnen hofft. Dieser weitgreifenden Aufgabe der Wiedergewinnung der orthodoxen Kirche können die Ukrainer nur dann gerecht werden, wenn sie in der Eigenart ihres Ritus und Lebens erstarben.« Es führen viele Wege nach Rom. In Frankreich und Deutschland ist es die höhere Geburtenzahl der Katholiken; wies doch erst jüngst ein Berliner Vortag unter seinen Neugeborenen 25 % Katholiken auf, bei nur 10 % Bevölkerungsanteil. Die ganze Arbeit mit ihrer Fülle von Material, besonders über die Lage der deutschen Minderheiten, ist von Interesse und Wert. Man sieht deshalb mit großer Erwartung den ferneren Erscheinungen aus dieser Reihe entgegen.

Kurze Chronik Die ersten Ergebnisse der Sprachprüfungen *ostoberschlesischer* Schulkinder durch den Schweizer Pädagogen Maurer liegen vor, und es mag manchen überrascht haben, daß bei mehr als der Hälfte der von der Woiwodschaft zur Prüfung vorgeführten Kinder, das heißt den zweifelhaften Fällen, die Sprachkenntnisse im Deutschen zum Besuch der deutschen Schule nicht ausreichen. Was bestimmte nun diese polnischen Eltern dazu ihre Kinder in die deutsche Schule schicken zu wollen? Weil Deutsch "nobler" ist? Oder wirtschaftliche Abhängigkeit? Mehr

Ehrfurcht vor dem Volkstum des andern muß die Losung in allen Grenzgebieten werden. Das gilt mit doppeltem Nachdruck für das derzeitige Mehrheitsvolk. Die Massenkündigungen deutscher Beamten und Angestellten müssen schon im Interesse der Betriebe selbst zurückgenommen werden. ◊ Über die Haltung der deutschen Beamenschaft in der *Tschechoslowakei* erklärte der Referent auf dem Vertretertag aller deutschen Staatsbeamtenverbände: »Unser Kampf ist ein Rechtskampf. Wir waren nie illoyal. Diesen Staat sehen wir als geschichtliche Gegebenheit an. Es liegt uns fern ihn, dessen Mitglieder wir sind, zu bekämpfen. Die Irredenta, die uns deutschen Staatsangestellten zum Vorwurf gemacht wird, gehört in das Gebiet der Fabel. Die Mission unseres Standes ist: Heran an den Staat!« Unter anderen Klagen, wie Zurücksetzung Deutscher bei Stellenbesetzung, wurde auch die über die Doppelsprachigkeit bei amtlichen Ausfertigungen im deutschen Gebiet vorgebracht; diese doppelte Arbeit könne von den Beamten nicht geleistet werden. ◊ Deutschland hat auf eine Entscheidung des Völkerbundsrats über die Klagen der *Memelländer* verzichtet und sich mit einer Erklärung des Ministerpräsidenten Woldemaras begnügt, in der er für Litauen versprach die Rechte des Memelgebiets und seiner Bewohner in vollem Maß zu gewährleisten. Dazu passen die Kündigungen deutscher Lehrer schlecht. Es ist bedauerlich, daß die Anglophilie deutscher Staatsmänner diese von einer energischen Vertretung des Memellands zurückgehalten zu haben scheint. Der Osten Europas ist England noch nicht genug balkanisiert.

Literatur Das vom frühern Reichsminister Wilhelm Külz herausgegebene, gut ausgestattete bilderreiche *Jahrbuch Deutschland/Leipzig*, Helingsche Verlagsanstalt/ enthält Beiträge über Kultur, Wirtschaft, Politik und Kunst von einem weitreichenden Mitarbeiterkreis; so Oswald Spengler Vom deutschen Volkscharakter, Wilhelm Külz Auslandsdeutschtum und Heimat, Paul Löbe Der großdeutsche Gedanke, Wilhelm Kahl Mehr Staatsgesinnung, Carl Duisberg Der deutsche Binnenmarkt, Rudolf Wissell Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft seit dem Kriege, Heinrich Brauns Das Problem der Arbeitslosigkeit, Johann Victor Bredt Die Sorgen des deutschen Mittelstandes: um aus der Fülle nur einige der bekanntesten Namen zu nennen.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Wertproblem Es sind die verschiedensten Wissenschaften, die sich mit Werten und Wertobjekten, das heißt Trägern von Werten beschäftigen. Ihr methodologisches Problem besteht zum größten Teil darin: Wie können Werte, die, wie die ästhetischen oder die religiösen, nur gefühlsmäßig erfassbar sind, zum Gegenstand einer Wissenschaft, das heißt einer logisch-theoretischen Behandlung gemacht werden? Sieht man von dieser Frage einmal ab, dann bleibt noch eine andere, die wichtig genug ist, nämlich: Was ist denn Wert? Die Vielheit der Werte und demgemäß der Wertwissenschaften fordert eine sie alle übergreifende Theorie des Werts überhaupt. Denn keine spezielle Wertwissenschaft kann uns sagen, was ganz allgemein der Wert ist, da jede es immer nur mit konkreten Ausformungen eines bestimmten Werts zu tun hat. Nun sollte man meinen, daß die Philosophie schon lange an der Klärung des Wertproblems arbeite. Doch dem ist nicht so. Erst mit Lotze rückt der Wert als besonderes Problem in den Gesichtskreis der Philosophie, und von da an wird in steigendem Maß und in der verschiedensten Weise die philosophische Systematik auf den Wertbegriff aufgebaut. Damit aber wurde der Wertbegriff selbst nicht geklärt, jeder redete davon in anderm Sinn, und so trat allmählich eine fast vollständige Verwirrung ein. Nirgendwo wurde der Versuch gemacht eine präzise Theorie des Werts zu geben; da, wo der Wertbegriff am meisten benutzt wurde, war er am ungeklärtesten. Hat die Südwestdeutsche Schule das doch wirklich Problematische wie die bekannteste Sache von der Welt behandelt, durch das überhaupt erst die großen Erscheinungen der Philosophiegeschichte, Platon, Kant usw., ganz zu verstehen seien, so haben Ehrenfels, Meinong und die Phänomenologen sich doch um eine Werttheorie gemüht und viel Brauchbares geleistet. Aber hier stören vielfach ungeprüfte Voraussetzungen, die besonders den Ertrag der Arbeiten Max Schelers beeinträchtigen.

Da ist es nun zu begrüßen, daß uns eine Untersuchung vorgelegt wird, die mit höchster methodischer Präzision den Begriff des Werts untersucht. Ihr Verfasser, *Johannes Erich Heyde*, betitelt sein Werk *Wert: eine philosophische Grundlegung* /Erfurt, Kurt Stenger/. Es stellt

die allgemeine Theorie des Werts nach allen Seiten dar. Keine wesentliche Frage ist außer acht gelassen. Und da auch die Literatur mit großer Vollständigkeit herangezogen wurde, kam geradezu ein Lehrbuch der Werttheorie zustande, das gut die augenblicklich erreichte Ausbildung der neuen philosophischen Disziplin darstellt. Heyde geht davon aus, daß der Tatbestand Wert in 3 verschiedenen Bedeutungen auftreten kann. Man kann sagen: 1. Die schöne Vase hat einen Wert. 2. Die schöne Vase ist ein Wert. 3. Die Schönheit der Vase ist ein Wert. Im 1. Fall ist die Vase Wertobjekt, ihr Wert, den sie hat, ist der Objektwert. Die Unterscheidung der 2 Bedeutungsweisen des Wortes Wert, nämlich Wertobjekt und Objektwert zu sein, ist dem Verfasser sehr wichtig. Des weitern weist er mit Nachdruck darauf hin, daß jeder Wert Wert an einem Objekt ist, daß es keinen für sich bestehenden absoluten Wert geben kann. Die Bedeutung des Wortes Wert in dem 3. Beispiel, als Wert der Schönheit, bedeutet zweierlei: die Schönheit hat einen Objektwert, und die Schönheit ist Objektwert. Es gibt also keinen besondern Schönheitswert, und erst recht nicht gibt es eine Stufenfolge von Werten, so daß die Werte entsprechend ihrer Rangstelle selbst wieder einen Wert hätten, sondern Schönheit ist ein Objekt, dem Wert zukommt. Die nähere Untersuchung, was nun Wert eigentlich ist, ergibt, daß er ein Allgemeines, nichts Individuelles ist; es gibt also keine Werteinzelwesen, kein transzendentes Reich von Werten. Dementsprechend gibt es auch keine Veränderung und kein Wachstum der Werte; auch daß die Werte an ihren »Trägern haften«, wird abgelehnt. Wert kennzeichnet überhaupt ein Gegebenes in seiner Beziehung auf ein anderes Gegebenes. Wert setzt also zweierlei voraus: ein Objekt, das Wert hat, und ein anderes, in bezug auf das es Wert hat. So bestehen Werte nicht ohne ein Subjekt, für das die Werte gelten. Damit aber ist noch nicht einem Werts subjektivismus das Wort geredet. Denn von einer Objektivität des Werts kann immerhin insofern geredet werden, als er einem Objekt zukommt. Der Nachdruck ist immer darauf zu legen, daß das Wesen des Werts Beziehung ist, und alle näheren Bestimmungen des Wertbegriffs sind nur Angaben der Art dieser Beziehung.

Es ist selbstverständlich, daß in einer umfassenden Untersuchung über das Wertproblem auch die Frage nach dem Verhältnis des Werts zum wertenden

Subjekt untersucht werden muß. Heyde wendet sich mit Entschiedenheit gegen jeden Wertpsychologismus, der meint, der Wert sei restlos im Werterlebnis beschlossen. Wenn nun aber der Wert nicht in einem bestimmten Subjektzustand besteht, so ist es andererseits doch wichtig den Subjektzustand zu erkennen, der mit der Beziehung Wert verbunden ist. Heyde lehnt sowohl die voluntaristische wie die Gefühlstheorie ab und findet das Eigentümliche des Werterlebens vielmehr in dem Erleben einer Lust. Einer Lust, die allerdings nicht durch den erlebten Gegenstand erzeugt ist, sondern eigentümlich darüber hinausgeht. Die Wertschätzung ist mit einer Wertlust verbunden. Neben der Ursachebeziehung Gegenstand-Lust gibt es eine Wertbeziehung Gegenstand-Lust, und auf die in dieser Beziehung auftretende Lust kommt es an. Aus dieser Lehre folgen dann Bestimmungen über die besonderen Werte, den theoretischen, ästhetischen, ethischen usw. Hier wird nämlich das Objekt immer zu einem besondern Wertgefühl in Beziehung gesetzt. Man versteht dann auch, weshalb Objektivwerte, die gänzlich artverschieden sind, immer noch in ihrer Gradverschiedenheit mit einander verglichen werden können. Auf die vielen besonderen Probleme, die die Theorie der Werte beschäftigt, und die in dem Buch Heydes in scharfsinniger Weise behandelt werden, wie den Unterschied zwischen erlebtem und vorgestelltem Wertgefühl, zwischen dem Subjekt des Werts und dem Subjekt des Wertens, der Frage nach der Wertordnung, dem Normcharakter des Werts usw., sei nur hingewiesen. Es mag hier die Frage nach dem Charakter dieser Werttheorie beschäftigen, die Heyde vorlegt. Das Bemerkenswerte an ihr ist, daß er mit einem außerordentlichen Feingefühl für die Eigenart der Werttheorie die Skylla des Ontologismus und die Charybdis des Psychologismus vermeidet. Bisher kamen die Werttheoretiker entweder hier oder dort um. Man versteht leicht, daß die Ethik und die Kulturphilosophie mit der psychologischen Erweichung nichts anfangen können, und so geriet man in die Mythologie, nämlich den Wertontologismus. Heyde ist es gelungen durch die Exaktheit seiner Methode für die Werttheorie etwas zu leisten, was auf eine ähnliche Weise die Erkenntnistheorie für die Wissenschaft schon geleistet hat: in der Erkenntnis ihrer Eigenart die Befreiung von einer metaphysischen und einer nur psychologisch-relativistischen Auffassung.

Kulturkritik Der Strom kulturkritischer Bücher ebbt noch nicht ab; er ist seit Spengler ins Unübersehbare gewachsen. Aber nur wenige Werke verlohnt es sich besonders hervorzuheben. Eins von diesen hat *Eugen Diesel*, den Sohn des Erfinders des Dieselmotors, zum Verfasser und heißt *Der Weg durch das Wirrsal* /Stuttgart, J. G. Cotta Nachfolger/. Der Ausgang und die Grundlage für die Kulturkritik ist das Bild der lebendigen Menschlichkeit, wie es die Homerischen Dichtungen bieten. Von da aus erfolgt eine Kritik an der Gesamtheit unseres kulturellen Lebens und an dem Gang der europäischen Kulturgeschichte, der mit einer außerordentlichen Lebens- und Kulturkenntnis in alle Einzelheiten hineinleuchtet. Jede historische Orientierung fehlt dem Buch, geschichtliches Gewordensein ist noch keine Rechtfertigung, sondern mit ungeheurem Ernst wird das Ideal einer organischen Kultur als Maßstab für unsere rationalisierte Zivilisation genommen. Man muß dem Buch nachrühmen, daß es wie kaum ein anderes aus der Flut der Kulturkritik die Fehlwege einer bloß auf Rationalisierung des Lebens ausgehenden Zivilisation aufzeigt. Daß wie bei einem vollkommen kranken Menschen jede Handlung noch weiter krankheitssteigernd wirkt, so auch alle von unserer Zivilisation her unternommenen Besserungsversuche die Zersetzung nur noch weiter führen, das ist das eine radikale Um- und Einkehr fordernde Ergebnis dieses Buches. Ein anderes Buch: Vor den Toren der neuen Zeit von *Werner Kuntz* /Leipzig, Felix Meiner/, nimmt seinen Standort nicht in einer besondern, als normativ hingestellten Geistes- und Seelenhaltung sondern geht aus von einer Herausarbeitung des weltanschaulichen oder, wenn man lieber will, des kulturellen Gehalts der heutigen Wissenschaft, Kunst, Ethik usw. Es kommt dem Verfasser darauf an zu zeigen, wie sich in allen Kulturgebieten ein neuer Gehalt durchzusetzen beginnt, der als die Ernte des Ringens der ganzen bisherigen Geschichte zu verstehen ist. Was nun dieser neue Gehalt ist, wird im einzelnen nicht ganz konkret. Man ersieht nur so viel, daß »vor uns als abschließende Tat aller Gebiete« dieses liege: »Dem geschlossenen Ring der Produktion, der Überwindung der Not durch Organisation und Technik, folgt ein geschlossener Ring der geistigen Produktion, der die Kunst zum Gemeingut macht und den Traum der Sehnsucht zur Wirklichkeit.« Es ist der zi-

vilisatorische Standpunkt, der hier durchgeführt wird. Wie weit wir vom Boden unserer Zivilisation aus kommen können, welche Möglichkeiten sich auch hier noch ergeben, das ist eigentlich das Programm dieses Buchs. Man muß anerkennen, daß diese Absicht mit großem Weitblick vom Verfasser durchgeführt ist, und man muß ihm dankbar dafür sein, daß die Kritik der heutigen Kultur auch einmal mit anderer Zielrichtung erfolgt als der, die jetzt allgemein üblich geworden ist.

Weltanschauung Eine treffliche kleine Abhandlung ließ *Simon Frank*, früher Philosophiestudium in Petersburg, jetzt Professor am Russischen Wissenschaftlichen Institut in Berlin, erscheinen; Die russische Weltanschauung /Berlin, Panverlag Rolf Heise/. Der wesensmäßig tiefe Unterschied zwischen der westländischen, speziell der deutschen, und der russischen Weltanschauung, wird sehr klar herausgearbeitet. Wir erfahren, daß auch die russische Philosophie auf der Erkenntnistheorie aufbaut, allerdings auf einer strukturmäßig ganz andern als der unsern. Und ebenso eignet dem russischen Denken ein sehr merkwürdiger Kollektivismus, auf den uns hingewiesen zu haben ein Verdienst des russischen Philosophen ist. Doch darf solch eine Untersuchung nicht zu einer dogmatischen Vorstellung von russischem Volkstum, russischer Gefühlswelt usw. führen. Es ist hier ein Besonderes gut hervorgehoben, was dem Russentum in seiner Geistigkeit eignet: doch weder als Begrenzung noch als Reservatrecht.

Wie verengend Weltanschauungspräventionen wirken, sieht man an einem andern Buch, das, bei noch so vielen richtigen Einzelheiten und lobenswertem Streben, doch in eine Sackgasse führt. Dieses Buch: Deutsche Weltanschauung von *Max Wundt* /München, J. F. Lehmann/, will »Grundzüge völkischen Denkens« geben. Während der 1. Teil die allgemeinen Bedingungen einer völkischen Weltanschauung untersucht, gibt der 2. Teil die eigentlichen Grundzüge, wie sie dem Autor erscheinen. Ein Anhang stellt Sinn und Bedeutung des Judentums dar. Bei der Untersuchung der allgemeinen Bedingungen einer völkischen Weltanschauung verwirft der Verfasser den Rassedgedanken und die der Rasse eigentümlich sein sollende Weltanschauung als zu allgemein und zu wenig greifbar. Und doch beherrscht ihn die gleiche Vorstellung. Völkische Weltanschauung sei der Idealismus, während

Materialismus dem jüdischen Geist entstamme; der Rationalismus sei romanisch, und der Empirismus angelsächsisch. Man sieht; das konventionelle Schema, tausendfach durch Forschung und Wirklichkeit, durch lebendige Anschauung widerlegt, immer wieder mit der Miene des Neuentdeckers vorgetragen. Hat der Verfasser nie etwas von der zarten und dunklen jüdischen Mystik gehört, weiß er nicht, daß Frankreich, die europäische Heimat der Gotik, auch das Land der Metaphysik ist? Das sich durch die Geschichte hinziehende Leben eines Volkes ist aber viel zu reich, als daß es auf eine einzige Weltanschauungsform gebracht werden kann. Man wird das Buch, trotz guten Einzelheiten, wegen methodischer Unzulänglichkeit ablehnen müssen.

Neuausgaben Im Verlag Felix Meiner in Leipzig kam eine deutsche Ausgabe der Moralischen Schriften des *Plutarch* in 3 Bänden heraus. Der Herausgeber, der als Platonübersetzer rühmlichst bekannte *Otto Apelt*, hat in der Übersetzung, den Einleitungen, den Anmerkungen und den Registern treffliche Arbeit geleistet. In seiner Philosophischen Bibliothek brachte der nämliche Verlag *Immanuel Kants* Erste Einleitung in die Kritik der Urteilskraft. *Gerhard Lehmann* hat diese Abhandlung nach dem auf der Rostocker Universitätsbibliothek liegenden Manuskript mit höchster Sorgfalt bearbeitet und, mit Einführung und Anmerkungen versehen, herausgegeben. Kant hatte diese Erste Einleitung verworfen und der Kritik der Urteilskraft eine andere vorangestellt. Teile dieser Ersten Einleitung sind aber in alle größeren Kantausgaben übergegangen, und zwar in der Form wie sie zuerst von dem Magister *Jacob Sigismund Beck*, dem Kant das Manuskript zur Verfügung gestellt hatte, herausgegeben wurden, nämlich als ein »wörtlicher Auszug« unter dem irreführenden Titel Anmerkungen zur Einleitung in die Kritik der Urteilskraft. Hier wird der ungekürzte Text im engsten Anschluß ans Manuskript vorgelegt. Es sei hier auch auf eine Auslese von Stellen aus den Schriften *Friedrich Heinrich Jacobis* hingewiesen, die, mit einer Einleitung versehen, *Leo Matthias* herausgegeben hat /Berlin, Verlag Die Schmiede/. Man kann dieser Auswahl nachrühmen, daß sie mit sicherem Gefühl für das Wesentliche alles zusammen trägt, was für das Denken *Jacobis* charakteristisch, und was auch für unsere Zeit von Bedeutung ist.

Kurze Chronik Aus Keyserlings Schule der Weisheit ist die *Gesellschaft für freie Philosophie* hervorgegangen, die vom 24. bis zum 30. April bereits ihre 8. Tagung in Darmstadt abhielt. Das Zentralthema dieser Tagung hieß Mensch und Erde. Hans Much sprach über den Körper als Fatum, C. G. Jung über Erdbedingtheit der Psyche, Leo Frobenius erörterte den Kulturbegriff vom Standpunkt des Erdmorphologen aus. Das größte Interesse fand der Vortrag Max Schelers über die Sonderstellung des Menschen, der dann noch von dem Psychiater Hans Prinzhorn ergänzt wurde. Im ganzen gab diese Tagung mehr Anregung als Erkenntnis. \diamond Die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig ernannte den Professor der reinen Mathematik an der Technischen Hochschule Dresden *Gerhard Kowalewski* zum ordentlichen Mitglied der Mathematisch-Physikalischen Klasse. Kowalewskis Hauptarbeitsgebiet ist die Liesche Theorie und die natürliche Geometrie. \diamond An der Universität Berlin *habilitierte* sich Paul Meißner für neuere Philosophie; in Erlangen Friedrich Karl Schmidt für Mathematik.

Literatur Eine kurze Einführung in die Moral- und Rechtsphilosophie legt *Ernst Weigel* vor /Leipzig, Felix Meiner/. Die Moralwissenschaft hat danach die Aufgabe »die aus dem tatsächlichen Leben geschöpften sittlichen Normen zu einem System zusammenzufassen«. Kritik an der herrschenden sittlichen Ordnung zu üben wird als grundsätzlich möglich angenommen, aber als nicht sehr aussichtsreich hingestellt. Um das Wesen der sittlichen Normen zu charakterisieren, wird vom Verfasser eine Art begriffsanalytischer Methode angewandt, die sich immer an das von der Erfahrung Gegebene hält. Man kann gegen diese Methode gewiß die schon hundertmal vorgebrachten Einwände erheben, aber man muß doch anerkennen, daß die Anschaulichkeit und Lebendigkeit, mit der die Phänomene des moralischen und rechtlichen Lebens dargestellt werden, zum Beispiel die sittlichen Konflikte, die Entstehung und Veränderung der Normen, die sittlichen Antriebe, das Verhältnis der rechtlichen und der sittlichen Normen usw., von außerordentlicher Eindruckskraft sind. Hinzu kommt die beständige Auseinandersetzung mit der gesamten einschlägigen Literatur, die das kleine Werk zu einer wertvollen Einführung in die Ethik und Rechtsphilosophie macht.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Hochkapitalismus Vor einem halben Jahr wurde in dieser Rundschau (1927 I Seite 147 und folgende) das Erscheinen des 1. Teils des Schlußbands von *Werner Sombarts* Modernem Kapitalismus angezeigt, der eine historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart geben soll, und insbesondere darauf hingewiesen, wie der Verfasser, der neuerdings in seinem Buch über den proletarischen Sozialismus gegen Marx und den Marxismus in so herabsetzend gehässiger Weise zu Felde gezogen war, hier, wo er in die Bahnen seiner historisch-ökonomischen Lebensarbeit zurücklenkt, auch die theoretisch-soziologische Größe dieses Meisters wieder unumwunden mit gleicher Kraft und Entschiedenheit wie einst vor 20 Jahren bei der Publikation des 1. Bandes anerkennt. Jetzt liegt der Abschluß des 3. und letzten Bandes seines Werks vor /München, Duncker & Humblot/. Gliederte sich die Betrachtung des Hochkapitalismus (der Wirtschaftsepoche, die nach Sombart etwa die letzten anderthalb Jahrhunderte umspannt) im 1. Teil des Schlußbands in 2 Hauptabschnitte, die er zusammenfassend Treibende Kräfte und Aufbau nennt, so soll der 2. den Gesamtprozeß der hochkapitalistischen Wirtschaft behandeln. Der Verfasser erörtert da, um nur einiges hervorzuheben, die Konkurrenz, die Konjunktur, die Rationalisierung des Markts wie die der Produktion und wendet sich im Schlußkapitel einer Betrachtung der künftigt zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung zu. Die statistischen Angaben, die im 1. Halbband eine große Rolle spielten und durch die Breite ihres internationalen Hintergrunds wie die geschickte Konzentration auf Wesentliches fesselten, treten hier, der Natur des Gegenstands entsprechend, zurück, was jedoch der Anschaulichkeit der Darstellung keineswegs Abbruch tut. Wie sich der Leser zu Einzelpunkten dieser Darlegung auch immer stelle, jedenfalls empfängt er den Eindruck, daß der Verfasser in dem ökonomischen Gehäuse, von dem er spricht, wie wenig andere heimisch ist, daß ihn ein rastloses Bedürfnis getrieben hat sich in allen Ecken und Winkeln des Riesenbaus umzutun. Kulturhistorisch interessiert besonders die, wie in den früheren Bänden des Werks, so auch hier wieder scharf hervortretende Tendenz den kapitalistischen Geist in seinen inneren Beziehungen zu

der Entwicklung des rationalistischen Geistes, der der Neuzeit im Gegensatz zu der gewohnheitsmäßig und autoritär gebundenen Denkart früherer Epochen ein so charakteristisches Gepräge aufdrückt, zu erfassen; wobei hervorgehoben wird, daß der Sozialismus, der große Widerpart des Kapitalismus, bei allen sonstigen Gegensätzen im Wollen und Streben, in seiner geistigen Grundstruktur gleichfalls durchaus rationalistische Züge trägt. Das Horoskop, das Sombart der wirtschaftlichen Zukunft stellt, und das er in dem Schlußkapitel des nähern zu begründen sucht, ist schon in manchen Wendungen des frühern Halbbands angedeutet. Indem Abschnitt über die Konzentrationstendenz während der Epoche hochkapitalistischer Entwicklung vertritt er die Ansicht, daß Marx Energie und Tempo dieser Bewegung bei weitem überschätzt habe. Nicht nur daß in der Landwirtschaft bekanntlich von einer immer zunehmenden Verdrängung der kleinen Betriebe durch große nichts zu merken sei, in der Industrie, im Transportwesen und Handel lasse sich, von einzelnen besonderen Branchen abgesehen, im allgemeinen ein überraschend starker Fortgang der Konzentration nicht konstatieren. Die Tendenz zur gewerblichen Betriebsvergrößerung, die sich in dem Zusammenschluß zu Konzernen fortsetzt, habe nach dem vorliegenden statistischen Zahlenmaterial nur in seltenen Ausnahmefällen zu einer Verminderung oder gar Beseitigung der kleineren und mittleren Betriebe geführt; der Regel nach hätten sich diese in ihrem absoluten Umfang behauptet, nur an relativer Bedeutung abgenommen. Das bestätige die deutsche Berufszählung von 1907, nach der von 100 Betrieben 94,2 auf Kleinbetriebe (mit bis 5 Personen), 5,6 auf Mittelbetriebe (mit bis 50 Hilfspersonen) und 0,2 auf Großbetriebe (mit über 50 Hilfspersonen) entfielen. Von je 100 beschäftigten Personen waren damals 66,1 in kleinen, 27,3 in Mittelbetrieben und nur 6,6, in Großbetrieben tätig. Beinahe die Hälfte aller Erwerbstätigen, ohne die Landwirtschaft, war in handwerkmäßig kleinen Betrieben beschäftigt; wobei freilich in Anschlag zu bringen ist, daß das heutige Handwerk im Gegensatz zu dem früherer Zeiten teilweise bereits kapitalistische Züge angenommen hat. Auch im Bankwesen sei, ungeachtet der rapiden Entwicklung der führenden Großbanken, die Anzahl der Kleinunternehmungen nicht zurückgegangen. Noch weniger als an eine kapitalistische Aufsau-

gung des Handwerks sei, wie gesagt, an eine solche des Bauerntums zu denken, obschon sich dieses im 19. Jahrhundert in den verschiedensten Staaten periodenweise in sehr gedrückter Lage befand. Es sind das Faktoren, die, wie heute in den sozialistischen Parteien im allgemeinen anerkannt wird, bei jedem Ausblick in die ökonomische Zukunft gebührend in Betracht zu ziehen sind, und die sich mit dem Programm einer einheitlich sozialistisch organisierten Wirtschaftsweise, wie man sich diese früher als das durch Expropriation der Expropriateure zu realisierende Erbe der kapitalistischen Konzentrationsbewegung gedacht hatte, nicht wohl zusammenreimen lassen. Karl Kautsky selber, der so lange als reinster Vertreter der Marxschen Gesellschafts- und Entwicklungsauffassung galt, hat der Wendung, die sich in dieser Hinsicht innerhalb der Partei vollzieht und anbahnt, durch seine Erklärung Ausdruck gegeben: daß eine zukünftige sozialistische Gesellschaft unmöglich als ein zentralistisch geleitetes und in einheitlicher Weise durchgeführtes Schema der Vergesellschaftung zu denken sei sondern neben der Verstaatlichung der großen Produktionsbetriebe notwendigerweise Raum für den Fortbestand anderer auf absehbare Zeit noch unentbehrlicher Betriebs- und Unternehmungsformen bieten müsse. Auch Sombart sieht den Kapitalismus, dessen Werden und Wachsen sein Werk ja historisch nachzeichnen will, im Zeichen künftiger Fortbildung und Umwandlung. Dieser habe, meint er, in der Periode bis zum Weltkrieg eine Art von Höhepunkt erreicht, jenseits dessen ein beschleunigtes Wachstum neuer in ihm ausgebildeter Betriebsformen zu erwarten ist, Er denkt an die Genossenschaftswirtschaft und die gemischtöffentlichen Betriebe, überhaupt an großbetriebliche Planwirtschaft, in der das »Bedarfsdeckungsprinzip gegenüber dem Erwerbsprinzip wieder zur Geltung kommt«. Eine solche habe überall da, wo Absatz und Produktion sich in gewohnten Bahnen bewegen, und so Routine die private Initiative in den Betrieben ersetzen könne, aussichtsreiche Chancen. Auf die eminente Bedeutung, die der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung bei der zu erwartenden wirtschaftlichen Umbildung zukommt, geht er seltsamerweise nicht ein. Ein gewaltiges historisches Material ist in dem jetzt abgeschlossenen Werk, dessen 2. und 3. Band je 2 starke Halbbände umfassen, nach leitenden Gesichts-

punkten verarbeitet. Auch die Einwürfe, die gegen manche Konstruktionen von historischer Seite erhoben wurden, können den Gesamteindruck des Gegebenen nicht erschüttern. Den entscheidenden Anstoß zu der großen Konzeption einer genetisch-konstruktiven Darstellung der Entwicklungsgeschichte des europäischen Kapitalismus hat der Verfasser, allem Anschein nach, durch das geniale Schlußkapitel des Kapitals erhalten, in dem Marx nach Analyse der kapitalistischen Produktionsweise einen Rückblick auf die historische Genesis und damit die ursprüngliche Akkumulation wirft. Ein ganzes Zeitalter wird da von diesem Gesichtspunkt aus schlaglichterhaft in neue Beleuchtung gerückt, als Etappe, die zu der Eigenart der neuen ökonomischen Formation hinüberführt. Sollte sich das nicht, was hier nur angedeutet ist, in einer stufenweise fortschreitenden historischen Untersuchung, die von der Zergliederung der mittelalterlichen Wirtschaftsweise ihren Ausgang nimmt, für europäische Verhältnisse durchführen lassen? Man kann sich denken, wie berauschend eine solche Idee packen mußte. Indes, das Riesenmaß einer solchen Aufgabe geht über individuelle Kräfte hinaus. Wie sollen all die Kräfte und Bedingungen, die in dieser Richtung innerhalb der europäischen Staaten wirkten, wenn auch nur in ihren allgemeinsten Wesenszügen von einem einzelnen umfassend formuliert werden? Wo lassen sich da Grenzen ziehen? Es war nur Auswahl möglich, eine Auswahl, deren Richtung bei der Ausarbeitung des Ganzen zum großen Teil von dem Gang der Studien abhing, die das besondere Interesse des Verfassers fesselten. Anderes, vielleicht in gleicher Weise Wichtiges, mußte notgedrungen liegen bleiben. Damit hängt es zusammen, daß sich eine abgerundete Geschlossenheit des Werks nicht hat erzielen lassen. Während die ersten beiden Bände, die von der mittelalterlichen und der frühkapitalistischen Wirtschaft berichten, einen fast ausschließlich historischen Charakter tragen, nähert sich der 3., vom Hochkapitalismus handelnde Band in der Art seines Aufbaus mehr der Struktur nationalökonomischer Lehrbücher. Die Verschiedenheit der Gegenstände und der Betrachtungsweise, die sie verlangen, rebelliert in gewissem Maß gegen das einigende Band, in das sie gefaßt sind. Die freiere Form von Einzelstudien, die sich wie andere Schriften Sombarts um das Hauptproblem gruppieren, wäre aus diesem Grund vielleicht vorzuziehen.

Soziologie Der Senior der Soziologen an deutschen Universitäten, *Ferdinand Tönnies*, der am 26. Juli 75 Jahre alt wurde, publiziert unter dem Titel Fortschritt und soziale Entwicklung /Karlsruhe, G. Braun/ eine Reihe neuer Aufsätze, die im Zusammenhang mit anderen Ausführungen seine kritische Ablehnung aller, auch der philosophisch kostümierten theologischen Betrachtungsweise mit unverminderter und dankenswerter Schärfe zum Ausdruck bringt. Den Abschluß bildet eine säkulare Betrachtung Weltmeinung, Weltliteratur, Weltreligion.

Einen »Beitrag zum Problem der philosophischen Grundlegung der Sozialwissenschaft« will *Hermann J. Grab* in seiner Abhandlung Der Begriff des Rationalen in der Soziologie Max Webers /Karlsruhe, G. Braun/ geben. Der Verfasser, der in gewissen Grundanschauungen Max Scheler nahesteht, bemüht sich um den Nachweis, daß die wertfreie Betrachtungs- und Erklärungsweise sozialer Gebilde, worin Weber die Hauptaufgabe einer auf objektive Erkenntnis gerichteten Sozialwissenschaft sah, beim Betrachter schon gewisse Wertungen voraussetzt, also nicht wertfrei sei.

Im Verlag G. Braun in Karlsruhe kam eine deutsche Übersetzung von *René Worms'* kleinem Büchlein über Soziologie heraus, zu dem Gottfried Salomon ein ausführliches Nachwort über die organische Staats- und Gesellschaftslehre beige-steuert hat. René Worms gründete in der 1. Hälfte der neunziger Jahre die Revue Internationale de Sociologie und das Institut International de Sociologie. Seine Bedeutung lag, wie auch der Herausgeber hervorhebt, mehr in dieser organisatorischen Tätigkeit als in der Formulierung neuer Ideen.

Einführungen Der 20. Band der von den Freiburger Professoren Karl Diehl und Paul Mombert herausgegebenen, hier bereits früher angezeigten *Lesestücke* zum Studium der politischen Ökonomie /Karlsruhe, G. Braun/ handelt über Arbeiter und Maschine. Die einleitenden Ausführungen sind der Schmollerschen Volkswirtschaftslehre und dem Marxschen Kapital (dem Abschnitt über Maschinerie und große Industrie) entnommen. Von den kleineren Beiträgen interessieren insbesondere ein paar in ihrer grotesken Schönfärberei verblüffende Seiten, die aus einer Schrift des von Marx im Kapital gebührend gekennzeichneten Andrew Üre vom Jahr 1835 abgedruckt sind.

Totenliste Der verdienstvolle Direktor des Instituts für Zeitungskunde in Berlin *Martin Mohr* erlag am 5. Juli einem Herzschlag. Er stand in seinem 61. Lebensjahr. Als Chefredakteur leitete er lange Zeit die Münchener Neuesten Nachrichten, später die Berliner Nationalzeitung, 1922 wurde er Pressereferent am preußischen Kultusministerium. Jahrzehntlang war er bereits für die Berücksichtigung der Zeitungskunde als einer neuen Wissenschaft an den Universitäten eingetreten, und als später Erfolg wurde ihm dann die Berufung an die Universität Berlin für dieses Lehrfach zuteil. In der Leitung des Deutschen Instituts für Zeitungskunde folgte er *Otto Jöhlinger*, der in so jungen Jahren gestorben war.

Kurze Chronik Die *Friedrich-List-Gesellschaft* widmete dem Reichsverband der deutschen Volkswirte zur Feier seines 25jährigen Bestehens eine Festnummer, in der über die letzte Tagung der Listgesellschaft sowie über den Plan einer Gesamtausgabe der Arbeiten Friedrich Lists berichtet wird. ◊ Der Rostocker Professor *Constantin von Dietze* folgt einem Ruf auf den Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Jena. ◊ Am 29. Juni wurde *Charles Gide* 80 Jahre alt. Seine umfangreiche Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, die er gemeinsam mit *Charles Rist* verfaßte, ist von *Franz Oppenheimer* ins Deutsche übertragen worden. *Gide* gibt die *Revue d'Economie Politique* heraus und hat sich, wie den Lesern der Sozialistischen Monatshefte bekannt ist, in seinen zahlreichen Arbeiten besonders auch mit dem Genossenschaftswesen beschäftigt.

Literatur Der Leiter des Berliner Instituts für angewandte Psychologie *Otto Lipmann* veröffentlicht einen Grundriß der Arbeitswissenschaft und Ergebnisse der arbeitswissenschaftlichen Statistik /Jena, *Gustav Fischer*/. Der 1. Teil erörtert die Aufgaben und Methoden, die für diesen noch wenig ausgebauten Forschungszweig in Betracht kommen, der in zahlenmäßig formulierten Einzelbeobachtungen Bedingungen und Wirkungen der menschlichen Arbeit in Betrieben unter den verschiedensten Gesichtspunkten zu messen sucht. Die 2. Hälfte bietet eine internationale Sammlung von derlei Beobachtungen, die zum Teil auch sozialpolitisches Interesse haben.

Religionswissenschaft / Theodor Siegfried

Mystik Mystik, den einen ein schöner ästhetischer Traum, mit dem sie die Dürre und Leerheit ihres Lebens fortgaukeln, den anderen das rote Tuch, bei dem sie wild werden: diese Mystik ist der Gegenstand des Theologen *Rudolf Otto*. Es verdient betont zu werden, daß *Otto* aus einem zwingenden theologischen Anliegen heraus seine langwierige und mühselige Arbeit durchgeführt hat. Sein Kampf gilt den ästhetischen wie den heute beliebten dogmatischen Schlagworten. Er vergleicht in seinem Buch *West-Östliche Mystik* /Gotha, *Leopold Klotz*/ *Schankara* und *Eckart*. Aus dem Ertrag seiner Arbeit sei hier das Wesentliche angedeutet.

Otto behauptet, und mit Gründen, um die die Gegner der Mystik sehr vorsichtig herumgegangen sind, ein mystisches Moment wohne jeder geistigen Lebendigkeit inne. Dabei wird unter mystisch die Hingabe an die Tiefe und Fülle des die Welt durchwaltenden und in der Welt sich bezeugenden Geistes verstanden. Es wird ferner aufgewiesen, daß Mystik je und je, nach Ort und Zeit verschieden, ein so vielfältiges Gepräge trägt, daß es schlechthin sinnlos wird aus einzelnen aufgelesenen Zitaten gegen die Mystik überhaupt zu argumentieren. Es wird endlich gezeigt, daß Mystik und Theismus sich nicht ausschließen. Vielmehr erscheint nach den Darlegungen des Verfassers die auch zuvor schon ausgesprochene, aber vielleicht nicht zureichend begründete und nun den aufgeschlossenen Gegnern zu ernstester Überlegung unterbreitete These erst recht unangreifbar, daß jedem nicht rationalistisch verzerrten Glauben das mystische Moment einwohnt, als der Durchbruch durch die immer verengten theologischen Bestimmungen und als die demütigende Anerkennung der Tiefe und Lebendigkeit des sich allenthalben offenbarenden Gottes. Das Werk *Rudolf Ottos* ist ein im strengen Sinn wissenschaftliches und zugleich eminent theologisches Werk. (Die psychologische Feinheit, mit der hier am begrenzten Thema Wesensart, Wahlverwandtschaft und Spannung des indischen und des christlichen Geistes aufleuchten, kann hier nur erwähnt werden.) Aber dieses Buch ist zugleich ein Kampfbuch. Es wird Sache der Gegner sein mit gleichem Rüstzeug und gleicher Sachlichkeit, und das heißt auch Aufgeschlossenheit Rede zu stehen.

Abseits von den gewohnten Fragestellungen und Gedankenbahnen entwickelt in einem charaktervollen Büchlein *Paul Neff* die Grundzüge seiner religiösen Gedankenwelt unter dem Titel *Religion als Gnade* /Gießen, Alfred Töpelmann/. Der Verfasser polemisiert gegen alle menschliche Anmaßung Gottes Wesen zu bestimmen. Der Intellekt hat keine Möglichkeit das Transzendente zu erkennen. Aber Vorgänge zwischen Gott und der Seele treffen »gnadenweise« den Intellekt und lassen in ihm Bilder aufflammen, »die das Gnadenwunder verkörpern sollen«. In den knappen Andeutungen des Verfassers, der selber nur sein Erlebnis umschreiben will, steckt eine eigenartige Metaphysik und eine eigentümliche und des Nachdenkens werthe Deutung der religiösen Begriffe als Symbole, in denen die Dynamik der Begegnung von Gott und Mensch sich darstellt. Darum gilt des Verfassers Protest jeder dogmatischen Verhärtung und sein scharfes Mißtrauen der kultischen Ausprägung. Religion ist nur immer neu hereinbrechendes Gnadenerlebnis. »Bewußtes religiöses Leben ist kein sicherer Besitz der Seele; es ruht nur auf Gnade. Wenn diese Gnade entschwindet, breitet sich für den Menschen wieder tiefes Dunkel über das Verhältnis seiner Seele zu Gott.« Rudolf Otto hat dem Büchlein als Geleitwort 3 gedankenvolle Strophen vorausgeschickt.

Religionspsychologie

Das Wiener Religionspsychologische Forschungsinstitut gibt unter dem

Titel *Religionspsychologie* Hefte heraus, in denen Forscher aller Gebiete religionspsychologische Forschungen, Analysen und Beobachtungen darbieten /Wien, Wilhelm Braumüller/. Das 1. Heft bietet einen einleitenden programmatischen Aufsatz des Wiener Theologen Karl Beth über die Aufgabe der Religionspsychologie. Beth skizziert die mannigfachen Aufgaben, vor denen die Religionspsychologie steht, und betont ihre »empirische« Arbeitsweise. Damit tritt diese Forschung in kräftigen Gegensatz zu den Theologen, die in der Religionspsychologie einen reinen Irrweg sehen. Diese haben freilich darin recht, daß die psychologische Betrachtung eine Einklammerung der letzten metaphysischen Fragen und ein Herausgehen aus der unmittelbaren gläubigen Betroffenheit einschließt. Zuletzt blieb ihr nichts anderes übrig als eine solche Betrachtung, deren formale Möglichkeit sie ja auch eingestehen muß,

als "sündhaft" zu verbieten. Das aber hieße dem Erkennen des Menschen heteronome Grenzen aufzwingen, und es wäre schlechthin verkannt, daß "Psychologismus" nicht dadurch überwunden wird, daß man Psychologie zu treiben vermeidet. Im Gegenteil kann gerade eine ernsthafte psychologische Durchforschung den Blick für den sinngebenden Gehalt erschließen, der den seelischen Verlauf durchdringt. Freilich liegen in der psychologischen Betrachtungsweise geheime Voraussetzungen, Erklärungsschemata, die mit dem Glauben an den lebendig schaffenden Gott nicht ohne weiteres zur Deckung zu bringen sind. An dieser Schwierigkeit krankt das moderne Bewußtsein gewiß. Doch durch Verbote wird sie nicht überwunden. Im 1. Heft befinden sich Arbeiten Paul Schilders über Religionspsychologische Probleme in psychiatrischer Beleuchtung, Wolfgang Schultz' über den Bedeutungswandel im Mythos und Rudolf Ottos über religiöse Kindheitserfahrungen.

Goethe

Friedrich Gundolfs Interpretation der Gestalt Goethes in seinem bedeutenden Goethebuch /Berlin, Georg Bondi/ ist ganz darauf angelegt die Persönlichkeitsentfaltung Goethes an seinen Werken zu zeigen und Goethes Werk der Selbstgestaltung als ein Kunstwerk zu verstehen. So aufschlußreich dieses Unternehmen war, die religiösen Hintergründe der Haltung Goethes sind damit nicht ans Licht getreten. Ihnen gelten 2 neuere Studien, die sich von den üblichen Arbeiten dieser Art dadurch vorteilhaft unterscheiden, daß sie Goethes Religion nicht aus einzelnen religiösen Zitaten herausheben sondern im Gesamtzusammenhang seines ganzen Lebenswerks zu verstehen suchen. Die eine ist *Wilhelm Loew* Goethe als religiöser Charakter /München, Chr. Kaiser/, die andere *Ernst Neubauer* Goethes religiöses Erleben /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Beide in ihrem Gehalt durchaus ebenbürtig. Aber schon die Titel bezeichnen die Verschiedenheit der Absichten. Neubauer will zeigen, wie Goethes religiöses Erleben nur aus seiner »intuitiv organischen Weltanschauung« erwachsen ist und sich die von dieser gebotenen Elemente als Symbole angeeignet hat. Loew zeigt Goethes Religion, hier in scharfem Gegensatz zu Gundolfs Gestaltbild, als das Wissen um die dunkle, unheimliche Grenze, die allem Menschlichen gesetzt ist. »Mit Göttern soll sich nicht messen irgendein Mensch:

das ist das Motto seiner Deutung. Von daher wird mit besonderer Eindringlichkeit gezeigt, wie Goethes »Gott-Natur« doch nie eine Vermischung beider Größen bedeutet, sondern alles Weltliche immer nur »Symbol« des ewig Rätselhaften bleibt. »Die Grenze zwischen Gleichnis und Gleichung wird innegehalten.« Neubauer geht von Goethes naturwissenschaftlicher Konzeption des Organismus aus und zeigt, wie sie die symbolkräftigen »Ideogramme« für sein religiöses Erleben darbot. Neubauers Arbeit ist der Form nach wissenschaftlich systematischer, straffer. Der Ausgang vom Goetheschen Naturbegriff ist glücklich, die Behandlung des Begriffs des Organismus einleuchtend. Aber der Versuch solcher Ableitung der Religion aus den weltanschaulichen Voraussetzungen sticht merkwürdig ab gegen den Vorwurf, den Neubauer gegen Loew ausspricht, den Protest gegen Loews Versuch Goethes Religion als »Randbemerkung« in seinem Leben aufzufassen. Loew faßt dieses Wort nicht so oberflächlich wie Neubauer es versteht. Am Rand des Lebens stehen ja eben gerade das Geheimnis des Unfaßbaren und die Erschütterung der Selbstsicherheit. Umgekehrt zwingt Neubauers Ansatz geradezu Goethes religiöses Erleben als Randbemerkung zu seiner Naturauffassung zu deuten. Darin liegt die Schwäche der sonst gediegenen und erleuchtenden Arbeit Neubauers. Zu dem Besten gehört die psychologische Analogie der Verschlingung von kosmischer Hingabe und schicksalhaft personal empfundener Liebe. Das Ich-Du-Verhältnis umgreift die kosmische Hingabe.

An Goethes prometheischer Auflehnung gehen beide Arbeiten vorüber; denn auch, was Loew darüber sagt, bleibt im Anlauf stecken. Aber grundsätzlich kann gegen Loew nicht der Vorwurf der Unsachlichkeit erhoben werden. Gerade seine Arbeit zeigt, wie von den Voraussetzungen der sogenannten dialektischen Theologie, zu deren Kreis Loew gehört, eine charaktervolle sachliche Erfassung möglich ist. Würde man mit der gleichen Sachlichkeit an den geschmähten Idealismus herangehen, so würde auch dort unvermuteter Gehalt sich entdecken. Beide Arbeiten seien besonderer Beachtung empfohlen.

Unter dem Titel Goethes Sterne Gott, Natur, Gemüt bietet Paul Sakmann eine ansprechende kleine Anthologie in guter systematischer Gliederung /Stuttgart, Ernst Heinrich Moritz/, auf die hier empfehlend hingewiesen sei.

**Gemeinver-
ständliche
Schriften**

Im rühmlichst bekannten Leipziger Verlag Alfred Kröner kam eine Reihe erfreulicher *religionsphilosophischer* und religionswissenschaftlicher wohlfeiler Neuausgaben heraus, die für eine breite Leserschaft bestimmt ist. Zunächst die 4 Evangelien in der Übersetzung des Monisten Heinrich Schmidt, der nach Abstreifung alles Dogmatismus die Freude an diesem Schatz sich und anderen erschließen will. Ferner 2 Werke Ludwig Feuerbachs: sein Wesen des Christentums und sein Pierre Bayle. Weiter David Friedrich Strauß' Leben Jesu und Voltaire. In der gleichen Reihe erschienen auch Schleiermachers Reden über die Religion an die Gebildeten unter ihren Verächtern. Zur ersten Einführung in den *Buddhismus* nicht ungeeignet ist eine mit Illustrationen ausgestattete Broschüre Ludwig Langs Buddha und Buddhismus /Stuttgart, Franckh/. Sie behandelt die Gestalt des Buddha, die Buddhalegende und die Entwicklung des Buddhismus in Indien, China und Japan, samt dem buddhistischen Schrifttum und die Kunst des Buddhismus. Die Brockensammlung heißt eine Zeitschrift für angewandten Buddhismus, die im Neubuddhistischen Verlag Paul Dahlke in Berlin erscheint. Sie enthält kurze Darlegungen, Auseinandersetzungen, Glossen.

Kurze Chronik Zu den festestgewurzelten allgemeinen Vorstellungen gehört die Meinung, daß der Gott des Alten Testaments ein *Gott der Rache* sei. Einer tiefer eindringenden Forschung dürfte diese Auffassung nicht standhalten. Doch bleibt die wahre Sinngebung erst der Zukunft überlassen. Einstweilen ist es von Interesse, daß jener Deutung nun von der philologischen Seite her zuleibe gerückt wird. Der Bibelforscher Benjamin Donath weist nach, daß die Bezeichnung Gott der Rache auf einer falschen Übersetzung des hebräischen Textes durch die Vulgata beruht. Das Wort *קִיָּא* müsse man mit sich erinnern übersetzen, der Text jener Stelle, auf die man sich meist beruft, besage daher: Gott erinnere sich der Sünden der Väter bis zum 4. Glied und urteile demnach milder über Enkel und Urenkel. Über diese Frage fand Mitte Februar ein von der Päpstlichen Bibelkommission veranstaltetes Kolloquium im Vatikan statt, das abwechselnd in hebräischer, in lateinischer und in italienischer Sprache geführt wurde. Der Präsident der Bibelkommission, der Kardi-

nal Gasquel, kam schließlich zu der Meinung, der Sinn jenes Worts sei mindestens strittig, und er erklärte, daß die Bibelkommission sich mit diesem Problem noch in weiteren Sitzungen beschäftigen werde; zu der letzten entscheidenden Beratung werde man auch Donath wieder einladen. ◊ Eine dänische Palästinaforschungsexpedition unter Gunnar Sommerfeld entdeckte in Kapernaum in den Ruinen der Synagoge aus der Zeit Christi einen Fries mit 4 Hakenkreuzen als Bandmotiv. Das Hakenkreuz findet sich, wie auf diesem Synagogenfries, so auch seit uralter Zeit auf hettitisch-babylonischen Denkmälern wie auf anderen des vorderasiatischen (semitischen) Kulturkreises. Der schwedische Archäologe Oscar Montelius führte seine Entstehung auf den vorgeschichtlichen Sonnenkult zurück. Das Hakenkreuz ist danach aus dem Sonnenrad mit 4 Speichen allmählich in einer bestimmten Umgestaltung entstanden, genau wie alle anderen Kreuzesformen. ◊ In der Bayrischen Akademie der Wissenschaften berichtete M. Grobmann über bisher unbekannte Werke *Eckharts*, die er in 2 Handschriften im Vatikan aufgefunden habe. Sie entstammen der Zeit, da Eckhart als Professor an der Universität Paris wirkte. ◊ Der durch seine religionsphilosophischen Schriften bekannte Pfarrer Friedrich Gogarten *habilitierte* sich an der Universität Jena für Systematische Theologie. Der Lektor für talmudische Wissenschaften an der Universität Leipzig Lazar Gulkowitsch *habilitierte* sich dort auf Grund einer Abhandlung, in der der Chassidismus religionswissenschaftlich untersucht wird, in der Philosophischen Fakultät für die Wissenschaft vom spätern Judentum.

Literatur

Von dem bekannten *Handwörterbuch* Die Religion in Geschichte und Gegenwart,

ist eine 2., völlig neu bearbeitete Auflage im Erscheinen begriffen /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Unter Mitwirkung von Alfred Bertholet, Hermann Faber und Horst Stephan geben Hermann Gunkel und Leopold Zscharnack das auf 5 Bände berechnete Werk heraus. Insbesondere den sozialen und soziologischen Problemen ist in dieser neuen Auflage weiter Raum gegeben. Es soll fortan über wichtige Artikel regelmäßig berichtet werden. Bis jetzt ist der Buchstabe A bewältigt. ◊ Im Furchekunstverlag in Berlin erscheint eine gegen ausgestattete und mit guten Ein-

führungen versehene Sammlung von Beiträgen zu einer *Weltgeschichte religiöser Kunst* unter dem Titel *Schöpfung*, herausgegeben von Oskar Beyer. Christian Herrmann führt uns Religion und Kunst im alten Babylon vor, Kurt Pfister Rembrandts biblische Bilder in ihrem Wandel von der Jugend zur Spätzeit. Den gleichen Stoff behandelnde Bilder aus Früh- und Spätzeit sind eindrucksvoll neben einander gestellt und in feiner Weise analysiert. ◊ In der Sammlung *Aus der Welt der Religion*, herausgegeben von Rudolf Otto, Friedrich Niebergall und Gustav Mensching /Gießen, Alfred Töpelmann/, behandelt *Wilhelm Knevels* Religion in der neuesten lyrischen Dichtung. Die bedrängende Verschiedenartigkeit der Strömungen tritt stark hervor. Auf der andern Seite ist doch interessant, wie stark Goethe und die Romantik Gefühlsgehalt und Form der religiösen Dichtung auch bei sonst selbständigen Dichtern beherrschen. In gut gewählter knapper Auswahl läßt Knevels die modernen Dichter selbst zu Wort kommen. Aufs glücklichste ergänzt wird diese Arbeit durch eine Schrift des selben Verfassers über *Expressionismus und Religion* /Tübingen, J. C. B. Mohr/. In ihr arbeitet er den zuletzt einheitlichen Rhythmus der neuesten Geistesrichtungen lebendig heraus. Zugleich sei auf die Sammlung der religiösen Dichtung der Gegenwart Brücken zum Ewigen verwiesen, die Knevels bei Hellmuth Wollermann in Braunschweig herausgegeben hat. ◊ In der Bücherei der Christlichen Welt /Gotha, Friedrich Andreas Perthes/ ist als Festgabe zum 70. Geburtstag Martin Rades unter dem Titel *40 Jahre Christliche Welt* ein wertvolles geistesgeschichtliches Dokument erschienen. Freundesgrüße und Abhandlungen wechseln mit einander ab. Unter den ersten sind insbesondere die warmen und gehaltvollen Worte Adolf von Harnacks zu nennen; in den letztgenannten wird die Arbeit der Christlichen Welt auf den verschiedenen religiösen, theologischen und sozialetischen Gebieten aufschlußreich dargestellt. Die Geschichte der Christlichen Welt spiegelt die religiöse Entwicklung der letzten 40 Jahre um so treuer, als ihr Herausgeber Rade mit bewundernswürdiger Aufgeschlossenheit den jungen Bewegungen jeweils Gehör gab. Dennoch hat es der Christlichen Welt nicht an Charakterstärke gefehlt. Sie kämpfte stets und kämpft auch heute für religiöse Freiheit und die Forderung des sozialen Gewissens.

KUNST

Musik / Max Butting

Musikfeste Die 3 großen Musikfeste, die in jedem Jahr unser Interesse besonders in Anspruch nehmen, weil sie sich mit der zeitgenössischen Musik beschäftigen, sind vorüber. Der Allgemeine Deutsche Musikverein hielt sein 57. Tonkünstlerfest in Krefeld ab, das 5. Fest der Internationalen Gesellschaft für neue Musik fand zum erstenmal in Deutschland, in Frankfurt am Main, statt, und in Baden-Baden wurden die ehemaligen Donau-eschinger Kammermusikfeste unter dem Namen Deutsche Kammermusik Baden-Baden fortgesetzt.

Nach dem vorjährigen Tonkünstlerfest in Chemnitz wurden in dieser Rundschau (1926 Seite 653 und folgende) einige grundsätzliche Fragen über den Sinn und Wert der Musikfeste erörtert. Es wurde damals darauf hingewiesen, daß bestimmte Forderungen erfüllt werden müßten, wenn sich diese Feste nicht bald gründlich überleben sollen. Trotz mancher gelungenen Einzelheit haben die diesjährigen Feste keinen tiefen Eindruck hinterlassen. Es sei denn, daß der, der alle Feste miterleben mußte, gründlich genug hat und von der Unmöglichkeit dieser Art Musikfeste endgültig überzeugt ist. Ein Musikfest zu besuchen ist heute für die Mehrzahl aller Musiker ein großes finanzielles Opfer. Selbst wenn verhältnismäßig billige oder gar einige Freiquartiere zur Verfügung gestellt werden können, werden Reise- und Unterhaltsspesen noch immer groß sein. Daraus folgt, daß nur beruflich direkt am jeweiligen Fest interessierte oder kapitalkräftige Leute in der Lage sind teilzunehmen. Es gibt infolgedessen bereits einen Kreis, den man immer wieder trifft, und so sehr man sich freuen kann ihn zu treffen, so klar beweist er, daß alle diese Feste nicht eine Angelegenheit der Musikerschaft im ganzen sind. Der kleine Kreis der ständigen Festbesucher, deren kluges Urteil im einzelnen nicht unterschätzt werden soll, wird aber in einer Weise tolerant, daß man ihm fast alles bieten kann, schlechte Aufführungen wie schlechte Werke. Man tanzt ja nachts mit lieben Freunden, da vergißt man das Unerträgliche wieder. In erster Linie wäre also an den Festen durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß sich auch das Publikum verbreitern und erneuern kann. Und wenn eine Stadt so viel Geld opfert, um ein Fest veranstalten zu können, vielleicht

läßt sich dann auch irgendwie ein Fonds schaffen, der, von sachkundiger Stelle verwaltet, es noch weiteren Kreisen ermöglicht teilzunehmen.

Ganz gewiß hatte man alles Mögliche getan, um gute Aufführungen zu erzielen. In Krefeld leider nur teilweise mit Erfolg. Es erwies sich einmal wieder, daß mit den Mitteln, die einer kleinen Stadt zur Verfügung stehen, ein Musikfest schwer durchzuführen ist. Vor allem aber dann nicht, wenn der Festdirigent in einer so unerhörten Weise überlastet wird, wie es dort der Fall war. Dafür trägt der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Musikvereins die Verantwortung. Wenn sich in der Feststadt niemand findet, der alle organisatorischen Fragen bearbeitet, dann muß der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Musikvereins eingreifen. Es führt nur zu Katastrophen, wenn der künstlerische Leiter noch mit allerlei Kleinkram beschwert ist, so daß seine künstlerische Tätigkeit der geringste Teil seiner Arbeitslast wird. Darum ist immer wieder eine strengere Kontrolle bei der Auswahl der Feststadt zu fordern. Man darf sich dabei nur von sachlichen Erwägungen leiten lassen. Es geht nicht so weiter, daß man Jahr für Jahr die Komponisten schädigt und nur den Beweis erbringt, daß eine Stadt oder auch deren Leiter der Aufgabe nicht gewachsen war. Das Krefelder Programm hatte mancherlei für sich. Alle Richtungen waren vertreten, man hatte einen ganz guten Überblick über die merkwürdige Charakterlosigkeit in der Gesamthaltung der zeitgenössischen deutschen Produktion. Neben interessanten Experimenten fanden sich einige wirklich gute Stücke neuer und alter Art, allerdings auch gleichgültige Epigonenmusik. Schlecht war wohl nichts, das Niveau war überall gewahrt. Freilich, der ganz tiefe, Ereignis bedeutende Eindruck fehlte auch, und manchem Stück blieb durch ungenügende Aufführung der größere Eindruck versagt. Im ganzen war es eine durchaus anständige Angelegenheit, man nahm sie hin. Ob wohl jemand mit wirklich innerer Befriedigung nach Hause fuhr? Der Allgemeine Deutsche Musikverein zehrt noch von dem alten Kredit seines Namens. Videant consules. In Frankfurt waren die Aufführungen im allgemeinen ganz hervorragend. Dafür versagte die Jury fast völlig, denn die Annahme eines Teils der Werke war aus verschiedenen Gründen unverständlich. Es scheint, als ob die Jury vor allem die verschiedenen Nationen möglichst gleichmäßig heranziehen wollte. Daß diese 5

ausgezeichneten Musiker in der Jury sich nicht weigerten einigen Werken ihre Stimme zu geben, läßt sich kaum anders erklären. Aber selbst von diesen 3 bis 4 Werken (unter 22) abgesehen, kann auch die Aufführung einer Anzahl anderer nicht widerspruchslos hingenommen werden. Die Internationale Gesellschaft hat auf keinen Fall die Aufgabe uninteressante, in jedem Land gleichgültige Musik aufzuführen. Man hat aus demokratischem Empfinden möglichst jeder Nation 2 Werke zuerkannt, mit dem Erfolg mindestens in 3 weiteren Fällen völlig überflüssige, die Hörerschaft unnütz ermüdende Darbietungen gegeben zu haben. Auf ein Drittel aller Werke hätte man also ohne weiteres verzichten müssen. Schließlich sind die Hörer nicht dazu da, daß man sie belästigt; eine Jury muß zwischen Qualität und Quantität abwägen. Dies Frankfurter Programm hat die Sache der Gesellschaft ernsthaft geschädigt. Und wenn das Fest äußerlich nicht so glänzend verlaufen wäre (es waren allein zirka 500 in- und ausländische Mitglieder anwesend), wenn nicht Frankfurter Gastfreundschaft die Tage unvergeßlich gemacht hätte, dann müßte jeder Zeit und Mühe bedauern, die er für dieses Programm geopfert hat. Einige wenige sehr starke Stücke respektive hochinteressante Ereignisse erlebte man allerdings; aber die wird man ohnehin bald in allen wichtigen Musikstädten hören. Die Jury für das nächstjährige Fest, es ist ein Kammermusikfest in Siena, muß erfolgreicher sein. Die Gesellschaft kann es verlangen. Denn daß ihre Ziele intensiver als je anerkannt werden, wird durch die Gründung zahlreicher neuer deutscher Ortsgruppen nach diesem Fest bewiesen.

Das interessanteste Fest war zweifellos das in *Baden-Baden*. Vor allem, weil man den Mut zum Experiment hatte. Was man dort versuchte, bleibt wertvollste Anregung, wie man auch zum einzelnen Werk stehen mag. Vielleicht hätte man die beiden Kammermusikveranstaltungen innerhalb des Ganzen anders verteilen oder gar auf sie verzichten sollen; in der schwülen Badener Luft bedeuteten sie Übermüdung der Hörer. Man hätte dann vor allem für den Abend Film und Musik mehr Platz gewonnen und hier mehr bringen können. Auch ein paar Aufführungen waren nicht so gut, wie es für das Verständnis der Werke unbedingt erforderlich gewesen wäre. Aber für die mechanische Musik, für Film und Musik und die kleinen Opern muß jeder Besucher diesem ersten Badener Fest

ernsthaft dankbar bleiben. Was zum Teil unerfreulich blieb, lag an den neuartigen Verhältnissen. Einmal war die Akustik im Parkett des Saals derart spröde und schlecht, daß alle Kammermusikaufführungen sehr litten; besonders die des ersten Abends, bei denen die Interpreten des Rundfunkmikrophons wegen recht ungünstig gesetzt werden mußten. Da muß der Musikausschuß für Änderung sorgen. Aber auch das Publikum in Baden-Baden war nicht das rechte. Das tut der Sache gewiß keinen Abbruch, aber es beeinträchtigt den äußern Eindruck mehr als nötig. So wurde über den fidele Film Felix der Kater so laut und herzlich gelacht, daß man von der Musik nichts hörte; aber weil der Film so lustig war, brachte man dem Komponisten Ovationen. Die Musik ist trotzdem so gut, daß man sie am besten gleich wiederholt hätte, um über ihr Verhältnis zum Film einen Eindruck bekommen zu können.

An einiges Wenige aus diesen 3 Festen wird man sich stets gern erinnern. Aber in der Hauptsache bleibt ein deprimierender Eindruck zurück. Auf diesem Weg hilft man schwerlich der Kunst. Man übersättigt selbst die treuesten Hörer derart, daß sie abstumpfen. Man schädigt durch ungenügende Aufführungen die Komponisten, man diskreditiert die neue Musik durch minderwertige Programme. Eine Besserung kann nur durch die hingebende Arbeit der Verantwortlichen erfolgen. Niemand wird ihnen die Bereitwilligkeit dazu absprechen. Aber die Resultate zeigen, daß das, was nottut, nicht vollständig erkannt oder nicht rücksichtslos genug durchgeführt wurde.

Internationale Ausstellung Die Stadt Frankfurt am Main veranstaltete in diesem Jahr eine große internationale Ausstellung, die sie Musik im Leben der Völker nannte. Im Rahmen dieser Ausstellung sowohl wie unabhängig von ihr fanden und finden in der Zeit vom Juni bis Ende August zahlreiche Aufführungen, Tagungen, Musikfeste usw. statt. So wurden berühmte Orchester verpflichtet, das Ballett der Pariser großen Oper gab 2 Vorstellungen, eine Woche für Jugendmusikpflege wird abgehalten, ebenso eine Arbeiter-sängerwoche; der Reichsverband deutscher Tonkünstler veranstaltet mehrere Konzerte, die Internationale Gesellschaft für Neue Musik hielt ihr 5. Musikfest ab, und nach vielen Festaufführungen der Oper soll der Sommer der Musik mit Richard-Strauß-Festspielen schließen.

Wie man auch über die Notwendigkeit und den Wert des Ganzen denken mag, die Organisation dieses Musiksommers ist eine ganz ungeheure Leistung. Die Ausstellung ist an Reichhaltigkeit und Übersichtlichkeit ein Wunderwerk, die Aufführungen bieten in Bezug auf Abwechslung, Eigenart usw. das denkbar Interessanteste. Der großzügige Leiter des Frankfurter Messeamts, Otto Ernst Sutter, hat auf kulturellem Gebiet eine schöpferische Tat von außerordentlicher Vollendung geboten. Diese Tat muß in ihrer Gesamtheit rückhaltlos bewundert werden. Ob sie an sich notwendig war, ist eine andere Frage.

Die Ausstellung hat eine Historische und eine Ethnographische Abteilung, weiter Abteilungen für Musikpflege und musikalische Erziehung, Instrumentenbau, mechanische Musikinstrumente, Radio und Musikalienverlag. Eine Fülle interessanter Einzelheiten ist zusammengetragen worden, berühmte öffentliche und private Sammlungen haben sich beteiligt. Wer nur ein paar Stunden durch die Säle geht, weiß, daß er eine ähnliche Ausstellung kaum wieder sehen wird. Auf nur rezeptive Menschen wirkt eine solche Ausstellung vielleicht wie eine Offenbarung. Dem Produktiven wird angst und bang, nicht nur dem produktiven Musiker sondern jedem Produktiven. Diese Fülle von Dingen und Gestalten, von Wissen und Bildung drängt sich gerade durch ihre Werte so beschwerend auf, daß das eigene Empfinden sich wehren, protestieren muß. Der Wunsch und Wille auf irgendeinem Gebiet und in irgendeiner Form produktiv zu sein ist heute bei fast allen regsamen Menschen sehr lebendig, und wer Ausgleich zu seiner Arbeit sucht, wendet sich in seinen Mußestunden eher einer Betätigung als einem mehr oder weniger beschaulichen Genießen zu. Und in dieser vorwiegend produktiven Gesinnung der Menschen lebt die wahre Kraft unserer Zeit. Gewiß wird noch viel Überflüssiges gemacht, oft tritt eben Betriebsamkeit und Betätigung an die Stelle positiver Arbeit. Aber auch darin liegt noch der Kern zum Schaffenswillen, das vitale Bedürfnis produzieren zu wollen. Will man uns allen einen Dienst erweisen, so sollte man diesen Willen zur Produktion stützen, man sollte unter allen Umständen in erster Linie vorwärts in die Zukunft sehen. Nicht einmal die Gegenwart ist für uns so wichtig, nicht die Erziehung oder die Methode der Erziehung wie das Werk. Hätte die Stadt Frankfurt die Komponisten zum Schaffen auf-

gefordert, von den Architekten einen neuen Konzertsaal bauen lassen usw., sie hätte mehr getan. Sie hat die Lebenden durchaus nicht vernachlässigt, aber sie konnte in einer Ausstellung von ihnen nur berichten, ihr Schaffen selbst wird dadurch nur sehr indirekt gefördert. Daß man die Ausstellung ihres unerhörten Reichtums wie ihrer Organisation wegen rückhaltlos bewundern muß, ist schon gesagt worden. Trotzdem: Das Wissen um diese Dinge ist dem, der schaffen will, nicht so viel wie die Berührung mit allen möglichen Erscheinungen unserer Tage, die im Werden und Wachsen sind. In diesem Sinn macht die Radioabteilung noch am meisten Freude. Aber der Hauptindruck bleibt doch der, daß man den Beschauer zwingen will sich mit interessanten, doch nicht unbedingt nötigen Dingen zu beladen. Dagegen wehrt er sich.

Klaviermusik Unter den neuen Werken, die wir im Verlauf der letzten Monate kennen lernten, fallen 3 wertvolle Konzerte für Klavier mit Orchesterbegleitung auf. Alle 3 sind reife starke Stücke, und jedes in seiner Art außerordentlich charakteristisch für seinen Autor.

Den unmittelbarsten Eindruck auf die Hörschaft macht unbedingt *Ernst Toch's* Konzert für Klavier und Orchester Opus 38 /Mainz, B. Schotts Söhne/. Es ist ein Konzertstück im wahren Sinn des Worts, glänzend geschrieben für den Pianisten, der seine Virtuosität im Konzertsaal zeigen will. Auch das schwierige Problem des rechten Verhältnisses zwischen Soloinstrument und Orchester ist ausgezeichnet gelöst, kurz, in jeder technischen Beziehung ist es ein Meisterstück. Das rein Musikalische paßt sich dem an. Man darf hier nicht tiefe Musik erwarten; gerade die Beschränkung ermöglicht die Vollendung in einem bestimmten Sinn, läßt ein einheitliches, in seinem Stil kompromißloses Ganzes entstehen. Dabei ist die Musik stets klug und fesselnd, vor allem rhythmisch interessant.

Lange nicht so glänzend nach außen hin ist *Manfred Gurllitts* Klavierkonzert A-Dur Opus 20 /Wien, Universaledition/. Das Klavier steht hier nicht so unbedingt vor dem Orchester, musiziert mehr mit ihm als mit seiner Begleitung. Das Virtuose ist etwas vernachlässigt, damit die rein musikalischen Inhalte stärker entwickelt werden können. Das geht so weit, daß die Melodik des wunderschönen langsamen Satzes in ihrem einstimmigen Klaviersatz eher gegen als für das Instrument geschrieben ist. Falls man

das aber überhaupt als wichtigen Fehler gelten lassen will, nimmt man ihn doch gern in Kauf angesichts der großen Qualitäten dieses feinen kultivierten Stückes. Der Charakter ist im wesentlichen feine Lyrik, durchsichtig und klangschön gearbeitet, im Formalen nicht so unbedingt zwingend wie im einzelnen reizvoll. Besonders sympathisch ist, daß diese Lyrik nie süßlich wird, nur die letzten Takte sind ein wenig zu träumerisch; gerade die Mischung von Temperament und Zartheit machen das Werk wert. Auch in diesem Stil kann man modern sein.

Das eigenartigste und eigenwilligste Werk ist das 1924 komponierte Klavierkonzert *Bela Bartoks* (Wien, Universaledition). Beim ersten Anhören geht die stärkste Wirkung von dem kurzen langsamen Mittelsatz aus. Der Satz ist derart zwingend und spontan überzeugend, daß man eine kritische Haltung ihm gegenüber völlig vergißt. Dabei ist die musikalische Sprache ganz neu und eigenartig. Ein harter unbeugsamer Wille steckt in Klang und Phrase, ein seltsamer Rhythmus in der Diktion. In den beiden anderen Sätzen, wo die tektonischen Bindungen nicht so stark überzeugen, wird man sich mehr des Technischen der Komposition bewußt. Da hat man den Eindruck, als ob diese ganze Musik aus kleinen, oft nur 2taktigen Blöcken zusammengesetzt ist, in denen wesentlich nur die im Grunde starre, im einzelnen immer variierte rhythmische Diktion bleibt. Man denkt an Pyramiden aus Quadern, aus Betonblöcken. Aber alles in dem Werk bleibt auf die starre Rhythmik basiert; das Melos fügt sich ihm, der Klang darf sich nicht auswirken, er lebt nur so lang wie es der Rhythmus zuläßt. Erstaunlich ist dabei, wie in diesen letzten Werken Bartoks (auch in seiner neuesten Klaviersonate) Wendungen der nationalen ungarischen Musik stark hervortreten. Verzichtet der Komponist freiwillig auf die Universalität seiner schönen frühen Werke? Wie dem auch sei, das Klavierkonzert ist eines der interessantesten Werke der neuen Literatur. Hoffentlich wird es trotz seinen enormen Schwierigkeiten, trotz der Undankbarkeit für den Virtuosen bald wieder, an anderer Stelle, zu hören sein.

Kurze Chronik Unter dem Vorsitz Wilhelm Doegens, des Schöpfers der Berliner Lautbibliothek, ist eine internationale Vereinigung ins Leben gerufen worden, die den Zusammenschluß aller an den Problemen des *Lautwesens* interessierten Kreise erstrebt. Ihre

Aufgabe ist Förderung des Lautstudiums auf den Gebieten der Sprachwissenschaft, Medizin und Vererbungswissenschaft, Zoologie, Kriminalistik, weiter in Unterriecht, Musik, Bühnenkunst, in kultureller und in volksbildnerischer Beziehung. ◊ Das neueste Werk *Igor Strawinskijs* Oedipus rex ist halb Ballett und halb Oper. Der Text, nach Jean Cocteau, ist in lateinischer Sprache abgefaßt. Das Werk wurde zum erstenmal in Paris, im Théâtre Sarah Bernhard, aufgeführt, unter Leitung des Komponisten. ◊ In diesem Sommer beendete *Arnold Schönberg* sein 3. Streichquartett. ◊ Nach einem von Georg Kaiser geschriebenen Text komponierte *Kurt Weill* einen neuen Einakter, Photographie und Liebe genannt. ◊ Auf den Musikfesten dieses Jahres wurden unter anderm folgende Konzertwerke zur *Uraufführung* gebracht: Bela Bartok Klavierkonzert und Sonate für Klavier, Alban Berg Lyrische Suite für Streichquartett, Max Butting Duo für Violine und Klavier, Hanns Eisler Tagebuch, eine kleine Kantate für Frauenchor, Tenor, Geige und Klavier, Hans Gal Epigramme, Madrigale für gemischten Chor a cappella, Manfred Gurlitt Klavierkonzert, Bernhard Sekles Variationen über Prinz Eugen für Männerchor, Blas- und Schlaginstrumente. ◊ In dem *Pianistenwettbewerb*, der während der Internationalen Musikausstellung in Genf zwischen 20 Pianisten aus der Schweiz, Deutschland, Österreich, England, Frankreich, Belgien und Portugal stattfand, wurde der einzige Preis einstimmig Claudio Arrau zuerkannt. ◊ Die Konzertgesellschaft in Köln, deren Gürzenichkonzerte zu den hervorragendsten musikalischen Veranstaltungen Deutschlands gehören, feiert in diesem Jahr ihr 100jähriges Bestehen.

Literatur

Der Verlag B. Schotts Söhne in Mainz gab eine 2bändige Sammlung leichter und mittelschwerer Klavierstücke zeitgenössischer Komponisten heraus, *Das neue Klavierbuch* genannt. Ursprünglich hatte er ein Jugendalbum geplant. Der Gedanke war ausgezeichnet von modernen Komponisten kleine Stücke für die Jugend schreiben zu lassen und so gerade die Jugendlichen im Haus mit der Eigenart moderner Musik vertraut zu machen. Die Komponisten lösten die Aufgabe jedoch in recht verschiedenem Sinn, und da wäre es Aufgabe der Herausgeber gewesen dem neuen Klavierbuch einheitlichen Charakter zu geben. Das ist leider nicht geschehen, und so ist der Wert

dieser Veröffentlichung vom praktischen Standpunkt aus erheblich verringert worden. Für Jugendliche ist die Hälfte der Stücke geistig zu schwer, für erwachsene Dilettanten die andere Hälfte zu kindlich, neben modernen Stücken finden sich altmodische, kurz, es ist ein rechtes Durcheinander. Einzelne Stücke sind dabei in ihrer Art sehr gut gelungen. Am wichtigsten scheint aber nach wie vor die Absicht des Verlags. Der Gedanke ein modernes Jugendalbum herauszugeben ist äußerst wertvoll. Ebenso wäre es der andere Plan: hochwertige neue Musik herauszubringen, die technisch auch für den Dilettanten in Frage kommt. Gelänge es der neuen Kunst im Haus der Musikfreunde in der Art Eingang zu finden, daß sich jeder mit ihr selbst aktiv beschäftigen kann, dann wäre uns allen sehr gedient. Man muß wünschen, daß sich der Verlag nicht abschrecken läßt neue Versuche nach der Richtung zu unternehmen. Bela Bartok, Max Butting, Joseph Haas, Paul Hindemith, Philipp Jarnach, Igor Strawinskij, Bernhard Sekles, Ernst Toch und Lothar Windsperger sind in diesem ersten Klavierbuch mit Kompositionen vertreten.

Bühnenkunst / Gerhart Scherler

Shakespeare-Komödie Die Komödie *Maß für Maß* war, als sie noch Promos und Cassandra hieß und George Whetstone vom Verfasser hatte, ein richtiges Komödiantenstück der englischen Springer und Clowns wie der Bestrafte Brudermord, den man aus dem Hamlet machte, primitiv in der Technik, voll derher Zoten und theatralischer Lebendigkeiten, der selben Clownerien und Sprünge, mit denen fast 2 Jahrtausende früher die mimi und ioculatores die Arenen Roms zu brüllendem Gelächter hinrissen. Shakespeare verarbeitete diesen Stoff, der ihm gerade recht war, um in der Gestalt des Herzogs Vincentio den guten und von ihm sehr geschätzten König Johann zu ehren, aus einer inhaltlich harmlosen Burleske und Moralität zu einem Schauspiel mit bitterer Ironie und einem tiefen Wissen von menschlicher Ohnmacht und Schwäche: die große Rede des Herzogs an den verurteilten Knaben; denn jene wenig verändert von Whetstone übernommenen Szenen, die wie die heutigen Grotesken des Münchener Komikers Carl Vallentin anmuten (der Mörder, der keine Zeit hat, um sich hinrichten zu lassen), und die einen breiten Platz im Stück einnehmen, werden immer wieder von den Auftrit-

ten und Handlungen des als Mönch verkleideten Herzogs überschattet, der unerkannt sein Volk und die wahren Zustände seines Landes erforschen will. Dieser Herzog scheint durch Situation und nicht minder spürbare Majestät dem Zeus in Kleists *Amphitryon* verwandt. Der Kette der Erfolge des Berliner Staatsschauspielhauses wurde mit der Aufführung dieses Stücks ein neues Glied hinzugefügt, und damit die äußerst fruchtbare Saison 1926-1927 der Staatstheater zum besten Abschluß gebracht. Der Regisseur Jürgen Fehling verzichtete auf szenische Komplikationen und spielte, wie schon öfter, auf einem nackten Podium, auf das die jeweils benötigten Requisiten gestellt wurden, er bewies, indem er die Handlung ganz aus dem Wort erklingen ließ, eine leichte und glückliche Hand, die zu rechter Zeit zu lockern und zu binden verstand. Carl Ebert gab als Vincentio eine wundervoll geschlossene Leistung, so daß er es den Berliner Zuschauern und Zuhörern besonders schwer machte sich von diesem großen Charakterspieler und bedeutendsten Sprecher zu trennen; er geht nämlich als Intendant an das Hessische Landestheater in Darmstadt. Die Isabella gab einmal Gerda Müller (die auch von Berlin fortgeht), ein andermal Paula Knüpffer. Erwin Faber hatte mit seinem Angelo seinen bisher größten Erfolg in Berlin. Die von Shakespeare am weitesten durchgeführte Rolle des Statthalters, der kein Bösewicht von vornherein sondern ein Buchstabenpedant und Paragraphenmensch ist, der so lange tugendhaft bleibt, wie er selbst nicht in die Verlegenheit gerät versucht zu werden, kam seinem Temperament entgegen; am besten ist er, wenn er verhalten und ruhig spielt, wodurch seine schauspielerische Intensität mehr gewinnt als durch ekstatische Ausbrüche. Paul Bildt spielte den Wollüstling und Kuppler Lucio mit hinreißender Frechheit. Dieser vielseitige Schauspieler hat jetzt seine eigentliche Höhe erklommen.

Lauchstädt Aus Anlaß der Theaterwissenschaftlichen Woche der Magdeburger Theaterausstellung, über die noch umfassend berichtet werden soll, luden die Provinz Sachsen und der Lauchstädter Theaterverein Halle die Kongreßteilnehmer zu einer Jubiläumsaufführung des Goethe-theaters nach Lauchstädt, dessen Neubau vor 125 Jahren feierlich am 26. Juni unter Goethes Leitung eingeweiht

wurde. Als Programm bot man die selben Stücke, mit denen das Theater eröffnet worden war: Was wir bringen, ein Vorspiel von Goethe, und Mozarts letzte Oper Titus. Das entscheidende Erlebnis dieser Jubelaufführung, um die sich das Nationaltheater in Weimar unter seinem Intendanten Franz Ulbrich und der musikalische Leiter Alfred Rahlwes aus Halle sehr verdient gemacht hatten, lag weniger an der auf recht beträchtlicher Höhe stehenden Aufführung als an der Persönlichkeit Goethes, die in greifbarster Nähe vor unseren Augen durch diese Aufführung beschworen wurde. Die Andacht, die über dem Theater während der Vorstellung lag, war fast beklemmend, und als der Vorhang sich zum erstenmal senkte, galt der tosende Beifall in erster Linie dem Autor des Stücks, dem Direktor, der vor 125 Jahren diesen Tempel eingeweiht hatte. Nach Mozarts Titus war es nicht anders, auch die Oper, von Goethe Karl August zur Ehrung geboten, schien erfüllt vom Geist des Weimarer. (Und doch hat dieses bedeutende Werk, auf das sich schon die Todesschatten seines Schöpfers senkten, ein eigenes Leben, zwischen Sein und Sterben. Wann wird man es wieder auf einer Berliner Opernbühne hören? Seit 34 Jahren, seit der Ara Hochberg, ist es da verschwunden. Es hätte heute, einer neuen Generation, Neues zu sagen.) Das kleine Goethesche Vorspiel, das so dürftig beim Lesen erscheint, schien durch die Vorstellung zu wachsen und zu einer Offenbarung zu werden. Es ist bezeichnend, daß schon Schelling in einem Brief an August Wilhelm Schlegel vom 29. November 1802 die selbe Beobachtung machte: »Wegen des Vorspiels ist es uns ebenso wie Ihnen gegangen, nachdem wir es gelesen. Wenn Sie Sich ein Bild davon aus der Eleganten Zeitung gemacht haben, so war das freilich das Vorspiel, wie es sich in dem Darsteller spiegelt hatte, nicht sowohl es selbst. Auf jeden Fall bedurfte es des Moments der theatralischen Repräsentation, in der es sich wirklich auf eine unglaubliche Art erhob.« Goethe war ein kluger Theaterleiter, der das Publikum zu "bilden" verstand, wie es der Zeit entsprach. Abgesehen von dem Gewinn Goethes brachte die Lauchstädter Veranstaltung den Beweis der Fruchtbarkeit von Festspielen, wenn sie wirklich einer Idee entspringen. (An Festspielen Münchener Art, wie sie sich vor 3 Jahrzehnten als Konkurrenz gegen Bayreuth aufzaten, haben wir den Geschmack verloren.)

Nielsen

Seit den Tagen, da sie der Maler Urban Gad durch ein sensationelles Filmdebut der großen Öffentlichkeit präsentierte, ging Asta Nielsen einen ruhm- beschwerten, unaufhörlich aufstrebenden Weg, und ihr Erfolg wurde der Schrittmacher der neu aufstrebenden Filmkunst, deren Möglichkeiten man heute erst langsam zu begreifen beginnt. Es gibt bis jetzt keine andere Filmkünstlerin, die die große Kollegin und Wegbereiterin übertraffen und gleicherweise eine Bestätigung für den Wert des Films gebracht hätte wie diese Dänin. Soll man es dem großen leidenschaftlichen Spiel der Künstlerin zuschreiben, mit dem sie uns immer wieder auf der Leinwand zu fesseln versteht und die anderen "Stars" weit hinter sich läßt, daß wir in ihr die Repräsentantin der ganzen Kinokunst sehen müssen? Oder besitzt sie außer einer ausgebildeten Schauspieltechnik (daß sie auch auf der Sprechbühne Erhebliches aus ihrer Art heraus schaffen kann, ist im vorigen Jahr in dieser Rundschau, 1926 Seite 886 und folgende, festgestellt worden) noch einen ganz spezifischen Filminstinkt, etwas, was den Film erst ausmacht, worin sie sich von allen anderen unterscheidet? Die meisten Filme, die "gedreht" werden, sind photographierte Theaterszenen und haben keinen nur ihnen eigenen Wert. Asta Nielsen wies in ihren letzten Filmen Laster und Dirnentragödie den Weg des Films, soweit er ein Theaterstück sein will und kann: den seelischen und körperlichen Umwandlungsprozeß der Kreatur, den man Leben nennt, auf die Fläche (zum Unterschied vom Räumlichen der Bühne) zu bannen, die ein Zauberspiegel des gesamten menschlichen und natürlichen "Daseins" sein soll. Asta Nielsen hat dieses Empfinden für die bewegte und bewegende Fläche, sie offenbart *ihr* und damit überhaupt *das* menschliche Dasein auf dieser Fläche, so daß wir zu dem Widerschein des von ihr verkörperten Menschenschicksals überzeugt und erschüttert hingezogen werden.

Kurze Chronik Vom 7. bis zum 9. Juli tagte in Magdeburg, dem Ort der Deutschen Theaterausstellung, die Berufsgruppe *technischer Bühnenvorstände* der Genossenschaft deutscher Bühnengehörigen. Etwa 250 Mitglieder nahmen teil; unter den Anwesenden befand sich auch Firmin Gémier. Auf der Versuchsbühne der Theaterausstellung wurden von den hervorragendsten Fachmännern sehr in-

struktive Vorträge über die moderne Bühnenbeleuchtungstechnik gehalten. ◊ Nach seinem Konflikt mit der Berliner Volksbühne ging *Erwin Piscator* daran sich ein eigenes Theater in Berlin zu schaffen. Er will zunächst im Theater am Nollendorfplatz spielen, und er gibt bekannt, daß er, um die literarische Höhe seines Unternehmens zu verbürgen, ein beiratendes »Dramatisches Kollektiv« gebildet habe, dem *Bela Balazs*, *Bert Brecht*, *Wilhelm Herzog*, *Wilhelm Gustav Jung*, *Egon Erwin Kisch*, *Kurt Kläber*, *Leo Lania*, *Walter Mehring*, *Erich Mühsam*, *Alfred Paquet*, *Kurt Tucholsky*, *Ehm Welk* und *Alfred Wolfenstein* angehören. ◊ An seinem 65. Geburtstag, am 21. Juni, trat *Gustav Rickelt* von der Leitung der Genossenschaft deutscher Bühnenangehörigen zurück, die unter seinem Regime eine bedeutende Organisation geistiger Arbeiter geworden ist.

Literatur In einer Schöpfung betitelten Sammlung, die »Beiträge zu einer Weltgeschichte religiöser Kunst« bringt (Berlin, Furchekunstverlag/), erschien ein Band *Passionsbilder und Passionsbühne* von *Alfred Rohde*. Das Buch stellt eine wertvolle Ergänzung der Literatur dar, die sich um die Wechselbeziehung zwischen bildender Kunst und Bühne im Mittelalter bemüht, und gibt einen Einblick in das mittelalterliche Kunstleben, von der Altarbildmalerei bis zum Passionspiel. »Der Gregorianische Gedanke, die Kunst sei die Bibel der geistig Armen (das heißt in diesem Fall fast der gesamten Menschheit, da das Evangelium und die Bibel von der Kirche allein verwaltet wurde, und nicht einmal alle Priester die Heilige Schrift kannten), ist während des ganzen Mittelalters oberster Grundsatz kirchlicher Kunstpolitik geblieben.« In glaubhafter Weise entwickelt *Rohde* dann, unterstützt von 32 Abbildungen, die Zusammenhänge zwischen Passionsspiel und Malerei, indem er auf den Altarbildern Requisiten nachweist, die nur im Spiel üblich waren, und die überaus realistischen Züge und Gesten der Menschen auf den Bildern betont, die auf ein schauspielerisches Vorbild hinweisen. Es ist uns auch überliefert, daß die Regisseure dieser Aufführungen, die oft mehrere Tage dauerten, Maler waren, deren »Kompositionstalent sich hier organisatorisch ausleben« konnte, und für deren Kunst dabei der Vorteil herausprang, »daß sie hier Staffage und Figurenaufbau in der Wirklichkeit, als Modelle vor sich sahen«.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Alarmeinrichtung Vor einigen Jahren haben die auch an dieser Stelle besprochenen Entdeckungen *Johnsons* und *Rahbecks*, bei denen elektrische Halbleiter, wie *Schiefer*, *Achat* und dergleichen, zur Betätigung elektrischer Apparate herangezogen werden, größtes Aufsehen erregt. Der Gedanke wurde systematisch weiter verfolgt, und nunmehr ist man dazu gelangt Stromstärken bis herunter zu Bruchteilen eines Millionstel Ampere technisch nutzbar zu machen. Die Firma, die diese minimalen Ströme für die Sicherung gegen Einbruch anwendet, nennt sie recht bezeichnend *Hauchströme*, zum Teil auch deshalb, weil sich der benötigte Strom wie ein *Hauch* über alle mit einer Alarmeinrichtung in Verbindung stehenden Gegenstände ausbreitet. Zur Erläuterung der Vorgänge diene folgendes: Verbindet man bei einer Elektrisiermaschine die Reibkissen mit Erde und den isolierten Konduktor mit einer Holzplatte, während man eine andere, an ihr anliegende Holzplatte wieder durch einen Leiter oder Halbleiter mit Erde verbindet, so üben die beiden Holzplatten infolge ihrer starken gegenpoligen Ladung eine starke Anziehung auf einander aus. Die beiden Platten haften fest an einander. Löst man dagegen die Verbindung der 2. Platte mit Erde, oder die Verbindung der 1. Platte mit dem Konduktor, so hört die gegenseitige Anziehung der beiden Platten auf einander sofort auf, und wenn die eine Platte irgendwie mechanisch festgehalten wird, so fällt die andere, lose Platte ab. Das Gleiche vollzieht sich, wenn für die elektrische Aufladung der 1. Platte durch Berührung eines nicht isolierten, also mit Erde in Verbindung stehenden Körpers, ein Nebenweg zur Erde geschaffen wird. Bei der Anwendung hochgespannter statischer Elektrizität, wie sie von einer Elektrisiermaschine geliefert wird, vermag man mit der anziehenden Wirkung einer aufgeladenen auf eine weitere, geerdete Platte einen Luftabstand von mehreren Millimetern zu überbrücken; aber schon bei der Stromentnahme aus einem Leitungsnetz von 110 bis 220 Volt oder einer gewöhnlichen Anodenbatterie vermag man durch gegenpolige Aufladung der beiden Holzplatten das erwähnte Anziehungsphänomen von Halbleitern zu realisieren. Es genügt auch schon die eine der beiden aufzuladenden Platten aus einem Halb-

leiter herzustellen, während die andere aus einem Leiter bestehen kann. Zur praktischen Verwertung des Phänomens gehört dann aber noch ein auf die minimalsten Stromstärken ansprechendes Relais. Das neue Relais basiert auf der Erhaltung des remanenten Magnetismus eines vormagnetisierten Elektromagneten, wenn durch die Elektromagnetwindungen ein auch noch so schwacher Strom verläuft, eben der vorbezeichnete Hauchstrom.

Unter Verwendung dieser Prinzipien weist die Hauchstromalarmeinrichtung folgende Durchbildung auf: Der Anker eines Relais elektromagneten wird beim Stromdurchgang durch die Elektromagnetwindungen angezogen. Der Anker drückt hierbei eine beliebige geerdete Platte an eine isoliert angeordnete Holzplatte, die mit dem positiven Pol des Leitungsnetzes oder einer Anodenbatterie verbunden ist, wenn der negative Pol an Erde liegt. Sobald die beiden Platten durch die Elektromagnetwirkung mit einander in Berührung gebracht sind, wird automatisch der Vormagnetisierungsstrom in den Elektromagnetwindungen abgeschaltet, dafür der die Platten aufladende Hauchstrom durch diese Windungen hindurchgeleitet. Der Anker respektive die mit ihm verbundene Platte bleibt nunmehr so lange an der Holzplatte haften, bis deren Isolierung durch irgendeine Berührung eines nicht von der Erde isolierten Körpers aufgehoben wird. Dann fällt der Anker ab und schließt den Stromkreis einer Stromquelle, die irgendeine Alarmvorrichtung auslöst. Ein Einbrecher wird nun aber in den seltensten Fällen dazu bereit sein die Alarmvorrichtung durch unmitttelbare Berührung der aufgeladenen Holzplatte auszulösen. Diese Auslösung erfolgt aber schon, wenn er irgendeinen Gegenstand in dem gesicherten Raum berührt. Damit das möglich wird, sind alle Gegenstände: Geldschränke, Tische, Regale usw., gegen Erde isoliert aufgestellt, aber mit der Hauchstromleitung in Verbindung gebracht. Berührt man also auch nur eine auf einem Schreibtisch stehende Zigarrenkiste, so führt man die Ladung der Holzplatte zur Erde ab, und das Relais kommt zum Ansprechen. Nun könnte ein Einbrecher, der dieses System kennt, und in der Berliner Polizeiausstellung vom Jahr 1926 hatte er Gelegenheit es kennen zu lernen, sich selbst von der Erde isolieren, indem er etwa gläserne Pantoffeln anzieht. Aber auch das nützte ihm zu seinem Leidwesen nichts; denn dann würde

sich die Ladungselektrizität auch über die große Oberfläche seines Körpers ausbreiten, das Potential an der hölzernen Halteplatte würde unter den Betrag herabsinken, der zum Festhalten der angezogenen Gegenplatte noch gerade ausreicht, und das Relais käme trotzdem wieder zum Ansprechen.

Absoluter Alkohol

Wirklich wasserfreier, sogenannter absoluter Alkohol ist nicht nur für den Chemiker unentbehrlich sondern auch für die Industrie, als Kraftstoff im Verbrennungsmotor, von großer Bedeutung. Das ältere Verfahren zur Entwässerung von wasserhaltigem Spiritus beruht auf der begierigen Wasseraufnahme ungelöschten Kalks, wobei sich aus Kalziumoxyd Kalziumhydroxyd bildet und gleichzeitig Wärme frei wird. Die praktische Durchführung dieses Verfahrens ist nicht ganz einfach; außerdem ist sie mit erheblichen Alkoholverlusten verbunden, die 7 bis 10 % betragen. Nach einem neuen Verfahren E. Mercks /Darmstadt/ können diese Verluste zwar bis auf 2 % herabgemindert werden, aber dieses Verfahren muß sich erst noch in der Praxis bewähren. Dagegen ist das Verfahren Youngs, das auf der Destillation von wasserhaltigem Alkohol mit Benzol beruht, sehr wichtig. Bei der Destillation ohne Überdruck wird ein Gemisch von 55 Volumenteilen 94prozentigen Alkohols mit 45 Teilen Benzol bei etwa 65° destilliert. Zunächst geht ein Gemenge von 6,5 Volumenteilen Wasser, 20,3 Teilen Alkohol und 73,2 Teilen Benzol über, welches Gemenge also 72 % Spiritus enthält, das später weiter verarbeitet wird. In der Blase ist nach dieser Vordestillation kein Wasser mehr vorhanden, und der Siedepunkt des zurückgebliebenen Gemisches von Alkohol und Benzol steigt auf rund 68°. Bei dieser Temperatur destilliert ein Gemisch von 34,5 Teilen Alkohol und 65,5 Teilen Benzol über, bis das Benzol ganz verdampft ist. In der Blase bleibt wasserfreier Alkohol. Da die Vordestillate nach Rektifikation immer wieder benutzt werden können, so finden hierbei theoretisch keine Verluste statt; aber die Betriebskosten sind wegen des hohen Wasserdampfverbrauchs recht beträchtlich. Nach Ablauf der Youngschen Patente ist deshalb von verschiedener Seite an einer Verbesserung dieses Verfahrens gearbeitet worden, und das Mercksche Verfahren der Destillation des Spiritusbenzolgemisches unter einem Überdruck von 10 Atmosphären hat den

besondern Vorzug, daß bei der Druckdestillation im Vordestillat der Wassergehalt und in geringerem Maß der Alkohol ansteigt, dagegen der Benzolgehalt abnimmt, und daß auch der ganze Vorgang ruhiger und gleichmäßiger verläuft. Bei der Druckdestillation werden nur 25 Volumenteile Benzol dem 96prozentigen Alkohol zugesetzt. Als Vordestillat geht bei 10 Atmosphären und 144° ein Gemisch von 15,8 Volumenteilen Wasser, 23,7 Teilen Alkohol und 60,5 Teilen Benzol über. Diese Vordestillation wird so lange fortgesetzt, bis kein Wasser mehr in der Destillationsblase vorhanden ist. Dann wird bei Atmosphärendruck weiter gearbeitet, bis der Blaseninhalt benzolfrei ist. Das übergehende Gemenge hat jetzt ungefähr die gleiche Zusammensetzung wie beim Youngschen Verfahren, und der Rest ist wieder reiner absoluter Alkohol. Die Zwischendestillate gelangen wieder in den Produktionsprozeß zurück.

Die erste Großanlage, die nach dem Merckschen Verfahren arbeitet, wurde Anfang dieses Jahres für die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein in Berlin errichtet; sie hat eine Tagesproduktion von 25 000 Liter absoluten Alkohols.

Transozeanflug Das Bemerkenswerteste an der großartigen Flugleistung Lindberghs (siehe die Rundschau Verkehr, 1927 I Seite 511 und folgende), die auch von seinen Nachfolgern Chamberlin und Byrd nicht übertroffen worden ist, besteht in der Tatsache, daß das Flugzeug Lindberghs nur einen einzigen Motor besitzt, dessen Zuverlässigkeit während der 34stündigen Fahrt in erster Linie das Gelingen der Ozeanüberquerung zu danken ist. Die Flugmaschine Wright J 5 ist ein Neunzylindermotor mit sternförmiger Anordnung der feststehenden, luftgekühlten Zylinder. Die Propellerwelle macht 1800 Umdrehungen in der Minute und leistet 216 Pferdestärken bei einem Brennstoffverbrauch von nur 200 Gramm für die Pferdestärkenstunde. Der Motor hat in den letzten Monaten 3 50stündige Dauerläufe erledigt, mit 2000 Umdrehungen pro Minute (239 Pferdestärken), 1800 Umdrehungen pro Minute (216 Pferdestärken) und 2140 Umdrehungen pro Minute (295 Pferdestärken). Das vor 1916 als unzuverlässig und als nicht mehr entwickelungsfähig verschriene System hat sich also glänzend bewährt. Seine Reihenherstellung wurde jetzt begonnen. Das Ozeanflugzeug Chamberlins weist übrigens den gleichen Motor auf.

Totenliste In Paris starb Anfang März *Daniel Berthelot*, im Alter von 62 Jahren. Er war einer der 4 Söhne Marcelin Berthelots, der durch seine Untersuchungen über Fette, Sprengstoffe, Thermochemie und Photochemie weltbekannt geworden ist. Daniel Berthelot setzte die Arbeiten seines Vaters fort und befaßte sich insbesondere mit Studien über die Gesetze der photochemischen Äquivalenz und der Quantentheorie, wofür sein Vater die Priorität in Anspruch nahm.

Am 12. Februar starb der Stadtrat *Georg Wunder* in Leipzig, in seinem 91. Lebensjahr. Wunders Bedeutung lag auf dem Gebiet der Leuchtgasindustrie. Er war einer der letzten Zeugen der Begründung des Vereins deutscher Ingenieure in Alexisbad im Jahr 1856, der er als Student beiwohnte.

85 Jahre alt, starb am 28. Februar in Heidelberg *Hermann Wichelhaus*, der Schöpfer und langjährige Leiter des Technologischen Instituts der Berliner Universität (das inzwischen eingegangen ist). Wichelhaus war 44 Jahre lang außerordentlicher Professor für chemische Technologie in Berlin. Er hob stets in seinen Arbeiten besonders auch die wirtschaftliche Bedeutung der Chemie hervor. Wissenschaftlich Bedeutendstes leistete er für die Naphtholinindustrie, indem er gemeinsam mit Ludwig Darmstädter die Alkalischemelze der Sulfursäuren in die Technik einführte, die zur Grundlage jener Industrie wurde.

Der deutsche Pionier des Fahrstuhlbaus, *Carl Flohr*, starb am 30. März in seinem 78. Lebensjahr. Neben dem Fahrstuhlbau widmete sich Flohr auch der Errichtung von Krananlagen. Mehr als 30 000 Aufzug- und Krananlagen wurden von der Firma, die im Jahr 1879 aus kleinen Anfängen entstanden war, ausgeführt. Von neueren bekannteren Anlagen seien der elektrische Personenaufzug im Berliner Funkturm mit 120 Meter Förderhöhe und die kürzlich im Kaufhaus A. Wertheim in Berlin eingerichteten Fahrtreppen erwähnt.

In Berlin starb am 7. Juli *Sigmond Bergmann*, einer der bedeutendsten Elektrotechniker. Er war einer der intimsten Freunde und langjähriger Mitarbeiter Edisons. Er war am 9. Juni 1851 in Mühlhausen in Thüringen geboren, widmete sich der Maschinenkunde und beschäftigte sich besonders mit der Konstruktion elektrischer Maschinen. Er gründete in Berlin mehrere bedeutende industrielle Gesellschaften für den Bau elektrischer Maschinen.

Kurze Chronik Die Geschäftsleitung der Indianapolisrennbahn hat einen Preis von 25 000 Dollars für den Sieger einer Wettfahrt mit Dieselmotoren ausgesetzt. ◊ Bei Frankenberg in Hessen wurde ein neues Kupfervorkommen entdeckt. Es handelt sich um eine Imprägnationslagerstätte von Malachit (Kupferkarbonat). ◊ In der Nähe Provadias /Nordbulgarien/ wurde ein Steinsalzlager erbohrt, das von 18 Meter Tiefe bis 100 Meter reichen soll. Das Steinsalzvorkommen wird auf 140 Millionen Tonnen geschätzt. ◊ In Guadiana /Portugal/ stieß man bei Gründungsarbeiten für einen Landungskai auf größere Mengen von Erdgas, das zu etwa 93 % aus Methan besteht. ◊ Das neue Großkraftwerk in Berlin-Rummelsburg wurde nach nur 13monatiger Bauzeit am 14. Mai eröffnet. Zur Ehrung seines Schöpfers wurde es *Großkraftwerk Klingenberg* genannt. Leider hat der Begründer dieses Riesenwerks seine Vollendung nicht mehr erlebt (siehe diese Rundschau, 1926 Seite 199). ◊ Die Gesamtleistung der *deutschen Elektrizitätswerke* betrug im Jahr 1926 rund 5,7 Millionen Kilowattstunden. Erzeugt wurden insgesamt 12,1 Milliarden Kilowattstunden. Die Ausnutzung betrug also nur rund 24 %. ◊ Die Gesamtleistung der in den Kraftwerken der Vereinigten Staaten von Amerika vorhandenen *Wasserkraftmaschinen* betrug Ende 1926 rund 11,8 Millionen Pferdestärken oder 20,7 % aller Kraftmaschinen. ◊ Ford verläßt seinen ursprünglichen *Automobiltypus* und stellt sich auf ein neues, eleganteres und teureres Modell um. Während der Umstellungsarbeiten werden etwa 25 000 Arbeiter zeitweilig entlassen. ◊ Im Februar und März wurden mit der ersten *Hochdrucklokomotive* der Welt, die von Henschel & Sohn /Kassel/ für 60 Atmosphären Betriebsdruck erbaut worden ist, beim Eisenbahnversuchsamt Berlin-Grünwald die ersten Versuchsfahrten veranstaltet; sie hatten, was Betriebsstoffersparnis, Leistung und leichte Bedienbarkeit anlangt, sehr günstige Ergebnisse. ◊ Im Jahr 1925 betrug der *Gasverbrauch* auf den Kopf der Bevölkerung in der Tschechoslowakei 6 Kubikmeter, in Deutschland 51, in Holland 74, in Australien 117, in England 178 Kubikmeter. ◊ Das *Reichspatentamt* in Berlin blickte am 1. Juli auf einen 50jährigen Bestand zurück. In dieser Zeit erfolgten 1 339 065 Patentanmeldungen, 439 087 Patenterteilungen, 991 954 Gebrauchsmuster- und 361 990 Warenzeicheneintragungen.

Literatur

In dem von Karl Hahn bei B. G. Teubner in Leipzig herausgegebenen *Physikalischen Unterrichtswerk* erschien unter dem Titel *Technisch-Physikalische Rundblicke* ein von Johannes Gelfert bearbeitetes Bändchen, das für die Geistesrichtung unserer Zeit sehr bezeichnend ist. In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts stand die Physik ganz oder fast ganz unter dem Einfluß Franz Neumanns, das heißt, sie wurde als eine Art mathematischer Disziplin behandelt, und nur in ganz wenigen Punkten bestand eine Verbindung zwischen den physikalischen Lehrgegenständen und dem Leben selbst. In den Jahren nach der Jahrhundertwende wurde diese Auffassung von fortschrittlichen Pädagogen herb kritisiert. Und jetzt bemüht man sich den naturwissenschaftlichen Unterricht mit den Erfordernissen des praktischen Lebens in wirklichen Zusammenhang zu bringen. Diesem Zweck dient auch die Arbeit Gelferts. Sie stellt sich die Aufgabe die technische Praxis unmittelbar zum Schüler sprechen zu lassen. Die Lösung dieser Aufgabe wurde dadurch versucht, daß Männer der Praxis interessante technische Probleme in leicht faßlicher, dabei aber streng wissenschaftlicher Weise behandelten. Das Bändchen enthält eine Sammlung von 24 Einzeldarstellungen; so Physikalische Forschung und technischer Fortschritt von Wilhelm Ahrens, Die Taschenuhr als technische Glanzleistung von H. Bock, Neuere Drahtseilschwebbahnen von Robert Findeis, Motorloses Fliegen von L. Kaffenberger, Die Entwicklung der Lichtquellen von W. Köhler, Elektrifizierung der Weltwirtschaft von H. Zentes, Funktechnik und Luftverkehr von Hans Schlee, Phototelegraphie von F. Schröter und andere mehr. Dem Schüler von heute wird also eine Fülle von Anregungen gegeben, die er eifrig aufnimmt. Die Art der Darstellung ist in den einzelnen Abhandlungen nicht ganz einheitlich und auch nicht ganz gleichwertig. Einzelne Auseinandersetzungen werden wohl auch den Schülern der oberen Klassen ohne Unterstützung des Physiklehrers nicht ganz verständlich sein. Aber im großen und ganzen ist die Aufgabe, die sich der Herausgeber gestellt hat, doch als gelungen zu betrachten, und es ist eine Sammlung technischer Aufsätze entstanden, die über den Rahmen des Schulbuchs weit hinaus auch das Interesse einer größeren Leserschaft erregen wird. Sie sei insbesondere den Gewerkschaftsbibliotheken empfohlen.

Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

Saatgutversorgung Eines der wichtigsten Gebiete, auf denen die Landwirtschaft in den letzten

Jahrzehnten riesige Fortschritte gemacht hat, ist die Pflanzenzucht. Sie ist eine noch junge Wissenschaft. In der Praxis wurde zwar schon seit zirka 100 Jahren an der Verbesserung unserer Nutzpflanzen gearbeitet; doch sind noch keine 30 Jahre vergangen, seit die Mendelschen Vererbungsgesetze, die die theoretische Grundlage der modernen Züchtung bilden, wieder entdeckt und für die Praxis nutzbar gemacht wurden.

Welche Erfolge die Pflanzenzucht aufzuweisen hat, sei nur an 2 Beispielen gezeigt: Die Zuckerrübe hatte vor 90 Jahren einen Zuckergehalt von 6%, jetzt bis zu 18 und 19%. Dabei bedeutet eine Steigerung des Zuckergehalts von 1% für die ganze deutsche Landwirtschaft einen Mehrertrag von zirka 1 Million Doppelzentner Zucker. Beim Getreide ist vor allem von Lochows Petkuser Roggen zu nennen, der in 35jähriger Anbauprüfung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft immer an erster Stelle steht und im Durchschnitt einen Mehrertrag von 1,6 Doppelzentner pro Hektar gegen die zweitbeste Sorte brachte. Zahlreiche andere Pflanzen, deren Ertrag durch Züchtung enorm gesteigert wurde, ließen sich hier anführen. Zweifellos hat die Pflanzenzucht ein großes Verdienst an der bisherigen Ertragssteigerung der deutschen Landwirtschaft (man rechnet ihr 30% der gesamten Steigerung zu) zu beanspruchen.

Trotz diesen großen Erfolgen wird bis jetzt nur ein ganz geringer Bruchteil des deutschen Bodens mit Original- oder anerkanntem Saatgut bestellt. Es wird zum Beispiel von Kennern behauptet, daß in Württemberg nur 2% der Getreidefläche mit anerkanntem Saatgut bebaut wird. In anderen bäuerlichen Gebieten liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Gründe für diese geringe Verwendung guten Saatgetreides sind nicht in der Produktion zu suchen, denn von den meisten Getreiden läßt sich mit dem erzeugten Originalsaatgut mehr 1. Absaat, die ja für die große Masse der Bauern des billigen Preises wegen bisher viel größere Bedeutung hat als das Originalsaatgut, erzeugen als zur Bestellung des gesamten Getreideareals nötig ist. Folgende Zahlen, die für das Jahr 1925 von Ludwig Kühle /Quedlinburg/ angegeben sind oder nach seinen Angaben berechnet wurden, beweisen das (die Flächen in Hektar):

Getreideart	Anbaufläche	Anerkannte Fläche	Zur Deckung des deutschen Saatgutbedarfs sind folgende Flächen nötig	Die Originalsaatguterzeugung reichte zur Erzeugung von 1. Absaat auf folgenden Flächen
Winterweizen	1542000	32509	94683	213500
Sommerweizen	135100	5345	8558	28690
Winterroggen	4622200	61097	346129	214400
Sommerroggen	86500	3343	9516	9000
Hafer	3452400	74878	174364	364320
Wintergerste	127300	7312	7245	33820
Sommergerste	1307500	32176	78632	120360
Kartoffeln	2809000	63512	509986	100650

Einmal zeigt diese Berechnung, daß die bisher anerkannten Flächen, mit Ausnahme der Wintergerste, bei weitem nicht ausreichen, um die ganze Getreidefläche mit 1. Absaat zu bebauen. Das erzeugte Originalsaatgut würde jedoch genügen, um das 2. bis 4fache der benötigten Saatmenge zu produzieren; nur der Originalroggen würde auch bei Verwendung des ganzen Originalsaatguts zur Gewinnung 1. Absaat nur etwas mehr als den halben Bedarf decken, die Originalkartoffeln sogar nur ein Fünftel. Dabei sollten gerade Roggen wegen der Fremdbefruchtung und Kartoffeln wegen der Abbaugesfahr womöglich nur als Originalsaatgut verwendet werden. Hält man bei den anderen Getreidearten die Verwendung von 1. Absaat für wünschenswert, so ist auf der einen Seite eine erhebliche Überproduktion an Originalsaatgut festzustellen; auf der anderen Seite sind sicher nicht mehr als 20% der Gesamtfläche mit anerkanntem Saatgut bestellt. Als Grund für diese geringe Verwendung guten Saatguts kann auch nicht dessen Preis herangezogen werden; denn anerkannte 1. Absaat kostet nicht sehr viel mehr als gewöhnliches Getreide. Auch hier wie bei der Düngung ist vor allem der Mangel an Fachbildung der bäuerlichen Landwirte als Hemmungsfaktor anzusehen. Gerade die Verwendung hochgezüchteten Saatguts bringt ja gewisse Gefahren mit sich: Einmal muß die Sorte richtig gewählt sein, und dann erfordert ihr Anbau entsprechende Kulturmaßnahmen und Pflege. Läßt sich der Bauer durch hohe Mehrerträge versprechende Reklame verleiten Originalsaatgut zu verwenden, ohne für die notwendigen

Vorbedingungen zu sorgen, so erleidet er damit größeres Fiasko als mit seinen alten, geringen Ertrag bringenden Landsorten. Neben ungenügender Fachbildung der Landwirte ist es die große Sortenzahl, die den Landwirt verwirrt und kopfscheu macht. Schon vor dem Krieg wurden zu viele Sorten gezüchtet. Während des Krieges genossen Saatzuchtwirtschaften gewisse Vergünstigungen bei der Ablieferung, was leider eine Zunahme der Zuchtwirtschaften und der Sorten zur Folge hatte. Diese neuen Saatzbaubetriebe züchteten auch vielfach nach Beendigung der Zwangswirtschaft noch weiter. Die Sortenzahl betrug im Jahr 1910 (nach Hillmann) bei Winterweizen 61, Sommerweizen 16, Winterroggen 63, Sommergerste 39 und bei Hafer 40 Sorten; dagegen im Jahr 1925 (nach der Anerkennungsstatistik) bei Winterweizen 137, Sommerweizen 38, Winterroggen 60, Sommergerste 113 und bei Hafer 104 Sorten. Die Sortenzahl hatte sich also, ausgenommen beim Roggen, mehr als verdoppelt. Auch für die klimatisch und in der Bodenqualität verschiedensten Teile Deutschlands würde ein Bruchteil dieser Sorten voll auf genügen. Dabei sind lange nicht alle diese "Inflationssorten" neue Züchtungsprodukte, es wurden vielmehr oft alte Sorten etwas umgezüchtet, umbenannt und als neue Sorten auf den Markt gebracht. Selbstverständlich hat diese teilweise unreelle Konkurrenz auch den alten bewährten Hochzuchten großen Schaden gebracht. Die Züchter waren und sind heute noch gegen solche unlautere Nachzüchtung wehrlos, da es bisher keinen juristischen Schutz für Zuchtprodukte gibt. Für Kartoffelsorten, deren Anzahl durch die verdienstvolle mehrjährige Arbeit der Kartoffelsortenregisterkommission auf 135 morphologisch unterscheidbare Sorten reduziert worden ist, wird es wohl nicht mehr sehr lange dauern, bis das geistige Eigentum des Züchters geschützt wird. Dagegen werden die Getreidezüchter vermutlich noch länger auf diesen Schutz warten müssen, da die Arbeit einer Getreidesortenregisterkommission, die hoffentlich bald beginnt, mindestens 5 bis 7 Jahre in Anspruch nehmen wird.

Saatzuchtbetriebskonzentration Um die für die ganze Volkswirtschaft so wichtige wissenschaftliche Züchterarbeit zu fördern, beschloß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Nähe von Berlin unter Leitung Erwin Baur's ein Institut für Züchtungsforschung einzu-

richten. Die Rentenbankkreditanstalt stellte der Gesellschaft aus ihrem Reingewinn 200000 Mark für diese Zwecke zur Verfügung. Es wird die besondere Aufgabe dieses Instituts sein die kostspieligen und risikoreichen Vorarbeiten der Züchtung durchzuführen, um dann ihre "Halbfabrikate" an die privaten Züchter abzugeben. Die über Unrentabilität ihrer Züchtungsarbeit infolge unlauterer Konkurrenz klagenden privaten Saatzüchter suchen sich aber auch auf andere Art, nämlich durch einen gewissen Zusammenschluß, selbst zu helfen. Die meisten größeren Züchter bearbeiteten bisher mehrere Pflanzenarten und verkauften ihre Produkte selbst. Die Gesellschaft zur Förderung deutscher Pflanzenzucht bildet nur eine lose Zusammenfassung der Züchter. In Bayern haben sich nun vor kurzer Zeit 6 Züchter, unter ihnen August von Schmieder und Jakob Ackermann, zwecks Förderung der Pflanzenzucht und Vermehrung und Vertrieb von Original- und 1. Absaaten zur Interessengemeinschaft Pflanzenzucht zusammengeschlossen. Die von den Gesellschaftern gezüchteten Getreidesorten werden vor allem in Süddeutschland, speziell in Bayern gebaut. Wesentlich größere Bedeutung für das ganze Reich kann ein anderer Zusammenschluß gewinnen: die Saatgutverkaufsgesellschaft Berlin, in der sich außerhalb der Gesellschaft zur Förderung deutscher Pflanzenzucht die bedeutenden Züchter, Ferdinand von Lochow /Petkus/, Carl Wentzel /Teutschenthal/, Georg Heil /Gelchsheim/, Alwin Schurig /Zeestow/ und die Gesellschaft für Landeskultur zusammengeschlossen haben. Die neue Gesellschaft, hinter der Wirtschaftsmächte wie die Darmstädter- und Nationalbank und die Interessengemeinschaft Farben, deren landwirtschaftliche Betriebe in der Gesellschaft für Landeskultur zusammengefaßt sind, stehen, hat es sich nicht nur zur Aufgabe gemacht das Saatgut der Gesellschafter gemeinsam zu verkaufen, sondern sie greift auch in die Züchtungsarbeit ihrer Mitglieder ein. Diese geben in Zukunft einen Teil ihrer Züchtungsarbeiten auf, um sich spezialisieren zu können. Von Lochow bearbeitet weiter Winter- und Sommerroggen, Gelbhafer und Lein, Heil züchtet nur noch seine Frankengerste, Klee und Luzerne und gibt die Futterrüben- und Winterweizenzüchtung auf. Schurig züchtet Bohnen, Wentzel läßt seine Gerste-, Roggen- und Haferzüchtungen fallen und beschränkt sich auf die weitere züchterische Bearbeitung seines in

Schweden gezüchteten Standardweizens; außerdem züchtet Erwin Baur, der wissenschaftliche Leiter der Wentzelschen Züchtungen und jetzt wohl auch der züchterische Berater der Mitglieder der Saatgutverkaufsgesellschaft, auf seinem Gut Brigittenhof einen Weizen, der auf den besseren Roggenböden gebaut werden kann. Welche volkswirtschaftliche Bedeutung diese Zucht, die den Weizenbau auf mindestens einem Viertel der jetzigen Roggenfläche ermöglichen soll, erlangen kann, wird einem klar, wenn man bedenkt, daß wir in normalen Jahren an Roggen Überschuß, an Weizen aber immer Einfuhrbedarf haben. Die Weizenproduktion wird sich, wenn die Züchtung voll gelingt, um schätzungsweise 2 000 000 Tonnen steigern lassen und die bisherige Einfuhr ersetzen. Auf welchem Gebiet sich die Landeskulturgesellschaft züchterisch betätigen wird, kann man aus dem Prospekt der Saatgutverkaufsgesellschaft nicht ersehen. Durch den Zusammenschluß glaubt die Saatgutverkaufsgesellschaft eine so billige Belieferung der Deutschen Landwirtschaft mit Originalsaatgut einiger weniger erstklassiger Standardsorten ermöglichen zu können, daß sie den Kampf mit den 1. Absaaten, die der Originalsaat bisher schwere Konkurrenz machten, aufzunehmen vermag. Zweifellos hat die Gesellschaft, deren Mitglieder schon 1925 für zwei Drittel der anerkannten Winterroggenfläche und vier Fünftel der anerkannten Sommerroggenfläche, im ganzen für mehr als ein Viertel der anerkannten Getreidefläche, Originalsaatgut lieferten, und deren bedeutende Zuchten eine große Zukunft haben, die Möglichkeit durch Rationalisierung der Zucht und des Verkaufs in ganz großem Stil das Originalsaatgut so zu verbilligen, daß es die 1. Absaaten verdrängt. Es werden ihr auch sicher genügend Mittel zur Verfügung stehen, um Neuzuchten, deren Kosten Baur mit 50- bis 100000 Mark für eine neue Sorte mit 10 % Mehrertrag angibt, soweit dies nach der Gründung des Kaiser-Wilhelm-Züchtungsinstituts noch nötig ist, durchzuführen oder fremde gute Zuchtsorten aufzukaufen. Es ist daher durchaus wahrscheinlich, daß die Saatgutverkaufsgesellschaft große Bedeutung für die deutsche Saatgutversorgung erlangen wird, und es ist zu hoffen, daß sie ihre Macht nicht zuungunsten der Saatgut verbrauchenden Landwirtschaft ausnutzt. Durch Massenproduktion billiger Originalsaat kann sie außerordentlich viel zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion beitragen.

Stickstoff- zeugung

Die Konkurrenz des synthetischen Stickstoffs hat in der chilenischen Salpeterproduktion große Umwälzungen hervorgerufen. Von Jahr zu Jahr wird es schwerer Chilesalpeter auf dem Weltmarkt abzusetzen, und trotz starker Produktionseinschränkung mußten riesige Mengen von Salpeter gelagert werden. Die Anzahl der Unternehmungen war Ende 1926 von 150 auf 24 zurückgegangen, und die Produktion in den 11 Monaten Juli 1926 bis Mai 1927 betrug weniger als die Hälfte der Vorjahrsproduktion. Während 1900 72 % der Weltstickstoffproduktion auf Chilesalpeter entfielen, betrug dieser Anteil 1926 nur noch 24,5 %. Die Salpeterproduktion Chiles befindet sich in einer Krise, von der man heute noch nicht weiß, ob sie sie überstehen wird. Mehrere Wege standen offen, um die Absatzschwierigkeiten zu überwinden. Einmal wurde von den Salpeterproduzenten immer wieder versucht den Staat zur Verzichtleistung auf seine Exportabgabe zu bewegen, die 25 % des Salpeterpreises ausmacht. Die chilenische Regierung hielt jedoch starr an dieser Abgabe fest. Eine andere Möglichkeit der Sanierung bestand in der Rationalisierung und Verbilligung der Fabrikation. Schon lange gingen Nachrichten durch die Presse, nach denen die Anglo-Chilean Company, die schon vor Jahren zirka 20 %, jetzt wohl noch mehr der Salpeterproduktion beherrscht, sich auf das neue Guggenheimverfahren umstellt, das die Produktionskosten um zirka 50 % verbilligt. Von der Kostenseite her stand also einer Preisherabsetzung nichts im Weg, wenn auch damit zu rechnen war, daß die kleineren, teuer produzierenden Werke durch diese Preissenkung in schwere Bedrängnis gebracht würden. Die chilenische Salpeterkonvention machte aber bis vor kurzem eine Preisreduktion der billiger produzierenden Werke unmöglich. Nach langen Kämpfen wurde diese Konvention vor einigen Monaten zum 30. Juni gekündigt, was schon nach kurzer Zeit eine Herabsetzung des Chilesalpeterpreises zur Folge hatte. Den kleineren, teuer produzierenden, vorwiegend in chilenischer Hand befindlichen Werken stellte die chilenische Regierung in den letzten Wochen große Kredite zur Verfügung. Ob sie zur Rationalisierung verwendet werden, oder ob sie diesen Werken nur ihr Leben noch für kurze Zeit verlängern, bleibt abzuwarten. Es ist auch fraglich, ob die bisher vorgenommene Verbilligung schon

genügen wird, um dem Chilesalpeter die Absatzgebiete wieder zu erobern, die ihm verloren gingen. Gerade in den letzten Wochen wurde von dem Vordringen des deutschen Nitrophoska in Amerika berichtet. Dieser Volldünger soll in den Baumwollgebieten des Südens so großen Anklang gefunden haben, daß die amerikanischen Zollbehörden beschlossen haben den Einfuhrzoll für Nitrophoska aufzuheben. Die Exportpreise für Chilesalpeter liegen mit 1,35 Mark für 1 Kilo Stickstoff immer noch um 12 Pfennig über denen des deutschen synthetischen Natronsalpeters und wesentlich mehr über denen der anderen synthetischen Stickstoffdünger. Auch das deutsche Stickstoffsyndikat hat für das künftig am 1. Juli beginnende Düngerjahr seine Preise ermäßigt, und zwar für die nächsten Monate um 9%, für die letzten Monate des Düngerjahrs um 3 bis 5%. Frühzeitiger Düngerbezug ist also jetzt noch vorteilhafter als bisher. Der deutschen Landwirtschaft wird bei gleichbleibendem Absatz bei dieser Stickstoffverbilligung ein Gewinn von zirka 20 000 000 Mark erwachsen.

Berufszählung Nach den jetzt veröffentlichten Ergebnissen der Berufszählung von 1925 hat sich die Anzahl der in der Land- und Forstwirtschaft Deutschlands Erwerbstätigen um 1 200 000 auf 9 762 000 vermehrt. Die Zunahme der Erwerbstätigen in der Industrie, im Verkehr und im Handel ist so viel stärker gewesen, daß prozentual die Erwerbstätigen der Landwirtschaft von 34% auf 30,5% abgenommen haben. Um alle in der Landwirtschaft Tätigen zu erfassen, wären allerdings noch fast 3 000 000 nebenberuflich in der Landwirtschaft Erwerbstätige dazu zu rechnen. Die landwirtschaftliche Gesamtbevölkerung (Erwerbstätige und Angehörige) hat sich seit 1907 weiter um eine halbe Million auf 14 370 000 verringert und beträgt nur noch 23,4% der Gesamtbevölkerung. Da die Zunahme der Erwerbstätigen in der Hauptsache auf ein starkes Anwachsen der mithelfenden Familienangehörigen, vor allem der weiblichen, zurückzuführen ist, und da das Statistische Reichsamt betont, daß die mithelfenden Familienangehörigen 1925 besser erfaßt wurden als 1907, ist die oben mit 1 200 000 Menschen angegebene Zunahme der Erwerbstätigen wahrscheinlich wesentlich geringer. Es ist nicht anzunehmen, daß 1907 nur 57%, 1925 aber 68% der landwirtschaftlichen Bevölkerung erwerbstätig waren.

Im Vergleich zu anderen Berufsgruppen entfallen in der Landwirtschaft auf einen Erwerbstätigen am wenigsten berufslose Angehörige, nämlich nur 0,46, gegen 1,0 zum Beispiel in der Gruppe Handel und Gewerbe. Die Zahlen zeigen einmal, welche große Bedeutung in der Landwirtschaft die mithelfenden Angehörigen haben. Dann weisen sie aber auch darauf hin, daß die Angehörigen der erwerbstätigen Landwirte und zwar ganz besonders der Landarbeiter stark in andere Berufe abgewandert sind, denn gerade die Landarbeiter haben von allen größeren Berufsgruppen die geringste Zahl von berufslosen Angehörigen. Dies, und noch mehr die Abnahme der Landarbeiter um fast 10%, beleuchtet die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der Landarbeiter. Zum Teil dürfte diese Abnahme auch auf die fortschreitende Mechanisierung, die geringe Abnahme der Großbetriebe und den Ersatz fremder Arbeiter durch mithelfende Familienangehörige zurückzuführen sein.

Kurze Chronik Der Reichsausschuß für Technik und Landwirtschaft erließ ein *Preisausschreiben* zur Erlangung von wirtschaftlichen Einrichtungen für die Herstellung von Trockenkartoffeln. ◊ Das preußische Landwirtschaftsministerium hat der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin die 528 Hektar große Domäne Bornim als *Versuchsgut für Landarbeitsforschung* übergeben. Die Oberleitung wird Friedrich Aereboe übernehmen, während die Leitung Wilhelm Ries übertragen wurde, der gleichzeitig einen Lehrauftrag für Landarbeitslehre an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin erhielt. ◊ Der *Deutsche Landwirtschaftsrat* hielt am 20. und 21. Juni seine 57. Vollversammlung in Stettin ab. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der beschleunigte Durchführung aller Meliorationsmaßnahmen einschließlich der Feldbereinigung gefordert wurde. Ende des Jahres soll eine Meliorationsanleihe von 200 Millionen Mark aufgenommen werden, die zur Drainage von 500 000 Hektar Land ausreichen wird. ◊ Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft veranstaltete in der letzten Maiwoche in Dortmund ihre 33. *Wanderausstellung*, auf der die Landwirtschaft 2000 hervorragende Zuchttiere und zahlreiche Produkte zeigte. Die Maschinenausstellung brachte viele beachtenswerte Neuerungen. Besonderes Interesse erweckten die ersten ausgestellten genormten Maschinenteile. Der Besuch der Ausstellung war sehr groß. ◊

Der *Raiffeisenverband* gab anläßlich seines 50jährigen Bestehens eine Denkschrift über die Entwicklung und den Aufbau des Verbandes heraus. Besonderes Interesse verdient unter anderm der Abschnitt Raiffeisen im Ausland. In zahlreichen Ländern der Welt sind Genossenschaften Raiffeisenscher Art entstanden. In Indien gibt es bereits 70 000 Kreditgenossenschaften nach Raiffeisensystem. ◊ An das Internationale Landwirtschaftliche Institut in Rom wurde *Walter Busse*, Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, als deutscher Delegierter entsandt.

Literatur In 4. neubearbeiteter Auflage kam *Kari Ballods* berühmtes Buch *Der Zukunftsstaat* heraus /Berlin, E. Laub/. In den Einzelheiten hat Ballod manches verändert, vor allem auch den Abschnitt Landwirtschaft wesentlich verlängert, seine Grundansichten aber sind die selben geblieben wie vor 30 Jahren, da er als Atlanticus zuerst dieses Buch erscheinen ließ. Die große statistische Arbeit Ballods muß anerkannt werden. Leider hat sie nur wenig praktische Bedeutung. Merkwürdige Schlußfolgerungen zieht Ballod aus schweizerischen Buchführungsergebnissen. Er vergißt ganz, daß Arbeitsproduktivität noch nicht gleichbedeutend mit Produktivität des Betriebs ist, und nirgends in seinem Buch berücksichtigt er die verschiedenen natürlichen Verhältnisse. Wie Ballod, nachdem er zahlenmäßig die höhere Hektarproduktion des Kleinbetriebs nachgewiesen hat, Siedelung in einem »landarmen« Staat wie Deutschland als Anbahnung zur Lebensmittelverteuerung bezeichnen kann, ist unverständlich. Er bleibt bei seinem Schematismus die Zukunft der Landwirtschaft in 32 000 Gütern zu 500 Hektar mit Höchsterträgen zu sehen. Es wäre nicht zu erklären, warum nicht längst Privatunternehmer Normalgüter nach Ballods Muster beschaffen haben, wenn die von ihm errechnete mehr als 20prozentige Kapitalverzinsung richtig wäre. Und was will Ballod, der mit 2 Millionen Arbeitslosen in 4 bis 5 Jahren die Landwirtschaft nach seinen Ideen umgestalten will, mit den 8 Millionen Erwerbstätigen machen, die durch diese Umstellung in der Landwirtschaft arbeitslos werden? Die Phantasien eines so ideenreichen und konstruktiv denkenden Menschen wie Ballod zu lesen ist trotz alledem außerordentlich anregend. ◊ Ebenfalls recht interessant ist die Schrift *Theodor*

Hackerts Industrialisierung der Landwirtschaft /Berlin, Paul Parey/. Der Verfasser zeigt, welche große Erfolge durch Intensivierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft erreicht werden können. Mechanisierung, schnellerer Umsatz durch mehrmaliges Ernten schnellreifender, ertragreicher Pflanzen, und damit verbundene gleichmäßigere Arbeitsverteilung spielen hier eine große Rolle. In manchen Einzelheiten, wie der Schaffung einer landwirtschaftlichen Fabrik, erinnern seine Gedanken etwas an Ballod; der ganze Plan ist jedoch betriebswirtschaftlich gut durchdacht, auch verfällt Hackert nicht in den Fehler die ganze Landwirtschaft nach seinen Ideen umgestalten zu wollen, die sicherlich bei manchen unserer fortgeschrittensten Landwirte auf fruchtbaren Boden fallen werden. ◊ Eine gewisse Ähnlichkeit mit diesen beiden Schriften hat die Arbeit *Carl Blunks* Fabrikmäßig betriebene Landwirtschaft /Berlin, Paul Parey/. Blunk ist der einzige unter den 3 Autoren, der aus eigener Erfahrung spricht. Er gewann sie beim Aufbau seines Gutes in Ostpreußen. Blunk berichtet, wie er einen Musterhof mit dem Ziel billiger Massenproduktion bei Verwendung von viel Maschinen- und wenig Menschenarbeit eingerichtet hat. Aber er scheint sich über die wirtschaftlichen Folgen der von ihm durchgeführten Hofrationalisierung nicht ganz klar zu sein. Bei allen 3 genannten Schriften hat man etwas den Eindruck, als legten die Verfasser zu viel Wert auf die Einrichtung des Hofes. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion beruht aber doch nur zu einem geringen Teil auf guten, dabei aber immer sehr kostspieligen Hofeinrichtungen; viel wichtiger ist die richtige Betriebsführung. Da hierzu oder zur Erlernung moderner Betriebsführung viel weniger Kapital nötig ist; als zu großen Umbauten, sollte man sich nicht allzuviel von der Übertragung industrieller Prinzipien auf die Landwirtschaft versprechen. Volkswirtschaftlich sind diese letzten Feinheiten der Agrartechnik in einzelnen Musterbetrieben auch lange nicht so wichtig wie die Hebung des Bauernstands auf ein allgemein erreichbares Bildungsniveau, das Erreichung guter Mittelserträge erlaubt. Immerhin bleibt es ein Verdienst der 3 Autoren darauf hingewiesen zu haben, daß in der Mechanisierung (man sollte die irreführenden Worte Industrialisierung und fabrikmäßig nicht gebrauchen) noch sehr viel zu leisten und zu verbessern ist.